Susanne Rippl/Christian Seipel

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse

Kohlhammer

Inhalt

Kohlhammer

Die Autor:innen

Dr. Susanne Rippl ist Professorin für politische Soziologie am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Autoritarismus und Rechtsextremismus, neue rechte Bewegungen sowie der Vorurteilsforschung und der politischen Sozialisation. Weitere Interessensgebiete liegen im Bereich der kulturvergleichenden Forschung sowie der Sozialstrukturanalyse.

Dr. Christian Seipel ist Akademischer Rat am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen politische Soziologie, Kriminologie, Hochschul- und Partizipationsforschung, Autoritarismus und Rechtsextremismus. Weitere Interessensgebiete liegen im Bereich der Methoden der empirischen Sozialforschung.

Susanne Rippl, Christian Seipel

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse

Verlag W. Kohlhammer

1. Auflage 2022

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-17-038789-8

E-Book-Formate:
pdf: ISBN 978-3-17-038790-4

epub: ISBN 978-3-17-038791-1

1 Einleitung

Der Rechtspopulismus ist weltweit im Aufschwung. In vielen Ländern Europas waren rechtspopulistische Parteien bereits erfolgreich, bevor in Deutschland im Jahre 2013 mit der AfD eine vergleichbare Akteurin die politische Arena betrat. Auch wenn es rechte Aktivitäten und Rechtsextremismus seit der Gründung der Bundesrepublik mit wechselndem Erfolg gab, hat es mit der AfD 2017 erstmals eine Partei rechts der CDU/CSU in den Bundestag geschafft, mit einem beachtlichen Ergebnis von 12,6 Prozent der Wählerstimmen. Rechte Parteien sind offenbar in Deutschland wieder wählbar geworden. Rechtspopulistischen Akteur:innen ist es gelungen, sich vom Image der »ewig gestrigen Nazis« zu distanzieren und als weniger gefährlich als der alte Rechtsextremismus zu erscheinen. Die neuen Akteur:innen haben einen Modernisierungsprozess vollzogen, der sich in neuen Strategien und einem neuen Auftreten zeigt. Die neuen sozialen Medien stellen eine Mobilisierungsplattform dar, die neue Dynamiken auslöst. Inwieweit jedoch eine Distanzierung von der alten Ideologie stattgefunden hat, ist fraglich. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu klären, was Rechtspopulismus ist, was ihn von Rechtsextremismus unterscheidet oder eben auch nicht und inwiefern es sich um eine verharmlosende Begrifflichkeit handelt. Der vorliegende Band gibt Einblicke in diese aktuellen Entwicklungen, zeichnet Modernisierungsprozesse nach und beleuchtet wichtige Mobilisierungsfelder.

Was will dieses Buch? Es gibt bereits eine Vielzahl von Einführungsbüchern zum Thema Rechtsextremismus, die sehr umfassende Darstellungen wichtiger Akteur:innen seit der Gründung der Bundesrepublik vorlegen. Der Fokus des vorliegenden Buches soll daher ganz explizit »nur« auf den aktuellen Entwicklungen des Rechtspopulismus in Deutschland liegen und Akteur:innen betrachten, die für die Entwicklungen der letzten zehn Jahre von besonderer Relevanz sind. Ausgangspunkt der Analysen ist eine definitorische Einordnung und die Klärung der Relationen der Begriffe Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Konservatismus (▶ Kap. 2). Darauf folgt die Darstellung ideologischer Kernelemente und zentraler neuer Akteur:innen. Für den Aufschwung des deutschen Rechtspopulismus ist die ideologische »Hintermannschaft« bedeutsam, die seit dem Scheitern der NPD an neuen Strategien arbeitete. Dazu gehört der intellektuelle Think Tank, die sogenannte Neue Rechte und das Institut für Staatspolitik. In Kapitel 3 betrachten wir ideologische Kernelemente und deren Verbindungen zur Konservativen Revolution der Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus (▶ Kap. 3). Es werden zentrale Narrative und Strategien der Neuen Rechten vorgestellt und Kontinuitäten werden herausgearbeitet. Im Weiteren stellt das Buch neuere theoretische Ansätze dar, die versuchen, den weltweiten Aufschwung des Rechtspopulismus zu erklären. Dabei werden Verbindungen zu

gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte wie dem Aufschwung des Neoliberalismus und der Globalisierung hergestellt. In diesem Kontext wird ein theoretischer »Baukasten« vorgestellt, der es ermöglicht diese Phänomene der Makroebene mit Entwicklungen und Theorien auf der individuellen Ebene zu verbinden (▶ Kap. 4). Es folgt eine Betrachtung der neuen Akteur:innen in der politischen Landschaft Deutschlands. Als wichtigste und politisch einflussreichste Akteurin wird die Entwicklung der AfD genauer beleuchtet. Es folgt ein Blick auf den bewegungsförmigen Rechtspopulismus auf der Straße, hier werden Pegida und die Identitäre Bewegung betrachtet und es wird ein Blick auf die Bewegung der sogenannten »Querdenker« geworfen. In diesem Kontext wird auch die Verbreitung rechter und rechtspopulistischer Einstellungen und damit verknüpfter Verhaltensweisen analysiert und der Frage nach der Ausbreitung dieser Haltungen bis in die Mitte der Gesellschaft nachgegangen (▶ Kap. 5). Im zweiten Teil des Buchs werden thematische Bereiche analysiert, die sich als relevant und dynamisch im Kontext aktueller Entwicklungen erweisen. Um die Modernisierung des Rechtsextremismus zu fassen, wird ein Blick auf die Thematik Jugend und Rechtsextremismus geworfen (▶ Kap. 6). In Kapitel 7 wird die Instrumentalisierung der Geschlechterverhältnisse im Rahmen rechtspopulistischer Anti-Gender-Diskurse analysiert (▶ Kap. 7). Dabei werden die ideologischen Strategien der neuen Akteur:innen nachgezeichnet. Schließlich wird in Kapitel 8 die zentrale Rolle der neuen sozialen Medien und die damit verbundenen Entwicklungsdynamiken dargestellt (▶ Kap. 8). Der vorliegende Band arbeitet in diesen zentralen Bereichen den aktuellen Forschungsstand auf und präsentiert die Befunde in einer kompakten Form.

Rechtspopulismus wird in diesem Buch nicht als ein vom Rechtsextremismus zu trennender Phänomenbereich behandelt. Rechtspopulismus ist in unserem Verständnis eine spezielle Ausdrucksform rechter Ideologien, die inhaltlich von rechtsextremen bis zu moderateren Formen rechter Orientierungen reichen können. Diese Herangehensweise sowie die Kritik an der Extremismustheorie werden ausführlich in Kapitel 2 erläutert (▶ Kap. 2).

Das Buch wendet sich an Studierende, Wissenschaftler:innen und auch Praktiker:innen sowie interessierte Laien, die sich einen kompakten, aktuellen Überblick zum Thema Rechtspopulismus in Deutschland verschaffen wollen.

Wir danken Dr. Rainer Barczaitis, Dresden, Dr. Per Holderberg, Hildesheim, Lisa Korell, Hildesheim, und Olesja Miljuchin, Chemnitz, für wichtige und wertvolle Hinweise und Rückmeldungen zum Manuskript, die weitere Überarbeitungen und auch Diskussionen zwischen den beiden Autor:innen ausgelöst haben. Die Forschungsliteratur zum Thema Rechtspopulismus hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Insofern können in diesem Buch nicht jede empirische Studie und Veröffentlichung zum Thema dargestellt und besprochen werden. Wir haben versucht, die aus unserer Sicht wichtigen Autor:innen, theoretischen Erklärungsansätze, Diskursfelder und empirischen Studien auszuwählen. Leider können wir bei dieser Auswahl nicht so

selbstsicher wie Guy Debord in seinem Vorwort zur Gesellschaft des Spektakels formulieren, dass wir uns nie irren, deshalb obliegen Verkürzungen und Auslassungen selbstverständlich den beiden Autor:innen. Wir freuen uns insofern mit den Leser:innen in Kontakt zu treten und sind für Hinweise, Ergänzungen und Kritik dankbar.

2 Rechtspopulismus, Rechtsextremismus – ein Gegensatz?

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gehören heute zur Normalität der politischen Arena in allen europäischen Ländern. Auch wenn das nicht neu ist, so haben diese beiden Phänomene heute im Vergleich zur Nachkriegszeit bis in die 1990er Jahre ein neues Level erreicht, was die quantitative Verbreitung aber auch die Ausdifferenzierung angeht. Wie in anderen gesellschaftlichen Feldern auch, hat ein Prozess der Pluralisierung und Modernisierung stattgefunden, der in den letzten Jahren zahlreiche neue Akteur:innen hervorgebracht hat. Es besteht ein heterogenes Netzwerk, das internationale Bezüge zeigt (Fuchs & Middelhoff 2019; Gürgen et al. 2019). Im folgenden Kapitel werden zentrale Begriffe definitorisch eingeführt. Hierbei geht es darum, zu klären, was sich unter dem Begriff des Rechtspopulismus verbirgt und in welcher Beziehung dieser zum Rechtsextremismus steht. Im weiteren Verlauf werden zentrale ideologische Grundlagen, Begriffe und Narrative eingeführt, um abschließend auf die Rolle der Neuen Rechten als ideologische Denkfabrik im modernen deutschen Rechtsextremismus einzugehen.

2.1 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – eine Begriffsklärung

Rechtspopulismus ist zu einem Sammelbegriff für rechte Parteien und Bewegungen in der ganzen Welt geworden. Was darunter zusammengefasst wird, ist sehr unterschiedlich. Eine klare Definition fehlt. Oftmals soll der Begriff eine Abgrenzung zum Begriff des Rechtsextremismus suggerieren, ohne klar zu definieren, worin der Unterschied besteht. Lewandowsky (2017) bemerkt, dass der Begriff Rechtspopulismus in Deutschland inzwischen teilweise synonym mit dem Begriff des Rechtskonservatismus verwendet wird und damit die Grenze zum rechten Spektrum des Konservatismus, etwa dem rechten Flügel der CDU, verschiebt und die Abgrenzung zum Rechtsextremismus aufweicht. Fraglich ist, inwieweit diese begriffliche Einordnung zutrifft. Konservatismus steht für die Bewahrung der staatlichen Ordnung, wohingegen die Akteur:innen des Rechtspopulismus in einer Gegnerschaft zur liberalen Ordnung stehen, den Staat teilweise als Diktatur darstellen und durch diese begriffliche Verschiebung sich selbst als Bewahrer:innen und Widerstandskämpfer:innen darstellen. Die sich ständig wandelnde und radikalisierende AfD hat zu einer Verwischung der Grenzen beigetragen.

Die Diskussion um eine angemessene Grenzziehung und Differenzierung spiegelt auch die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse in der Wahrnehmung

des Phänomens Rechtspopulismus wider. Die Präsenz rechter Akteur:innen und ihrer Themen ist im öffentlichen Diskurs deutlich gestiegen. Damit verbunden ist eine Verschiebung dessen, was als »normal«, legitim oder irgendwie akzeptabel erscheint (Heitmeyer 2018; Salzborn 2017; Gessenharter 2017). Es scheint also notwendig, zu Beginn einer Abhandlung zum Thema, die Begrifflichkeiten zu klären.

2.1.1 Populismus und Rechtspopulismus

Es lassen sich zwei definitorische Richtungen zur Fassung des Begriffs Rechtspopulismus unterscheiden (Minkenberg 2018). Auf der einen Seite der Ansatz, der unter Rechtspopulismus neuere Entwicklungen des Parteien- und Akteursspektrums rechts der traditionellen konservativen Akteur:innen fasst, die dem Netzwerk der sogenannten Neuen Rechten zugerechnet werden (▶ Tab. 1). Oft wird damit implizit eine ideologische Abgrenzung vom Rechtsextremismus verbunden, die aber nicht zwangsläufig vorliegen muss. Es handelt sich eher um Akteur:innen, die neue Strategien verfolgen, z. B. ideologische Distanzierungsversuche und sich als Stimme der besorgten Bürger:innen darstellen. Diese Sicht herrscht in der alltäglichen Verwendung des Begriffs vor.

Tab. 1: Alte und neue Akteur:innen der rechten Bewegung

Neue Akteur:innen	Traditionelle Akteur:innen
• AfD	• NPD
• Identitäre Bewegung	• Die Rechte
• Pegida	• Der III. Weg
• ›Bürgerwehren«	• Neonazis
• Freie Wähler	• Burschenschaften

Auf der anderen Seite steht eine Sichtweise, die eine stärker inhaltlich-analytische Eingrenzung vorlegt. Der Populismus wird dabei als »dünne Ideologie« bezeichnet (Mudde 2007; Spier 2014), mit einer sehr begrenzten programmatischen Ausrichtung (Mudde & Rovira Kaltwasser 2018, S. 1669). Populismus tritt dementsprechend immer in Verbindung mit weiteren ideologischen Elementen auf, z. B. mit rechten Ideologien. Populist:innen auf der

linken oder rechten Seite des politischen Spektrums teilen ein zentrales ideologisches Element, das zur Mobilisierung verwendet wird, die Unterscheidung in das »wahre Volk« und die »korrupte Elite« (Mudde & Rovira Kaltwasser 2018). Die Definition, wer zum wahren Volk gehört und wer nicht, markiert dann bereits klare ideologische Differenzen zwischen linkem und rechtem Populismus. In der rechten Variante werden völkische, identitäre Definitionen verwendet. In beiden Fällen ist mit populistischem Denken ein problematisches Verständnis einer liberalen Demokratie verbunden. Zentrale Elemente wie ein liberaler Pluralismus, die Rechtsstaatlichkeit und die Gewaltenteilung werden angegriffen (Mudde & Rovira Kaltwasser 2018, S. 1670).

So verstanden, beinhaltet der Begriff des Populismus eine Mobilisierungspraxis, die wenig über den konkreten Inhalt oder den Extremismus der politischen Richtung aussagt, die vertreten wird. Abbildung 1 veranschaulicht die zwei angesprochenen Aspekte, die im Rechtspopulismus zusammenkommen: der Populismus und die rechte Ideologie (▶ Abb. 1).

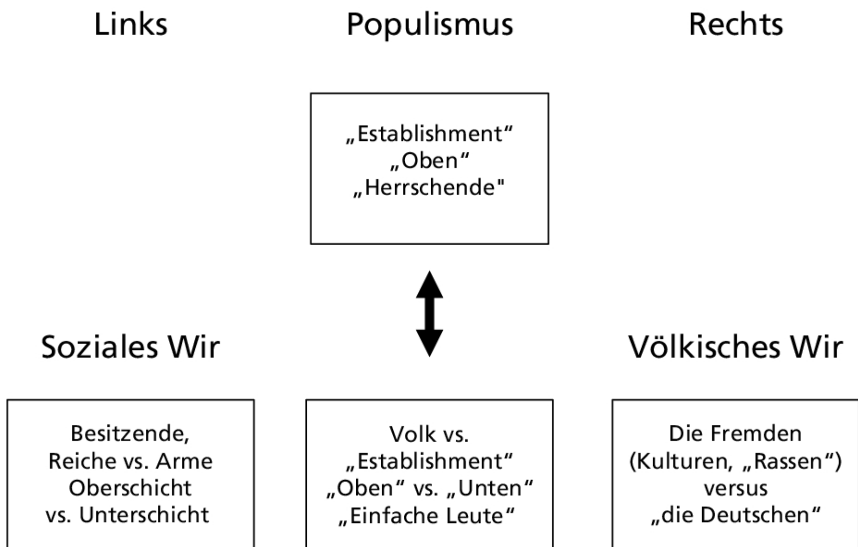


Abb. 1: Rechtspopulismus

Mit Populismus ist demnach eine Mobilisierungsstrategie gemeint, innerhalb derer versucht wird durch Mittel der Angst, Übertreibung und Vereinfachung, Menschen zu mobilisieren. Decker und Lewandowsky (2017, S. 22) schreiben:

> »[...] mit Populismus (wird) in erster Linie eine Haltung umschrieben, die für das sogenannte ›einfache‹ Volk und gegen die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Eliten Partei ergreift. Der Populismus befindet sich also in Opposition zum (angeblichen) Establishment und verzichtet deshalb bewusst auf die Zustimmung relevanter Bevölkerungsanteile. Gerade dieser Außenseiterstatus verschafft ihm

Glaubwürdigkeit unter seinen Anhängern«.

Populismus ist also geprägt von einem gemeinsamen Feindbild wie Regierungen, Konzerne, Parteien oder Lobbyverbände, kurz gefasst von einer Feindlichkeit gegenüber den Machteliten eines Landes. Oft nach dem Motto »der kleine Mann« oder »das einfache Volk« gegen »das Establishment«. Zudem fordern Populist:innen oft die Besinnung auf den »gesunden Menschenverstand« und stellen sich als die sogenannte »Stimme des Volkes« dar, ohne darauf zu beharren, tatsächlich eine Mehrheit zu sein. Man empfindet sich selbst als »Speerspitze«, als Kreis von Personen, der die Mechanismen der Macht durchschaut und nun den Rest des Volkes überzeugen muss. Damit verbunden ist die vage Vorstellung der Zugehörigkeit zu einer homogenen Gruppe, mit der sich der Einzelne identifizieren kann, die als »das Volk« imaginiert wird und deren Wille von einer charismatischen Figur repräsentiert wird. In diesem Sinne ist Populismus eine »Abgrenzungsideologie« (Decker & Lewandowsky 2017; Spier 2014), die mühelos mit rechten Ideologieelementen zu verbinden ist. Rechte Ideologieelemente wären hier die Abgrenzung von ethnischen oder religiösen Minderheiten, die neben der »oben»- versus »unten«-Trennung ein weiteres Feindbild aufruft und dies in einer emotionalisierten Weise als Bedrohung für das eigene Volk, die eigene Kultur oder die eigene Nation nutzt. Ein weiteres Element rechten Populismus ist die Hinwendung zu einer autoritären Führungspersönlichkeit, im Sinne »einer starken Hand«.

Offensichtlich ist, dass das Label »Populismus« allein noch keinen Hinweis auf die genaue Ausprägung spezifischer politischer Inhalte gibt. Die Zuschreibung einer Partei als rechtspopulistisch gibt somit keinen Hinweis darauf, inwieweit rechtskonservative Orientierungen abgedeckt werden oder die Grenze zum Rechtsextremismus überschritten wird (▶ Kasten 1). Häusler (2018, S. 87) hält die Bezeichnung »rechtspopulistisch« für unterkomplex zur Einordnung rechter Parteien, denn unter dem Label könnten sich sowohl nationalliberale/konservative wie extrem rechte Parteien finden. Um systemkonforme Gruppierungen zu fassen, wäre alternativ die Verwendung des Begriffs des Rechtskonservatismus möglich, – wobei hier das Merkmal des Populismus zumeist nicht zutrifft, da es solchen Parteien um das Bewahren der staatlichen Ordnung und Normen geht. Rechtskonservative nehmen eher eine elitäre Position ein und beäugen das »gemeine Volk« kritisch. Heitmeyer (2018) ersetzt den Begriff des Rechtspopulismus, den er für nicht trennscharf und verharmlosend hält, durch den Begriff des autoritären Nationalradikalismus. Häusler (2018) spricht von völkisch autoritärem Populismus. Heitmeyer und Häusler beziehen sich auf den völkischen Autoritarismus der Gruppierungen, wobei durch die klare Benennung der völkischen und der autoritären Ausrichtung auf die Gefahr und Gegnerschaft zur pluralen Demokratie verwiesen wird, die diese Gruppierungen für die liberale Demokratie darstellen. Ein zentraler Unterschied zum linken Populismus liegt im biologistischen Volksbegriff, den die Rechtspopulist:innen verwenden, der eine exkludierende

Solidarität erzeugt, die zu einer Abgrenzung von Fremden führt (Dörre et al. 2018, S. 70) und sich klar vom inklusiven Politikansatz linker Populist:innen unterscheidet (vgl. Mouffe 2018). Vertreter:innen einer linkspopulistischen Bewegung geht es um den Abbau von extremen Ungleichheiten, sie setzen sich für marginalisierte Gruppen ein und streben eine Veränderung innerhalb des bestehenden Systems an. »Ohne die Institutionen des demokratischen Regimes in Frage zu stellen, muss ein hegemonialer Übergang stattfinden« (Mouffe 2018, S. 14).

Kasten 1:
Rechtspopulismus

Rechtspopulismus wird als »dünne Ideologie« verstanden – diese ist durch die Grundunterscheidung »wir = das Volk« gegen »die da Oben« gekennzeichnet, verbunden mit einer völkischen Definition dessen, was unter dem »Volk« verstanden wird bzw. wer dazugehört. Die völkisch exklusive Unterscheidung trennt den Rechtspopulismus von anderen populistischen Bewegungen. Der Begriff differenziert aber nicht hinsichtlich des Extremismus der Ideologie. Rechtspopulist:innen können zugleich Rechtsextremist:innen sein.

2.1.2 Rechtsextremismus

Die gerade dargelegte unterschiedliche inhaltliche Auffüllung des Begriffs Rechtspopulismus verweist auf die Notwendigkeit einer begrifflichen Schärfung und Relationierung des Konzeptes in Bezug zum Begriff des Rechtsextremismus. Die Grenze zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus scheint zwischen gesellschaftlich gerade noch akzeptierten Formen rechter Orientierungen oder Organisationen und solchen, die dem nicht mehr akzeptierten Rechtsextremismus zuzurechnen sind, zu verlaufen. Doch trifft diese Grenzlinie tatsächlich zu? Um diese Frage zu klären, ist eine Definition des Begriffs Rechtsextremismus nötig.

Der Begriff »Rechtsextremismus« findet seit den 1970er Jahren verstärkte Verwendung, er löste den bis dahin verwendeten Begriff des Rechtsradikalismus ab (vgl. Virchow 2016). Der Begriff entstammt dem Gebrauch des Verfassungsschutzes, der ab diesem Zeitpunkt die Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus nutzt (▶ Kasten 2). Rechtsradikalismus wird in der Definition des Verfassungsschutzes für den Personenkreis verwendet, der der Verfassung zwar kritisch gegenübersteht, sich aber nicht feindlich zeigt – diese Gruppe gehört noch ins Spektrum der Verfassungskonformität (Stöss 2010, S. 14), wohingegen der Rechtsextremismus als verfassungsfeindlich verstanden wird.

Kasten 2:
Extremismus/Radikalismus in der Definition des Landesamts für Verfassungsschutz der Freien Hansestadt Bremen

> »Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen ›Extremismus‹ und ›Radikalismus‹, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei ›Radikalismus‹ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits ›von der Wurzel (lat. radix) her‹ anpacken will. Im Unterschied zum ›Extremismus‹ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind z. B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen«.

Quelle: Freie Hansestadt Bremen, Landesamt für Verfassungsschutz, Glossar der Verfassungsschutzbehörden https://www.verfassungsschutz.bremen.de/oeffentlichkeitsarbeit/glossar-11578?begriff=E&lang=de&template=20_glossar_d

Bei dieser Grenzziehung kommen normative Kriterien ins Spiel, die sich auf eine gewünschte Gesellschaftsordnung beziehen. In Deutschland ist eine solche Grenze durch die Referenz auf die Grundprinzipien des Grundgesetzes festgeschrieben.[1] Wichtige Merkmale, die eine Überschreitung dieser Trennlinie kennzeichnen und den Übergang zum verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus markieren, sind somit die Infragestellung der pluralistischen Parteiendemokratie durch ein völkisch autoritäres Gesellschaftsmodell, rassistische Weltbilder, die die Würde des Einzelnen in Frage stellen, oder die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

Aus der Perspektive des Verfassungsschutzes wird ein juristischer, verfassungsrechtlicher Rahmen zur Definition dessen genutzt, was als extremistisch zu bezeichnen ist, der Referenzrahmen ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung (▶ Abb. 2). Im Weiteren wird durch die Nutzung des Extremismusbegriffs eine Strukturgleichheit auf der linken und rechten Seite des Kontinuums politischer Orientierungen angenommen. Diese

Sichtweise wird in der wissenschaftlichen Literatur als Extremismustheorie bzw. als Hufeisentheorie bezeichnet (bekannte Vertreter der Extremismustheorie sind Eckhard Jesse 2012 und Uwe Backes 2013).

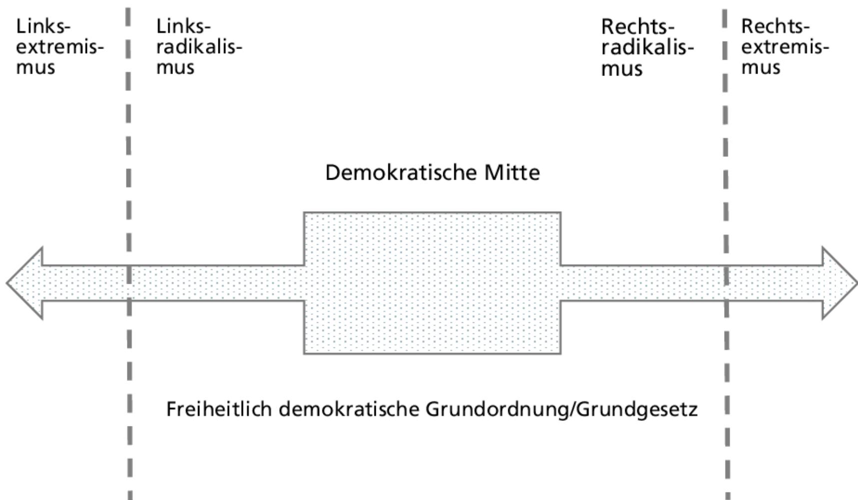


Abb. 2: Extremismus im Sinne des Verfassungsschutzes
In Anlehnung an Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 14.

Die Verwendung der Extremismustheorie wird im Kontext der sozialwissenschaftlichen Forschung kritisch gesehen (Virchow 2016; Salzborn 2018). Der Nutzen dieser Definition ist für den wissenschaftlichen Gebrauch begrenzt, da er sich primär auf verfassungsrechtliche Belange bezieht. Zudem ergeben sich inhaltliche Probleme dieser Definition. So wird der Rechtsextremismus als gesellschaftliches Randphänomen behandelt, womit problematische Einstellungen, die zum Teil bis in die Mitte der Gesellschaft reichen, oder auch Gruppierungen in der Grauzone des sogenannten Rechtsradikalismus, nicht klar zugeordnet und gefasst werden können. Der Begriff ist notwendigerweise unterkomplex, da er für die Praxis staatlichen Handels konstruiert wurde und in diesem Sinne funktioniert. Die strukturelle Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus unter dem Überbegriff »Extremismus« hat zudem mangelnde analytische Substanz, denn inhaltlich sehr unterschiedliche Phänomene werden parallelisiert, entsprechend wenig hilfreich ist die Definition für die Erklärung dieser unterschiedlichen Phänomene (vgl. Salzborn 2018; Virchow 2016). Eine sozialwissenschaftliche Definition, die dem Phänomen gerecht werden will, ist dementsprechend trennscharf und gehaltvoller zu fassen. Hans-Gerd Jaschke (2001, S. 30) definiert in einer bis heute einschlägigen und häufig genutzten Fassung:

»Unter ›Rechtsextremismus‹ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen,

> Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen«.

Inhaltlich ähnlich identifiziert Armin Pfahl-Traughber (2019a, S. 29 ff.) für den Rechtsextremismus vier zentrale Ideologieelemente: die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, die Ideologie der Ungleichwertigkeit, den politischen Autoritarismus und eine identitäre Gesellschaftsvorstellung. Er definiert Rechtsextremismus sehr knapp wie folgt: »Es handelt sich um eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Handlungen, die mit einer Höherwertung ethnischer Identität die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft ablehnen« (Pfahl-Traughber 2019a, S. 24). Zu diesen Grundlagen gehören Prinzipien der allgemeinen Menschenrechte, des Pluralismus und der Rechtsstaatlichkeit. Die Extremismusintensität kann variieren, ebenso die jeweilige Betonung einzelner Elemente. Pfahl-Traughber (2019a) präsentiert dafür ein mehrstufiges Modell. Sobald wichtige Normen der pluralen Demokratie in Frage gestellt werden, ist in diesem Modell die Schwelle zum Rechtsextremismus überschritten. Die Ausprägungen können dann dennoch differenziert werden, etwa in der Frage inwieweit man mit legalen Mitteln die Gesellschaft verändern will oder illegale Mittel akzeptiert. Extremste Formen sind die Akzeptanz des Einsatzes von Gewalt zum Umsturz des Systems.

Zusammenfassend lassen sich drei zentrale Elemente rechtsextremen Gedankenguts identifizieren (▶ Kasten 3), die in den meisten sozialwissenschaftlichen Definitionen den Kernbereich dessen abbilden, was unter Rechtsextremismus verstanden wird. Die drei Elemente sind bewusst auf die wesentlichen Kernmerkmale beschränkt, dadurch ist es möglich verschiedene Ausprägungen des rechten Spektrums ebenso wie »äußerliche« Modifikationen zu erfassen, so etwa Gruppierungen, die bewusst auf verherrlichende Einstellungen zum Nationalsozialismus oder biologistische Einordnungen verzichten, aber dennoch einer völkisch-rassistischen Ideologie folgen.

Kasten 3:
Zentrale ideologische Elemente des Rechtsextremismus

- Ethnozentrismus (Rassismus, Antisemitismus und übersteigerter Nationalismus)
-

- Völkische Vorstellungen einer homogenen Volksgemeinschaft
- Demokratiefeindlichkeit und autoritäre Staatsvorstellungen

Diese Definition ist schlanker als die Konzeption, die Anfang der 2000er Jahre als sogenannte Konsensdefinition von einem Team von renommierten Rechtsextremismusforscher:innen im Laufe einer mehrjährigen Diskussion[2] festgelegt wurde und die sechs Teilbereiche nennt (▶ Kasten 4). Der Vorteil einer schlankeren Definition liegt in ihrer größeren Offenheit für Modernisierungstendenzen und Anpassungsstrategien des Rechtsextremismus, ohne die wesentlichen ideologischen Kernelemente aus den Augen zu verlieren. Da der Rechtspopulismus/-extremismus ein dynamisches Gebilde ist, ermöglicht es die schlankere Definition, ganz verschiedene Strömungen und Differenzierungen des sich verändernden Feldes des Rechtsextremismus abzubilden. Die Rechtsextremismuskonzeption der Konsensgruppe, die in den Leipziger und der Bielefelder Rechtsextremismus-Studien verwendet wird (vgl. dazu ausführlicher ▶ Kap. 2.2.1), lässt sich unter diese Definition subsumieren.

Kasten 4:
Rechtsextremismus-Konzept der Leipziger und der Bielefelder Studie: Subdimensionen

- Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
- Chauvinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus
- Fremdenfeindlichkeit
- Antisemitismus
-

Sozialdarwinismus

Quelle: Decker & Brähler 2020, S. 35 f., bzw. Küpper, Krause & Zick 2019, S. 124 f.

Von Rechtsextremismus wird dann gesprochen, wenn alle Subdimensionen im Sinne eines geschlossenen Weltbildes vorliegen.

Teilweise wird kritisiert, dass die Forderung der Geschlossenheit des Weltbildes oder der »Syndromcharakter« den Blick verenge und Rechtsextremismus als »Pathologie« erscheinen lasse und die Ausbreitung des Gedankenguts in der Mitte der Gesellschaft nicht in den Blick nehme. Solche einstellungsbezogenen Brücken oder Scharniere in die Mitte der Gesellschaft bestehen in der Tat gerade da, wo nur Teilaspekte vorliegen – z. B. fremdenfeindliche Einstellungen, aber keine grundsätzliche Demokratiefeindlichkeit. Eine Definition verlangt auch eine Grenzziehung, um das Phänomen greifbar und empirisch operationalisierbar zu machen und zudem den Rechtsextremismusvorwurf nicht zu verwässern. Es gibt einen Unterschied zwischen »besorgten Bürgern« und »Nazis« – es gibt auch eine große Schnittmenge – nur ein klarer Begriff davon, was Rechtsextremismus ist, ermöglicht die klare Benennung des Problems. Kritiker:innen dieser Grenzziehung verweisen zu Recht auf den »Strömungscharakter« des Phänomens. Grenzziehungen suggerieren, dass jenseits der Grenze das Problem nicht bestehe – zum einen gibt es aber Übergänge und Grauzonen, die verharmlost werden könnten, ebenso könnte der Blick auf den Zusammenhang von Dominanzkulturen und Menschenfeindlichkeit in der Gesamtgesellschaft und rechten Orientierungen durch diese »Separierung« verschwinden. Das ist offenbar ein Dilemma, beiden Ansprüchen kann offensichtlich keine Definition genügen.

In der Forschung ist es üblich zwischen der Einstellungs- und der Handlungsebene zu differenzieren (z. B. Decker & Brähler 2006; Stöss 2000, 2010; Salzborn 2018), wobei die Einstellungsebene die oben genannten Phänomene umfasst. Auf der Handlungsebene kommen z. B. Wahlverhalten, Mitgliedschaften, Protestaktionen sowie gewaltförmige und terroristische Aktivitäten hinzu. Eine Verbindung beider Bereiche auf der Ebene von Rechtsextremismusdefinitionen wird kritisch gesehen: Da nicht jede Einstellung in Gewalthandlungen umgesetzt wird, würde eine Integration der Handlungsebene in die Definition den Bereich dessen, was unter Rechtsextremismus gefasst wird, deutlich einschränken und zu einer Unterschätzung des Phänomens führen.

2.2 Die empirische Erfassung von rechten Orientierungen

Um die Entwicklung und Verbreitung des Rechtsextremismus zu beobachten, sind neben amtlichen Daten (z. B. des Bundeskriminalamtes) sozialwissenschaftliche empirische Untersuchungen z. B. zur Verbreitung von rechten Einstellungen in der Bevölkerung notwendig. Da der Rechtsextremismus ein sehr facettenreiches Phänomen ist, muss die empirische Beobachtung und Analyse entsprechend mehrdimensional erfolgen. Grundlegend hierfür ist zum einen die Trennung in die beiden Bereiche Einstellungen und Verhalten und die Beobachtung der Verbreitung in der Bevölkerung, zum anderen die Untersuchung formeller und informeller Strukturen des Rechtsextremismus. Formelle Organisationen sind Parteien und ihre Unterorganisationen (wie z. B. die NPD, die Rechte, der III. Weg, die AfD) mit etablierten organisatorischen Strukturen, die empirisch anhand ihrer öffentlichen Auftritte, ihrer Mitglieder und Funktionär:innen sowie ihrer Programmatik untersucht werden können. Einen weiteren Bereich stellen die informellen Zusammenschlüsse dar, wie Kameradschaften und rechte Netzwerke, womit kleinere, zum Teil regionale Zusammenschlüsse von Personen gemeint sind, die keine feste Organisationsstruktur aufweisen, wie im Bereich der Neonazi-Szene, der völkischen Siedler:innen, von Pegida oder der Identitären Bewegung oder auch von »Einzelpersonen«, die virtuell vernetzt sind. Dazu zählen breite subkulturelle Phänomene wie Skinheads oder Reichsbürger:innen, rechte Musikszenen, eine rechte Kampfsportszene und rechte Hooligans. Diese Szenen sind locker, teilweise nur virtuell verbunden. Die Vernetzung im Internet erlaubt eine große Reichweite und zum Teil auch eine große Öffentlichkeitswirksamkeit. Ebenso gibt es Akteur:innen, die sich primär virtuell vernetzen und ihre Ideologie über Chatgruppen, Gaming Server etc. verbreiten, dies aber weitgehend verdeckt tun (▶ Kap. 8). Diese Strukturen und Subkulturen können anhand von Wahlergebnissen, der Zahl ihrer Mitglieder, ihrer Aktivitäten, anhand von Statistiken der Straf- und Gewalttaten, ihrer Propagandaaktivitäten, der Verwendung von Symbolen, ihrer Vernetzung und ihrer ideologischen Statements in der analogen wie digitalen Welt beschrieben und untersucht werden.

2.2.1 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Umfragen

Die Untersuchung von Rechtspopulismus/Rechtsextremismus in der Bevölkerung oder in Subgruppen erfolgt zumeist über standardisierte Befragungen. Eine zentrale Studie, die seit 2002 die Entwicklung des rechtsextremen Einstellungspotenzials beobachtet, ist die sogenannte »Leipziger Mitte-Studie«[3] (Decker & Brähler 2018, 2020). Das dort verwendete Messinstrument zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen setzt sich aus sechs Einstellungsdimensionen zusammen, diese Konzeption ist an der sogenannten Konsensdefinition orientiert (▶ Kap. 2.1.2). Die verwendeten

Einstellungsdimensionen umfassen alle Kernbereiche der Rechtsextremismusdefinition, die in Abschnitt 2.1.2 vorgestellt wurde (▶ Kap. 2.1.2). Um von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zu sprechen, muss eine befragte Person zu allen Teilbereichen Zustimmung geäußert haben, so die Vorgabe der Mitte-Studie.[4] Heller, Brähler und Decker (2020) belegen in einer aktuellen Reanalyse die Reliabiliät des Instrumentes sowie den internen Zusammenhang der Subdimensionen, die die Sicht auf den Rechtsextremismus als geschlossenes Weltbild oder Syndrom rechtfertigen. Um Veränderungen über die Zeit beobachten zu können, ist es notwendig, die identischen Items kontinuierlich einzusetzen.

Im Jahr 2012 wanderte die von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanzierte Mitte-Studie in neue Hände und erscheint seitdem als »Bielefelder Mitte-Studie« (Zick & Klein 2014; Zick, Küpper & Berghan 2019) – die Leipziger Studie wird unter dem Namen »Leipziger Autoritarismus-Studie« (LAS) fortgeführt. In beiden Studien kommt weiterhin das genannte Instrument zum Einsatz (▶ Anhang A). In der Bielefelder Studie wurde jedoch der Erhebungsmodus von einer persönlichen Befragung (mit paper/pencil-Anteil zur Ausfüllung der Einstellungsfragen) auf eine telefonische Befragung verändert und ebenso die Stichprobe hinsichtlich der Altersgrenze modifiziert. Statt der unteren Grenze von 14 Jahren, wird nun erst ab einem Alter von 16 Jahren befragt, womit für die Bielefelder Studie Einschränkungen in der Vergleichbarkeit hinsichtlich der Erhebungen vor 2016 vorliegen.

Beide Studien belegen einen relativen Rückgang des Anteils von Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild von knapp 10 Prozent im Jahr 2002 auf ca. 5 Prozent oder weniger im Jahr 2020 bzw. 2018 (Decker et al. 2020; Zick, Berghan & Mokros 2019), wobei einzelne Subdimensionen wie Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus deutlich stärkere Ausprägungen zeigen.

Da das Phänomen Rechtsextremismus ein dynamisches Gebilde ist, das sich in den letzten Jahren massiv verändert hat, werden in der Bielefelder Studie neuerdings ergänzende Subdimensionen berücksichtigt, die diesen Veränderungen Rechnung tragen sollen (Häusler & Küpper 2019). Das Messinstrument wird mit dem Label »Neue rechte Mentalitäten« (Häusler & Küpper 2019, S. 164) bezeichnet (▶ Kasten 5, die Fragen und Antwortvorgaben finden sich im ▶ Anhang B).

Kasten 5:
Subdimensionen Neue Rechte Mentalitäten – Bielefelder Studie (2019)

-
  Anti-Establishment
-

Aufruf zum Widerstand

·

Unterstellung eines Meinungsdiktates

·

Islamverschwörung

·

Nationale Rückbesinnung gegen die EU

·

Ethnopluralismus

·

Antifeminismus

Quelle: Häusler & Küpper 2019, S. 164.

Die Subdimensionen sind untereinander stark verbunden und zeigen zudem starke empirische Zusammenhänge zum Rechtsextremismus. Es werden Themenfelder angesprochen, die in die Grauzone rechter Narrative fallen, die aber zum größten Teil nicht zum engeren Feld dessen gehören, was als rechtsextreme Orientierung bezeichnet wird.

Die eingesetzten neuen Dimensionen wie Islamverschwörung oder Unterstellung eines Meinungsdiktates, die als Türöffner für weitere rechtsextreme Einstellungen fungieren, sind deutlich stärker verbreitet als der klassische Rechtsextremismus, hier ergeben sich Zustimmungswerte über 20 Prozent, was für eine Verbreitung anschlussfähiger Haltungen bis in die Mitte der Gesellschaft spricht (Häusler & Küpper 2019, S. 165).

Ein großer Vorzug der Mitte-Studien ist die dauerhafte Verwendung des gleichen Messinstrumentes, das eine Vergleichbarkeit der Werte über die Zeit und über Subgruppen ermöglicht. Zudem liegt ein ausreichend komplexes Messinstrument vor, welches verschiedene Subdimensionen abbildet, die als essentiell für den Rechtsextremismus gelten. Das Messinstrument ist messtheoretisch fundiert und entspricht den Qualitätskriterien empirischer Sozialforschung (Heller, Brähler & Decker 2020). Einige der Items sind sehr explizit und drastisch formuliert: »Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen« oder »Es gibt wertvolles und unwertes Leben«. Diese expliziten Formulierungen führen zu geringen

Zustimmungswerten und tendenziell zu sozial erwünschten Antworten und sind eventuell nicht geeignet, das vorhandene rechtsextreme Einstellungspotenzial in der Bevölkerung zu erfassen, da nur Personen mit einem engen, verhärteten und traditionellen rechtsextremen Weltbild bei allen sechs Subdimensionen zustimmen werden. Zudem merkt Pfahl-Traughber (2019a, S. 318) zu dieser Vorgehensweise kritisch an, dass auch »organisierte Rechtsextremisten selten über ein geschlossenes Weltbild verfügen. Demnach legen die Forscher einen viel zu hohen Maßstab an, muss doch mehr von diffusen Orientierungen ausgegangen werden«. Diese Aussage verweist auf die Anforderung für eine Zuordnung eines Befragten als »rechtsextrem«, die die Zustimmung der Person zu allen Aussagen jeder Dimension erfordert. Eine solche Anforderung ist sehr restriktiv. Kritisch wird zudem die Vorgehensweise gesehen, Einzelitems und deren Interpretation aus dem Instrument herauszulösen, um Rückschlüsse über die Verbreitungen von Einstellungen zu ziehen. Dieses Vorgehen ist ebenfalls nicht adäquat – eine reliable Messung kann nur dann gewährleistet sein, wenn die Interpretation auf der Ebene der sechs Subdimensionen erfolgt, die mit mehreren Items gemessen werden, und eine Kontrolle möglicher Messfehler zulässt.[5]

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Ein weiteres Konzept im Kontext der Erfassung rechtsextremer Orientierungen ist die »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (GMF) als Teilaspekt des Rechtsextremismus. Initiator der Studien, aus denen dieses Konzept stammt, die von 2002 bis 2012 durchgeführt wurden, ist Wilhelm Heitmeyer (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit liegt dann vor, wenn Menschen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe abgewertet und ausgegrenzt werden. Diese Haltungen treten nicht bezogen auf individuelle Konflikte oder konkrete Personen auf, sondern sie sind durch ein Denken in Kategorien der Ungleichwertigkeit begründet. Personen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit tendieren generell dazu, Menschen aufgrund ihrer Andersartigkeit abzuwerten, dies bezieht sich auf verschiedenste Gruppenzugehörigkeiten. Heitmeyer (2002) spricht daher von einem Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, das sich auf eine Ideologie der Ungleichwertigkeit zurückführen lässt. Das Instrument wird auch in der Bielefelder Studie (Zick, Berghan & Mokros 2019, S. 55) verwendet. »GMF drückt die Zuschreibung der Ungleichwertigkeit gegenüber bestimmten Gruppen aus. Die Ungleichwertigkeit ist wesentliches Kernelement und Scharnier zu politischen Orientierungen, vor allem von rechtsextremen, rechtspopulistischen und neurechten Orientierungen«. Offen bleibt in dieser Sicht, wie sich GMF zu Rechtsextremismus verhält. Ist es tatsächlich ein Kernelement – aufgrund der Vielgestaltigkeit der Subdimensionen (▶ Kasten 6) erscheint dies zweifelhaft. Die Heterogenität der Subdimensionen lässt zudem Zweifel an der Eindimensionalität des Konstruktes aufkommen. Plausibel

erscheint es, dass die Subdimensionen als Scharniere fungieren und Brücken zu rechtsextremen Einstellungen schlagen.

Kasten 6:
Subdimensionen des Konzeptes Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

- Fremdenfeindlichkeit
- Rassismus
- die Befürwortung von Etabliertenvorrechten
- Antisemitismus
- Sexismus
- Abwertung von Muslimen
- Abwertung von Sinti und Roma
- Abwertung von asylsuchenden Menschen
- Abwertung von Homosexuellen
- Abwertung von Behinderten
-

Abwertung von Obdachlosen

.

Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen

.

Abwertung von Trans*Menschen

Quelle: Zick, Berghan & Mokros 2019, S. 70; vgl. auch Heitmeyer 2002.

Das Konzept der GMF erscheint hinsichtlich der Zusammenfassung sehr unterschiedlicher Teilbereiche problematisch – es werden Haltungen zu sehr unterschiedlichen Gruppen erfasst (soziale, sexuelle, ethnisch und religiöse Orientierungen), aber auch zu Herrschaftsarrangements (wie Sexismus und Rassismus), zudem werden spezifische Verhaltensweisen bestimmter Gruppen angesprochen (z. B. von Homosexuellen oder Trans*Menschen) oder auch Privilegien wie Etabliertenvorrechte. Es ergibt sich somit ein recht heterogenes Konstrukt, dessen inhaltlicher Gehalt durch die Vielzahl der Teilbereiche verschwimmt.

2.3 Zur Nutzung der Begrifflichkeiten

Führt man die Begriffe Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zusammen, so wird deutlich, dass Rechtspopulismus nicht auf einem Kontinuum hinsichtlich des »Extremismus« der Ideologie anzusiedeln ist. Der Rechtspopulismus als »dünne Ideologie« kann eine Mobilisierungsstrategie von extrem rechten Kräften sowie von gemäßigten Kreisen sein. Der Begriff Rechtspopulismus sollte nicht dazu verwendet werden, die damit bezeichneten Akteur:innen zu verharmlosen. Zur Einordnung der politischen Orientierung ist es nötig, den Begriff des Rechtsextremismus hinzuzuziehen, um die Akteur:innen klar zu verorten. Wir werden im Folgenden von rechten Einstellungen oder Akteur:innen sprechen, wenn wir keine klare Grenzziehung hinsichtlich der Frage des Extremismus für nötig halten – wenn es z. B. um die Nutzung von Social-Media-Strategien oder der Verbreitung solcher Einstellungen in der Jugend geht. Scharfe Grenzziehungen sind rechtlich nötig, aber eine zu scharfe Grenzziehung führt im wissenschaftlichen Kontext dazu, dass die Problematik rechter Einstellungen in der Gesamtgesellschaft auf kleine Gruppen verengt wird. Das heißt nicht, dass die Festlegung solcher Grenzen nicht nötig ist, um sich im Umgang mit rechten Einstellungen zu positionieren (Seipel & Rippl 2020).

2.4 Fazit

Rechtsextremismus ist ein sich dynamisch veränderndes Phänomen, das in den letzten 20 Jahren deutliche Modernisierungsprozesse durchlaufen hat. Dementsprechend stellt sich die Frage, inwieweit vorhandene Definitionen noch ausreichen, um das Phänomen zu fassen. Der Begriff des Rechtpopulismus als »neues« Phänomen wird zunehmend parallel verwendet – häufig mit der impliziten Deutung als Ausprägung mit einer höheren Legitimität. Ein präziser Blick auf die Reichweite des Populismusbegriffs zeigt, dass Populismus im Sinne einer »dünnen Ideologie« wenig über die Legitimität der Akteur:innen oder den Extremismus ihrer Ideologie aussagt. Primär wird eine Mobilisierungsstrategie damit verbunden, die auf die Gegenüberstellung »das Volk« versus »denen da Oben« gründet. Inwieweit damit legitime oder illegitime bzw. demokratiefeindliche Elemente verbunden sind, lässt sich erst durch die Analyse weiterer ideologischer Inhalte feststellen. Der Begriff »Rechtspopulismus« taugt keineswegs dazu, harmlosere Akteur:innen im rechten Spektrum zu beschreiben. Es wurde eine schlanke Definition des Phänomens Rechtsextremismus vorgestellt, die Kernelemente identifiziert, die auch die neuen rechten Akteur:innen abdecken und flexibel genug erscheint, wesentliche Kernbereiche zu definieren, um auch die modernisierten Formen zuordnen zu können. Denn auch der äußerlich »moderne« Rechtsextremismus bezieht sich weiterhin auf die ideologischen Kernelemente, die bereits für den »alten« Rechtsextremismus relevant waren und sind, auch wenn die neue Rechte neue Strategien entwickelt hat, ihre Narrative in der Gesellschaft zu verbreiten.

Endnoten

1 Der Verfassungsschutz spricht in Ableitung vom Begriff der wehrhaften Demokratie von Rechtsextremismus, wenn die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verletzt werden (Glossar Rechtsextremismus: www.verfassungschutz.de, Zugriff am 23. 02. 2021).

2 Zu den Tagungsberichten siehe: https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/Kreis2007_Kontroversen-am-Beispiel-zweier-Rechtsextremismus-Studien.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.

3 Seit 2018 in Leipziger Autoritarismus-Studie (LAS) umbenannt.

4 Die Messung erfolgt über eine 5-stufige Antwortskala mit den Ankerpunkten: stimme voll und ganz zu, stimme überwiegend zu, teils/teils, lehne überwiegend ab, lehne völlig ab. Die Einzelitems finden sich im ▶ Anhang A. Ein rechtsextremes Weltbild wird den Personen attestiert, die in jeder Subdimension mindestens den Wert von 12 aus der Summe der Antworten auf die je 3 Items erhielten (der maximale Zustimmungswert pro Subdimension wäre 15).

5 Komplexe Konstrukte können nicht mit einem Einzelitem erfasst werden, da es sich zum einen um indirekte Messungen handelt – d. h., das eigentliche Konstrukt latent bleibt, die rechtsextreme Haltung sich aber im Antwortverhalten manifestiert. Werden mehrere Fragen in ähnliche Richtung beantwortet, lässt sich auf diesen latenten Hintergrund schließen. Zudem ist jede Messung mit Fehlern behaftet und misst neben der Zieldimension (z. B. Rechtsextremismus) auch Fremddimensionen (z. B. reale Konkurrenz um Arbeitsplätze) – diese Einflüsse von Fremddimensionen und Fehlern werden »eliminiert«, wenn man mehrere Items verwendet (z. B. nicht nur Fragen, die sich mit der Arbeitswelt befassen) (vgl. dazu z. B. Kuckartz et al. 2013, S. 239 – 257).

3 Ideologische Grundlagen, Narrative und die Neue Rechte

Neue Begrifflichkeiten wie Rechtspopulismus oder Neue Rechte zur Beschreibung aktueller Entwicklungen bzw. neuer Akteur:innen im politischen Feld suggerieren, dass wir es mit grundsätzlich neuen oder anderen Phänomenen zu tun haben, als sie in der »alten« Konzeption des Rechtsextremismus vorzufinden sind. Im Kapitel 2 haben wir bereits auf einige begriffliche Unschärfen und Missverständnisse in diesem Zusammenhang hingewiesen (▶ Kap. 2). Im nun folgenden Kapitel werden wir wichtige ideologische Kontinuitäten zwischen »alten« und »neuen« rechten Akteur:innen darlegen, die trotz äußerlicher Veränderung fortbestehen. Zudem werden wir auf die sogenannte Neue Rechte eingehen, die als ein intellektuelles Netzwerk von Akteur:innen gelten kann, das im deutschen Rechtsextremismus und Nationalkonservatismus seinen Ursprung hat und das als geistiger Hintergrund des öffentlichen Erfolges der heutigen rechtspopulistischen Bewegung gilt.

3.1 Das »Volk« als zentrales ideologisches Narrativ der Rechten

Die wichtigen Narrative rechter Bewegungen gruppieren sich um den zentralen Begriff »Volk« (Salzborn 2017). Dazu gehören die Erzählungen von der Volksgemeinschaft, vom »Willen des Volkes« gegen »die da Oben«, gegen Volksverräter:innen, von der »Umvolkung« und dem Völkischen, der Islamisierung, vom Stolz und vom Ende der Scham und der Schande, von Antisemitismus, von Multikulti und Globalisierung und die Erzählung von der Auslöschung oder dem Untergang des deutschen Volkes. Die ideologischen Grundlagen dieser Narrative lassen sich historisch bis in die antidemokratischen Kreise der Weimarer Republik zurückverfolgen. Die Denker der sogenannten »Konservativen Revolution« wie Carl Schmitt, Oswald Spengler oder Ernst Jünger sind bis heute wichtige Bezugsquellen der rechten Ideologie (vgl. Breuer 1993). Fücks (2019) spricht von den »langen Linien des antiliberalen Denkens«. Die Denker der konservativen Revolution kritisierten die liberale Demokratie der 1920er Jahre, den Parlamentarismus, die Gewaltenteilung und die Idee universeller Rechte und setzten diesem Programm eine völkische Vorstellung von Demokratie entgegen, die an einen homogenen »Volkskörper« gebunden ist, verknüpft mit dem Ausschluss des »Artfremden«. Die Vertreter dieser Denktraditionen gelten als intellektuelle Vorhut und Begleiter des Nationalsozialismus, die Idee des Ausschlusses der »Artfremden« mündete letztlich in der Katastrophe des Holocaust. Die neue

rechte Bewegung am Ende des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts versucht, diese geistigen Parallelen zu verdecken, um in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu sein, etwa durch neue Wortschöpfungen oder die Vermeidung offen zur Schau gestellter nationalsozialistischer Symbolik, wobei die Verwandtschaft der ideologischen Vorstellungen in ihren Kernelementen immer wieder durchscheint. Kellershohn (2018) verdeutlicht dies am plakativen Pegida-Slogan »Wir sind das Volk«, der in diesem neuen Gebrauch nicht mehr der Slogan der nach Demokratie strebenden Bürgerrechtsbewegung der DDR ist, sondern zum Slogan einer völkischen Bewegung wurde. Der Volksbegriff wird dabei verknüpft mit einer klaren Abgrenzung nach außen. Alle diejenigen, die im völkischen Sinne keine Deutschen sind, gehören nicht dazu.

3.1.1 Volk und Staat – Carl Schmitt als Vordenker

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang das Denken von Carl Schmitt. Im Folgenden werden relevante Aspekte der Argumentation von Schmitt, wie sie u. a. von Salzborn (2017) oder Kellershohn (2016; 2018) ausführlicher entwickelt wurden, kurz vorgestellt. Carl Schmitts Denken kann als ein zentraler ideologischer Bezugspunkt der rechten Ideologie heute gelten. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, die Begriffswelten und damit verbundene Argumentationen rechter Ideologien zu verstehen, denn der Begriff der Demokratie und der Volkssouveränität wird im Kontext des völkischen Homogenitätsideals völlig anders besetzt, als dies im Kontext liberaler Demokratievorstellungen der Fall ist. So kann der legitime Wunsch nach »mehr Demokratie« ein erstes Einfallstor, eine Brücke zum rechten Gedankengut sein (Mudde & Rovira Kaltwasser 2018). Carl Schmidt bezeichnete die liberale, plurale Demokratie als schwach und dekadent. Der von ihm entwickelte rechte Demokratiebegriff ist eng mit dem Volksbegriff verbunden und wird in den rechtspopulistischen Bewegungen im Sinne des essentialistischen »ethnos« verwendet. Damit ist eine Gemeinschaft gemeint, die auf gleicher, sprich homogener Abstammung, Sprache und Kultur beruht, ganz im Gegensatz zum Verständnis des Volkes als »demos«, als Gruppe oder Gesellschaft von Bewohner:innen eines Staates, die sich freiwillig zusammenfinden und mit gleichen politischen Teilhaberechten und -pflichten eine wandelbare Sammlung von Individuen darstellt (Salzborn 2017; Kellershohn 2018).

Durch diese Verwendung der Begrifflichkeiten gelingt es der rechten Bewegung eine Imagination von Mitbestimmung oder Mitwirkung in ihrem Gesellschaftsmodell zu erzeugen, die aber mit den individualistischen, liberalen Vorstellungen von Partizipation, wie sie im deutschen Grundgesetz festgelegt sind, nichts gemein haben (vgl. auch Müller 2016, S. 188). Die zugrundeliegende Homogenitätsvorstellung negiert letztlich das Individuum, seine Individualinteressen oder individuelle Freiheiten und fokussiert auf das Kollektiv, das Volk, dem alles untergeordnet ist. Auch das Verächtlichmachen

wichtiger Institutionen und Prozesse der liberalen, pluralen Demokratie gehört in diesen Kontext. Pluralismus, Parteien, Diskussionen und das Aushandeln von Kompromissen als Wesensmerkmale einer pluralen, parlamentarischen Demokratie werden als Schwäche gesehen. Die plurale und repräsentative Demokratie sei unfähig, Lösungen zu generieren, die den Volkswillen verkörpern. Der Volkswille wird dabei als Kollektivgröße verstanden, die dem Volkskörper innewohnt und nicht das Ergebnis demokratischer Aushandlungsprozesse bei Interessenkonflikten ist. Der Staat hat für Schmitt eine besondere Rolle, er soll nicht zu einer »Beute« einer pluralen Gesellschaft werden, wo Gruppen, so seine Sicht, den Staat für ihre Sonderinteressen instrumentalisieren, sondern er soll viel allgemeiner ein Garant der Ordnung sein – der Staat soll somit der Gesellschaft übergeordnet sein (Kellershohn 2018). Dem Prinzip der Repräsentation wird das Prinzip der Identität entgegengesetzt (Salzborn 2017, S. 63 f.). Damit meint Carl Schmitt eine imaginierte Identität von Herrschern und Beherrschten, die auf der Idee eines homogenen Volkes fußt. Aus dieser Identitätsfiktion ergibt sich, dass der Volkswille von selbst in einer Führungsfigur aufgeht – der wahre Wille des Volkes kann dann auch von einer Minderheit verkörpert werden, wenn das Volk seinen eigenen Willen nicht richtig erkennt. So »erfindet« Carl Schmitt den einheitlichen Volkswillen (Salzborn 2017, S. 73 f.). Einem Diktator allein kann es letztlich gelingen, diesen Volkswillen zu bilden und kraftvoll zu artikulieren (Hacke 2019). Prinzipien der liberalen Demokratie wie die Gewaltenteilung oder die Verteidigung von Minderheitsrechten werden in diesem Gesellschaftsmodell obsolet. Die ersehnte Homogenität nach innen ist zwangsläufig verknüpft mit einer scharfen Abgrenzung nach außen – Carl Schmitt spricht in diesem Zusammenhang ganz explizit von der Notwendigkeit der Ausscheidung und Vernichtung des Heterogenen (Hacke 2019). Ihren scharfen Ausdruck fand diese Denkweise in der rassistischen Ideologie und Rassenpolitik des Nationalsozialismus. Diese Denkweise findet ihre »Wiedergeburt« im heute aktuellen Konzept des Ethnopluralismus.

3.1.2 Ethnopluralismus – altes Denken in neuem Gewand

Die rassistische, völkische Ungleichheitsideologie wird heute im Konzept des Ethnopluralismus in einer modernisierten Variante fortgeführt. Das Konzept des Ethnopluralismus entstammt der Denkschule der französischen Neuen Rechten und wurde von Alain de Benoist (1985, S. 63) populär vertreten. Entsprechend der metapolitischen Strategie der Neuen Rechten, den vorpolitischen Raum zu besetzen und mit ihren sprachlichen Grenzverschiebungen in das Alltagswissen und die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der Menschen einzudringen (▶ Kap. 3.2), wird versucht, über neue Begrifflichkeiten den »alten« ideologischen Unterbau der rechten Bewegung verschleiert in die aktuellen gesellschaftlichen Diskurse einzuführen.

Insbesondere offen rassistische Argumentationen, die auf biologistischen Konzepten der Ungleichwertigkeit beruhen und gar eine Nähe zur nationalsozialistischen Rassenideologie aufweisen, könnten zu einer raschen Abkehr größerer Bevölkerungsgruppen führen. Im Konzept des Ethnopluralismus stehen daher nicht biologisch begründete Unterschiede im Vordergrund, sondern ethnisch-kulturelle Differenzen und damit verbunden ein scheinbar positives Recht auf Verschiedenheit. Völkisches Denken wird somit rekonstruiert, ohne direkten Bezug auf die biologistischen Rassenkonzepte der Vergangenheit (Kellershohn 2018; Bruns et al. 2018). Die Idee einer strikten Abgrenzung und räumlichen Separierung zwischen Eigenem und Fremdem wird dabei aufrechterhalten und scheinbar neu legitimiert. Der Begriff des Rassismus wird in diesem Kontext umdeklariert: »Rassistisch sei es, Menschen zur Assimilation oder überhaupt zum Verlassen ihrer Heimatländer zu zwingen. Antirassistisch sei es, sie wieder in ihre Heimatländer zu bringen, wo sie ihre Kultur leben könnten« (Bruns et al. 2018, S. 44). Kulturen werden in dieser Konzeption als homogene und »natürliche« Einheiten gesehen. Menschen werden nicht als Individuen wertgeschätzt, sondern als Teile dieser Kollektiveinheiten. Diese »kulturellen Einheiten« ersetzen den rassistisch begründeten Volksbegriff, der Begriff der »Rasse« wird durch Begriffe wie Kultur oder Ethnie ersetzt. Die Kulturen bestehen nebeneinander, dulden aber keine Vermischung. So findet eine Naturalisierung des Kulturellen statt (Bruns et al. 2018), ohne offen Parallelen zur völkischen Ideologie des Nationalsozialismus herzustellen. Jedes Volk habe einen ihm eigenen Wesenskern, der an einen spezifischen Lebensraum gebunden sei, dessen Reinheit nur bewahrt bleibe, wenn die Völker separiert leben. Dementsprechend gehöre der Islam nicht zu Deutschland. Diese Denkweise richtet sich nicht negativ gegen den Islam als Religion, wie es eventuell auf den Straßen bei den Anhänger:innen der AfD ankommt oder von Pegida propagiert wird, sondern aus Sicht der Intellektuellen der Neuen Rechten gegen die multikulturelle Gesellschaft als Ergebnis einer globalen Moderne. Denkt man das Konzept zu Ende, geht es in letzter Konsequenz darum, geflüchtete Menschen, die Schutz vor politischer, religiöser oder sonstiger Verfolgung suchen, und deutsche Staatsbürger:innen mit Migrationshintergrund in ihre »Herkunftsländer« zurückzuführen. Deportation wird verbrämt unter dem Begriff der »Re-migration« mit dem angeblichen Ziel der Bewahrung der Kultur »entwurzelter Völker«.

3.1.3 Weitere rechte Narrative

Um dieses Kern-Narrativ des »Volkes« rankt sich eine Vielzahl weiterer Narrative, die versuchen, Brücken von der rechten Ideologie in die alltägliche Lebenswelt herzustellen (▶ Kasten 7). Erfolgreich sind diese Erzählungen, die Ereignisse in ein Weltbild einordnen dann, wenn sie Interpretationen der Welt

liefern, die Menschen helfen überkomplexe Zusammenhänge, belastende Situationen oder Krisen in vereinfachte, entlastende Sinnzusammenhänge zu stellen. Wie erläutert ist das »deutsche Volk und sein potentieller Untergang« das zentrale Meta-Narrativ rechter Ideologie, damit verknüpft sind weitere Narrative. Bei der Analyse von einschlägigen rechten Facebookseiten (z. B. von Pegida, KenFm, AfD, Compact-Magazin etc.) finden Baldauf et al. (2017) immer wiederkehrende Narrative, die das Meta-Narrativ »Der Untergang der Deutschen« aufnehmen und variieren. Dabei geht es um eine »Bedrohung von außen« durch Migration, Islamisierung, Asylmissbrauch, die Zerstörung der deutschen Kultur und den Import von Kriminalität. Daneben wird auch eine Bedrohung von innen beschworen durch sogenannte »Volksverräter« und »Gutmenschen«, durch die »Altparteien« und das Establishment, das mit Hilfe der sogenannten »Lügenpresse« Zensur ausübe und einen angeblichen Zwang zur Political Correctness erzeuge. Ebenso wird ein Mangel an Nationalstolz beklagt, verbunden mit der Relativierung des Holocaust. Daneben werden globale Verschwörungen thematisiert, von der Weltherrschaft des Großkapitals ist die Rede, unterlegt mit dem antisemitischen Code einer jüdischen Weltverschwörung (vgl. Baldauf et al. 2017). Innerhalb dieser Narrative werden Vereinfachungen und simple Feindbilder verwendet, die häufig auf dichotomen Kategorisierungen wie »innen versus außen« oder »oben versus unten« beruhen. Gegen die empfundenen Zumutungen einer vielfältigen, komplexen, »unnatürlichen« Gesellschaft und Lebensweise wird das Bild einer homogenen Volksgemeinschaft in Stellung gebracht, die in Gefahr ist und die sich vor ihren Feinden schützen muss, die »in Ordnung gebracht« werden muss durch eine »starke Hand«.

Auch wenn nicht alle diese Narrative bei möglichen Adressat:innen verfangen, so bieten sie inhaltlich viele Anschlussstellen. Die Begriffe oder einzelne Erzählungen werden gezielt in der öffentlichen Debatte platziert, werden zum Diskussionsthema sowie medial reproduziert und sickern so langsam in den Diskurs ein. Beispiele dieser Strategie sind bei den Protagonist:innen der rechten Szene immer wieder zu beobachten, etwa wenn Frauke Petry den Begriff des »Völkischen« wieder positiv besetzen will[6], Alexander Gauland den »Holocaust als Vogelschiss« (vgl. Fußnote 8) in der deutschen Geschichte bezeichnet oder Bernd Höcke vom »Denkmal der Schande«[7] spricht. Die Umdeutung des Begriffs der »Political Correctness« ist ein weiteres Beispiel. Ursprünglich ging es darum, Äußerungen zu vermeiden, die Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit diskriminieren. Im rechten Kontext wurde der Begriff zum Kampfbegriff, um Kritik mit dem Hinweis auf die Beschränkung der Meinungsfreiheit (»Meinungsdiktatur«) abzuwehren. Die negative Konnotation ist heute schon vollständig in den Sprachgebrauch übergegangen, ebenso die negative Konnotation des Begriffs des »Gutmenschen«. Neben Umdeutungen werden zudem nationalsozialistisch geprägte Begriffe wie die »Umvolkung« und die »Volksgemeinschaft« genutzt und durch dauerhafte Wiederholung im alltäglichen Vokabular platziert.

Kasten 7:
Diskursverschiebung oder wie der Begriff »Deutschenfeindlichkeit« in die amtliche Polizeistatistik kam

Der Begriff wurde bereits im 19. und 20. Jahrhundert genutzt, um eine Feindlichkeit anderer Länder gegenüber Deutschland zu benennen. Schon damals haben rechte Akteur:innen den Begriff aufgegriffen und einen deutschen Opferstatus konstruiert. Bis heute ist es ein Kampfbegriff, der in rechten Kreisen genutzt wird (Steinke 2019). »Mit dem Narrativ der sogenannten Deutschenfeindlichkeit stärken vor allem rechtspopulistische und extrem rechte Gruppen eben diesen ›Opfermythos‹, würden Deutsche doch in ihrem eigenen Land angegriffen, das deutsche Volk unterwandert und ›ausgetauscht‹ – der ›Volkstod‹ naht, so die rechte Propaganda« (Laubenstein 2018). Rechte Social-Media-Kanäle nutzen den Begriff und sammeln Beiträge zum Thema der sogenannten »Migrantengewalt«. 2010 wird der Begriff von Lehrer:innen im Kontext einer GEW-Fachtagung aufgegriffen, um von Mobbing von migrantischen Jugendlichen gegenüber deutschen Schüler:innen zu berichten. Kristina Schröder, damals Bundesfamilienministerin (CDU), nahm den Begriff auf und bezeichnet ihn als Rassismus gegenüber Deutschen, dies fand wiederum Widerhall in den Medien. Thilo Sarrazin (damals SPD) und der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky (SPD) griffen den Begriff ebenfalls in Büchern auf. Beide Bücher wurden in der Presse und in Talkshows breit rezipiert. Heute nutzt das Statistikportal »Statista« den Begriff, zum 01. 01. 2019 wird das Themenfeld »Deutschfeindlich« erstmals in der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes verwendet. Rechten Akteur:innen ist es hier beispielhaft gelungen, ein Narrativ im öffentlichen Diskurs zu platzieren und zugleich andere Begrifflichkeiten aufzuweichen und zu verschleiern – durch die Gleichsetzung mit Rassismus oder dem Versuch, die Deutschenfeindlichkeit als Tatbestand der Volksverhetzung zu etablieren. Bei dieser Einordnung geht es nicht um den Tatbestand an sich, sondern um das Framing, das durch die begriffliche Vereinnahmung durch die rechten Akteur:innen übernommen und in den Mainstream transportiert wird.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung (09. 10. 2010): Politiker warnen vor Diskriminierung: Deutschenfeindlichkeit ist Rassismus. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/politiker-warnen-vor-diskriminierung-deutschenfeindlichkeit-ist-rassismus-11052550.html; Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bundeskriminalamt (2020): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=6,

hier S. 6; Röhlig, M. (2020): »Deutschfeindlichkeit« ist nun eine Kategorie in der Polizeistatistik – und das ist gefährlich. https://www.spiegel.de/panorama/polizeiliche-kriminalstatistik-2019-deutschfeindlichkeit-ist-eine-gefaehrliche-kategorie-a-13fc5615-2b36-43a0-a3a9-d88c204beaa4

3.2 Die Neue Rechte und die strategische Modernisierung des Rechtsextremismus

Die Neue Rechte ist ein Netzwerk von Akteur:innen, das seinen Ursprung in der intellektuellen Szene des deutschen Rechtsextremismus und Nationalkonservatismus hat und das als geistiger Hintergrund des öffentlichen Erfolgs der rechtspopulistischen Bewegung der letzten Jahre gelten kann. Die Neue Rechte ist ein Sammelbegriff für eine Vielzahl von Akteur:innen im rechten Kontext, die zum Teil unterschiedliche Ziele verfolgen, aber durch ihren Kontrast zur »alten« Rechten mit der Abkehr eines expliziten Bezugs zur NS-Zeit und scheinbar neuen Konzepten und Strategien seit den 1970er Jahren eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus jenseits von NPD, Kameradschaften und Hooligans betreiben. In gewisser Weise stellt die Neue Rechte eine Gegenbewegung zur linken Studentenbewegung dar (vgl. Weiß 2017, S. 118 – 134, für eine kritische Einschätzung zur Frage, ob rechte Anti-68er mit den Konservativ-Subversiven-Aktionen 68er Methoden übernommen haben. Weiß zeigt dabei auf, dass die 68er Analogie an ihre Grenzen stößt, zeigt aber auch wie die Methode der gezielten Provokation entwickelt wurde, die heute noch von Rechtspopulist:innen angewandt wird: dem provokanten Vorstoß folgt sogleich das Bedauern eines Missverständnisses; vgl. zur rechten Diskreditierung von 68 Baader 2020, S. 132 – 135).

Pfahl-Traughber (2019b) weist darauf hin, dass das Adjektiv »neu«, keineswegs auf ein neues Ideologiegebäude verweist, im Gegenteil, geistige Vorläufer finden sich in den Vordenkern der »konservativen Revolution« der Weimarer Zeit, den geistigen Wegbereitern des Nationalsozialismus; der bereits erwähnte Carl Schmitt gilt als wichtiger Bezugspunkt der Neuen Rechten. Dementsprechend werden »alte« ideologische Grundlagen in neuem Gewand präsentiert. So löst das Konzept des Ethnopluralismus den biologistischen Rassismus der NS-Ideologie ab. Die Ungleichheitsideologie wird nun ethnisch-kulturell und nicht mehr biologisch unterfüttert. Es geht nicht mehr um die Vernichtung minderwertiger »Rassen«, sondern um die Separierung differenter Kulturen. Neben der begrifflichen Verschleierung eines direkten Bezuges zur NS-Ideologie, ist die Relativierung der NS-Verbrechen ein weiterer Bestandteil der Strategie der Neuen Rechten. Statt den Holocaust zu leugnen, erfolgt dessen Relativierung, exemplarisch hierfür steht der Redebeitrag von Alexander Gauland am 02. 06. 2016: »Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für

die zwölf Jahre. Aber, liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte«.[8] Durch die »Entschärfung« der Begrifflichkeiten soll im Mimikry-Modus die rechte Ideologie in die deutsche Gesellschaft einsickern und gesellschaftsfähig werden (Pfahl-Traughber 2019a; Hufer 2018; Salzborn 2017).

Volker Weiß (2017, S. 39) datiert die Ursprünge der Neuen Rechten in die 1950er Jahre. Mit dem 1950 erschienenen Buch »Konservative Revolution« legt Armin Mohler, der selbst Privatsekretär Ernst Jüngers war, eine Sammlung von Schriften rechter Vordenker der Weimarer Zeit vor (Carl Schmitt, Ernst Jünger, Oswald Spengler). Das Ziel Mohlers ist es, diese Denktraditionen vom Schatten der NS-Zeit zu befreien und wieder gesellschaftsfähig zu machen. »Diese Taktik, unter der Fahne des Konservativen die Grenze bis weit in faschistisches Gelände hinein zu verschieben, wenden seine Epigonen bis heute an« (Weiß 2017, S. 39 f.). Gemeint sind Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann, zwei intellektuelle Leitfiguren der Neuen Rechten, beide Schüler von Mohler. Salzborn (2017) nennt das Scheitern der NPD bei der Bundestagwahl 1969 als wesentlich für die Re-Vitalisierung einer Szene von rechten Intellektuellen, die gerade im Mangel an Intellektualität der NPD deren Misserfolg verorten. Ihnen geht es darum, die Rechte strategisch neu aufzustellen und subtilere Methoden zu entwickeln, um ihre ideologischen Ziele in der breiten Bevölkerung politikfähig zu machen. Man will für Konservative attraktiv sein und als »Scharnier« zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus fungieren (Gessenharter & Pfeiffer 2004, S. 33). Pfahl-Traughber (2019a; 2019b) ordnet die Neue Rechte trotz dieser äußerlichen Veränderungen ideologisch dem Rechtsextremismus zu.

In der politischen Strategie der Neuen Rechten spielt der Begriff der »Metapolitik« eine zentrale Rolle (vgl. Weißmann 2013 in der neurechten Zeitschrift Sezession; ▶ Kasten 8). Nach dem Scheitern der Realpolitik, womit die parteipolitische Einflussnahme in den Parlamenten gemeint ist, geht es ihnen jetzt darum, im sogenannten »vorpolitischen Raum« mehr oder weniger verdeckt eine »kulturelle Hegemonie« zu erlangen (ein Begriff, den sie paradoxerweise von einem linken Vordenker, nämlich Antonio Gramsci, übernehmen).[9] Nicht durch die Einflussnahme in den Parlamenten, sondern durch die Durchdringung der Diskurse der Zivilgesellschaft soll der Boden bereitet werden, um wichtige rechte Themen auf die Agenda zu bringen und das Lebensgefühl der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen. Mit dieser metapolitischen Strategie möchte man umfassende Visionen implementieren und diese nicht realpolitisch in kleinteiliger Arbeit in Parlamenten verwässern. Vorpolitische Räume sind dabei Bereiche des öffentlichen Lebens oder der Zivilgesellschaft abseits der Parteipolitik: z. B. Gewerkschaften und Vereine (beispielsweise Heimatvereine, Umweltschutzvereine und Sportvereine), Talkshows, rechte Lifestylemagazine und eigene Modemarken, kirchliche Kontexte zum Thema »Lebensschutz«, Elternabende zum Thema Sexualerziehung, YouTube-Nachrichten-Kanäle wie CompactTV, PI-News, Junge Freiheit Verlag oder NachDenkSeiten, rechte Rap-Musik in den Kinderzimmern,

Schülerzeitungen oder eine Nothilfe nur für Deutsche. Die Vielzahl der Kontexte verdeutlicht, wie umfassend und eher langfristig diese Strategie angelegt ist. In diesen Kontexten sind rechte Akteur:innen nicht mehr auf den ersten Blick als solche zu erkennen, sie mischen sich und ihre Narrative mit dem Mainstream (Fuchs & Middelhoff 2019) und verändern diesen schleichend. Eine der wichtigsten Strategien in diesem Kontext ist die Diskursverschiebung – rechte Ideen sollen in der Mitte der Gesellschaft verankert werden, indem Begriffe oder Themen im öffentlichen Diskurs gesetzt werden. Bereits durch die Besprechung rechter Themen und die Verwendung der Begriffe durch die Medien werden diese verbreitet, selbst wenn sie durch die Medien skandalisiert werden, verbreitet sich ihre Reichweite und die rechtspopulistischen Begriffe dringen in den Sprachgebrauch und ins Denken ein. Beispiele sind Begriffe wie »Umvolkung« oder »großer Austausch«, »Lügenpresse«, »Altparteien«, »Gutmensch« oder »Asylindustrie/Asyltourismus«. Die Bekanntheit der genannten Begriffe sowie die Verwendung z. B. des Begriffs Asyltourismus von Politikern der CSU (Söder)[10] zeigt, dass die Strategie erfolgreich ist und es der Neuen Rechten in den letzten Jahren gelungen ist, diese Begriffe und Themen im öffentlichen Diskurs zu verankern.

Kasten 8:
Was ist Metapolitik?

> Metapolitik ist der Gegenbegriff zur Realpolitik. Während Anhänger:innen rechtspopulistischer Realpolitik versuchen, in parteipolitischer Kleinarbeit in den Parlamenten rechte Inhalte in politische Arbeit zu verwandeln, um Einfluss zu gewinnen, will Metapolitik die gesellschaftlichen Diskurse sehr viel fundamentaler verändern – ihre Arena ist der vorpolitische Raum. Im Kontext der Neuen Rechten ist die Identitäre Bewegung eine zentrale metapolitische Akteurin. Mit ihren Aktionen wollen sie junge Menschen in ihren Lebenswelten erreichen, indem sie durch das Andocken an ihre Sprache, ihre Mode etc. an die Alltagsdiskurse anschließen. Ihr Ziel ist es, diese vorpolitischen, kulturellen Räume der Zivilgesellschaft gemäß dem Konzept der »kulturellen Hegemonie« nach Gramsci zu »übernehmen«. Begriffe, Narrative und Sprache sind dabei wichtige Teile dieser »kulturellen Unterwanderung« – öffentliche Debatten, soziale Medien, öffentlichkeitswirksame Aktionen auf den Straßen, dienen dazu, Begriffe und Narrative in den gesellschaftlichen Diskursen zu verbreiten sowie Diskurse zu verschieben, bis die eigenen Narrative dominant bzw. hegemonial werden. Das geistig-kulturelle Klima einer Gesellschaft ist somit die Angriffsfläche dieser Strategie.

Kubitschek (2017) als Protagonist der Neuen Rechten sieht die Strategie in einer Balance aus Provokation mit dem Ziel der Diskursverschiebung bis in die Mitte der Gesellschaft auf der einen Seite und der Selbstverharmlosung auf der

anderen Seite:

> »Wenn die Gefahr der Methode des Raumgewinns durch Provokation und Angriffslust darin besteht, als Gefährder des gesellschaftlichen Friedens und der jahrzehntelang gültigen Spielregeln geächtet zu werden, besteht sie bei der Absenkung der emotionalen Barriere durch Suggerierung von Unterschiedslosigkeit darin, eines nahen Tages tatsächlich aus der Harmlosigkeit nicht mehr herauszufinden. Es sind dann zu viele Stellungen aufgegeben worden. Es wird dann die Selbstverharmlosung von einer Methode zur zweiten Haut geworden sein« (Kubitschek 2017, S. 28).

Das Institut für Staatspolitik und die Junge Freiheit – ein Richtungsstreit

Im Jahr 2000 wird das »Institut für Staatspolitik« (IfS) gegründet, Geschäftsführer ist zuerst Götz Kubitschek, ab 2012 übernimmt Erik Lehnert diese Position, wissenschaftlich verantwortlich war bis 2014 Karlheinz Weißmann. Das IfS gilt als die zentrale Denkfabrik der Neuen Rechten in Deutschland. Weißmann macht in einem Interview die zentrale Funktion des IfS in der Metapolitik deutlich, dabei geht es ihm »[…] um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser« (Weißmann 2001, S. 6). Kellershohn (2016) sieht das IfS als Kaderschmiede der Neuen Rechten, hier sollen geistige Eliten und Führungskräfte für Positionen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ausgebildet werden, die für den »Ernstfall« (Weißmann) bereitstehen (Kellershohn 2016, S. 449). Seit 2012 gibt es mit der »Identitären Bewegung« (▶ Kap. 5) zudem eine Akteurin, die die Strategie der Neuen Rechten im öffentlichen Raum mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen umsetzt. Zu den weiteren wichtigen Aktivitäten im Umfeld des IfS gehören die Zeitschrift Sezession, der Antaios-Verlag sowie von diesen veranstaltete Vortrags- und Schulungsangebote. Eine zentrale Funktion für die Neue Rechte hat auch die Zeitschrift »Junge Freiheit« (JF, Chefredakteur ist Dieter Stein), die seit 1986 als wichtiges Forum für die Themen und Autor:innen der Neuen Rechten fungiert. Die Akteur:innen im Umfeld der JF bezeichnen sich selbst lieber als jungkonservativ (Kellershohn 2016). Der Jungen Freiheit gelingt es, Gastautoren bis weit ins konservative Spektrum zu gewinnen, ganz gemäß ihrer Strategie die Grenzen zur Mitte zu verwischen. Ihr Ziel ist es, die Parteienlandschaft rechts der CDU zu beeinflussen. Im Unterschied zum IfS, gibt sich die Junge Freiheit gemäßigter. Ihre strategische Ausrichtung liegt nicht in der großen Perspektive hin zum »Ernstfall« des Elitenwechsels, man agiert eher kleinschrittig über die Einflussnahme auf Parteien im Parteiensystem.

Neben dem ideologischen Wandel steht die Neue Rechte also auch für »neue« Akteur:innen und Strategien, die seit den 1980er Jahren in ganz Europa an Einfluss gewinnen. Erste Erfolge in Deutschland zeichnen sich seit dem Jahr 2010 ab. Die Veröffentlichung des Buches »Deutschland schafft sich ab« von

Thilo Sarrazin gilt als wichtiger Wendepunkt – ein Vertreter der bürgerlichen Mitte, SPD-Parteimitglied, öffnete die Tür für lange aufgestaute Ressentiments und Unzufriedenheit mit den rapiden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und machte viele Ideen der Neuen Rechten salonfähig, die lange vorbereitet waren (Salzborn 2017). Auch die neurechte Erzählung vom sogenannten »großen Austausch« findet hier Resonanz. 2013 wird die AfD gegründet, 2014 marschiert Pegida durch Dresden. Beide Akteurinnen gehören zwar selbst nicht im engeren Sinne zur Neuen Rechten, sie bringen aber als Partei bzw. politische Bewegung deren Geist in eine größere politische Arena. »Bislang Offiziere ohne Soldaten, schien die Neue Rechte in den ›besorgten Bürgern‹ die Armee gefunden zu haben, die ihnen so lange gefehlt hatte« (Weiß 2017, S. 26). Mit der zunehmenden Dominanz des völkischen rechten Flügels der AfD, der offiziell aufgelöst wurde, aber personell in der AfD weiter aktiv ist, wird diese zum politischen Arm der Neuen Rechten, dabei gilt Götz Kubitschek als wichtiger Stichwortgeber. Im Zuge der Zuwanderung von Geflüchteten 2015 verschmilzt nach jahrelanger intellektueller Arbeit im Hintergrund, die Metapolitik mit der realen Politik in den Parlamenten und auf der Straße.

Will man den aktuellen Zustand der Neuen Rechten knapp beschreiben, so lässt sich heute ein Richtungskampf ausmachen zwischen gemäßigten Positionen, die der Realpolitik anhängen und von den Unterstützern der Jungen Freiheit vertreten werden, und radikalen Positionen, um das IfS und Götz Kubitschek, die an umfassenderen Perspektiven festhalten und in einer zu starken Verbindung zur Realpolitik der AfD die Gefahr sehen, dass ihre visionären Ideen unter den Zwängen der Realpolitik verschwinden. Es geht um das Verhältnis von Real- und Metapolitik oder – wenn man so will – um Realismus und Fundamentalismus. In der AfD findet sich dieser Richtungsstreit im Kampf der Vertreter:innen gemäßigter Positionen um Meuthen gegen Vertreter:innen radikaler Ziele, verkörpert durch den ostdeutschen Flügel der Partei um Björn Höcke wieder. Kellershohn resümiert:

> »Das Verlassen der ›Zitadelle‹ hat zu Flügelkämpfen geführt, die sich parallel zum Flügelstreit in der AfD vertieft haben. Setzte die eine Seite auf eine ›bürgerliche‹ AfD, die in der Lage sein könne, das Monopol der CDU zu brechen (eine mittlerweile unsicher gewordene Perspektive), so die andere Seite auf den Primat einer ›systemkritischen‹ Bewegung, für die die Belange der Parteipolitik nachgeordnet sind« (Kellershohn 2016, S. 464).

3.3 Fazit

Seit den 1970er Jahren hat sich der Rechtsextremismus in Deutschland neu aufgestellt und neue Strategien entwickelt. Dieser Modernisierungsprozess, der auch in anderen rechtspopulistischen Bewegungen in Europa zu beobachten ist, fußt weiterhin auf ideologischen Grundlagen, die ihre Wurzeln in den 1920er Jahren haben und die als Vorbereiter des Nationalsozialismus gelten. Trotz der

äußerlichen Bemühungen sich vom Nationalsozialismus abzugrenzen, sind die ideologischen Grundmuster in den zentralen Narrativen der Neuen Rechten weiterhin aufzufinden. Strategisch geht man neue Wege, die darauf zielen, durch metapolitische Aktivitäten eine »kulturelle Hegemonie« zu erreichen. Der Widerstreit zwischen Metapolitik und Realpolitik und der jeweiligen Schwerpunktsetzung prägt das Auftreten der Akteur:innen, die zum Dunstkreis der Neuen Rechten in Deutschland zählen.

Endnoten

6Biermann, K. (2016): »Völkisch« ist nicht irgendein Begriff. Online verfügbar unter: https://www.zeit.de/kultur/2016-09/frauke-petry-afd-voelkisch-volk-begriff-geschichte?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F
7Die Höcke-Rede von Dresden in Wortlaut-Auszügen. Online verfügbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170118-99-928143
8https://www.sueddeutsche.de/politik/rede-bei-der-afd-jugend-gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-1.3999749, Zugriff am 01. 09. 2021.
9»Gramscis Ideen erfahren jedoch nicht nur eine breite Rezeption bei Wissenschaftlern und bei linken Aktivisten. Spätestens seit dem 1985 erschienen Buch des rechten Philosophen Alain de Benoist Kulturrevolution von Rechts bilden sie in Form des Rechten Gramscianismus auch eine Grundlage der politischen Strategien der Neuen Rechten. Vor allem die Identitäre Bewegung beruft sich auf die Ideen Gramscis und adaptiert sie recht erfolgreich in ihren metapolitischen Konzepten und Querfrontstrategien« (Skrobisz 2020).
10Quelle: Welt 2018: »Asyltourismus«: Söder verteidigt Begriff. Online verfügbar unter: https://www.welt.de/regionales/bayern/article178969630/Asyltourismus-Soeder-verteidigt-Begriff.html, Zugriff am 01. 09. 2021.

4 Erklärungsansätze für den aktuellen Rechtspopulismus

Es existiert bis heute keine einheitliche Theorie des Rechtsextremismus – ähnliches gilt für den Rechtspopulismus. Es gibt eine Vielzahl von Erklärungsansätzen, die zum Teil unverbunden nebeneinanderstehen und teilweise – gerade was den Rechtspopulismus betrifft – wenig empirisch beforscht sind und vorschnell über Kontexte hinweg übertragen werden. Trotz auffälliger Affinitäten rechter Phänomene weltweit, zeigt der genaue Blick auch die Vielfältigkeit des Untersuchungsgegenstands. Es gibt ein breites Spektrum von Phänomenen – von der Verbreitung rechter Einstellungen in der Bevölkerung bis hin zu speziellen Aspekten, wie z. B. Rechtsterrorismus oder rechtsextreme Gewalt, die jeweils andere Populationen oder kleine Schnittmengen der Bevölkerung betreffen und für die zum Teil spezielle Theorien zur Erklärung nötig sind. Wir beschränken uns hinsichtlich der Erklärungsansätze im Folgenden primär auf den Bereich der Verbreitung rechter Einstellungsmuster in der Bevölkerung – das bedeutet nicht, das die Theorieansätze nicht auch für weitere Phänomene erklärungskräftig sein können. Unser besonderer Fokus wird dabei auf den aktuell, im Zuge des weltenweiten Aufschwungs des Rechtspopulismus, diskutierten Erklärungsansätzen liegen.

4.1 Theorien und Analyse-Ebenen

Bei der Betrachtung des Rechtspopulismus sind drei Analyse-Ebenen zu unterscheiden, die jeweils mit bestimmten Forschungsfragen und entsprechenden Erklärungsgegenständen verbunden sind. Als Ausgangspunkt lassen sich verschiedene *Warum-Fragen* formulieren, die zu spezifischen theoretischen Erklärungsansätzen führen.

Mikroebene

- Warum sind einzelne Personen besonders anfällig für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen?

- Warum kommt es zu rechtsextremen Handlungen?

Mesoebene

- Warum entstehen in spezifischen Kontexten rechte soziale Bewegungen, Organisationen und Parteien?

Makroebene

- Warum ist der Rechtsextremismus in Teilen der Gesellschaft erfolgreich?

Alle genannten Fragestellungen sind offenkundig miteinander verknüpft, sie sprechen aber Bedingungsfaktoren auf verschiedenen Ebenen an. Wenn die Frage nach den Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus in einer Gesellschaft beantwortet werden soll, sind also Theorien auf verschiedenen Ebenen nötig, die untereinander in Verbindung stehen.

Die hier vorgelegte Strukturierung orientiert sich am Mehrebenenmodell des methodologischen Individualismus und dem Programm, gesellschaftliche Tatbestände über die subjektiven Deutungs- und Wahrnehmungsmuster der individuellen Akteur:innen zu rekonstruieren, die objektiv vorhandene makrostrukturelle Gegebenheiten erfassen müssen. Akteur:innen auf der Mesoebene stellen ihrerseits Gelegenheitsstrukturen zur Verfügung, die bestimmte Handlungen ermöglichen. Auf dieser Grundlage trifft der:die individuelle Akteur:in eine Handlungsentscheidung. Die aggregierten Handlungsentscheidungen der individuellen Akteur:innen formen dann den makrostrukturellen Tatbestand (für weitere Erläuterungen dieses Modells vgl. Esser 1999, S. 14 ff.; Huinink & Schröder 2014, S. 29 ff.). Gesellschaftlicher Wandel lässt sich mit diesem Modell dadurch erklären, dass das statische Modell dynamisiert wird und die Genese oder die Reproduktion sozialer Tatbestände selbst wieder eine makrostrukturelle Problemlage (z. B. abnehmender Erfolg rechter Parteien) darstellt, die Ausgangspunkt für die subjektive Wahrnehmung der Akteur:innen wird, die daraufhin Handlungsentscheidungen treffen und in der Aggregation wiederum ein Makrophänomen erzeugen und so weiter. Damit stellt dieses Erklärungsmodell auch klar, dass es eine abschließende Darstellung des soziologischen Wissensbestandes nicht geben kann, da der Forschungsgegenstand selbst in Bewegung ist. Insofern stellen die im weiteren vorgestellten theoretischen Ansätze Momentaufnahmen der soziologischen Erforschung des Phänomens Rechtsextremismus dar.

4.1.1 Normativität in der Forschung

Aus gesellschaftlicher Perspektive, die die Betrachtung von Zusammenhalt und Konflikt in den Vordergrund stellt, ist die Frage nach der Entwicklung des Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problemfeld von Interesse – es stellt sich die Frage, warum zu bestimmten Zeitpunkten spezifische politische Ideologien erfolgreich sind, messbar in Wahlergebnissen oder der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung. Die Definition als »Problemfeld« ist dabei normativer Natur und bezieht sich auf die Frage, was der »Normalfall« ist und inwieweit das Phänomen Rechtsextremismus für eine Gesellschaft ein Problem darstellt. Ähnlich werden auf der Individualebene oft Erklärungsansätze bemüht, die »Defizite« in der Sozialisation, der Persönlichkeitsentwicklung oder der Integration in die Gemeinschaft als ursächlich ansehen und damit ebenfalls von einer gesetzten Norm ausgehen. Die Forschung geht damit stets von normativen Setzungen und Unterscheidungen aus, die reflektiert werden müssen. Im Kontext der Rechtsextremismusforschung ist die Wissenschaft in besonderem Maße mit der Herausforderung der wissenschaftlichen Neutralität konfrontiert. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist es aber unmöglich, das Phänomen Rechtsextremismus ohne normative Bezüge zu bearbeiten. Das Grundgesetz – als Folge dieser Vergangenheit – stellt den Referenzrahmen dar, der aus unserer Perspektive dafür sorgt, dass Rechtsextremismus nicht als eine politische Agenda oder Ideologie unter anderen betrachtet werden kann. Die rechtsextreme Ideologie widerspricht den Grundsätzen des Grundgesetzes und wird deshalb normativ negativ gerahmt und als Bedrohung erlebt, weil diese Ideologie die freiheitlich-demokratische Grundordnung negiert, auf die auch wissenschaftliche Forschung angewiesen ist. Auch wenn wir uns auf einer Metaebene dessen bewusst sind, dass auch das Grundgesetz aus gesellschaftlichen Kämpfen hervorgegangenen ist, die wiederum bestimmte Weltsichten und Deutungsmuster hegemonial gemacht haben, setzt das Grundgesetz den Rahmen, vor dem bestimmt wird, was als gesellschaftlich akzeptierter »Normalfall« gilt. Gäbe es einen solchen Referenzpunkt nicht, würde eine Aufhebung jeglicher Standards und Referenzsysteme auch in der Wissenschaft einen Relativismus begünstigen, der zu einem moralischen Nihilismus führt (Seipel & Rippl 2020). Eine völlig wertfreie, relativistische Wissenschaft kann und darf es aus dieser Perspektive nicht geben. Es ist notwendig, diesen Sachverhalt zu reflektieren und zu kontrollieren, um zu prüfen, inwieweit die Problemanalyse durch Prozesse wie dem des »Othering«[11] und der Überhöhung eigener Perspektiven und Normen verzerrt werden (▶ Kap. 5.3.2).

4.1.2 Bestandteile einer umfassenden Theorie

Bis heute liegt, wie bereits erwähnt, keine allgemeine, umfassende Theorie des Rechtsextremismus vor – es gibt eine Vielzahl von Theoriebausteinen, die zum

Teil bereits ausgiebig erforscht sind. Aufgrund der Heterogenität und Komplexität des Phänomens erscheint es zudem unwahrscheinlich, eventuell sogar wenig sinnvoll, eine einheitliche Theorie aufzustellen. Je nach Problemfeld rücken andere Faktoren in den Vordergrund, dementsprechend sind jeweils verschiedene Erklärungselemente heranzuziehen. Zudem ist das Feld dynamisch, die Phänomenbereiche verändern und modernisieren sich. Sinnvoll ist es dennoch, die verschiedenen Ansätze analytisch zu ordnen und hinsichtlich potenzieller Zusammenhänge zu betrachten. Im Allgemeinen ist es daher zuallererst nötig einzuordnen, auf welcher Ebene der jeweilige Erklärungsansatz primär operiert. Eine solche Zuordnung ist zwangsläufig eine Vereinfachung, sie dient aber der Herstellung einer Übersichtlichkeit des Forschungsfeldes.

Fokus: Gesellschaftliche Ebene

Erklärungsansätze auf der Makroebene bzw. der gesellschaftlichen Ebene befassen sich schwerpunktmäßig mit der Frage, welche gesellschaftlichen Kontexte den Anstieg oder auch den Rückgang rechtsextremer Tendenzen in einer Gesellschaft, ja sogar weltweit begünstigen. In der aktuellen Situation steht der weltweite Aufschwung rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen im Fokus vieler theoretischer Überlegungen. Aufgrund dieser Beobachtung geht es darum, Faktoren zu identifizieren, die zum einen die globalen Ähnlichkeiten, zum anderen aber auch regionale und nationale Besonderheiten erklären können. Zur Erklärung des globalen Aufschwungs antidemokratischer Kräfte werden in der aktuellen Diskussion Diskussionsstränge verfolgt, die gesellschaftliche Veränderungen als Folge der Globalisierung und Modernisierung in den Blick nehmen. Dabei steht der Neoliberalismus im Fokus der Erklärung. Im Folgenden werden vier Perspektiven vorgestellt, die in der in Deutschland geführten Diskussion wichtig sind:

- Neoliberalismus, Meritokratie und die Rückkehr der sozialen Frage
- Neoliberalismus, Desintegration und autoritäre Regression
- Cultural Backlash und kulturelle Spaltungen
-

Politische Repräsentationslücken und Postdemokratie

Die hier genannten Ansätze thematisieren Entwicklungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, die mit Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen in Zusammenhang stehen, wie ökonomische Prekarisierungsprozesse, ein rapider kultureller Wandel und der Rückgang nationalstaatlicher Regulierungskompetenzen, die Auswirkungen auf der Individualebene haben. In diesem Kontext gibt es eine Debatte darum, inwieweit von gesellschaftlichen Kämpfen um Hegemonie oder von Defiziten auszugehen ist. Während identitäre Ansätze den Kampf um Anerkennung und kulturelle Hegemonie in den Vordergrund stellen, favorisiert die Defizit-Perspektive eine Einordnung rechtsextremer Weltbilder als »Notwehr« gegen Verlusterfahrungen als »Pathologie« der modernen Gesellschaft und weniger als Kampf um die Vorherrschaft von spezifischen Identitätskonzepten und damit verbundenen Herrschaftsstrukturen (Dowling et al. 2017).

Fokus: Individuelle Ebene

Die hier relevanten Erklärungsansätze beziehen sich zwar ebenfalls auf gesellschaftliche Prozesse, diese stehen aber nicht im Fokus der Überlegungen, sondern die Reaktionen der Individuen darauf. Dementsprechend sind z. B. Deprivationstheorien oder Autoritarismustheorien bereits früher zur Erklärung individueller Reaktionen auf gesellschaftliche Entwicklungen eingesetzt worden. Diese Theorieansätze sind nicht an konkrete gesellschaftliche Entwicklungen gebunden und oftmals dem Überschneidungsfeld von Psychologie und Soziologie zuzuordnen. Die Folgewirkungen gesellschaftlicher Prozesse auf der Individualebene werden theoretisch im Rahmen der folgenden Perspektiven analysiert:

- Autoritarismus
- Sozialisation
- Deprivation
- Desintegration

.

Anerkennung

Im Rahmen von Sozialisations- und Autoritarismustheorien wird gefragt, wie die gesellschaftlichen Veränderungen und damit einhergehender Verunsicherungen im Kontext spezifischer Sozialisationserfahrungen individuell verarbeitet werden bzw. inwieweit autoritäre Reaktionen wahrscheinlich sind. Im Kontext von Deprivations- und Desintegrationstheorien werden individuelle Deprivations- und Desintegrationserfahrungen und der Mangel an Anerkennung mit der Entwicklung rechtsextremer Einstellungsmuster in Verbindung gebracht.

Fokus: Mesoebene

Zur Verbindung der individuellen und der gesellschaftlichen Ebene braucht es wiederum vermittelnde Gelegenheitsstrukturen der Mesoebene, um regionale oder nationale Besonderheiten zu erklären – hier können z. B. spezifische kollektive Akteur:innen wie soziale Bewegungen, Netzwerke und Parteien, die im jeweiligen Kontext aktiv sind, einbezogen werden (▶ Kap. 5). Wenn sich individuelle Akteur:innen machtlos, orientierungslos und im politischen System als nicht repräsentiert wahrnehmen, dann können populistische Strömungen und Parteien versuchen, diese Frustrationen aufzunehmen, um diese in eine bestimmte Richtung zu mobilisieren und zu bündeln. Das Ziel populistischer Akteur:innen ist es, aus seriellen Bewegungen eine auf der subjektiven Ebene der beteiligten Akteur:innen verankerte und wahrnehmbare handlungs- und konfliktfähige Bewegung zu formen. Ist die »Bündelung« erfolgreich, wird dies auf gesellschaftlicher Ebene durch die Beteiligung an Demonstrationen oder der Wahl rechtspopulistischer/rechtsextremer Parteien sichtbar und wirksam. Neben gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen (wie z. B. dem Wohlstandslevel einer Gesellschaft, dem Wohlfahrtsregime und dem Sozialstaat sowie geschichtlicher Faktoren) spielen somit Faktoren auf der Mesoebene eine spezielle Rolle für die Erklärung regionaler Besonderheiten (▶ Abb. 3).

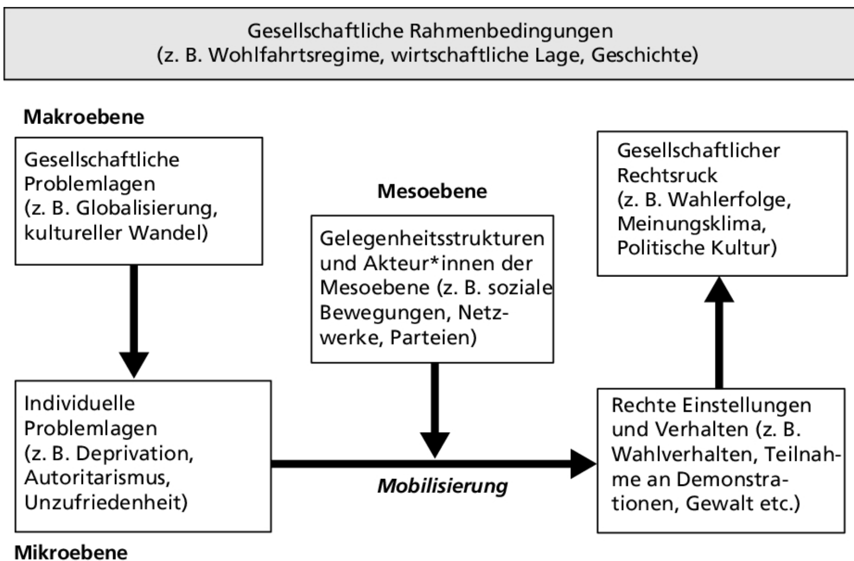


Abb. 3: Theoriebausteine einer Rechtsextremismustheorie

4.2 Gesellschaftliche Ursachen des Rechtspopulismus – die Makroebene

Die aktuell viel diskutierten Ansätze teilen einen gemeinsamen Ausgangspunkt ihrer Problemanalyse, nämlich die Modernisierungsdynamik in einer globalisierten Welt verbunden mit einer zunehmenden Dominanz des Ökonomischen, die häufig unter dem Stichwort »Neoliberalismus« einen gemeinsamen Nenner finden (▶ Kasten 9). Die jeweilige Problemanalyse fokussiert dann unterschiedliche Teilaspekte. Ökonomische Veränderungen bedrohen den wirtschaftlichen Status Quo, kultureller Wandel bedroht bisher verinnerlichte Wertvorstellungen oder der veränderte Fokus der etablierten politischen Parteien auf kosmopolitische und globalisierungsaffine Bürger:innen, führt dazu, dass die Möglichkeiten politischer Teilhabe und Repräsentation im politischen System bedroht und ungleich verteilt erscheinen. Die betroffenen sozialen Gruppen oder Individuen reagieren auf die erlebte Bedrohung durch den Wandel potenziell regressiv. Scheuch und Klingemann (1967) sprechen in den 1960er Jahren von einer »normalen Pathologie« sich modernisierender Gesellschaften. Polanyi (1995) diagnostiziert bereits 1944 eine »Doppelbewegung« kapitalistischer Krisen im Kontext ökonomischer Transformationen. Eine zunehmende Liberalisierung und Freisetzung von Marktkräften führen, so seine Annahme, zu einer Dominanz des individualistischen Materialismus und folglich zu Prozessen der sozialen Desintegration. Diese setzen zugleich eine zweite Entwicklung in Gang, deren Ziel es ist, diese desintegrativen Tendenzen einzudämmen und zu regulieren.

Die Art der Regulierung und Gegenbewegung kann progressive oder regressive Formen annehmen (Della Porta 2017). Beispiele hierfür sind die Occupy-Bewegung nach der Finanzkrise oder die rechtspopulistischen Bewegungen der letzten Jahre. Der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern gilt aktuell als wesentliche Ursache für den Aufstieg des Rechtsextremismus. Modernisierungsverlierer – Menschen deren traditionelle Werte an Geltung verlieren, die ökonomisch in traditionellen, niedergehenden Branchen tätig sind und die von einer Prekarisierung ihrer Lebensverhältnisse betroffen sind, rebellieren gegen diese Entwicklungen, indem sie sich rechtsextremen Haltungen und Parteien zuwenden.

Kasten 9:
Was ist Neoliberalismus?

Neoliberalismus bezeichnet ein wirtschaftspolitisches Projekt, in dessen Zentrum die Befreiung der Märkte von staatlichen Eingriffen steht. Diese Politik wird in den 1980er Jahren unter anderem durch Ronald Reagan und Margaret Thatcher populär. Verbunden ist diese Politik mit einem Rückbau staatlicher Regulierungen und wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen – dazu gehören die Privatisierung staatlicher Aufgaben, die Deregulierung des Kapitalverkehrs und die Senkung der Steuerquote. Es erfolgte eine Deregulierung der Finanzmärke in den 1980er Jahren durch Thatcher in Großbritannien, in den 1990er Jahren durch Clinton in den USA. In der BRD etablierte sich dieses wirtschaftspolitische Paradigma mit dem Ende der sozialliberalen Regierung unter Helmut Schmidt. Schmidt wurde 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt und die »geistig-moralische Wende« Helmut Kohls wurde eingeleitet, verbunden mit der Umsetzung einer neoliberalen Agenda in der Wirtschaftspolitik. Nach dem Zusammenbruch der DDR 1989 nahm die Entwicklung verbunden mit der Transformation/Privatisierung der DDR-Wirtschaft Fahrt auf. Ab 1998 setzte die sozialdemokratisch-grüne Koalition die neoliberale Wirtschaftspolitik fort. In der Ära Schröder wird von 2003 bis 2005 die sogenannte Agenda 2010 verabschiedet und umgesetzt. Damit hatte der Neoliberalismus die Sozialdemokratie erreicht. Die Agenda 2010 beinhaltet u. a. Maßnahmen der Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die Lockerung des Kündigungsschutzes, Senkung der Lohnnebenkosten und Erhöhung der Abgaben für Arbeitnehmer, Kürzung des Arbeitslosengeldes und gekürzte Bezugsdauer, Abschaffung der Arbeitslosenhilfe zugunsten Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau gekoppelt an eine Bedürftigkeitsprüfung. Bis heute sehen viele Kritiker in diesem Kurswechsel der SPD den Beginn ihres Niedergangs (Heinrich 2004).

Neoliberalismus steht bis heute für ökonomisch verengte Politikkonzepte, die durch einen Rückzug des Staates markiert sind. In diesem Kontext kommt es verstärkt zu einer Externalisierung sozialer und ökologischer

Kosten (wie die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, die zunehmende Umverteilung von unten nach oben oder die Klimakrise belegen), die langfristig Krisen und soziale Desintegrationsprozesse erzeugen, die vom ökonomischen System nicht gelöst werden können.

Einer ähnlichen Logik folgend, sehen Mouffe und Laclau (2006) aus postmarxistischer Perspektive im Neoliberalismus einen Angriff auf die Freiheitsvorstellungen des klassischen Liberalismus. Die Entwicklungen des globalen Kapitalismus führen zu einer Konstellation der Konzentration von Kapital in der Hand weniger, verbunden mit zunehmender Armut und wachsender sozialer Ungleichheit. Diese Entwicklungen bedrohen die Freiheit und reduzieren den Freiheitsbegriff auf die Abwesenheit staatlicher Eingriffe. Diese Grundideen finden sich in verschiedenen theoretischen Ansätzen wieder. Aus Gründen der Übersichtlichkeit der Darstellung trennen wir die Ansätze in solche, die eher ökonomische oder politische oder kulturelle Aspekte in den Vordergrund rücken, auch wenn diese Aspekte inhaltlich miteinander verwoben sind, setzen die Ansätze jeweils unterschiedliche Schwerpunkte.

4.2.1 Neoliberalismus, Meritokratie und die Rückkehr der sozialen Frage

Der Rechtspopulismus ist aus der Sicht von Nancy Fraser kein Aufstand gegen den Kapitalismus an sich, sondern gegen dessen »Eskalation« in Form des Neoliberalismus. Dementsprechend findet sich in vielen rechtspopulistischen Parteien kaum Kritik am kapitalistischen System, stattdessen ein Angriff auf das sogenannte politische Establishment. Nancy Fraser (2017a, 2017b) macht hierfür eine Allianz zwischen dem Neoliberalismus und den neuen sozialen Bewegungen, die in den 1970er Jahren ihren Ausgang nahm (Feminismus, Antirassismus, LGBTQ) verantwortlich – diese Entwicklung bezeichnet sie als progressiven Neoliberalismus. Diese Form des Neoliberalismus vereinnahmt die Ziele der neuen sozialen Bewegungen. Mit Unternehmenskonzepten wie der Förderung von »Diversity« und dem »Empowerment« benachteiligter Gruppen, verhelfen sie den Unternehmen zu einem positiven Image, verbunden mit ganz konkreten Erfolgen, die sich z. B. im Aufstieg von Frauen aus der Mittelschicht bemerkbar machen. Dieser Erfolg bemäntelt – so Fraser – die Marktlogik der neoliberalen Politik und deren Folgen. Viele Akteur:innen der neuen sozialen Bewegungen – so die These – hätten das individualistische Leistungsprinzip der Meritokratie verinnerlicht, das im Umkehrschluss alle, die nicht erfolgreich sind, ins Abseits selbst verschuldeten Scheiterns stelle. Die Bildung und die damit verbundenen Möglichkeiten des Aufstiegs rücken in den Vordergrund. Die Möglichkeit des Aufstiegs durch Leistung, der jetzt zumindest im Prinzip für alle gilt, entspringt einem liberalen, individualistischen Fortschrittsideal. Damit trennen sich, so Fraser, die neuen sozialen Bewegungen von einem

antikapitalistischen, klassenbewussten Denken und rücken die soziale Frage in den Hintergrund. Die bestehende soziale Ungleichheit als strukturelle Folge eines Klassengegensatzes wird nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Im Kontext der Forderungen nach Diversität und Gleichberechtigung wird Fortschritt jetzt nicht mehr als Kampf um mehr Gleichheit der gesellschaftlichen Gruppen verstanden, sondern als einen Kampf um Chancengleichheit und Anerkennung. Autonomie, Authentizität und individuelle Freiheit sind die neuen Ziele – erfolgreiche Frauen wie Hillary Clinton oder Serienheldinnen wie in »Sex and the City« verkörpern die Verbindung von Finanzkapital, dem Lebensstil einer wohlhabenden, gebildeten Mittelschicht und dem Feminismus.

> »Gerechtigkeitsforderungen kamen in dieser Periode immer häufiger als Forderungen nach Anerkennung von Identität und kultureller Differenz daher. Mit dieser Akzentverschiebung von der Umverteilung zur Anerkennung geriet die Neue Frauenbewegung unter massiven Druck, sich in eine ›Identitätsbewegung‹ zu verwandeln. In der Praxis führte das zu einer Tendenz, sozialökonomische Kämpfe solchen um Anerkennung unterzuordnen. [...] Schließlich hat es diese Art Kapitalismus viel lieber mit Anerkennungs- als mit Umverteilungsforderungen zu tun, basiert doch das neue Akkumulationsregime ganz wesentlich auf weiblicher Lohnarbeit« (Fraser 2009, S. 55).

Konkret zeigt sich dies in den Imagestrategien von Unternehmen wie Apple oder Google. Sie propagieren flache Hierarchien und bemühen sich öffentlichkeitswirksam um Multikulturalität, Diversität und den Kampf für Gleichberechtigung und gegen Homophobie. Der »Regenbogen« wird zum Merchandise-Symbol. Für diese Strategien der Vereinnahmung stehen ebenso Trends, die Forderungen der Umweltbewegung aufnehmen, beispielsweise das »greenwashing« von Produkten oder der »Verkauf« von Homeoffice und Flexibilisierungen der Arbeitswelt als neue Freiheit oder der Tischkicker und die Espressomaschine im Büro als Symbol autonomer Arbeitswelten. So können Konsumlust, Freiheitsideale und das gute Gewissen der Globalisierungsgewinner, die aus einer kosmopolitischen, gut gebildeten Mittelklasse stammen unter dem Mantel des Neoliberalismus vereinigt werden. Auf der Strecke bleiben die Interessen der Verlierer:innen dieser Entwicklung – die prekär Beschäftigten des Dienstleistungssektors oder die traditionelle Industriearbeiterschaft niedergehender Industriebranchen, deren depressive Stimmung als Ursache für den Rechtsruck in den USA gilt. Beispielhaft dafür steht die Industriearbeiterschaft des sogenannten Rust-Belt[12], deren Gemütslage Arlie Hochschild (2017) eindrucksvoll für die USA dokumentiert hat. Folge der beschriebenen Entwicklungen ist eine Regression in der Gruppe der Verlierer:innen dieses Wandels, die sich nicht gegen den Neoliberalismus oder Kapitalismus an sich wenden, sondern gegen die kosmopolitischen Ziele der neuen sozialen Bewegungen, symbolträchtig und abwertend von den Kritiker:innen persifliert im Kampf um die genderneutrale Toilette, der dem arbeitslosen Industriearbeiter nicht nahe zu bringen sei. Rechtspopulistischen

Akteur:innen gelingt es, diese Stimmungen aufzunehmen und ökonomische Verwerfungen als Kulturkämpfe umzudeuten, ihr Frust richtet sich auf die »moralische Hybris linker »Gutmenschen«, Feminist:innen oder Migrant:innen und das politische Establishment. Die Leitideen des neoliberalen Kapitalismus wie das meritokratische Leistungsprinzip bleiben unangetastet. Sandel (2020) sieht in der mit dem Siegeszug der Meritokratie verbundenen »Moralisierung der Leistung« eine Ideologie, die Linke wie Konservative teilen. Diese Leistungsideologie führt zu einer Hierarchisierung der Gesellschaft gemäß den geistigen Fähigkeiten, gemessen an Bildungsabschlüssen. Ungleichheit wird zur Folge mangelnder Leistungsbereitschaft und damit zum individuellen Problem. Menschen mit manuellen oder praktischen Fähigkeiten in gering qualifizierten Tätigkeiten in Industrie oder Dienstleistung wird so systematisch Anerkennung verwehrt. Konstruiert wird somit das Bild der selbstverschuldeten biografischen Lage, wobei die angebliche mangelnde Leistungsbereitschaft zu der verdienten gesellschaftlichen Positionierung führt.

Klaus Dörre (2018) und Martin Kronauer (2018) befassen sich mit einer anderen Akzentsetzung ebenfalls mit dem scheinbaren Verschwinden des Klassengegensatzes in der meritokratischen Mittelschichtsgesellschaft. Die aktuellen Entwicklungen betrachtet Dörre (2018) im Kontext der durch den Neoliberalismus neu befeuerten sozialen Frage. Klassengegensätze sind im Zuge von Individualisierungsprozessen heute viel weniger sichtbar. Ulrich Beck (1986) hat für diese Entwicklung den Begriff des Fahrstuhleffektes gewählt – der steigende Wohlstand nivelliert scheinbar die sozialen Unterschiede. Das scheinbare Verschwinden des Klassengegensatzes wird bestärkt durch das Narrativ einer Mittelschichtsgesellschaft, der sich der Großteil der Bevölkerung zurechnet, obwohl diese Selbstbeschreibung auf große Teile der Arbeitnehmer:innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, im Niedriglohnsektor, in der Dienstleistungsbranche sowie im Einzelhandel gar nicht zutrifft. In diesem Kontext verschwindet die soziale Frage hinter anderen gesellschaftlich umkämpften Themen wie der Emanzipation von Frauen, dem Kampf um die Rechte von Homosexuellen oder der multikulturellen Gesellschaft. Der Abbau des Wohlfahrtstaates und die Deregulierungen im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik forcieren die soziale Ungleichheit und die Prekarisierung vieler Lebensverhältnisse. Diese Prozesse holen die soziale Frage unter neuen Bedingungen zurück. Den Interessen der Arbeiterklasse fehlt es in dieser Situation an einer angemessenen Organisation und Repräsentation. Im Laufe der Jahre entstand ein Repräsentationsvakuum. Themen wie Ausbeutung und Klassenkampf kamen in den politischen Debatten kaum noch vor (Dörre 2018; Kronauer 2018). Die Arbeiterschicht selbst hat das individualistische, meritokratische Leistungsprinzip verinnerlicht so Dörre (2018) und verortet die Ursachen der Situation oft nicht mehr im »Klassenkampf«. Die Individualisierung und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte haben dazu geführt, dass intermediäre Instanzen, die die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse bündelten, wie Gewerkschaften[13]

oder Arbeiterparteien[14], an Bedeutung verloren haben. Die klassische Rechts-Links-Aufteilung der Parteienlandschaft hat im Zeitverlauf ihre klare Struktur verloren. In dieser Situation gelingt es rechtspopulistischen Akteur:innen, die prekäre Situation der unteren Gesellschaftsschichten mit ihren einfachen Narrativen wie »System versus einfaches arbeitendes Volk« und »Wir versus die Fremden« zu erklären, soziale Konflikte zu ethnisieren und einen sozialen Nationalismus zu propagieren. Zu ganz konkreten und fassbaren Feindbildern werden nicht Hedgefonds oder globale Unternehmen, sondern Migrant:innen, Geflüchtete oder der Staat. Die Hinwendung zum Rechtspopulismus hat aus der Sicht Dörres (2018, S. 60) einen »rationalen klassenpolitischen Kern«, der in der Wiederkehr der sozialen Frage liegt, die Irrationalität liegt in der Zuschreibung der Ursachen. Dörre (2018) legt damit eine Analyse vor, die auch das neoliberale Politikregime adressiert und damit Ähnlichkeiten zu Frasers Ansatz aufweist. Bei der Beurteilung der Bedeutung der sozialen Frage nehmen Fraser (2009, 2017a, 2017b) und Dörre (2018) aber unterschiedliche Gewichtungen vor.

Kritisch wäre nachzufragen, inwieweit die These zutrifft, dass die Ziele der neuen sozialen Bewegungen – wie die Gleichberechtigung der Frauen oder der Kampf für die Anerkennung von mehr Diversität, die heute unter dem Schlagwort der Identitätspolitik verhandelt werden – tatsächlich in einem Widerspruch zur traditionellen Klassenfrage stehen, zumal Mitglieder der dort adressierten Gruppen sich häufig auch ökonomisch eher in prekären Arbeitsverhältnissen finden. Kastner und Susemichel (2020) sehen hier keinen Widerspruch, beide Bewegungen folgen einem emanzipatorischen Anspruch, so dass man das Narrativ eines Widerspruchs hinterfragen muss. Dennoch spricht die politische Kehrtwende der SPD seit der Agenda 2010 für eine abnehmende Repräsentation der Interessen der Arbeiter:innen in der politischen Arena. Kronauer (2019) zeichnet auf der Grundlage verschiedener empirischer Studien nach, wie der Begriff Arbeiter und Klasse sowohl aus der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Diskussion verschwunden ist und konstatiert, dass die Arbeiterklassen »zusammen mit der kulturellen und symbolischen Repräsentation […] auch ihre politische Repräsentation verloren« haben (Kronauer 2019, S. 197).

4.2.2 Desintegration und autoritäre Regression

Auch Nachtwey (2017), Heitmeyer (2018) und Decker (2018) haben im deutschen Kontext die regressiven Tendenzen im Zuge der neoliberalen Modernisierung analysiert. Gemeinsam ist ihren Konzeptionen, dass sie das Konzept des Autoritarismus in die Debatte einbringen. Modernisierungsprozesse im neoliberalen, globalen Zeitalter produzieren zunehmend Verlierer:innen und setzen laut Nachtwey (2017) »Entzivilisierungsprozesse« frei. Oliver Nachtwey verweist in diesem

Zusammenhang auf die Rolle von Individualisierungsprozessen, die zu einem Bedeutungsverlust von Gemeinschaften geführt haben, wodurch das Individuum heute fast schutzlos den Kräften des Marktes ausgesetzt ist. Das wird für die »Verlierer:innen« der Modernisierung zum Problem, denn: »die tatsächlich gewachsene Autonomie des modernen Individuums ist gebunden an seine Marktperformativität. Die Gewinner erhalten eine Autonomiedividende, die Verlierer erfahren Disziplinierung und Stigmatisierung« (Nachtwey 2017, S. 222). Die zunehmende Flexibilisierung und die damit verbundene Entsicherung der Märkte produziert dauerhaft Unsicherheit – der Wunsch, Sicherheit und Kontrolle zu erfahren, wird nicht mehr erfüllt. Als Dauerzustand führt in der Analyse von Nachtwey (2017) diese Situation dazu, dass sich Stress und damit verbundene negative Affekte aufstauen und die Gefahr entsteht, dass diese in Form von Ressentiments entweichen. Die zivilisatorisch erworbenen Verhaltensstandards verlieren ihre Grundlage, wenn die Gegenleistung dieser Zivilisierungsanstrengung nämlich Wohlstand und Sicherheit zunehmend prekär erscheinen. Die alten Mittel- und Arbeiterklassen sieht Nachtwey als Verlierer der globalen Modernisierung, als Betroffene von potenziellen Entzivilisierungsprozessen und damit verbundenen autoritären Reaktionen.

Wilhelm Heitmeyer hat bereits in den späten 1980er Jahren einen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Desintegration in Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt und der Entwicklung von rechtsextremen Orientierungen hergestellt. Ausgangspunkt war die These einer zunehmenden Individualisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft, die Menschen zunehmend aus ihrer sozialen Einbindung herauslöst, sie Marktmechanismen ungeschützt aussetzt und so Desintegrationserfahrungen und Orientierungskrisen verursacht, die eine Hinwendung zu Rechtsextremismus begünstigen. Dieser 1987 zuerst in der Jugendforschung eingebrachte Ansatz (Heitmeyer 1987) wurde zunehmend erweitert und in eine Desintegrationstheorie (Anhut & Heitmeyer 2000) überführt. Die Grundthese dabei ist, dass Individualisierung und ökonomische Konkurrenz zu Desintegrationsprozessen auf verschiedenen Ebenen führen. Es werden Desintegrationsprozesse auf ökonomischer, politischer und sozialer Ebene angesprochen. Desintegrationserfahrungen und Krisen können durch die Individualisierung immer weniger durch soziale Einbindung aufgefangen werden – zudem werde die Verantwortlichkeit für Desintegrationsprozesse im Prozess der Individualisierung auf den Einzelnen verschoben, der zum einen nun mehr Freiheiten gewinne und seines »Glückes Schmied« sei, als Kehrseite aber auch sein Scheitern allein zu verantworten habe. Die zunehmende Entsolidarisierung und Konkurrenz befördere eine Situation der sozialen Kälte und Menschenfeindlichkeit. In seinen neueren Veröffentlichungen knüpft Heitmeyer (2018; 2020) an diese Überlegungen an und macht die ökonomischen und politischen Entsicherungen der letzten Jahrzehnte verbunden mit den autoritären Vergesellschaftungsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft für die aktuelle »Flucht ins Autoritäre«

verantwortlich. Die Verunsicherungen würden »projektiv übersetzt« in gefühlte Bedrohungswahrnehmungen durch Zuwanderung (Heitmeyer 2018, S. 85). Heitmeyer sieht im individuellen und gesellschaftlichen Kontrollverlust den zentralen Auslöser autoritärer Versuchungen, die einen Versuch darstellen, die Kontrolle und Ordnung wiederherzustellen. Er entwickelt drei Varianten des Autoritarismus: den unterwürfigen Autoritarismus, der dem Bild der klassischen autoritären Persönlichkeit entspricht, den anomischen Autoritarismus, der davon ausgeht, dass zu offene und freie Erziehungsmethoden zu einer fehlenden Orientierungsfähigkeit führen, und drittens den selbstbewussten Autoritarismus, in dem der Wunsch nach Aggression und Ausübung von Kontrolle im Vordergrund steht (Heitmeyer 2018, S. 78 ff.).

Oliver Decker (2018) orientiert sich stärker am klassischen psychoanalytischen Konzept der autoritären Persönlichkeit (Adorno et al. 1950) und stellt mit seinem Konzept eines »sekundären Autoritarismus« Überlegungen zur autoritären Dynamik im Kontext der deutschen Nachkriegsgesellschaft an, die ebenfalls kapitalismuskritisch sind. Er versucht, die Entwicklung einer autoritären Persönlichkeitsstruktur unter veränderten Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit neu zu konzeptualisieren, wobei er davon ausgeht, dass die Ökonomie heute die Position der Autorität einnimmt. Die Ökonomie fungiert sekundär als Objekt der Identifikation, womit es keine tatsächliche Vater- oder Führungsfigur als primäres Identifikationsobjekt mehr braucht, um die autoritäre Dynamik zu aktivieren. Da die wirtschaftliche Stärke und Performanz nach Decker zu den zentralen Identifikationsobjekten werden, droht im Fall wirtschaftlicher Krisen eine autoritäre Reaktion – die psychische Regression auf eine primäre Führungsfigur. Der sekundäre Autoritarismus ist der Normalfall der spätkapitalistischen Gesellschaft und spiegelt die Verinnerlichung der Herrschaftsstrukturen einer angepassten, ökonomiedominierten Lebensform wider. Ökonomischer Misserfolg, fehlende Anerkennung und Desintegration führen zum Rückfall in regressive Formen des Autoritarismus wie er sich in der Zuwendung zu autoritär-nationalistischen Parteien spiegelt.

Nachtwey (2017) und Decker (2018) sehen grundsätzlich den Prozess der Vergesellschaftung innerhalb der kapitalistischen Ordnung in Gefahr, der aus ihrer Sicht ein fragiles Gebilde darstellt. Die »Unterwerfung« des Individuums, oder anders formuliert seine Integration in eine gesellschaftliche Ordnung, gelingt nur, wenn für diese Demütigung ein Gegenwert angeboten wird (Decker 2018). Dieser Gegenwert besteht in der Gewährung von individueller Sicherheit und Wohlstand bei Nachtwey (2017) bzw. in der die Möglichkeit der Identifikation mit einer kollektiven Autorität (erfolgreiche Wirtschaft) bei Decker (2018). Wird dieses Gegenangebot nicht eingelöst, kommt es zur »Entzivilisierung« (Nachtwey 2017) bzw. zur autoritären Regression (Decker 2018). Der Wunsch nach einer primären Autorität, die Sicherheit wiederherstellt, und Aggressionen gegen Schwächere oder Außenseiter:innen

als Ventil für die erlebte Frustration sind die Folge. Ähnlich sieht auch Heitmeyer (2018, 2020) in der Desintegrationsdynamik der neoliberalen Ordnung und dem damit verbundenen Kontrollverlust die Hauptursache für die autoritär-regressiven Prozesse. Die genannten Autoren argumentieren stark mit Abwärtsdynamiken der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Sicherheitsempfinden der unteren und mittleren Schichten. Kritisch ist dabei anzumerken, dass sich im deutschen Kontext empirisch wenig Belege für die theoretischen Überlegungen finden lassen. So gibt es keinen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Aufschwung des Rechtspopulismus, ebenso wird die bundesdeutsche Gesellschaft nicht als Abstiegsgesellschaft wahrgenommen (▶ Kap. 4.5).

4.2.3 Cultural Backlash und kulturelle Spaltungen

Einige Autoren weisen kulturellen Faktoren eine zentrale Bedeutung für das Verständnis aktueller politischer Spaltungen zu (Ingelhart & Norris 2016; Norris & Inglehart 2019; Reckwitz 2018; Lilla 2017; Merkel 2017). In seinen gesellschaftstheoretischen Betrachtungen sieht Reckwitz (2018) in der Spätmoderne die Entwicklung einer Kulturalisierung des Sozialen, ein Widerstreit, der keinen Kampf der Kulturen á la Huntington (1996) darstellt, der an regionale und religiöse Traditionen gebunden ist, sondern einen Kampf um grundlegende Leitsemantiken, die quer durch verschiedene Gesellschaften weltweit verlaufen. Auf der einen Seite findet sich eine Leitkultur, die auf individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung setzt, hier sind Offenheit, Kosmopolitismus und Diversität im Sinne einer Bereicherung zentrale Bezugspunkte. Dazu gehören die Pluralisierung von Geschlechternormen, von Konsummustern und die Individualisierung von Identität. Auf der anderen Seite finden sich Kulturalisierungsregime, die sich auf kollektive Identitätsmechanismen beziehen und die ethnisch-homogen, imaginierte Gemeinschaften, favorisieren. Traditionelle Lebensweisen und Geschlechterrollen, verbunden mit einer traditionellen Werteordnung und einer geschlossenen Gemeinschaft, sind dabei die Orientierungspunkte. Eine Mentalität der Offenheit und des Kosmopolitismus trifft auf Haltungen, die Geschlossenheit und Essentialismus als Leitorientierungen bevorzugen. Reckwitz (2018) sieht die Möglichkeit der Koexistenz dieser Kulturalisierungsregime, wie es in den 1980er Jahren im Konzept des Multikulturalismus möglich war. Fundamentalistische Religionsgemeinschaften wurden als Teil von Diversität akzeptiert, der Schleier war ein Stilmittel gleich der Hippie-Mähne (Reckwitz 2018). In der jüngeren Zeit wechselt aber, so Reckwitz (2018), der Modus des Zusammenlebens der Kulturalisierungsregime von der Koexistenz zum Modus des Antagonismus. Fundamentalismus wird jetzt als Feindschaft zur offenen Gesellschaft aufgefasst und umgekehrt wird ein offener, diverser Lebensstil als dekadent und Bedrohung für die eigene

Gemeinschaft wahrgenommen. Einige Autoren (Merkel 2017; Lilla 2017) machen die Hegemonie der offenen, kosmopolitischen Kultur und die Missachtung der traditionellen Weltbilder verantwortlich für diese Verschärfung. Der postmoderne Lebensstil stehe konträr zu dem, was früher als »normal« galt und in traditionell orientierten Schichten weiterhin als »normal« gilt und hinterlässt soziale Gruppen, die von diesen dominanten Diskursen weitgehend abgehängt sind, symbolisiert durch das Bild der »zornigen, weißen, alten Männer« (Sauer 2018, S. 318). Auch Wolfgang Merkel (2017) konstatiert eine solche Spaltung – er benennt die beiden Konfliktlinien mit den Begriffen Kosmopolitismus und Kommunitarismus.

> »Neue Lebensformen, gleichgeschlechtliche Ehen, Chancengerechtigkeit der Geschlechter, Multikulturalismus und ökologische Fragen dominieren die Diskurse. In sozialdemokratischen Parteien drängten sie die Verteilungsfrage an den Rand. Progressivität wird zunehmend kulturell verstanden. Kosmopolitische Eliten besetzen die Spitzenpositionen in Wirtschaft, Staat, Parteien und Medien. Der kosmopolitische Diskurs der Herrschenden wurde zum herrschenden Diskurs« (Merkel 2017, S. 11).

So sei eine Repräsentationslücke entstanden, die nun die Rechtspopulist:innen besetzen. Der Siegeszug des kosmopolitischen Habitus ist verbunden mit der Durchsetzung des globalisierten Neoliberalismus und somit zu einer hegemonialen Kraft geworden. Es ist der Lebensstil der wirtschaftlich erfolgreichen Eliten und der globalen Mittelschichten, die im modernen Dienstleistungssektor beschäftigt sind und als Gewinner der Globalisierung gelten können und die mit Verachtung auf den Habitus der abgehängten Schichten blicken. Im Rechtspopulismus und im dort forcierten Cultural Backlash, mit dem Wunsch nach einer Stärkung traditioneller Weltbilder, sieht Merkel (2017) die Reaktion auf die moralische Hybris der Linksliberalen, die kommunitaristische Perspektiven aus dem politischen Diskurs drängen. Im Unterschied zu den ökonomisch orientierten Perspektiven der Modernisierungsverliererthese werden hier konkurrierende Weltbilder als wesentliche Ursache für den Erfolg von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Bewegungen gesehen. Dabei geht es weniger um eine »Defizit«-Perspektive, sondern um den Kampf um Hegemonie und um Deutungshoheiten. Laut Streeck geht es um die Legitimität der Ansprüche derer, die als vom Populismus Verführte »diffamiert« oder demoralisiert werden (Streeck 2017).

Kritisch ist hier zu fragen, inwieweit eine Hinwendung zu rechtsextremen Parteien, zu der sich die AfD inzwischen entwickelt hat, allein durch die moralische Diffamierung ihrer Wähler:innen, also ein Gefühl der Beleidigung begründen lässt. Dies allein genügt nicht, um die Hinwendung zu rechtsextremen Positionen inklusive der Relativierung des Holocaust zu erklären. Zudem werden Fragen der ökologischen Zukunft, des Anti-Rassismus oder der Gendergerechtigkeit als »Luxusprobleme« einer abgehobenen Gruppe der Gesellschaft dargestellt, die im Widerspruch zu den Bedürfnissen des

sogenannten »normalen Bürgers« stehen. Hier wäre genauer zu fragen wer diese:r normale Bürger:in ist und inwieweit er oder sie einen Anspruch auf den Erhalt von Privilegien rechtfertigen kann. Von der Seite ökonomisch argumentierender Ansätze wird zudem hinterfragt, inwieweit die kulturellen Kämpfe unabhängig von der ökonomischen Situation verstanden werden können bzw. inwieweit sich hier eventuell Projektionen ökonomischer Konflikte spiegeln. Fremdenfeindlichkeit wäre aus dieser Sicht kein primär kulturelles Phänomen, sondern spiegelt die Ethnisierung ökonomischer Konflikte: Der:die Fremde wird zum Sündenbock für Probleme, die eigentlich andere Ursachen (z. B. Globalisierungsdruck, neoliberale Politikregime) haben.

4.2.4 Politische Repräsentationslücken und Postdemokratie

Bei der Beantwortung der Frage, ob ökonomische oder kulturelle Konflikte erklärungskräftiger sind, wird von Vertreter:innen einer dritten Perspektive das Argument genannt, dass nicht primär die Existenz dieser Konflikte den Aufschwung des Rechtspopulismus erklärt, sondern die mangelnde Repräsentation aller Konfliktparteien in der politischen Arena. Einige Autor:innen sehen die Perspektiven bzw. Weltbilder der Modernisierungsverlierer aktuell durch die Dominanz einer sogenannten kosmopolitischen Elite völlig aus dem politischen Diskurs verdrängt. Dieses Defizit schließt an einen weiteren Zweig der politiktheoretischen Argumentation an, der sich verstärkt auf die Demokratiedefizite des globalisierten Neoliberalismus bezieht. Durch die Dominanz ökonomischer Prinzipien und den Rückzug des Staates wurden gesellschaftliche Prozesse im Zeitalter des Neoliberalismus zunehmend der demokratischen Gestaltung entzogen. Einige Theoretiker (Crouch 2008, 2011; Streeck 2015, 2017; Mouffe 2018) konstatieren, dass die neoliberale Wende auch einen neuen Politikstil hervorbrachte, den Streeck (2017) kurz mit dem Akronym TINA (there is no alternative) bzw. dem Schlagwort »alternativlos« umrissen hat. Der Markt wird aus dieser Perspektive quasi als Naturphänomen wahrgenommen, dessen Gesetze das Politische dominieren. Mouffe (2018) führt die Erfolge des Rechtspopulismus auf eine zunehmend postdemokratische Konstellation zurück, wie sie bereits Crouch (2008, 2011) beschrieben hat. Streeck (2015, 2017) konstatiert, dass der Gegensatz zwischen Demokratie und Kapitalismus sich zunehmend in Richtung Markt und Ökonomie verschoben habe – die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte habe den Handlungsspielraum des Staates durch Austeritätspolitik und Schuldenbremse zunehmend eingeschränkt und den Sozialstaat und die Arbeitsverhältnisse prekarisiert. Die Nationalstaaten verlieren angesichts der Globalisierung an Gestaltungsmacht – die Flexibilität globaler Unternehmen etwa in der Standortwahl lässt wirtschaftspolitischen Entscheidungen scheinbar keine Alternative als die, den

ökonomischen »Sachzwängen« zu folgen. Die politischen Parteien sind in den letzten Jahrzehnten so Streeck (2017) zunehmend dieser neoliberalen Agenda gefolgt – gleichgültig, ob sie sich links oder rechts der Mitte verortet haben, mit dem scheinbar »alternativlosen« Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Welt zu sichern. Diesem Kurs wurden andere Ziele untergeordnet. Streeck (2017) konstatiert einen Rückzug politischer Akteur:innen und eine Abkehr der Bürger:innen, sichtbar in den sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien und der Gewerkschaften. Regierungsapparate und Gesetzgebungsprozesse würden zunehmend durch Lobbyist:innen und »Experten« beeinflusst. Die zunehmende Intransparenz von Entscheidungen ist das Merkmal eines postdemokratischen Zeitalters (Crouch 2008). Ein größerer Teil der Bevölkerung der unteren sozialen Schichten, die sich politisch zurückgezogen hatten, nehmen verstärkt an Wahlen teil und verschieben so die Kräfteverhältnisse. Schäfer und Zürn (2021, S. 126) zeigen anhand einer Analyse von Daten des European Social Survey, dass insbesondere Menschen aus niedrig qualifizierten Berufsgruppen sich im politischen System nicht wahrgenommen fühlen. Sie sprechen von einer sozialstrukturellen Repräsentationslücke, die politische Machtlosigkeit ist schichtspezifisch unterschiedlich verteilt. Dabei scheint nicht primär »das Ungleichgewicht zwischen traditionellen ökonomischen Klassen die Unzufriedenheit anzutreiben, als vielmehr (Aus-)Bildungsdifferenzen und die Differenz zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus« (Schäfer & Zürn 2021, S. 129). In dieser Situation gewinnt das Postfaktische an Bedeutung, die »abgehängten Teile der Bevölkerung«, so Streeck, haben sich von den öffentlich rechtlichen Medien verabschiedet und bilden ihre Meinungen in den sozialen Medien in ihren eigenen Echo-Kammern (Streeck 2017, S. 263). So schwindet zunehmend die konsensuelle Basis der Gesellschaft, wenn gemeinsame Werte oder ein geteiltes Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse verloren gehen.

Streeck sieht gar das Ende des Kapitalismus herannahen und die aktuelle Situation als ein »Interregnum«, in der sich die stabilisierenden Gegenkräfte des Sozialpaktes, die das Gleichgewicht zwischen Kapitalismus und Demokratie lange gewährten, auflösen, was langfristig zu einem Zusammenbruch der Sozialintegration führe, der sich in der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft zeige. Die populistischen Bewegungen und Parteien der Gegenwart versteht er gar als eine »Wiederentdeckung der Demokratie als Korrektiv« (Streeck 2017, S. 260), ohne die Problematik ihrer identitären, autoritären Stoßrichtung klar zu benennen. Hier verschwimmen die Grenzen zu rechts-autoritären Argumentationen. Er sieht die Lösung in einem Neo-Nationalismus, wobei offen bleibt, wie durch diesen Schritt zurück die Probleme einer globalisierten Welt gelöst werden sollen. Dabei konstruiert er einen Gegensatz zwischen Globalismus und Demokratie (Streeck 2021) und plädiert für einen nationalstaatlichen, »kommunitären Partikularismus« (Streeck 2021, S. 208). Diese Sicht kritisiert Lessenich (2021) scharf und sieht sie im Kontext zu Streecks Verweis auf eine »kosmopolitische Selbstauflösung« (Streeck 2021,

S. 144) der europäischen Nationalstaaten als identitäres Projekt, das an den Ethnopluralismus der Neuen Rechten erinnert (Lessenich 2021). Lessenich (2021) verweist zudem darauf, dass die verklärte Sicht Streecks auf die korporatistischen Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegsjahre keineswegs eine ideale Koexistenz zwischen Demokratie und Kapitalismus war, sondern bereits damals nur durch die globale Ausbeutung Dritter möglich war: »Frauen, Migrant*innen, dem Globalen Süden, den natürlichen Ressourcen des Planeten« (Lessenich 2021).

Auch Werner Patzelt (2015, 2018) sieht in einer politischen Repräsentationslücke die zentrale Ursache für den Erfolg des Rechtspopulismus – in Deutschland von Pegida und der AfD. Diese Lücke sieht er im Unterschied zu den meisten anderen Autor:innen, allerdings nicht auf der linken Seite des Parteienspektrums, sondern auf der rechten. In Deutschland macht er dafür die Verschiebung des Profils der CDU in der Ära Merkel verantwortlich. Er spricht von einer »sozialdemokratisierten CDU« (Patzelt 2015), die rechte Denkfiguren zunehmend marginalisiert habe. Im Unterschied zu Fraser (2017a; 2017b), Nachtwey (2017) oder Dörre (2018) sind also nicht soziale Verwerfungen und das »Vergessen der sozialen Frage« entscheidend für den Aufstieg der Rechtspopulist:innen, sondern die Nicht-Repräsentation von Themenfeldern, die sich »rechts« der Linie der heutigen CDU befinden – zwischen der rechten Mitte und dem rechten Rand –, dort verortet er auch die Pegida-Demonstrant:innen. Seine Studienergebnisse zu den Pegida-Aufmärschen zeigen aus seiner Sicht, dass die demonstrierenden Menschen aus der Mitte der Gesellschaft seien, zu größeren Teilen wirtschaftlich gut gestellt und gebildet (Patzelt 2015) und keineswegs Rechtsextreme. Repräsentationslücken sieht er im Themenfeld der Migrationspolitik. Er spricht vom Konfliktpotenzial der Multikulturalität und von den »Sorgen ob jener kulturellen Veränderungen, die oft »Islamisierung« genannt werden und sich daraus nähren, dass in den letzten Jahren nicht nur die Anzahl von Asylbewerber:innen und Bürgerkriegsflüchtlingen überhaupt sehr stark gestiegen ist, sondern dass sich unter diesen – aufgrund der heutigen Bürgerkriegsgebiete – jetzt und fortan auch besonders viele Muslime befinden« (Patzelt 2015, S. 113). In diesen Zusammenhang platziert er ebenso die Themen Patriotismus, Heimat, Tradition und deutsche Leitkultur. Mithin sind die kulturellen Veränderungen und Auswirkungen für die Verfasstheit der Nation, die sich aus den Folgen der Globalisierung ergeben, die Leitmotive, die aus seiner Sicht Besorgnisse bei den Bürger:innen auslösen, die durch eine »abgehobene« Klasse von Politiker:innen nicht mehr repräsentiert werden. Patzelt (2015) befindet sich damit an der Schnittstelle zur »Normalisierung« rechten Gedankenguts als legitime Besorgnisse, ohne dass er selbst eine klare Trennlinie nach rechts zieht, denn gerade diese Trennlinie führe dazu, die abtrünnigen Wähler:innen weiter zu verprellen.

4.3 Ansätze auf der Individualebene

In den skizzierten Ansätzen der Makroebene dominiert die Defizit-These: Die »Verlierer:innen« (ökonomischer, politischer oder kultureller Art) der neoliberalen Politik und der Globalisierungsdynamik werden als potenzielle Sympathisant:innen rechter Positionen und Parteien gesehen. Die Verbindung zur Mikroebene folgt somit einem einfachen Mechanismus. Die gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Politikregime produzieren weltweit »Verlierer:innen«, Desintegrierte und »Deprivierte«, die sich durch die Hinwendung zu populistischen Führungsfiguren eine Aufwertung ihrer Interessen erwarten. Das können Personen sein, die faktisch betroffen sind, oder auch solche, die Ängste vor einer möglichen Deprivation oder Desintegration entwickeln – auch die relative Deprivation, die durch den Aufstieg anderer gesellschaftlicher Gruppen entsteht, kann als persönlicher Verlust oder als Bedrohung wahrgenommen werden. Im Rahmen individueller Deprivations- oder Desintegrationstheorien wird die Verbindung von Deprivation und Desintegration und rechter Regression durch einfache Sündenbocktheorien hergestellt – in diesem Fall werden z. B. soziale Abstiegsprozesse ethnisiert und als »Kulturkonflikte« dargestellt. In der Variante der Frustrations-Aggressions-Theorie (Dollard et al. 1939) geht man von Verschiebungsprozessen von Aggressionen aus, die aus eigenen Frustrationen entstehen. Aus psychoanalytischer Sicht (Adorno et al. 1950) finden Projektionsprozesse und Identifikationsprozesse statt, die es der Person ermöglichen, am »Glanz« der Führungsfigur zu partizipieren und negative Aspekte auf Sündenböcke zu projizieren. Autoritarismustheorien differenzieren Personen, die die Deprivations-Belastungen regressiv bzw. autoritär bewältigen, und solche, die psychische Ressourcen haben, in anderer Weise mit der Belastung umzugehen – diese Ressourcen werden in Sozialisationsprozessen erworben (▶ Tab. 2).

Tab. 2: Erklärungsansätze auf der Mikroebene

Ansätze	Mechanismen
Sozialisation, Lernen und Persönlichkeit	
• Sozialisationstheorie	
• Autoritarismustheorie	
Verlust, Frustration und Kompensation	
• Deprivationstheorie	
• Desintegrationstheorie	

Die unterschiedlichen Perspektiven sind prinzipiell kombinierbar und weisen zum Teil Überschneidungen auf, so können sozialisierte Dispositionen dazu führen, in einer bestimmten Weise auf belastende oder frustrierende Situationen zu reagieren. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Perspektiven getrennt dargestellt.

4.3.1 Sozialisation, Lernen und Persönlichkeit

Autoritarismus- und Sozialisationstheorien teilen die grundsätzliche Perspektive, dass in Sozialisationsprozessen Dispositionen und Grundhaltungen erworben werden, die sich in politischen Orientierungen niederschlagen können. Dabei liegt der Fokus häufig auf Prozessen, die in der Kindheit und im Jugendalter stattfinden (Rippl, Seipel & Kindervater 2022).

Autoritarismus

Die Autoritarismusforschung hat eine lange Tradition und spielt bis heute eine wichtige Rolle in der Rechtsextremismusforschung (Seipel, Rippl & Kindervater 2022; Henkelmann et al. 2020; Rippl, Seipel & Kindervater 2000). In diesem Forschungskontext spielen Sozialisationsprozesse in der Familie eine entscheidende Rolle für die Entwicklung politischer Einstellungen. Die theoretischen Grundlagen wurden in den Arbeiten der Frankfurter Schule zur Erforschung von Autorität und Familie in den 1930er Jahren entwickelt (Horkheimer, Fromm & Marcuse 1936). Das Erziehungsleitbild der Mittelstandsfamilie zu jener Zeit war auf eine Erziehung zur Unterordnung gegenüber Autoritäten ausgerichtet. Die Kernfamilie reproduzierte damit die sozialen Strukturen der deutschen Gesellschaft. Die familiäre Sozialisation bereitete das Kind auf dessen Rolle in einer autoritär strukturierten Gesellschaft vor. Die Autoren bezogen sich auf psychoanalytische Erkenntnisse. Das Kind erfährt Sicherheit als ein Ergebnis von Gehorsam und Unterordnung gegenüber der elterlichen Autorität. Die in diesem Erziehungskontext entstehenden Aggressionen gegenüber den Eltern müssen unterdrückt werden. Die Spannung löst sich durch die Idealisierung der Eltern und die Verschiebung der Aggressionen auf Minderheiten. Diese Prozesse beschreiben den intrapsychischen Mechanismus autoritärer Unterdrückung und Aggression. Die Ergebnisse dieser klassischen Studien wurden unter dem Titel »The Authoritarian Personality« 1950 in den USA publiziert (Adorno et al. 1950).

Aufgrund der individualpsychologischen Kernelemente der Theorie wurde die Autoritäre Persönlichkeit (AP) als reduktionistisch kritisiert. Man monierte zudem das Unvermögen, Unterschiede hinsichtlich der Vorurteilsstruktur zwischen sozialen Gruppen zu erklären. Trotz der früh einsetzenden

theoretischen wie auch methodischen Kritik an dem Konzept der autoritären Persönlichkeit bleibt das Autoritarismuskonstrukt bis heute eines der einflussreichsten Konzepte zur Vorhersage von Vorurteilen und Stereotypen. Eine bis heute einflussreiche Weiterentwicklung lieferte Bob Altemeyer (1988; Duckitt 2015) mit seinem Konzept des »Right-Wing Authoritarianism«, der das Konzept nun lerntheoretisch fundiert und auf drei Kerndimensionen reduziert: Autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus. Andere Forscher:innen betonen zunehmend die Wahrnehmung von Bedrohungen als wichtigen Kontextfaktor bzw. Auslöser autoritärer Reaktionen (Oesterreich 2005; Duckitt & Sibley 2010, 2017). In Deutschland bezieht sich heute Oliver Decker (2018, 2019) weiter auf die psychoanalytische Sicht (▶ Kap. 4.2.2). Weitere Ansätze in diesem Forschungsfeld befassen sich mit dem Konzept der sozialen Dominanz als ergänzenden Faktor (Sidanius & Pratto 1999; Duckitt & Sibley 2010, 2017). Während ein rigides kontrollierendes Erziehungsverhalten, das Kindern vermittelt, die Welt sei eine bedrohliche Umgebung, zu sozialer Konformität und einer ängstlichen Weltsicht führt, die mit einer autoritären Disposition verbunden ist, führt ein Erziehungsverhalten, das Durchsetzung, eine Ellenbogenmentalität und wenig Empathie vermittelt, zu Rücksichtslosigkeit. Die Welt wird als darwinistischer Dschungel wahrgenommen, in der ein brutaler Konkurrenzkampf Durchsetzungsvermögen erfordert und soziale Dominanzorientierungen fördert. Beide Weltsichten werden als stabile Konstrukte angesehen, da sie ihren Ursprung in sozialisierten Persönlichkeitszügen haben (Duckitt & Sibley 2017). Heitmeyers (2018, S. 87) bereits oben erwähnte Variante des »selbstbewussten Autoritarismus« lässt sich hier zuordnen.

Gesellschaftliche Auf- oder Abschwünge von Rechtsextremismus können mit diesen sozialpsychologischen Ansätzen alleine nicht erklärt werden, da eine Erklärung dafür fehlt, wann und warum autoritäre Haltungen in einer Gesellschaft dominant werden können. Die Erklärung gesellschaftlicher Entwicklungen benötigt immer eine multidimensionale Sichtweise verschiedener Analyseebenen.

Sozialisation

Im Kontext der Sozialisationsforschung hat Heitmeyer (1987) auf die besonderen Herausforderungen jugendlicher Entwicklung und Identitätsbildung in modernen und postmodernen Gesellschaften unter den Bedingungen einer forcierten Individualisierung hingewiesen, die eine besondere Anfälligkeit von Jugendlichen für rechtsextreme Haltungen bedingen können. Individualisierung lockere soziale Bindungen und verbindliche Orientierungen. Im Kontext von damit verbundenen Vereinzelungs- und Konkurrenzerfahrungen könnten Jugendliche nach einer Kompensation in kollektiven Ersatz-Identitäten suchen. Für die politische Sozialisation und die Entwicklung einer politischen Identität ist die Pubertät eine prägende und

zugleich vulnerable Phase (Rippl, Seipel & Kindervater 2022). Die Jugendlichen stehen vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen ist der Übergang von der Kindheit und Jugend ins Erwachsenenalter und die Ablösung vom Elternhaus zu bewältigen, zum anderen finden sich Jugendliche in einer Gesellschaft wieder, die von enormer Beschleunigung und Individualisierung gekennzeichnet ist. In dieser Situation ist die Gefahr des Auftretens starker Verunsicherung und Orientierungslosigkeit hoch, die die Orientierungsangebote rechtsextremer Gruppierungen attraktiv erscheinen lassen. Dort werden klare Feindbilder angeboten, die eine Aggressionsabfuhr ermöglichen und eine (vermeintliche) Orientierung erlauben. Der Kontrollverlust der Übergangsphase Pubertät wird so durch autoritäre Angebote scheinbar bewältigt. Die Verführungskraft von sozialen Medien, Musikszenen etc. kann in Orientierungskrisen besonders leicht an Einfluss gewinnen (▶ Kap. 6). Heitmeyer (1987) und auch Möller und Schuhmacher (2007a) rekonstruieren Einstiegsprozesse in die rechte Szene und kommen zu dem Schluss, dass am Anfang zumeist keine politischen Motive ausschlaggebend für den Einstieg sind, oft geht es um spezifische Sozialisationskontexte, die zu rechten Karrieren beitragen. Ausgangspunkt sind oftmals wenig unterstützende, teils gewalthaltige Familienhintergründe, der Wunsch nach Abgrenzung und Kompensation negativer Bindungserfahrungen in der Familie. Auch die versagte Anerkennung in schulischen Kontexten spielt eine Rolle. Eine Politisierung und Verfestigung rechter Einstellungen findet erst im weiteren Lebensverlauf statt.

In der Sozialisationsforschung zum Rechtsextremismus dominiert damit ebenfalls die Defizit-Perspektive, wie die eben vorgestellten Ansätze offenbaren. Aber auch hier ist es lohnenswert, die Perspektive zu wechseln und Kontexte zu betrachten, in denen rechte Orientierungen keine Provokation oder Abgrenzung darstellen, sondern zur dominanten politischen Kultur gehören – so z. B. in den USA in den Hochburgen des Trumpismus oder in den Hochburgen der AfD in Ostdeutschland. Hier lässt sich gut beobachten, wie politische Sozialisation, die nicht von zerrütteten familiären Bindungen gekennzeichnet ist, durch innerfamiliale Transmissionsprozesse zur Weitergabe rechter Orientierungen gesellschaftlich dominanter Normen beiträgt. Eine Meta-Analyse von Degner und Dalege (2013) zeigt klare Zusammenhänge zwischen Vorurteilen der Eltern und der Kinder, ähnliche Ergebnisse finden auch Meeusen und Dhont (2015). Die Transmission von Einstellungen der Eltern auf die Kinder erweist sich dann als besonders stark, wenn gute familiäre Beziehungen bestehen, wenn in den Familien häufig politische Themen diskutiert werden und wenn die Eltern konsistente politische Orientierungen zeigen (Rippl, Seipel & Kindervater 2022). Die im Vergleich zu Westdeutschland deutlich höheren Zustimmungswerte für rechte Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen, die nach der Wende geboren wurden, sind hierfür ein Indiz (▶ Kap. 6).

4.3.2 Deprivation, Desintegration und Anerkennung

Im Kontext der Rechtsextremismusforschung teilen die drei theoretischen Perspektiven der Deprivation, der Desintegration und der Anerkennung die Idee, dass Verlusterfahrungen zu kompensierenden Reaktionen führen, die sich politisch in der Übernahme von rechten Deutungs- und Wahrnehmungsmustern äußern können, da diese Deutungsmuster vermeintliche Erklärungen und Schuldige für diesen Verlust anbieten.

Deprivation

Der Deprivationsansatz ist ein in der Rechtsextremismusforschung häufig verwendetes Konzept – zumeist geht es dabei um Erfahrungen ökonomischer Entbehrungen. Prinzipiell ist das Konzept aber von sehr allgemeiner Natur. Deprivation beschreibt den Zustand eines tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. einer Entbehrung von etwas Erwünschtem. Auf diese Entbehrung reagieren die Betroffenen mit Unzufriedenheit, welche sich als Folge in verschiedensten Phänomenen niederschlägt, wie z. B. in Vorurteilen, Stressempfinden und Aggressionen, die im Sinne einer Verschiebung von Frustrationen als Ventil fungieren (Walker & Smith 2002). Die These ähnelt der in der Psychologie bekannten (im ▶ Kap. 4.3.1 bereits erwähnten) Frustrations-Aggressions-These von Dollard et al. (1939). Ebenso bestehen Bezüge zur Autoritarismusthese, da dort die Verschiebung von Frustrationserfahrungen in Aggressionen gegenüber anderen ebenfalls eine wichtige Motivation für Vorurteile darstellt.

Auch wenn in der Forschung vorwiegend die ökonomische Deprivation fokussiert wird, ist der Deprivationsansatz prinzipiell offen – denn auch in anderen Bereichen z. B. der sozialen Einbindung können sich Menschen depriviert fühlen oder depriviert sein. Rippl und Baier (2005) haben eine Übersicht über verschiedene Ebenen von Deprivation vorgelegt (▶ Tab. 3). Wichtig in der Forschung zur ökonomischen Deprivation und für deren empirische Umsetzung ist die Differenzierung in kollektive versus individuelle Deprivation und die Unterscheidung in subjektive Wahrnehmung versus objektiver Tatbestand. Empirisch haben sich kollektive Zurücksetzungsgefühle als relevante Prädiktoren erwiesen (Rippl & Baier 2005). Ein Beispiel zeigt die Relevanz der Unterscheidung: Ostdeutsche sind häufig mit ihrer individuellen wirtschaftlichen Situation zufrieden, sie fühlen sich aber im Vergleich zur Gruppe der Westdeutschen depriviert – dementsprechend finden sich auf der Individualebene kaum Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Lage und fremdenfeindlichen Haltungen (Rippl 2019). Runciman hat bereits 1966 diese Unterscheidung eingeführt, wobei er die kollektive Deprivation auch als fraternale Deprivation bezeichnete. Er bezog sich dabei weniger auf die Makroebene der Gesellschaft, sondern primär auf die Mesoebene, auf der der soziale Vergleich zwischen sozialen Gruppen im Vordergrund steht. Auch Vanneman und Pettigrew (1972) heben die Bedeutung kollektiver Deprivation für die Entstehung von Vorurteilen hervor. Kollektive Aspekte spielen zudem bei

Blumer (1958) eine wichtige Rolle. Er konzipiert das Vorurteil primär als ein kollektives Phänomen, das als eine Reaktion auf die Bedrohung von Gruppenprivilegien zu verstehen ist.

Tab. 3: Deprivation – konzeptuelle Differenzierungen

Bedeutsame Subdimensionen	Charakterisierung
Kollektive/fraternale Deprivation	Benachteiligung einer »Ingroup« im Vergleich zur »Outgroup«
Individuelle Deprivation	Benachteiligung einer Person
Objektiv vs. subjektiv	Benachteiligung anhand objektiver Kriterien vs. Benachteiligung in subjektiver Einschätzung
Absolut vs. relativ	Benachteiligung in Bezug auf einen allgemeinen Richtwert vs. einen relativen Standard
Emotional vs. kognitiv	Benachteiligung als emotionale Reaktion vs. als bewusste, wissensbasierte Einschätzung
Erwartungen vs. Zustände	erwartete Benachteiligung vs. aktuell vorhandene Benachteiligung
Strukturell	Benachteiligung im Hinblick auf materielle Ressourcen (insbesondere ökonomisch)
Institutionell	Benachteiligung im Hinblick auf Mitsprache- und Gestaltungsrechte (insbesondere politischer Art)
Sozial	Benachteiligung im Hinblick auf soziale Integrationschancen

Im Kontext des Rechtspopulismus wird der Aspekt der relativen Deprivation betont. Relativer Statusverlust kann durch den Aufstieg anderer sozialer Gruppen sogar ohne eigenen Abstieg eintreten. So ist die relative Deprivation verknüpft mit Verschiebungen oder Wandlungsprozessen in der Gesellschaft, die dazu führen, dass die eigene soziale Position oder die Gruppenpositionen, denen man sich zugehörig fühlt, im Vergleich mit der Vergangenheit unsicher werden oder andere Gruppen an Status gewinnen, wohingegen die Eigengruppe absteigt. Der sektorale Wandel zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie die Emanzipation der Frau, Empowerment und Diversity-Politik führen dazu, dass bisher privilegierte Gruppen in eine für sie neue Konkurrenzsituation geraten und ihren Status bedroht sehen oder auch tatsächliche Statusabstiege erleben. Sozialer Wandel führt zwangsläufig zu solchen Prozessen. Neben Männern aus der Arbeiterschicht, die in traditionellen Branchen tätig sind, erleben auch die alten konservativen Mittelschichten einen relativen Statusverlust und werden überflügelt durch die akademisch gebildeten neuen Mittelschichten der wissensbasierten Branchen.

In empirischen Studien ist es prinzipiell wichtig, die verschiedenen Ebenen zu trennen, auch bei individuell ökonomisch guter Situation können kollektive oder relative Deprivationsgefühle auftreten. Die Desintegrationstheorie von Heitmeyer (Anhut & Heitmeyer 2000, S. 48) bezieht sich in ihrer Argumentation und in den dort vorgelegten Operationalisierungen auf die individuelle Deprivation, wohingegen die Modernisierungsverlierer-These je nach Ausformung die individuelle oder kollektive Deprivation anspricht, etwa wenn der Statusverlust von ganzen Gruppen im Vergleich zu anderen thematisiert wird, wie bei der Rede von der Erosion der Mitte oder dem Abstieg der alten Mittelschicht.

Desintegration und fehlende Anerkennung

Die bereits erwähnte Desintegrationstheorie von Heitmeyer (Anhut & Heitmeyer 2000) fußt auf einer kapitalismuskritischen Analyse der Gesellschaft, die starke Ähnlichkeiten zu aktuellen Diagnosen der neoliberalen Gesellschaft ausweist und die Ökonomisierung und Individualisierung aller Lebensbereiche als Ursache für Desintegrationsprozesse benennt. Dabei werden Desintegrationsprozesse in drei zentralen Bereichen der sozialen Integration herausgearbeitet: die wirtschaftlich/materielle, die politische und die sozial/emotionale Teilhabe (▶ Tab. 4). Mangelnde Teilhabe, beispielsweise durch einen Arbeitsplatzverlust oder prekäre Lebensverhältnisse sowie abnehmende politische Repräsentation und schwierige oder fehlende Sozialbeziehungen, können zu einer Kompensationssuche führen. Politisch rechte Deutungsangebote versprechen Teilhabe und Anerkennung und benennen vermeintlich Schuldige. Die drei Anerkennungssphären finden sich ähnlich bei Honneth (1992).

Tab. 4: Integrationsdimensionen

[illegible]
[illegible] Selbstverwirklichung
[illegible]
[illegible]
[illegible]

Der gesellschaftliche Ausschluss und die damit verbundenen mangelnden Teilhabemöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen führen zu Anerkennungsdefiziten und zu Kämpfen, die darauf zielen, Anerkennung und gesellschaftliche Sichtbarkeit zurückzugewinnen. Wer z. B. arbeitslos wird, verliert gesellschaftliche Anerkennung und Würde und wird zum Bittsteller gesellschaftlicher Hilfe. Aktuell werden in der Leipziger Studie von 2018 (Decker, Yendell & Brähler 2018) diese drei Anerkennungsformen berücksichtigt. Negative Anerkennungsbilanzen sind mit dem Verlust demokratischer Vergesellschaftung verbunden und erhöhen die Tendenz einer autoritären Vergesellschaftung.

Ähnlich wie in der Deprivationstheorie werden Verlusterfahrungen in den Blick genommen, die die Entbehrung und den Entzug wichtiger Güter, Rechte und Privilegien betreffen, ebenso wie damit verbundene Benachteiligungsgefühle. In der Analyse werden explizit verschiedene Sphären von Desintegration angesprochen, wobei die politische Ebene für die aktuelle Diskussion wichtig ist. Deprivationskonzepte hingegen beschränken sich häufig auf die Betrachtung ökonomischer Aspekte, obwohl das Deprivationskonzept eine prinzipielle Offenheit aufweist. Das Desintegrationskonzept ist eng in eine Gesellschaftsanalyse eingebettet (die in unserer Systematik in die Makroebene reicht), wobei die theoretische wie empirische Analyse der Konsequenzen auf

der Mikroebene verbleibt. Ein Desiderat stellt die fehlende Einbindung der kollektiven Ebene dar: Welche Rolle spielen Abstiegsprozesse oder Anerkennungsdefizite ganzer Gruppen, die die soziale Identität betreffen (was z. B. oft im Kontext der Ostdeutschen thematisiert wird).

4.4 Fazit: Neoliberalismus, politische Krise und individuelle Regression

Die ökonomisch orientierten Ansätze fokussieren die zunehmende Entsicherung der Gesellschaft als Ursache des Aufschwungs des Rechtspopulismus – dabei kommt der Globalisierungsdynamik und dem Siegeszug des Neoliberalismus eine besondere Bedeutung zu. Die Folgen dieser Dynamik treffen die unteren sozialen Schichten und die alte, vom Abstieg bedrohte Mittelschicht stärker. Dabei spielen die individuelle ökonomische Deprivation, aber auch relative und kollektive Deprivationserfahrungen eine Rolle, die sich politisch in Repräsentationsdefiziten und Gefühlen politischer Machtlosigkeit äußern. Diese Ansätze können die starke Betroffenheit und Affinität nach rechts der Unterschicht und der unteren Mittelschicht entsprechend gut erklären. In den Ansätzen, die die Rolle des kulturellen Wandels stärker betonen ist die betroffene Gruppe diffuser und nicht so klar mit der ökonomischen Situation der Betroffenen verknüpft. Diesen Ansätzen gelingt es besser, die Diffusion des Rechtspopulismus in weite Teile der Gesellschaft zu erklären. Verschiedene Studien (z. B. Rippl & Seipel 2018; Lengfeld & Dilger 2018; Pickel 2019; oder Mau, Lux & Gülzau 2020) versuchen, diese unterschiedlichen Motivationen empirisch zu beleuchten. Es zeigt sich, dass alle genannten Bereiche eine Rolle spielen und eine Reduktion auf die soziale Frage und ökonomische Faktoren alleine nicht ausreichend ist.

Grundlegend trifft eine durch neoliberale Politikregime ausgelöste Deprivation auf der Ebene der Nationalstaaten auf unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Arrangements (Manow 2018), auf der individuellen Ebene auf Menschen mit einer unterschiedlichen Empfänglichkeit bzw. Vulnerabilität für diese Situation. Dementsprechend ist eine Ergänzung der »großen« Analysen der Makroebene durch Erklärungsansätze auf der Individualebene sinnvoll und notwendig, wie sie die präsentierten Mikro-Ansätze ermöglichen. Um die Unterschiede der Entwicklungen in verschiedenen Ländern differenzierter zu erklären, ist es zudem notwendig die Meso-Ebene einzubeziehen, um die jeweiligen Gelegenheitsstrukturen und Kontexte in der Analyse zu berücksichtigen. Will man die rechtsextreme Eskalation der Ereignisse vom August 2018 in Chemnitz erklären, müssen Faktoren verschiedener Ebenen in Betracht gezogen werden (Rippl 2019; Intelmann 2019). Wie reagieren Akteur:innen der Mesoebene, die lokale Zivilgesellschaft, die politischen Parteien oder die Sicherheitsbehörden? Die vorhandenen Rahmenbedingungen auf der Makroebene treffen für eine Vielzahl von Ländern

in ähnlicher Weise zu, dennoch sind rechtspopulistische Parteien in unterschiedlichem Ausmaß und zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgreich. Ohne die Betrachtung der länder- und der regionsspezifischen Kontexte greift der Erklärungsrahmen zu kurz. »Warum etablierte sich der Rechtspopulismus in Deutschland im europäischen Vergleich relativ spät?«, »Warum ist er im Osten Deutschlands erfolgreicher?« sind dabei Fragen, die zu adressieren sind. Nur wenn die jeweiligen Kontexte ergänzend betrachtet werden, lassen sich die Entwicklungen genauer fassen und erklären.

Ganz allgemein könnte man kritisch gegenüber den aktuell dominanten Ansätzen einwenden, dass sie trotz ihrer gesellschafts- und kapitalismuskritischen Stoßrichtung, primär »Defizit«-Hypothesen verfolgen – Verlierer:innen, Deprivierte etc. tendieren zum Rechtspopulismus und zur Regression. Weniger thematisiert wird die Frage, inwieweit der Rechtspopulismus systemimmanente Gründe hat und die Ursachen tief in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt sind. Die Folgen, die die skizzierten makrostrukturellen Veränderungen der neoliberalen Agenda nach sich ziehen, lassen sich an den »Rändern« zwar am offensichtlichsten beobachten, aber mit Rommelspacher (1992) kann man schließen, dass die beobachtbaren politischen Veränderungen eine organische Folge der »Dominanzkultur« unserer Gesellschaft sind, in der eine Hierarchie sozialer Gruppen und soziale Ausschlüsse inhärent produziert werden.

4.5 Einige empirische Befunde und Irritationen

Die aktuell dominanten Diskussionsstränge fokussieren primär auf die sozialen und kulturellen Verwerfungen, die die neoliberale Wende seit den 1980er Jahren nach sich zog. Eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung, der Abbau sozialer Sicherungssysteme und die Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse stehen damit in Zusammenhang (Datenreport 2018). Einkommenszuwächse gab es überproportional in den höheren und zum Teil in den mittleren Einkommensgruppen. Die unteren Einkommensgruppen haben kaum profitiert bzw. sogar verloren (Datenreport 2018). Folgt man der Argumentation, müsste sich also ca. seit den 1980er Jahren ein Trend zu einer steigenden Verbreitung rechter Einstellungsmuster und entsprechender Erfolge rechter Parteien nachweisen lassen. Zum anderen müssten sich die potenziellen Sympathisanten der rechten Gegenbewegung vor allem in der Gruppe der Verlierer:innen dieser Prozesse auffinden, also bei Menschen, die von sozialem Abstieg betroffen oder bedroht sind bzw. die sich ökonomisch, kulturell oder politisch depriviert empfinden. Sie sind es, die sich aufgrund ihres Statusverlustes auch kulturell und politisch abgehängt sehen. Empirische Analysen müssten dementsprechend eine besondere Affinität in diesen Gruppen nachweisen, die sich sozialstrukturell in der Unter-, Arbeiter- und der unteren Mittelschicht finden. Personen also, die tendenziell über geringes

Einkommen und niedrige Bildungsabschlüsse verfügen.

Wir wollen zumindest einen kurzen Blick auf die empirischen Forschungsergebnisse in Deutschland werfen. Betrachtet man die Entwicklung relevanter Einstellungskomplexe (Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit) im Zeitverlauf der letzten 20 Jahre, wie es z. B. durch die Leipziger Mitte-Studie möglich ist, so zeigt sich für die beiden genannten Bereiche ein Rückgang. Fremdenfeindliche Haltungen schrumpfen von 26,5 Prozent im Jahr 2002 auf 16,5 Prozent im Jahr 2020, die Verbreitung geschlossener rechtsextremer Weltbilder sinkt von 9,6 Prozent auf 4,3 Prozent. Der Abwärtstrend ist für alle Subdimensionen des Rechtsextremismus zu beobachten (Decker & Brähler 2020). Vergleiche anhand der Allbusdaten zeigen einen ähnlichen Trend (Rippl & Seipel 2018, S. 248). Anhand dieser kurzen deskriptiven Betrachtung von Makrodaten lässt sich also kein Trend steigender rechter Einstellungen im Kontext der Neoliberalisierung festmachen. Schaut man parallel auf die Entwicklung subjektiver Wahrnehmung von Deprivation als Folge der wirtschaftspolitischen Veränderungen, in Form von potenziell zunehmenden Statusängsten, so zeigt sich ein Bild, das nicht dem einer Abstiegsgesellschaft entspricht. In dem Band »Diagnose Angstgesellschaft« (Lübke & Delhey 2019) zeigen verschiedene Autoren anhand verschiedener Datenquellen, dass Status- und Abstiegsängste im Zeitabschnitt, der den Aufstieg der AfD in Deutschland markiert, empirisch nicht nachweisbar zugenommen haben. Im Gegenteil, Lengfeld (2019) kommt anhand von Analysen der Daten des SOEP zu dem Schluss, dass Abstiegsängste in allen sozialen Schichten 2016 einen historischen Tiefstand erreichen. Begibt man sich ergänzend auf die Ebene der Subgruppen- und Zusammenhangsanalysen findet sich durchaus eine signifikant höhere Ausprägung rechter Einstellungsdimensionen bzw. Sympathien für die AfD in den unteren und bildungsärmeren sozialen Schichten (Decker & Brähler 2020; Rippl & Seipel 2018; Lux 2018; Niedermayer & Hofrichter 2016; Hambauer & Mays 2018). Allerdings zeigen die Studien auch, dass die subjektive ökonomische Situation nur ein schwacher Prädiktor für die Entwicklung rechter Einstellungen bzw. Sympathien für die AfD ist (Rippl 2019; Pickel 2019; Decker & Brähler 2020), zumeist erweist sich die Bildung als deutlich wichtigerer Prädiktor (Rippl & Seipel 2018). Ökonomische, kulturelle und politische Deprivationsgefühle sind also zwar in den unteren gesellschaftlichen Schichten stärker verbreitet als in den anderen sozialen Schichten, aber die individuellen ökonomischen Deprivationserfahrungen sind empirisch nicht als zentrale Motivation für die Sympathie für Rechtspopulismus zu identifizieren. Santana, Zagorski und Rama (2020) zeigen, dass in Osteuropa die ökonomische Dimension keine Bedeutung für die Wahl rechtspopulistischer Parteien hat. Kontexte und Gelegenheitsstrukturen haben offenbar einen entscheidenden Einfluss auf die Mobilisierung von Ressentiments. Die sozialen Medien und entsprechende politische Akteur:innen und deren Wirksamkeit in den unterschiedlichen sozialen Schichten scheinen wesentliche Aspekte zu sein, deren Interaktionen

noch wenig erforscht sind. Erst das Aufkommen von rechtspopulistischen Akteur:innen in Kombination mit der Fluchtmigration 2015 und deren Instrumentalisierung durch Pegida und die AfD haben dazu geführt, dass vorhandene Einstellungskomplexe – angetrieben durch die sozialen Medien – öffentlich diskursfähig wurden. Erst aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren scheint der z. B. in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich verlaufende Auf- und Abstieg rechtspopulistischer Parteien erklärbar. Hier ist weiterhin Forschungsbedarf, um die teils widersprüchlichen empirischen Befunde und theoretischen Positionen zu verbinden, bzw. die theoretischen Aussagen zu präzisieren.

Endnoten

11Unter »Othering« versteht man Prozesse, in denen das Fremde oder Andere als Abweichung konstruiert werden (Ogette 2017).

12Damit gemeint sind Bundesstaaten im Nordosten der USA, die ökonomisch besonders vom Niedergang der Schwerindustrie und des Bergbaus betroffen sind.

13https://www.dgb.de/uber-uns/bewegte-zeiten/geschichte-des-dgb/gewerkschaftsgeschichte-in-zahlen/++co++d6213e5a-a700-11e9-a996-52540088cada, Zugriff am 01. 09. 2021.

14Die Zahl der Mitglieder der SPD hat sich seit 1990 halbiert. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1214/umfrage/mitgliederentwicklung-der-spd-seit-1978/. Ausführlich hierzu Niedermayer (2020). Zugriff am 01. 09. 2021, https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT20_Nr_31.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.

5 Wichtige Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland

Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen gab es seit der Gründung der Bundesrepublik in verschiedenen Formen (vgl. Frei et al. 2019 für die Darstellung der Mobilisierung von rechts in der frühen Bundesrepublik). In den 2010er Jahren hat sich mit dem Rechtspopulismus jedoch eine neue Form mit neuen Akteur:innen gefunden. Diesen neuen Akteur:innen ist es gelungen, den Dunstkreis älterer rechter Organisationen abzustreifen und somit weiter in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Sichtbar wird diese Entwicklung mit dem Auftauchen der AfD. Die AfD tritt anders als die NPD scheinbar moderat und bürgerlich auf, befindet sich aber in einem kontinuierlichen Radikalisierungsprozess. Sie ist die erste Partei rechts der CDU seit der Gründung der Bundesrepublik, die den Einzug in den Bundestag und in alle Landesparlamente geschafft hat. In den folgenden Kapiteln werden einige wichtige Erscheinungsformen dieser neuen Entwicklungen in Deutschland dargestellt, dabei unterscheiden wir drei Bereiche:

1. *Organisationen*, hier wird die Entwicklung der AfD genauer betrachtet.
2. *Partizipationsformen und Bewegungsforschung*, hier richtet sich der Fokus auf Pegida, die Identitäre Bewegung und die Corona-Proteste.
3. *Einstellungen und Handlungsweisen* in der Bevölkerung, hier wird das Wahlverhalten, die Entwicklung der Hasskriminalität und rechter Gewalttaten betrachtet.

Diese kategoriale Unterscheidung ist als heuristisches Mittel zu verstehen, da in allen drei genannten Teilbereichen Akteur:innen mit bestimmten Einstellungen und Werthaltungen im Mittelpunkt stehen, die in einer bestimmten Art und Weise handeln, sich aber gleichzeitig in gesellschaftlichen Strukturen wie (Partei-)Organisationen oder Bewegungen befinden. Von diesen Strukturen werden die Akteur:innen in ihren Einstellungen und Handlungsweisen geprägt, anderseits entstehen erst durch die Handlungsentscheidungen der einzelnen Akteur:innen diese sozialen Gebilde (▶ Kap. 4.1). Damit werden die Wahrnehmungs-, Denk- und Bewertungsmuster der einzelnen Akteur:innen und ihre, über strukturelle und kulturelle Institutionen gestifteten, Verbindungen zur zentralen Analyseeinheit der Entstehung von

rechtspopulistischen Organisationen oder informellen Bewegungen. Die Entwicklung rechtspopulistischer Strömungen selbst ist dynamisch und einem Wandel unterzogen. Die Darstellung stellt insofern eine Momentaufnahme dar und versucht die Entwicklung deskriptiv und analytisch zu erfassen.

5.1 Die AfD – der politisch organisierte Rechtspopulismus in den Parlamenten

Der Fokus des Buches liegt auf der Darstellung und der Analyse aktueller Entwicklungen des Rechtspopulismus. Deshalb wird in diesem Kapitel nicht die historische Entwicklung rechtsextremistischer Parteien in Deutschland wie der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP) in den 1950er Jahren und die Gründungsphase der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) oder der »Deutschen Volksunion« (DVU) oder der Republikaner nachgezeichnet. Die Entstehungsbedingungen und die ideologische Ausrichtung dieser Parteien sowie die Gründe für ihren Niedergang sind ausführlich erforscht und dargestellt worden (vgl. dazu z. B. Pfahl-Traughber 2019a). In diesem Kapitel geht es um die erst seit wenigen Jahren auf der politischen Bühne agierende Partei »Alternative für Deutschland« (AfD), die im Unterschied zu den anderen genannten Parteien dem Rechtspopulismus zuzurechnen ist. Neben der Nachzeichnung der Gründungsimpulse und der ideologischen Veränderungen der Partei, werden auch die Wahlergebnisse der AfD und deren Wähler:innen betrachtet. Für eine erste Orientierung ist es hilfreich auf eine Unterscheidung von Decker und Lewandowsky (2017, S. 27 – 29) zum Organisationstypus zurückzugreifen (▶ Tab. 5). Rechtspopulistische Parteien seien nicht dem Typus der »professionellen Wählerpartei« zuzuordnen, vielmehr stellen sie sich in organisatorischer Hinsicht in Form von drei Organisationstypen dar.

Tab. 5: Organisationstypen rechtspopulistischer Parteien

Unternehmerpartei / Bewegungspartei
[illegible] Persönlichkeit
[illegible] Akteur:innen

Der erste Organisationstyp – die charismatische Partei – gelte dabei für den überwiegenden Teil populistischer Parteien in Europa. Den Ausgangspunkt stellen hier einzelne Personen als Anführer:in dar, die häufig auch Urheber:in der Partei seien. Die Autorität der Anführer:in und die loyale Gefolgschaft stehen an erster Stelle, während institutionalisierte Strukturen und demokratische Verfahren zurückstehen. Der zweite Organisationstyp, der Typus der Unternehmerpartei, wird durch die Organisation einer einzelnen Unternehmerpersönlichkeit begründet. Außerdem wird diese nach dem Prinzip

eines Wirtschaftsunternehmens geführt und durch eigene Mittel finanziert (als Beispiele werden Silvio Berlusconis Forza Italia oder die tschechische ANO von Andrej Babiš genannt). Dieser Typus sei weniger ideologisch geprägt und stelle eine spezifische Form der Wählerpartei dar. Zwischen der Parteiführung und den Mitgliedern besteht aber in beiden Typen eine lose institutionelle Verbindung. Die Bewegungs- oder Rahmenpartei stellt den dritten Typus dar. Die Organisation besteht aus einer locker verbundenen Gemeinschaft von Aktivist:innen, die aus der Gesellschaft hervortreten. Vertreter:innen der Bewegungsparteien seien meist gesellschaftlichen Ursprungs anstatt Abspaltungen von schon existierenden Parteien. Außerdem folgten sie dem ideologischen Verständnis einer Anti-Parteien-Partei. Nachdem wir die Entwicklung der AfD genauer betrachtet haben, werden wir eine Zuordnung vornehmen.

Die Entwicklung der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD)

Parteien rechts der CDU haben es in der Vergangenheit nicht geschafft, über die 5-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen zu springen. Die NPD kam 1969 auf 4,3 Prozent der Zweitstimmen, im Jahr 2013 scheiterte die AfD mit 4,7 Prozent knapp. Auch landespolitisch erfolgreiche Parteien wie die DVU oder die Republikaner schafften den Einzug in den Bundestag nicht. Seit 2014 hat die AfD die 5-Prozent-Hürde bei allen Wahlen übersprungen und wurde 2017 mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen als drittstärkste Partei mit 94 Sitzen in den Bundestag gewählt. Neben dem Bundestag ist die AfD in allen Landesparlamenten wie auch im Europäischen Parlament in Fraktionsstärke vertreten. Über 300 Abgeordnete sitzen für die Partei in diesen Parlamenten. Mit 89 Abgeordneten ist die AfD zurzeit (Stand Mai 2021, nach einigen Austritten) im Bundestag die stärkste Oppositionspartei. Die Partei zählt ca. 35.000 Mitglieder, womit sie die diesbezüglich kleinste im Bundestag vertretene Partei ist. Sie wurde bei der Bundestagswahl 2017 von 5,9 Millionen Wähler:innen gewählt (Ruhose 2020, S. 1). Mehrere Autoren weisen darauf hin, dass die Gründung der AfD nur vor dem Hintergrund langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen sowie Veränderungen im konservativen Spektrum zu verstehen ist (vgl. z. B. Friedrich & Linke 2018; Decker 2015; 2020; Siri & Lewandowsky 2019; Virchow 2020[15]), welches sich durch eine stärkere Orientierung der Union hin zur Mitte in einer Krise befinde. In der Literatur werden weitere gesellschaftliche Entwicklungen angeführt: die Krise des neoliberalen Kapitalismus, die Krise der sozialen Sicherheit und die Krise der parlamentarischen Demokratie, die den Aufstieg der AfD begünstigt haben (ausführlich hierzu ▶ Kap. 4).

Da der Konservatismus, vereinfacht gesagt, auf die Bewahrung der bestehenden Ordnung ausgerichtet ist, geraten mit eintretenden gesellschaftlichen Veränderungen konservative Orientierungen und Überzeugungen tendenziell unter Druck. In der CDU/CSU hat es stets Versuche

gegeben, konservative Orientierungen zu stärken, etwa mit der immer wieder geführten Debatte um eine »deutsche Leitkultur«, die mit Äußerungen von Friedrich Merz (CDU) im Jahr 2000 breiter öffentlich diskutiert wurde. Die Thematik wird bis heute im Kontext der Zuwanderung immer wieder von CDU und CSU aufgegriffen. Unter anderem legten CDU- und CSU-Politiker:innen im September 2016 als Reaktion auf die Erfolge der AfD einen »Aufruf zu einer Leit- und Rahmenkultur«[16] vor. Unter der Bundeskanzlerin Merkel hat sich die Union stärker auf die Mitte hin orientiert und ihre Frauen-, Familien- und Einwanderungspolitik modernisiert und mithin einen »Linkstrend« der CDU ausgelöst[17]. Nationalkonservativen Kräften in der CDU sowie ebensolchen gesellschaftlichen Milieus, die sich als »Hüterin deutschen Brauchtums und der klassischen Rollenverteilung der Geschlechter« (Friedrich & Linke 2018, S. 10) verstanden, konnte diese Entwicklung nicht gefallen. Diese Strömungen, so Friedrich und Linke (2018, S. 10) organisieren sich im Berliner Kreis, dem auch die Gründungsmitglieder der AfD Alexander Gauland und Konrad Adam angehörten. Am konservativen und rechten Rand der Gesellschaft formierten sich nach Friedrich und Linke (2018, S. 10) zunehmend Diskurse um Einwanderung und Integration von Migrant:innen, Islamisierung, die Rolle der Frau und sexuelle Vielfalt. Diese Themenfelder und damit verbundene rechtskonservative Haltungen wurden aus Sicht dieser Akteur:innen wegen der Modernisierung der CDU nicht mehr hinreichend durch die Partei vertreten.[18]

Neben diesen sozio-kulturellen Veränderungen gab es Kritik am Euro und der Euro-Rettungspolitik im Jahr 2010 von Seiten nationalliberaler Eliten (vgl. dazu und im Folgenden Friedrich & Linke 2018, S. 10 – 12). Das zentrale Thema an dem sich die Kritik entzündete, ist der Versuch, eine Vergemeinschaftung der Haftung für die Staatsschulden innerhalb der Eurozone herbeizuführen – zu diesem Zeitpunkt bezogen auf Griechenland[19]. Vor der Gründung der AfD traten dabei Joachim Starbatty, Hans-Olaf Henkel und Bernd Lucke in den Vordergrund, die stärker die nationalstaatliche Souveränität Deutschlands gewahrt sehen wollten und wirtschaftspolitisch einen strikten Sparkurs statt Ausweitung öffentlicher Ausgaben zur Nachfrageankurbelung bevorzugten. Das Ziel dieser Kreise war es, Einfluss auf die schwarz-gelbe Koalition zu nehmen, dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) nicht zuzustimmen. Diese Hoffnungen wurden nicht erfüllt und am 29. Juni 2012 stimmte der Bundestag dem ESM zu und zudem wurde durch EZB-Präsident Mario Draghi die neue Praxis des Ankaufs von Staatsanleihen der Euro-Zone ermöglicht, damit war auch der von einigen geforderte Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone vom Tisch. Diese enttäuschenden Erfahrungen führten Bernd Lucke 2012 dazu, das Bündnis Bürgerwille zu formieren und anschließend die Wahlalternative 2013, aus der die Gründung der AfD erfolgte (Decker 2020a).

Auf dem Gründungspareitag der AfD, der im April 2013 in Berlin stattfand, waren sowohl Vertreter:innen der national-liberalen wie auch der nationalkonservativen Strömung an der Diskussion beteiligt. Die AfD nutzte die Chance, sich als EU-kritische Partei zu etablieren, und konzentrierte sich bis zur

Europawahl 2014 auf euroskeptische Positionen, obwohl bereits zu dieser Zeit rechtspopulistische Tendenzen innerhalb der Partei zu erkennen waren. Nach der Europawahl 2014 radikalisierte sich die AfD sukzessive in ihrer Programmatik und Rhetorik, was zu zunehmenden Spannungen in der Partei führte, die bis heute (2021) anhalten. Die zu Beginn euroskeptische Position wurde ergänzt durch eine harsche Kritik an der Zuwanderung von Geflüchteten 2015, dem Islam und dem Gender Mainstreaming[20] (ausführlicher ▶ Kap. 7 zur Bedeutung des Geschlechterdiskurses im Rechtspopulismus). Seitdem zeigt sich das rechtspopulistische Profil der Partei immer deutlicher. Dieser Themenschwenk verschaffte der Partei mehr Wählerstimmen als ihre vorherige Kritik an der Europolitik der Bundesregierung und zeigt, dass die Partei aus der politischen Mitte an den rechten Rand gerückt ist.

> »Dass die Zuwanderungsfrage der eigentliche Nährboden für eine rechtspopulistische Partei sein würde, hatte sich in der Bundesrepublik bereits 2010 mit der sogenannten Sarrazin-Debatte angedeutet. Je mehr sich die öffentliche Diskussion vom Euro wegbewegte, umso stärker trat die Migrationskritik als neues Kernthema der AfD hervor und umso mehr verschoben sich die innerparteilichen Gewichte vom Wirtschaftsliberalismus zum Nationalkonservatismus« (Decker 2020a, ohne Seitenangabe).

Für Ruhose (2020, S. 3 f.) schließt die AfD eine Repräsentationslücke im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, da im Parlament nun auch Themen adressiert werden, die von anderen Parteien nicht prominent vertreten wurden. Der Selbstwahrnehmung der AfD als einer Volkspartei stehe entgegen, dass sie in der Wahrnehmung der Anhängerschaft eine »Ein-Themen-Partei« sei.

Die weiteren Entwicklungen und Debatten in der AfD können hier nicht im Detail nachgezeichnet werden. Zum Verständnis genügt der Hinweis auf die andauernden Flügelkämpfe und die damit verbundene Frage der Ausrichtung der Partei. Auf die vom nationalkonservativen und völkischen Flügel der AfD um Björn Höcke und Andre Poggenburg veröffentlichten »Erfurter Resolution« antworteten die nationalliberalen Kräfte um Hans-Olaf Henkel und Joachim Starbatty mit der »Deutschland-Resolution«, in der sie sich vehement gegen die von Höcke und Poggenburg skizzierte Ausrichtung der AfD wehrten und vor dieser warnten. Augenfällig wurde der Richtungsstreit durch die Kampfkandidatur zwischen Frauke Petry und Bernd Lucke auf dem außerordentlichen Parteitag in Essen (4.–5. Juli 2015), bei dem Lucke nur 38 Prozent, Petry – deren Kandidatur vom rechten Flügel um Höcke unterstützt wurde – jedoch 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte. Daraufhin verließ Bernd Lucke und mit ihm viele weitere nationalliberale Kräfte die AfD. Neben Frauke Petry wurde 2015 auch Jörg Meuthen zum AfD-Sprecher gewählt. Faktisch mussten sich die nationalliberalen Kräfte geschlagen geben und konnten sich nicht gegen den Rechtsruck in der Partei durchsetzen. Kurze Zeit sah es nach diesem parteiinternen Machtkampf danach aus, als ob die AfD in der Bedeutungslosigkeit versinken würde, denn die Umfragewerte der AfD

lagen in dieser Zeit zwischen 3 und 4 Prozent. Im Herbst 2015 gelang es der AfD, wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu gelangen, indem sie ihre ablehnende Haltung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchteten und der Asylpolitik immer deutlicher zum Ausdruck brachte. Dabei deuten sich sprachliche Figuren an, die die »Grenzen des Sagbaren« verschoben und einen Raum für Provokationen eröffnet haben[21].

Kasten 10:
Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten

»In einer Rede am 2. Juni 2016 in Elsterwerda hat Alexander Gauland mit einer unverhohlenen Anspielung auf die rassistische Verschwörungstheorie von der angeblichen ›Umvolkung‹ sekundiert, dass die ›Kanzler-Diktatorin‹ das deutsche ›Volk völlig umkrempelt und viele fremde Menschen uns aufpfropft‹. Die gärtnerische Metapher verschiebt den Konflikt unauffällig und wirkungsvoll von der Kultur in die Biologie. ›Wir‹ sind hier verwurzelt, naturwüchsig, ein Volk wie ein Baum; die Volks-Fremden werden uns aufgepfropft als biologisch fremde Triebe. Die Metapher ist in ihrem Kern rassistischer, als man es ihr ansieht.

Natürlich spricht Gauland nicht von ›Rassefremden‹. Charakteristisch gerade für die Redeweise des betont bildungsbürgerlich auftretenden Parteivorsitzenden scheint mir vielmehr eine Rhetorik, die vorgibt, entschieden und eindeutig Stellung zu beziehen, ebendiese Stellung aber noch im selben Atemzug scheinbar wieder verlässt. Ein Beispiel gibt der von ihm wie von vielen Repräsentanten der AfD mit demonstrativer Verachtung ausgesprochene Begriff ›System‹; hinzu kommen Abkömmlinge wie ›Systempresse‹ und ›Systemparteien‹. Gegen sie ruft Gauland ausdrücklich eine ›Revolution‹ aus – mit dem eiligen Hinweis, die sei natürlich nicht gewaltsam zu denken. (Aber sein Mitstreiter Björn Höcke hat mit einer abgeschmackten Adorno-Anspielung den ›Lauen‹ in der eigenen Partei eingeprägt: ›Es gibt keine Alternative im Etablierten.‹) In der unspezifischen Allgemeinheit des Ausdrucks ›das System‹ erinnert auch diese Redeweise nicht zufällig an die rechtsradikale Opposition gegen die Weimarer Republik. ›Der Führer [...] fordert heute im Namen dieses Volkes das System in die Schranken‹, hieß es – um nur einen von zahllosen Belegen zu nennen – im Wahlaufruf der NSDAP 1932.«

Quelle: Detering 2018, ohne Seitenzahl.

Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 stellte für die AfD dann ein Gelegenheitsfenster dar, um an die vorhandenen Ressentiments in der Bevölkerung anzuknüpfen und den vermeintlich nicht wahrgenommenen Positionen zum Thema Migration eine Stimme zu geben. Die AfD stilisierte sich als Stimme des Volkes gegenüber einer angeblich »diktatorisch« und »nicht

rechtmäßig« durchgesetzten Politik der Kanzlerin. In diesem Fahrwasser gelang es der AfD in der Folge bei Landtagswahlen im Frühjahr und Herbst 2016 in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Rekordergebnisse zu erzielen (▶ Tab. 6). Das Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2017 der AfD wendete sich explizit gegen angebliche »ungeregelte Massenimmigration in unser Land und in unsere Sozialsysteme«, stattdessen wollte die Partei die Steuern senken und die Geburtenrate erhöhen (AfD 2017). Mit dieser Ausrichtung zog die AfD bei der Bundestagswahl 2017 als drittstärkste Kraft in den Bundestag ein. Sie erreichte – wie bereits erwähnt – nach 4,7 Prozent im Jahr 2013 nun 12,6 Prozent der Stimmen. Aus den innerparteilichen Machtkämpfen gingen als Spitzenkandidat:innen Alexander Gauland und Alice Weidel hervor, die Parteivorsitzende Frauke Petry konnte sich nicht durchsetzen und kündigte einen Tag nach der Bundestagswahl an, nicht der Bundestagsfraktion angehören zu wollen. Sie verließ kurz darauf die AfD. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen sind bis 2021 ein fester Bestandteil der AfD-Parteitage und setzen sich auch in der Ausrichtung des Wahlprogramms für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2021 fort. In den ostdeutschen Landesverbänden dominieren völkisch-nationalistische und rechtsextreme Kräfte, deren Kopf der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke ist. Diese als »Der Flügel« bezeichnete Gruppierung wurde 2020 vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft und nach Aufforderung des Bundesvorstandes der AfD offiziell aufgelöst, ohne sich von den Mitgliedern der Gruppierung zu trennen. Der Anführer des Flügels Höcke ist weiterhin eine sehr dominante Figur in den Parteidiskursen. Die starken Wahlergebnisse im Osten stärken diese Landesverbände.

Gleichwohl ist darauf zu verweisen, dass die Abstimmungsergebnisse bei den Richtungsentscheidungen denkbar knapp ausfallen. Bei fast allen Parteitagen der letzten Vergangenheit waren die Mehrheiten stets sehr knapp und lagen nahe einer 50:50 Entscheidung. So auch bei der Entscheidung über den Landesvorsitz in der AfD in Berlin in 2021, auf der die Meuthen-Vertraute Beatrix von Storch mit nur einer Stimme Kristin Prinker unterlag, die vom (offiziell »aufgelösten«) Flügel unterstützt wurde (Sundermeyer 2021). Wie schon beim Machtkampf zwischen Petry und Meuthen zeigt sich auch hier: »wer geht, verliert« (Schmidt 2021). Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in 2021 hat die AfD schlecht abgeschnitten und Wählerstimmen verloren, was sich die national-konservativen und völkischen Strömungen in der AfD zunutze machen wollen und den Richtungsstreit in der AfD weiter verschärfen. Dieser Machtkampf setzt sich auch in den Auseinandersetzungen und Beschlüssen zum Wahlprogramm für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2021 fort. Die permanente Radikalisierung der Partei lässt sich auch in der Haltung zu Europa nachzeichnen. Im Programm für die Wahlen zum Europaparlament 2014 wurde in der Präambel noch ausgeführt, dass die AfD nicht europafeindlich sei. Im Wahljahr 2021 zieht die AfD in den Bundestagswahlkampf mit der Forderung eines Austritts Deutschlands aus der

EU (AfD 2021, S. 30)[22]. Auch in der Migrationspolitik werden härtere Töne angeschlagen. So soll die Einwanderung – auch von Fachkräften – stark eingeschränkt werden, denn die »Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten, in Deutschland herrsche Fachkräftemangel und damit ein Bedarf an qualifizierter Einwanderung, dient nur vordergründig dem Gemeinwohl und darf nicht maßgeblich sein» (S. 99). Zudem formuliert die AfD die »Ablehnung jeglichen Familiennachzuges für Flüchtlinge« (S. 94). An anderer Stelle im Wahlprogramm heißt es, eine humanitäre Aufnahme dürfe es nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen geben, »für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist« (S. 92). Ebenso wurde auf dem Parteitag der AfD im April 2021 in Dresden gegen die Coronapolitik der Bundesregierung polemisiert und der Satz »Die Pflicht zum Tragen einer Maske lehnen wir ab« (S. 134) in das Wahlprogramm aufgenommen. Bei allen Entscheidungen gab es zwar auch Widerspruch und kritische Nachfragen, insgesamt konnte sich der aufgelöste völkische »Flügel« um Höcke wiederum gegen Meuthen durchsetzen[23]. Mit diesen Beschlüssen setzt die AfD ihre strategischen Bemühungen in ihrer Rhetorik und Programmatik fort, eine auf evidenzbasierter wissenschaftlicher sowie statistischer Expertise erfassten Realität zu negieren und stattdessen an die erkenntnistheoretische Grundhaltung ihrer Anhängerschaft anzuknüpfen, wonach soziale Entwicklungen auf »intuitiv erspürbaren Wahrheiten« und gefühltem Wissen beruhten (Pantenburg, Reichardt & Sepp 2021, S. 26).[24]

Nach den bisherigen Überlegungen lässt sich die AfD auf der Grundlage der oben eingeführten Organisationstypologie von Decker und Lewandowsky (2017, S. 27 – 29) eher der Bewegungs- oder Rahmenpartei zuordnen, obwohl auch eine Parlamentsorientierung zu konstatieren ist (zur Diskussion der bipolaren Struktur von Bewegungs- und Parlamentsorientierung innerhalb der AfD vgl. auch Schroeder & Weßels 2019). Diese Auseinandersetzung findet sich auch innerhalb der AfD. Während »der Flügel« von einer Bewegungspartei spricht, und davon ausgeht, dass Wahlen auf der Straße gewonnen werden sollten, geht Meuthen davon aus, dass Politik in den Parlamenten und nicht auf der Straße gemacht wird (Schmidt 2021). Der rasche Aufstieg der AfD seit dem Spätsommer 2015 zeigt, welchen Anteil die mit ihr verbundenen Bewegungen wie Pegida an der Radikalisierung haben. Besonders in Ostdeutschland im Kontext des rechtsextremen Flügels um Höcke strebt man offenbar eher das Image einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei an. Die Angst vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist hier schwach ausgeprägt (▶ Kasten 11).

Obwohl es auch ungeklärte finanzielle Unterstützung von Wirtschaftsunternehmen gibt, treten zumindest die Geldgeber:innen in den Hintergrund. Eine einzelne Unternehmerpersönlichkeit führt die AfD nicht an. Zur Bedeutung charismatischer Führungspersönlichkeiten insgesamt und für die AfD kommt Wiegel (2018, S. 14) zur folgenden Einschätzung:

»Wurde früher häufig das Kriterium der charismatischen Persönlichkeit betont und für den Erfolg von rechten Bewegungen und Parteien angeführt, so hat sich dieser Befund relativiert. Marine Le Pen und Geert Wilders sind als schillernde Persönlichkeiten ohne Zweifel wichtig für ihre Parteien. Aber schon Heinz-Christian Strache hat im Vergleich zu Jörg Haider wenig Charisma, obwohl es ihm erneut gelungen ist, die FPÖ zur Regierungspartei zu machen. Alexander Gauland, Alice Weidel oder Jörg Meuthen wird wohl niemand als charismatisch bezeichnen, und Kristian Thulesen Dahl kennt hierzulande niemand, obwohl er mit der Dänischen Volkspartei die seit Jahren erfolgreichste Partei dieses Typs anführt.«

Abschließende Einschätzung der AfD

Auf der Grundlage der hier dargestellten Analysen und Überlegungen der Parteiwerdung und der Diskursverschiebung im Rahmen der Rhetorik und Programmatik der AfD schließen wir uns der Schlussfolgerung von Pfahl-Traughber (2019a) und von Virchow (2020) an. Virchow geht davon aus, dass die AfD neben der NPD die Partei in Deutschland ist, die die rechtspopulistischen und rechtsextremen Strömungen in der Bevölkerung vertritt (Virchow 2020, S. 6, 23 f.). Pfahl-Traughber weist einerseits auf die diversen Flügel und die Kampfabstimmungen in der AfD hin, die darauf hindeuten, dass die AfD noch nach ihrer eigenen Identität suche. Andererseits geht er davon aus, dass der starke Einfluss ostdeutscher Landesverbände, der Bedeutungszuwachs des rechten Flügels in der Partei sowie der Austritt gemäßigterer Kräfte in der Gesamtschau dazu führt, »dass die AfD trotz ihrer ›Grauzonen‹-Existenz sehr wohl als eine extremistische Partei eingeschätzt werden kann«, wobei er noch einschränkt, dass »es sich um eine extremistische Partei mit aktuell noch niedrigem Intensitätsgrad« handele (Pfahl-Traughber 2019a, S. 111). Im Jahr 2021 kann diese Einschätzung kaum noch aufrechterhalten werden, denn mittlerweile wird die AfD in Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt und in Sachsen von den jeweiligen Verfassungsschutzbehörden als Verdachtsfall eingestuft. Die AfD Thüringen wird als erster Landesverband als erwiesen rechtsextrem beobachtet. Das Bundesamt für Verfassungsschutz prüft derzeit, ob die gesamte AfD, die in ihrer Gesamtheit bislang als Prüffall eingestuft ist, künftig als Verdachtsfall gelten soll (vgl. Zeit Online 2021). Mit erheblicher Verspätung folgen die Verfassungsschutzbehörden damit den sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen und Einschätzungen zur Rhetorik und strategischen Ausrichtung der AfD, als einer rechtspopulistischen und rechtsextremen (Bewegungs-)Partei.

Kasten 11:
Einige Zitate: Die AfD und die Verfassung

Die Verfassungsfeindlichkeit größerer Teile der AfD lässt sich exemplarisch an den Aussagen der Protagonist:innen nachvollziehen. Art. 1

Grundgesetz zur Menschenwürde und Art. 116, wonach Deutsche:r ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, und auch die Religionsfreiheit (Art. 4) werden in Frage gestellt. Es finden sich gehäuft völkisch-nationalistische Aussagen, verbunden mit der Herabwürdigung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft. Ein prominentes Beispiel ist die Aussage von Alice Weidel im Bundestag 2018, wo sie Menschen mit Migrationshintergrund pauschal als »Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse« bezeichnet. Höcke und auch Gauland (und andere) sprechen wiederholt davon, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, entgegen dem Verfassungsgebot der freien Religionsausübung. Die parlamentarische Ordnung wird immer wieder verächtlich gemacht – sehr symbolträchtig durch das Einschleusen von Aktivist:innen in den Bundestag im November 2020. Die Aktion kann als Angriff auf die Demokratie und die freie Rede gewertet werden, allein aufgrund der hohen symbolischen Bedeutung des Bundestags als geschütztem Raum der Demokratie. Eine andere Form der Verächtlichmachung ist der Sprachgebrauch. Immer wieder wird von einer Diktatur gesprochen oder es wird mit DDR-Gleichsetzungen gearbeitet. Gauland spricht von einer »Kanzler-Diktatorin«. Höcke und andere Akteur:innen sprechen von den »Altparteien« oder »Blockparteien«. Zudem kommt es immer wieder zu relativierenden Aussagen zur NS-Vergangenheit. Am bekanntesten sind hier die Aussagen Gaulands, »Hitler und die Nazis sind aber nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte« oder die Aussage Höckes von 2017 in Dresden: »Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat« (vgl. Fußnote 7). Sehr deutlich wird Höckes völkisches Denken in einer Wahlkampfrede in Berlin 2017: »Özdemir, der Grünen-Spitzenkandidat, der bei einer Wahl gesagt hat: Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali. Liebe Freunde, ich bin der Meinung, dass in Deutschland deutsche Kinder unsere Zukunft sind, jedenfalls dann, wenn auf diesem Land nicht nur Deutschland drauf stehen soll, sondern auch Deutschland drin sein soll.« Noch deutlicher wird Höcke in seinem 2018 erschienen Buch »Nie zweimal in denselben Fluss«, hier spricht er von einer Säuberung Deutschlands von »kulturfremden« Menschen und von einer »Reinigung Deutschlands«. Allein diese wenigen Beispiele von Aussagen illustrieren sehr gut die problematische und unvereinbare Haltung dominierender Akteur:innen der AfD zu zentralen Säulen der deutschen Verfassung (vgl. auch Cremer 2021).

Quelle: NETZPOLITK.ORG 2019. Wir veröffentlichen das Verfassungsschutzgutachten zur AFD. https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2019-01-15_BfV-AfD-Gutachten_C-I-2.1.1

Insgesamt führt das bei einer Einschätzung der AfD zu dem Ergebnis, dass die

Einordnung der AfD als rechtspopulistische Partei nicht bedeutet, sie sei gemäßigt (vgl. auch die Diskussion der Begriffe in ▶ Kap. 2). Ideologisch betrachtet entfernt sie sich vom Leitbild einer liberalen, pluralistischen Gesellschaft, die mit einem deliberativen Demokratieverständnis verbunden ist – große Teile der ideologischen Ausrichtung der AfD sind mit diesem Leitbild nicht vereinbar. Die AfD strebt zunehmend eine andere Gesellschaft an, in der es um eine homogene Nation, um Ausgrenzung und die Re-Etablierung autoritärer Strukturen geht.

Es lassen sich ungezählte Belege für rassistisch-völkische Vorstellungen auffinden sowie Positionen, die unvereinbar mit der pluralistischen Demokratie und dem Parlamentarismus des Grundgesetzes sind. Auch eine Offenheit gegenüber der Anwendung von Gewalt ist in den sprachlichen Entgleisungen deutlich geworden. Die AfD ist kontinuierlich nach rechts gerutscht. Wichtige Figuren ihres Führungspersonals sind als offen rechtsextrem einzustufen, dennoch ist auf Bundesebene noch nicht völlig klar, welche Richtung sich durchsetzt. Zwar wurde der rechtsextreme »Flügel« offiziell aufgelöst und einige zentrale Führungsfiguren wegen rechtsextremer Verbindungen ausgeschlossen. Dies spiegelt Machtkämpfe und auch strategische Manöver innerhalb der AfD wider, aber keinen faktischen Richtungswechsel.

Es bestehen zudem vielfältige Beziehungen und Überlappungen zu Akteur:innen, die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind (Pfahl-Traughber 2019b; Fuchs & Middelhoff 2019) – der sognannte »Schulterschluss« von Chemnitz, das gemeinsame Marschieren von AfD-Funktionären mit Identitären, Pegida und offen rechtsextremen Akteur:innen wie dem III. Weg und ProChemnitz hat klar gemacht, dass solche Allianzen eine gewünschte Zukunftsoption für die AfD sind (vgl. Rippl 2019 für eine Analyse der Ereignisse in Chemnitz).

Auf der Bundesebene scheint eine Regierungsbeteiligung der AfD unwahrscheinlich zu sein, in den Landesverbänden – insbesondere in Ostdeutschland – besteht diese Machtoption und sie wird auf Landes- und Kommunalebene bereits durch gemeinsames Abstimmungsverhalten mit der CDU ausgeübt.[25] Auch wenn bundesweit keine explizite Machtoption besteht, geht eine Gefahr für die Demokratie von Seiten der AfD aus. Sie nutzt ihre Wahlerfolge, um Personal in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu platzieren und auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen.[26] Sie kann mit Millionen Steuermitteln z. B. durch die AfD-nahe Desiderius-Erasmus Stiftung ihre Narrative verbreiten und rechte Studierende mit Stipendien sowie Forschungsprojekten fördern, die einer menschenfeindlichen Ideologie folgen. Diese Entwicklungen tragen zur »Normalisierung« der AfD bei, das macht sie gefährlicher als die NPD.

5.2 Rechtspopulismus auf der Straße: Die Identitäre Bewegung, Pegida und die Querdenker-

Bewegung

Rechtspopulistische Akteur:innen versuchen, sich vom Image des »Nazis« zu befreien und ihre völkischen Ideen als legitime Anliegen in der Öffentlichkeit zu platzieren. Die Identitäre Bewegung und Pegida stellen zwei Varianten unkonventioneller Akteur:innen dar, die auf unterschiedlichen Wegen versuchen, rechtsextreme Inhalte zu verharmlosen und zu legitimieren und an eine breitere Öffentlichkeit in der Mitte der Gesellschaft anzuschließen. Beide wählen hierfür die Mobilisierung öffentlichen Protests. Die Identitären versuchen mit spektakulären Aktionen und einem modernen Auftreten mit neuen Begrifflichkeiten eine größere Öffentlichkeit zu erreichen, Pegida inszeniert sich als Notwehrbewegung der »besorgten Bürger:innen«. Beide Bewegungen teilen ein gemeinsames ethnisches Identitätsverständnis. Eine weitere neue soziale Bewegung stellen die sogenannten Querdenker:innen dar, die sich gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie der Bundesregierung stellen. Sie sind hier deshalb von Interesse, da die Protestierenden zwar aus unterschiedlichen sozialen Milieus stammen, aber inzwischen stark durch rechtspopulistische Akteur:innen »unterwandert« sind und ähnliche erkenntnistheoretische Positionen mit den Rechtspopulist:innen teilen, und sie damit ideologisch anschlussfähig machen.

5.2.1 Die Identitäre Bewegung

Die Identitäre Bewegung ist ein junges Phänomen. Beachtung fand die Gruppierung durch ihre aufmerksamkeitserregenden Aktionsformen wie Besetzungen oder Flashmobs. Die Bewegung will jung und modern erscheinen und inszeniert sich selbst als offene, europaweite, patriotische Jugendbewegung. Die Identitären haben ihren Ursprung in Frankreich. Bruns et al. (2018, S. 38) beschreiben, dass im Oktober 2012 bei einer Protestaktion gegen eine im Bau befindliche Moschee in Poitiers eine Gruppe junger Menschen ein Transparent enthüllte, das den Schriftzug »Génération identitaire« und das Lambda-Symbol[27] sowie die Zahl 732 enthielt, die auf die Schlacht von Poitiers zwischen Karl Martell und maurischen Truppen verweist. Das Video dieser Aktion sowie ein weiteres Video unter dem Titel »Declaration de Guerre« (Kriegserklärung), so Bruns et al. (2018, S. 38), gelten als der Beginn der Gründung identitärer Gruppierungen in Europa. Ableger finden sich seit 2012 in Österreich und seit 2014 in Deutschland (Pfeiffer 2019). Bekanntester Akteur dieser Bewegung ist der Chef der österreichischen Identitären Martin Sellner. Pfahl-Traughber (2019a, S. 178) sieht ihn als das »Gesicht« der Bewegung in Deutschland und Österreich. Er publiziert zu Themen wie Identität und Migration und gilt als organisatorischer Kopf, auch für die deutschen Identitären. Sellner selbst stammt aus dem Neonazi-Kontext Österreichs. Die Identitären verfolgen metapolitische Strategien, wie sie die Neuen Rechten

propagieren (▶ Kap. 3), Ziel ist es, in die Alltagsdiskurse der Menschen vorzudringen. Beim »Kampf um die Köpfe« geht es darum, kulturelle Hegemonie zu erreichen und eine »legitime Gegenöffentlichkeit« zu etablieren. Dafür nutzen sie moderne Kommunikationsstrategien im Internet. So verfügt die identitäre Bewegung, die in Deutschland nur wenige hundert Aktive zählt (Pfahl-Traughber 2019a, S. 181), im Vergleich zu den anderen Akteur:innen über eine Vielzahl von Internetaccounts. Durch die zahlreichen Aktivitäten dort, erscheint die Bewegung größer, als sie ist. Mit Slogans wie »Zukunft für Europa« oder »Kultur schützen – Identität bewahren« versuchen die Identitären, nicht auf den ersten Blick als Rassist:innen erkennbar zu sein, die sich gegen Geflüchtete und Menschen islamischen Glaubens wenden, sie wirken auf diese Weise harmloser als andere rechtsextreme Gruppen (Bruns, Glösel & Strobl 2017; Pfeiffer 2019).

Die ideologischen Positionen der Identitären sind nicht klar formuliert, sie gruppieren sich um den Begriff der »Identität«, wobei die Identität des:der Einzelnen mit seiner:ihrer ethnischen Identität verwoben wird, die nur im Kontext einer völkisch-homogenen Kultur verteidigt werden kann (Pfahl-Traughber 2019a, S. 172 ff.). Die Identität und die damit in Verbindung gebrachte Heimat sind aus dieser Sicht durch Migration gefährdet. In diesem Kontext spielt der Begriff des Ethnopluralismus (▶ Kap. 3.1.2) eine große Rolle. Mit diesem Begriff versuchen die Identitären, zu einer Umdeutung und Neubesetzung der Begriffe Rassismus und Antirassismus zu kommen. Dabei geht es scheinbar darum, sich vom biologistischen Denkmodell von Rasse zu distanzieren und stattdessen alle Völker als gleichwertig zu sehen, wobei die Völker am besten alleine und unbeeinflusst von fremden Einflüssen »gedeihen« können (Bruns et al. 2018, S. 44). Der wahre Rassismus sei deswegen darin zu sehen, wenn von Eingewanderten verlangt werden würde, sich zu assimilieren oder ihre Heimatländer zu verlassen, wohingegen die Forderung, Eingewanderte zurück in die Herkunftsländer zu schicken, aus der Sicht der Identitären nun eine antirassistische Haltung sei (vgl. ausführlicher zur Diskussion des Ethnopluralismus Bruns et al. 2018, S. 43 – 48; Pfeiffer 2019, S. 125 – 129). Der Slogan »100 % identitär, 0 % Rassismus«, der z. B. im Kontext eines Plakates genutzt wird, bringt diese Verschleierungsstrategie auf den Punkt.[28]

> »Das Sujet zeigt eine Figur aus dem Film Avatar (2009), in welchem es um den Widerstand einer naturverbundenen Kultur gegen habgierige Eroberer geht – ein Inhalt, mit dem sich Identitäre sehr gut identifizieren können. Suggeriert wird mit dem Verweis auf den Film, dass der Ethnopluralismus in einer defensiven Haltung wurzelt, aus einer notwendigen Verteidigung des Eigenen gegen die AgressorInnen von außen resultiert« (Bruns et al. 2017, S. 97).

Damit betrieben die Identitären Retorsion, eine Täter-Opfer-Umkehr. Diejenigen Menschen, die zu Opfern des Terrors geworden sind und deshalb fliehen mussten, werden von den Identitären nun zu Täter:innen gemacht, von denen

eine Bedrohung ausgehe. »Extrem Rechte legitimieren aus dieser Position heraus ihre rassistische Politik, denn es klingt heldenhafter zu sagen, ›wir sind bedroht, wir verteidigen uns‹, als zu sagen, ›wir wollen unsere Privilegien erhalten‹« (Bruns et al. 2018, S. 51).

In diesem Kontext bedienen sich die Identitären des Narrativs des »Bevölkerungsaustauschs« und der Erinnerungsabwehr, mit der versucht wird, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren (Bruns et al. 2018, S. 49). Strategisch versuchen die Identitären sich als moderne, pluralistische Jugendbewegung öffentlichkeitswirksam darzustellen. Hierzu nutzen sie popkulturelle Stilmittel in den sozialen Medien und auch äußerlich versuchen sie, sich durch ihren Kleidungsstil jugendkulturellen Moden anzupassen (▶ Kap. 6). Die Aktionsformen, die auf öffentliche Aufmerksamkeit ausgerichtet sind, haben wesentlich zur Bekanntheit der Identitären beigetragen. Die Besetzung des Brandenburger Tors 2016, bei der die Identitären ein Transparent mit der Aufschrift »Sichere Grenzen – Sichere Zukunft« anbrachten,[29] oder die Störung von Theateraufführungen fanden bundesweite Beachtung in den Medien. Diese Aktionsformen ähneln formal denen, die in linken Bewegungen eingesetzt werden. Auch in der identitären Bewegung versucht man, sich vom Image des »ewig gestrigen Nazis« zu trennen, ohne jedoch die völkische Ideologie aufzugeben. Kurze und gut geplante Aktionen, die nur einen kleinen Zuschauerkreis haben, werden per Video aufgenommen, geschickt geschnitten, im Netz verbreitet und von einer großen Zahl von Sympathisant:innen angesehen (Pfeiffer 2019, S. 131). Zudem nutze die Identitäre Bewegung die zum Teil unbedarften Massenmedien, die auf das selbst produzierte Material der Identitären zurückgreifen und diesen damit eine Sprecher:innenposition ermöglichen. Der YouTube-Kanal der Identitären Bewegung in Deutschland hatte im Juni 2021 insgesamt 27.000 Abonnent:innen, während der bereits erwähnte Martin Sellner mit über 100.000 Abonnent:innen laut Pfeiffer (2019) der reichweitenstärkste YouTube-Kanal der Identitären Bewegung war. Der Kanal wurde 2020 von Youtube gelöscht. Inwiefern die von den Identitären erhoffte Breitenwirksamkeit erzielt wird, lässt sich nur schwer messen (Pfeiffer 2019, S. 133). Aus der Sicht Speits (2020) verliert die Bewegung an Popularität und es gelingen ihr keine spektakulären Aktionen mehr. Eine größere geplante Aktion im Juli 2019 wurde von Gegendemonstrant:innen verhindert. Der vorpolitische Raum sei deshalb nicht mehr so leicht von der Identitären Bewegung zu besetzen. Speit (2020) schätzt für Deutschland[30] ca. 500, für Österreich etwas 300 Mitstreiter:innen, mithin sei die Identitäre Bewegung am Ende. Das Bundessamt für Verfassungsschutz sieht die inhaltlichen Positionen der Identitären Bewegung als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar an und hat die Identitäre Bewegung als gesichert rechtsextreme Bestrebung eingestuft, wogegen Klagen im VG Köln, im VG Berlin und im OVG Münster anhängig sind (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020, S. 90). Die AfD pflegt einen ambivalenten Umgang mit der Bewegung. Zwar steht die Identitäre Bewegung auf der sogenannten Unvereinbarkeitsliste der AfD neben Akteur:innen wie der

NPD, aber dies wurde wiederholt auf Parteitagen in Frage gestellt und in Chemnitz 2018 marschierte man offen gemeinsam. Zudem unterhalten viele AfD-Abgeordnete Verbindungen zu Aktivist:innen der Identitären. So arbeitete z. B. Daniel Fiß, bis 2019 als Co-Vorsitzender der deutschen Identitären, für einen Bundestagsabgeordneten der AfD. In Hessen ist ein ehemaliger Regionalleiter der Identitären als Landtagsreferent für die Partei tätig (Fedders 2019).

5.2.2 Pegida

Pegida ist die Kurzform für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«, einer islam- und fremdenfeindlichen und rechtspopulistischen sozialen Bewegung mit losen, informellen Organisationsstrukturen. Ihr Mobilisierungserfolg ist größer als der der Identitären Bewegung. Die Hauptaktionsform stellen die Montagsdemonstrationen in Dresden dar, die seit Oktober 2014 bis heute relativ regelmäßig stattfinden. Im Mai 2021 stuft der sächsische Verfassungsschutz Pegida als extremistisch ein. Der Verfassungsschutz attestiert Pegida anfänglich noch ein »heterogenes Publikum«, die Bewegung habe sich aber im Laufe der Jahre eine »immer stärkere rechtsextremistische Ausrichtung gegeben«. Zudem sei eine verbale wie auch ideologische Radikalisierung und Enthemmung zu verzeichnen. »Beides sei insbesondere darauf zurückzuführen, dass erwiesene Rechtsextremisten den Verlauf von Pegida-Veranstaltungen als Organisatoren, Redner und Netzwerker ganz wesentlich beeinflusst« haben, so der sächsische Verfassungsschutz.[31]

Die Gründung und Organisation fand anfänglich in einer offenen, später geschlossenen, 12-köpfigen Facebook-Gruppe statt, der unter anderem Lutz Bachmann und Kathrin Oertel angehörten. Auf dieser Facebook-Gruppe, die sich »Pegida« nannte und völkische Ideen sowie eine Ablehnung von Zuwanderung einte (Geiges, Marg & Walter 2015; Heim 2017), wurde für die Demonstrationen mobilisiert. Im Oktober 2014 versammelten sich wenige hundert Personen in Dresden. Die Mobilisierung fand primär über soziale Medien statt, da die Akteur:innen anderen Medien skeptisch gegenüberstanden. Kurz vor Weihnachten, am 22. Dezember 2014, marschierten schon 17.500 Menschen durch die Dresdner Innenstadt, zeitlich also deutlich vor der Zuwanderung von Geflüchteten im Sommer 2015. Im Januar 2015 sind es sogar 25.000 Teilnehmer:innen. Programmatisch stütze man sich auf wenige Thesen, die sich gegen Zuwanderung, aber noch nicht prinzipiell gegen die Aufnahme von Geflüchteten wendeten. Weiß (2015) betont, dass bereits in den ersten programmatischen Äußerungen Themen wie die »sexuelle Selbstbestimmung« und »Gendermainstreaming« als weitere Schlüsselthemen der rechten Szene benannt wurden. Obwohl es in anderen Bundesländern Ableger gab, konnte sich die Bewegung bundesweit nicht etablieren, was für eine ostdeutsche

Spezifik der Rahmenbedingungen spricht. Mit dem Demonstrationstag am Montag und der Parole »Wir sind das Volk« versuchte man explizit an die Wendezeit anzuknüpfen (Weiß 2015). Die Anhänger:innen gaben sich gewaltfrei und stellten sich selbst als nicht extremistisch dar. Aber bereits anfänglich war diese Selbstdarstellung wenig glaubwürdig. Auf den Demonstrationen herrschte eine emotionalisierte Stimmung mit einer Vielzahl aggressiver Parolen, die sich beispielsweise gegen die »Lügenpresse« und »Volksverräter« richtete. Parolen wie »Ausländer raus« und die Forderung, Geflüchtete im Mittelmeer »absaufen« zu lassen, waren zu vernehmen. Immer wieder wurde die Bundeskanzlerin Angela Merkel verbal heftig angegriffen, ebenso gab es Übergriffe auf Journalist:innen. Im Oktober 2019 nannte Bachmann politische Gegner »Schädlinge«, »miese Maden« und »asoziale Elemente«, die man in »einen antifaschistischen Graben werfen und zuschütten müsse«. Korsch (2018, S. 282) hat sich intensiv mit der Frage der Akzeptanz von Gewalt unter den Teilnehmer:innen der Pegida-Versammlungen beschäftigt. Er kommt zu dem Schluss, dass die Anhänger:innen sich zwar nach außen von manifester Gewalt distanzieren, tatsächlich aber im Rahmen der Aufmärsche zunehmend gewaltorientierte Rechtsextreme und verwandte Gruppierungen wie Hooligans integriert wurden. Mit der Strategie einer gemäßigten Selbstdarstellung verankerte man extreme Positionen und fremdenfeindliche Narrative im Diskurs der gesellschaftlichen Mitte. Dies wurde unterstützt durch das Agieren des damaligen sächsischen Ministerpräsidenten Tillich, der Pegida mehrfach in Schutz nahm und sich gesprächsbereit zeigte. Auch inhaltlich kam er ihnen z. B. mit der Aussage entgegen, der Islam gehöre nicht zu Deutschland[32] und dem Versuch, die CDU Sachsen nach rechts zu verschieben, um AfD-Wähler:innen zurückzugewinnen.

Dass es sich bei Pegida um eine rechtspopulistische Bewegung handelt, belegt ihr Auftreten, prägnant zusammengefasst in der Parole »Wir sind das Volk«. Zudem wird der Parlamentarismus verächtlich gemacht und Politiker:innen als »Volksverräter« beschimpft. Das »Volk« wird explizit in einem völkischen Sinne genutzt, man sieht sich selbst im Widerstand gegen das Establishment, gegen Merkel oder die Lügenpresse. Die Selbstbeschreibung als Bewegung der »besorgten Bürger«, des »kleinen Mannes« geht in dieselbe Richtung. Die soziale Zusammensetzung der Demonstrierenden wurde unterschiedlich bewertet, da alle Studien, die Aussagen hierzu machen, auf sehr selektiven Stichproben von Teilnehmer:innen beruhen, die bereit waren, Auskunft zu geben (Patzelt 2015; Vorländer, Herold & Schäller 2015; Geiges, Marg & Walter 2015). Einig ist man sich bezüglich eines sehr hohen Männeranteils der Teilnehmer:innen. Pfahl-Traughber (2019a, S. 221) weist darauf hin, dass immer auch erkennbare Rechtsextremist:innen der Hooligan- und Neonazi-Szene teilnahmen sowie NPD-Kader, die aber eine Minderheit darstellen. Die Teilnehmer:innen selbst sieht Pfahl-Traughber (2019a, S. 217 ff.) als durchaus rechtsextremen Einstellungen zugeneigt, ohne über ein festes rechtsextremes Weltbild zu verfügen. Die Mehrzahl würde sich selbst auch nicht diesem

Spektrum zuordnen. Die starke Affinität von Pegida-Sympathisant:innen zu rechtsextremen Haltungen zeigt auch eine Studie von Rippl et al. (2016). Die Selbstbeschreibung als »besorgte Bürger:innen« ist vor diesem Hintergrund eher als verharmlosend zu bezeichnen (vgl. auch Rippl & Seipel 2021).

Speit (2016) sieht in Pegida erstmals seit Kriegsende eine rechte Bewegung in Deutschland, deren Teilnehmer:innen aus der Mitte der Gesellschaft stammen. Pfahl-Traughber (2019b) verweist darauf, dass diese Personen bereits vorher latent ein rechtsaffines Gedankengut aufwiesen, wie z. B. die Mitte-Studien immer wieder belegt haben. Im Kontext der Strategie der Neuen Rechten hat es Pegida geschafft, fremdenfeindliche und rechte Narrative auf die Straße zu bringen und damit Anschlussstellen in der Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Nicht zufällig traten Kubitschek und auch Höcke mehrfach bei Pegida- und Legida-Veranstaltungen als Redner auf. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in Leipzig, anders als in Dresden, die Gegendemonstrationen groß und erfolgreich waren. Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen Christian stellt 2021 fest, Pegida fungiere: »wie ein ›Scharnier‹ zwischen Extremist:innen und Nichtextremist:innen. Auf diese Weise wird zugleich eine immer weiter fortschreitende Entgrenzung zwischen demokratischen, radikalen und extremistischen Positionen im gesellschaftlichen Diskurs in Sachsen befördert.«[33]

5.2.3 Querdenker:innen – Corona-Leugnung und das populistische Moment

Die Corona-Pandemie stellt alle Gesellschaften auf der Welt vor massive Probleme. Die Ansteckung mit dem Virus bedroht die individuelle Gesundheit. Neben unproblematischen Krankheitsverläufen erhöht sich mit der Infektion das Sterberisiko für vulnerable Gruppen und auch für genesene Patient:innen ergeben sich zum Teil erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen (was als Long COVID bezeichnet wird). Zum Schutz vor einer Ansteckung sind massive Eingriffe in die Freiheitsrechte der Menschen – auf der Grundlage evidenzbasierter wissenschaftlicher Studien und Erfahrungen – beschlossen worden. Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung stimmt diesen Maßnahmen (z. B. Schließung von Geschäften, Schulen etc., Verbot privater Zusammenkünfte bzw. Kontaktbeschränkungen) und den Hygieneregeln wie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes zu und befolgt auch die damit verbunden starken Einschränkungen des alltäglichen Lebens.

Daneben hat sich eine Protestbewegung etabliert, die sich gegen diese Infektionsschutzpolitik der Bundesregierung positioniert. Plakativ wird die Bewegung als »Querdenker« bezeichnet. Auffällig ist die inzwischen starke Partizipation von rechten Akteur:innen an den Protestveranstaltungen, welche aus der Neonazi- und der Reichsbürger-Szene stammen und bis hin zu

Abgeordneten der AfD reichen. Die AfD selbst spricht sich nach einem anfänglich anderen Kurs[34] inzwischen vehement gegen die Corona-Maßnahmen aus. Zur sozialen Zusammensetzung und zu den inhaltlichen Positionen der »Querdenker:innen« gibt es erste empirische Analysen. Nachtwey, Schäfer und Frei (2020) haben mit einem methodenintegrativen Forschungsdesign 1150 Mitglieder, die aus einschlägigen Telegram-Gruppen rekrutiert wurden, mit einem standardisierten Onlinefragebogen interviewt sowie ethnographische Beobachtungen bei Querdenker:innen-Demonstrationen in Konstanz und Leipzig durchgeführt. Den Autor:innen ging es darum, die »Motivation, Werte und Überzeugungen« der Querdenker:innen zu ermitteln. Bei den ethnographischen Beobachtungen war die Thematisierung und der Umgang mit den Masken ein zentrales Bindeglied für die Gemeinschaftsbildung. Der medizinische Sinn der Masken wurde infrage gestellt und als Zeichen der freiwilligen Unterwerfung und Diktatur gewertet. Zudem stellen die Autor:innen eine Tendenz zu Verschwörungstheorien fest. Die Corona-Maßnahmen werden mit einem Polizei- und Überwachungsstaat oder 9/11 in Verbindung gebracht. Zudem werden von den Befragten weitere Aspekte geäußert, die sie als problematisch sehen: die Wissenschaft, die Reichen und Mächtigen, die Schulmedizin. Die Autor:innen nennen das einen »Generalverdacht« (Nachtwey, Schäfer & Frei 2020, S. 60). Zudem steht nicht die inhaltlich begründete Auseinandersetzung mit den Maßnahmen im Vordergrund, sondern die Rechtfertigung der eigenen Person und Aspekte, die Personen selbst an den Corona-Maßnahmen stören. Das nennen die Autor:innen eine Strategie der »ostentativen Distinktion« (Nachtwey, Schäfer & Frei 2020, S. 60), ein Streben nach dem Anderssein. Die geäußerte Kritik bleibt dabei diffus, im Vordergrund steht, dass man überhaupt dagegen ist. Die Glaubwürdigkeit der Quellen, mit denen Kritik an den Maßnahmen geübt wird, wird zumeist nicht durch fachwissenschaftliche Expertise und Bezug zu wissenschaftlichen Quellen hergestellt, sondern dadurch, dass es sich grundlegend um kritische Stimmen handelt. »Die Glaubwürdigkeit der Kritik ist also eigentlich eine Glaubwürdigkeit durch Kritik« (Nachtwey, Schäfer & Frei 2020, S. 60). Bei der Analyse der quantitativen Befragungsdaten und der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Querdenker:innen finden die Autor:innen Hinweise darauf, dass es sich dabei um eine disparate Gruppe handle, die über geteilte Mentalitäten verbunden sei, wobei die Teilnehmer:innen vorwiegend aus der gebildeten Mittelschicht stammen (Nachtwey, Schäfer & Frei 2020, S. 51). »Sozialstrukturell handelt es sich um eine relativ alte und relativ akademische Bewegung. Das Durchschnittsalter der Umfrageteilnehmer:innen beträgt 47 Jahre, 31 % haben Abitur, 34 % einen Studienabschluss« (Nachtwey, Schäfer & Frei 2020, S. 52). In der Befragung gaben 18 Prozent der Befragten an, bei der letzten Bundestagswahl die Linke gewählt zu haben, 23 Prozent die Grünen und 15 Prozent die AfD, wobei bei der nächsten Bundestagswahl 27 Prozent die AfD wählen würden. Dabei zeigt sich bei einer Analyse der Wählerwanderung (Nachtwey, Schäfer & Frei 2020, S. 50),

dass vormalige Wähler:innen der Grünen dann die AfD wählen würden. Inhaltlich analysieren sie bei den Befragten eine starke Entfremdung von den Institutionen des politischen Systems. Zudem seien die Befragten weder ausgesprochen fremden- noch islamfeindlich. Allerdings weisen die Autor:innen auf Selbstselektionsprozesse bei der Teilnahmebereitschaft hin und vermuten einen Selbstauschluss radikalerer Teile der Querdenker-Bewegung. Es zeigen sich aber auch regionale Differenzen, so finden Frei und Nachtwey (2021) ein unterschiedliches Wähler:innenprofil in Baden-Württemberg im Vergleich zu Ostdeutschland. Im Osten sind AfD-Wähler:innen die größte Gruppe, wohingegen in Baden-Württemberg Wähler:innen der Grünen stärker vertreten sind. Insgesamt zeigt sich in Ostdeutschland eine stärkere Unterwanderung der Proteste durch rechte Gruppierungen wie etwa die Kleinstpartei »Freien Sachsen« in Sachsen.

Haug, Schnell und Weber (2021) haben die Impfbereitschaft der Gesamtbevölkerung mit einer telefonischen Ein-Themen-Bevölkerungsbefragung an einer Zufallsstichprobe untersucht. Insgesamt wurden 2014 Personen im November und Dezember 2020 zur Impfbereitschaft und die Impfbereitschaft beeinflussenden Faktoren (Risiko einer Erkrankung, subjektive Überzeugungen zu Nebenwirkungen, Vertrauen in Institutionen und Einfluss von Bezugsgruppen) befragt. Die Querdenker:innen werden in dieser Studie nicht adressiert. Dennoch ist im Zusammenhang mit den Querdenker:innen ein Ergebnis der Studie von Interesse. Es zeigt sich, dass Personen, die ernsthafte Nebenwirkungen bei Grippeimpfungen überschätzen, eine geringere Impfbereitschaft gegen COVID-19 aufweisen. Auch Nachtwey, Schäfer und Frei (2020, S. 53) sowie Virchow und Häusler (2020, S. 33 – 35, vgl. auch Häusler 2021, S. 16) finden in einer Untersuchung zu Corona-Protesten in Nordrhein-Westfalen einen größeren Anteil an Anthroposoph:innen, Esoteriker:innen und Naturheilkundler:innen unter den Teilnehmenden, bei denen die Impfgegnerschaft besonders ausgeprägt ist. Andererseits beobachten Häusler und Virchow aber eine Verschiebung hinsichtlich der politischen Verortung der beteiligten Akteur:innen. Was bei Nachtwey, Schäfer und Frei (2020, S. 54) noch vorsichtig als Potenzial beschrieben wird, wonach es sich bei den Corona-Protesten um eine Bewegung handelt, »die nach rechts offen ist und über ein beträchtliches immanentes Radikalisierungspotenzial verfügt«, stellen Virchow und Häusler (2020, S. 36) fest:

> »Unter den Tausenden Versammlungen, die es bundesweit seit März 2020 als Protest gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie gab, war auch eine geringe Zahl, die von der AfD und der klassischen extremen Rechten – also NPD, Die Rechte, Der III. Weg – selbst organisiert wurde. Die Versammlungen der verschwörungserzählenden Pandemieleugner*innen verfügen jedoch über eigenes Personal sowie über Erfahrungen, Strukturen und finanzielle Ressourcen. Insofern sind sie nicht auf die extreme Rechte angewiesen; diese nutzt aber die ihnen gebotenen Möglichkeiten, in schriftlicher oder mündlicher Form Werbung in eigener Sache zu machen und prägt so die Proteste aktiv mit«.

Die AfD versucht, die Brücke zu dieser Protestbewegung zu schlagen, und hat auch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 – wie bereits im Kapitel 5.1 erwähnt (▶ Kap. 5.1) – die Abschaffung der Maskenpflicht aufgenommen. Ganz explizit wird Alexander Gauland: »Wir sind eine Bewegungspartei, die auch Kontakt zu bestimmten Protestgruppen pflegen sollte. Das gilt für ›Querdenken‹, aber auch für Pegida in Dresden oder für den Verein Zukunft Heimat aus Cottbus.«[35] Häusler (2021, S. 15) weist darauf hin, dass seit April 2021 der Verfassungsschutz bundesweit Personen in der Querdenker-Bewegung beobachtet, da es sich laut Verfassungsschutz bei den Querdenker:innen um Gruppen handele, in denen sich neben Normalbürger:innen auch klassische Rechtsextremist:innen befinden, die Verschwörungsmythen verbreiten und damit das Vertrauen in staatliche Institutionen unterminieren wollen. Das wird von den Verfassungsschützer:innen als neuer Extremismus bezeichnet und findet Eingang in eine eigens für diese Gruppe entwickelte neue Extremismuskategorie: die Delegitimierung des Staates.

Auf der Grundlage dieser ersten Untersuchungen zu den Querdenker:innen lässt sich eine Heterogenität der beteiligten Gruppen feststellen, die über Impfgegner:innen, wirtschaftlich Betroffene, Verschwörungstheoretiker:innen, Esoteriker:innen und rechtsradikale Protestierende reichen. Esoteriker:innen und Impfgegner:innen teilen eine modernisierungsfeindliche und naturalisierende Sicht auf die gesellschaftlichen Entwicklungen mit rechten Bewegungen. Überschneidungen ergeben sich auch über einen Hang zu mystischer oft nordischer Esoterik, die potenziell wissenschaftsfeindlich und offen für Verschwörungsmythen ist. Gefährlich könnte diese Bewegung für die Demokratie sein, da die mentalen und ideologischen Vorstellungen sowie die Wissensstrukturen der Beteiligten Merkmale aufweisen, die einen rationalen Diskurs kaum möglich erscheinen lassen. So arbeiten Pantenburg, Reichardt und Sepp (2020) die Tendenz der Querdenker:innen heraus, auf das Bauchgefühl und auf Erfahrungswissen zu setzen und damit eine parallele Wissenswelt zu etablieren. Die emotionale Beweisführung und die gefühlten Fakten haben für die Querdenker:innen auch Kosten, denn sie berichten auch von Anfeindungen und Ausgrenzungen im Familien- und Freundeskreis. Pantenburg, Reichardt und Sepp (2020, S. 26) sehen jedoch in der Exzeptionalität und dem Überlegenheitsgefühl gegenüber einer fehlinformierten Mehrheit die wichtigste Funktion dieses »Gegenwissens«. Dieses Gegenwissen, der Hang zu alternativen Fakten und Verschwörungsdenken, die emotionalisierte Haltung und die Distanz zu staatlicher Autorität macht diese Teile der Bewegung anschlussfähig an rechtspopulistische und rechtsextreme politische Inhalte, denn

> »Populist:innen und ›Querdenker:innen‹ haben dabei eine ähnliche erkenntnistheoretische Grundhaltung – sie gehen davon aus, dass Politik und Wissenschaft im Grunde auf einfachen, allgemeingültigen und intuitiv erspürbaren Wahrheiten beruhen. Die Kluft zwischen umfassender und komplexer, nicht zuletzt in

statistischer Weise begriffener Realität einerseits und der individuell wahrgenommenen Situation andererseits wird nicht anerkannt« (Pantenburg, Reichardt & Sepp 2020, S. 26).

Auch Populist:innen streben eine Verschiebung im politischen Koordinatensystem an. Anknüpfungspunkte gibt es aus unserer Sicht durch die Wissenschaftsfeindlichkeit und die Infragestellung wissenschaftlicher Fakten oder die krude Umdeutung demokratischer Widerstandsrechte, die sich angeblich aus der »Corona-Diktatur« ergeben (Häusler 2021, S. 15).

Ob die sozio-ökonomischen Folgen der Pandemiebekämpfung Wasser auf die Mühlen der rechtspopulistischen Bewegung spült, oder ob die gestartete Impfkampagne im März 2021 schrittweise zu Lockerungen und einen Übergang in ein »normales« Leben führt und dadurch zumindest der Anlass gegen die Corona-Maßnahmen zu demonstrieren entfällt oder ob Mutationen des Coronavirus und damit eine mögliche weitere Welle weitere Beschränkungen des privaten und sozialen Lebens erforderlich machen, lässt sich nicht abschließend sagen. Die mentale Struktur der Querdenker:innen wird sich aber dadurch vermutlich nicht ändern, womit Anschlussstellen für rechte Ideologieelemente in der Mitte der Gesellschaft vorliegen (▶ Kasten 12). Das Misstrauen und die Distanz zu wichtigen Grundsätzen der institutionalisierten parlamentarischen Demokratie in größeren Teilen der Bevölkerung stellt eine gefährliche Entwicklung dar. Die Veränderung der Querdenker-Proteste mit Slogans, die sich gegen korrupte Politiker:innen und Eliten und eine Ökodiktatur wenden, verweisen auf neue Anschlussthemen, die sich weiterhin bis in die Mitte der Gesellschaft instrumentalisieren lassen und Entgrenzungsprozesse begünstigen. Der Verfassungsschutz sieht eine grundsätzlich »systemfeindliche Agenda« und eine zunehmende Aggressivität, die sich in Übergriffen auf Journalist:innen und Polizei oder Personen, die Masken tragen äußert (als Extrempunkt ist hier das Tötungsdelikt in einer Tankstelle in Rheinland-Pfalz zu nennen[36]), in Sachsen wurden in einer Telegramgruppe Attentatspläne auf den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer besprochen, eine weitere Gruppierung, die über Waffen verfügte, plante die Strominfrastruktur in Deutschland lahmzulegen und Gesundheitsminister Lauterbach zu entführen. Auch hier fanden sich Kontakte zum Querdenker:innen-Milieu. Der NRW-Verfassungsschutz spricht in einem Sonderbericht[37] von einer zunehmenden Radikalisierung von Teilen und von einem Übergang von »der Sachfrage zur Systemfrage« innerhalb der Corona-Proteste. Ähnlich wie bei Pegida findet zum einen eine zunehmende Radikalisierung von Teilen statt, die sich in gewaltbereiten Gruppierungen bündelt – damals in der Gruppe Freital und Revolution Chemnitz. Zum anderen liegt ein weiteres Gefährdungspotenzial durch solche Protestbewegungen, die bis in die Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren vermögen, in der Normalisierung rechten Gedankenguts und der Verächtlichmachung der demokratischen Ordnung etwa als »Corona-Diktatur«.

Kasten 12:
Pandemie-Leugnung als soziale Bewegung?

»Die in dieser Untersuchung analysierten, seit dem Frühjahr 2020 stattfindenden Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Kontrolle der Covid-19-Pandemie weisen bereits zentrale Merkmale einer sozialen Bewegung aus. Folgt man der einschlägigen Definition von Joachim Raschke (1991, S. 31 f.), so lassen sich mobilisierende kollektive Akteur*innen erkennen, die mit einer gewissen Kontinuität und auf der Grundlage hoher symbolischer Integration mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgen, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen. Dies unterscheidet die Protestversammlungen von *Querdenken* von ebenfalls stattfindenden Protesten, von Berufsgruppen und spezifischen Interessenvertretungen. Als soziale Bewegung ist sie aus einer spezifischen politischen Gelegenheitsstruktur heraus entstanden; in bevorstehenden politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – insbesondere mit Blick auf die weitere Behandlung der Covid-19-Pandemie, die Impfpolitik sowie hinsichtlich der Refinanzierung der aktuellen Hilfsprogramme – kann sie handlungsfähig sein. Ob es ihr dabei gelingt, entlang akut auftretender Fragen und Entwicklungen weitere Anhängerschaft zu gewinnen, oder ob sich Teile weiter radikalisieren und dies die inneren Widersprüche in der Bewegung zuspitzen wird, lässt sich derzeit nicht prognostizieren«.

Quelle: Virchow & Häusler 2020, S. 37.

5.3 Zur Verbreitung rechter Einstellungen in der Bevölkerung

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, inwieweit rechte Einstellungen in der Gesellschaft verbreitet sind. Als Ausgangspunkt der Analyse kann man die Wahlergebnisse der AfD heranziehen. Die AfD erreicht bei der Bundestagswahl 2017 12,6 Prozent der Zweitstimmen; bei Landtagswahlen 2019 erreicht die AfD in Sachsen 27,5 Prozent und in Thüringen 23,4 Prozent und bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021 20,8 Prozent der Zweitstimmen. In allen drei Fällen ist die AfD die zweitstärkste Kraft in den Landtagen. Die AfD ist inzwischen in allen Landtagen vertreten (▶ Tab. 6), in acht Bundesländern mit zweistelligem Ergebnis, in allen fünf ostdeutschen Bundesländern lagen die Ergebnisse über 20 Prozent. Diese Wahlergebnisse sprechen klar dafür, dass der Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Tab. 6: Wahlergebnisse der AfD bei Landtagswahlen, Europawahl und Bundestagswahl

Datum	Wahl	Prozent	Sitze	Stimmenanzahl Gewinn Verlust
13.03.2016	Sachsen-Anhalt			272.496
04.09.2016	Mecklenburg-V			167.852
18.09.2016	Berlin			231.325
07.05.2017	Schleswig-Holst			86.711
14.05.2017	Nordrhein-Wes			626.756
24.09.2017	Bundestag			3.821.130
15.10.2017	Niedersachsen			235.853
14.10.2018	Bayern			1.388.622
28.10.2018	Hessen			251.786
26.05.2019	Bremen			25.571
26.05.2019	Europäisches P			2.034.439
01.09.2019	Brandenburg			177.407
01.09.2019	Sachsen			436.060
27.10.2019	Thüringen			159.837
23.02.2020	Hamburg			473
14.03.2021	Baden-Württen			-336.079
14.03.2021	Rheinland-Pfalz			-108.335
06.06.2021	Sachsen-Anhalt			51.009
26.09.2021	Bundestag			-1.074.213
26.03.2022	Saarland			-7.252

Sozialstrukturell zeigen die Analysen der Forschungsgruppe Wahlen für die Bundestagswahl 2017, dass die AfD bei Arbeitslosen und Arbeiter:innen besonders erfolgreich war. Buckow (2017, S. 16) resümiert:

> »Die AfD erzielt vor allem bei Arbeiter/innen, wirtschaftlich Unzufriedenen und Arbeitslosen mit jeweils über 20 Prozent überdurchschnittliche Ergebnisse. Sie erzielt aber auch in allen weiteren Berufsgruppen zweistellige Werte. Eine wichtige Unterstützer:innenbasis der AfD sind Männer zwischen 25 und 59 Jahren«.

Auch Niedermayer und Hofrichter (2016) finden in der Gesamtwählerschaft der AfD eine überproportionale und über die Zeit zunehmende Affinität von Arbeiter:innen für diese Partei. Sie zeigen auch den Wandel im sozialstrukturellen Profil der Anhängerschaft der AfD im Zeitverlauf auf. Zu Beginn des Jahres 2014 waren die Bildungs- und Berufsgruppen noch relativ gleich verteilt unter den Wähler:innen. Ab den Jahren 2015 und 2016 zeigt sich eine Verschiebung. Der Anteil der niedriger Gebildeten steigt an, ebenso der Anteil der Erwerbslosen und Arbeiter:innen. Brenke und Kritikos (2017) resümieren, dass die Mehrheit der AfD-Wählerschaft 2017 ein unterdurchschnittliches Einkommen hat, dass sich dort überdurchschnittlich viele Arbeiter:innen finden, aber auch eine substanzielle Minderheit, die finanziell gut dasteht. Auch im Rahmen einer Debatte, die sich um die Frage entspann, ob die AfD eine Partei für Modernisierungsverlierer sei, was von

Lengfeld (2017) verneint wird, finden Lux (2018), Rippl und Seipel (2018) sowie Tutić und von Hermanni (2018) auf der Grundlage unterschiedlicher Datenquellen eine größere Affinität von Personen aus unteren Schichten und geringem Einkommen, die AfD zu wählen, bzw. äußerten die Absicht, die AfD zu wählen. Gleichwohl finden sich in allen hier genannten Studien auch beachtliche Anteile von Personen aus der Mittelschicht und zudem ein kleinerer Anteil aus den oberen Schichten.

Hinsichtlich der politischen Einstellungen der AfD-Wähler:innen wird die Frage aufgeworfen, inwieweit diese als rechts oder rechtsextrem zu bezeichnen sind, häufig ist in diesem Kontext verharmlosend von einer reinen Protestwahl oder von »besorgten Bürger:innen« die Rede. Seipel und Rippl (2020, Rippl & Seipel 2021) sehen die Klassifizierung als Protestwahl oder als besorgte Bürger:innen kritisch. Anhand der Auswertung verschiedener Quellen kommen sie zu dem Befund, dass ein signifikanter Teil der AfD-Wähler:innen mit rechtsextremen Einstellungen sympathisiert. Diesen Befund unterstützen auch Analysen, die eine deutliche Abweichung der politischen Einstellungen der AfD-Wählerschaft im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung belegen (Decker et al. 2020, S. 57; Celik, Decker & Brähler 2020, S. 167). Auch die Einordnung der AfD als Verdachtsfall[38] durch den Verfassungsschutz hat in Umfragen bisher nicht zu einer grundlegenden Abkehr von der AfD geführt. Die Partei liegt 2021 relativ stabil bei ca. 10 Prozent Zuspruch bei der Sonntagsfrage hinsichtlich der Wahlabsicht.[39]

Berücksichtigt man, dass konkrete Wahlentscheidungen bereits in konkretes Handeln umgesetzte Einstellungen sind, kann man davon ausgehen, dass sich hinter diesem Handeln ein noch größeres Reservoir von Personen findet, die zumindest Sympathien für das Gedankengut der AfD aufweisen. Um die Verbreitung rechter Einstellungen in der Bevölkerung unabhängig von der Wahlentscheidung beurteilen zu können, steht die Frage der Definition und Abgrenzung dieser Einstellungen im Raum. Im Kapitel 2 haben wir die Problematik einer zu engen oder zu weiten Fassung dessen, was als rechtsextrem zu fassen ist, ausführlich erläutert (▶ Kap. 2). Von rechtsextremen Einstellungen sprechen wir – ob enger oder weiter gesteckt – im Kontext verfestigter Haltungen, die ein ganzes Weltbild umfassen. Diese Zuordnung gibt nur geringe Auskunft über die Verbreitung anschlussfähiger Einstellungen in der Bevölkerung. Rechtsextreme Einstellungen werden im Folgenden daher eng gefasst und als geschlossenes Weltbild betrachtet, rechte Einstellungen hingegen greifen weiter und müssen nicht zwingend mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild verbunden sein. Sie haben aber eine Brückenfunktion zu weiteren rechten Narrativen.

Zur Einschätzung der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen im engeren Sinne eignet sich die Leipziger Autoritarismus-Studie (LAS), da hier das Phänomen umfassend und mit konstanter Methodik seit 2002 untersucht wird (▶ Kap. 2.2.1). Die bis dato aktuellste Studie wurde 2020 publiziert (Decker & Brähler 2020). Die Studie zeigt, dass sich der Anteil der Personen mit einem

geschlossenen rechtsextremen Weltbild[40] in Gesamtdeutschland seit 2002 von 9,6 auf 4,3 Prozent reduziert hat. In Ostdeutschland ist der Anteil erheblich höher, er liegt bei 9,5 Prozent und ist seit 2002 sogar leicht angestiegen, was mit den dortigen Wahlergebnissen der AfD korrespondiert (▶ Abb. 4).

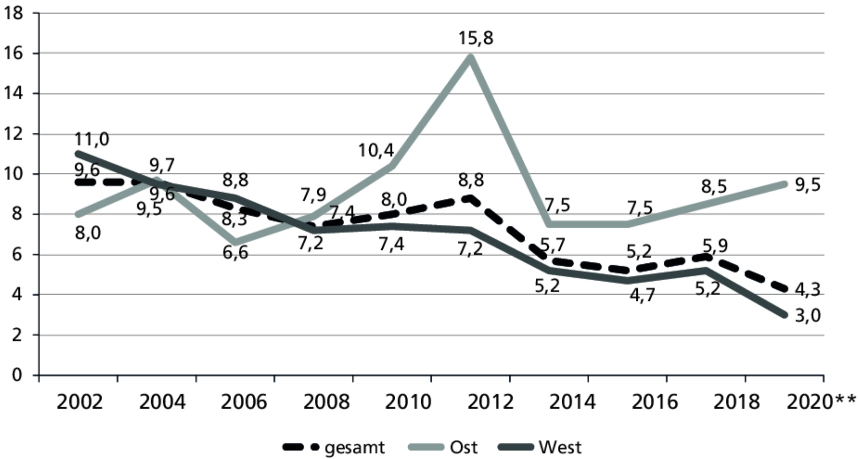


Abb. 4: Entwicklung des Anteils von Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild (Angaben in Prozent)
Anmerkungen: Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020, ** $p < .01$, signifikanter Unterschied zwischen 2018 und 2020 für Gesamtdeutschland.
Daten aus: Decker et al. 2020, S. 51.

Die getrennte Analyse der sechs Subdimensionen zur Messung eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds zeigt, dass Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit deutlich stärker in der Bevölkerung verbreitet sind als die anderen erhobenen Subdimensionen (Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur). Für Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit liegen die Zustimmungswerte bei 14,1 bzw. 16,5 Prozent in der Gesamtbevölkerung, in Ostdeutschland bei 21,9 bzw. 27,8 Prozent – ähnlich fielen die Wahlergebnisse der AfD aus. Der Befund verweist auf die Brückenfunktion fremdenfeindlicher Haltungen, die in weite Bereiche der Gesellschaft hinein verbreitet sind. Sozialstrukturell betrachtet zeigen sich deutliche Bildungsunterschiede. Personen mit höherer Bildung (hier erfasst als Personen mit Abitur versus Personen ohne Abitur) zeigen in allen Dimensionen niedrigere Zustimmungswerte. Menschen ohne Abitur stimmen in allen Unterdimensionen fast doppelt so häufig zu, im Vergleich zu Befragten mit Abitur, wohingegen der Erwerbstatus (erwerbstätig versus arbeitslos) nur geringe Unterschiede aufweist. Auch das Einkommen zeigt nur geringe differenzierende Effekte, nur die höchste Einkommensgruppe (> 3000 Euro) zeigt niedrigere

Zustimmungswerte. Multivariate Analysen bestätigen den starken Einfluss des Bildungsniveaus (Rippl & Seipel 2018).

Zudem untersucht die Bielefelder Mitte-Studie 2018/19 neue rechte Mentalitäten (zur Studie ▶ Kap. 2.2.1), wie z. B. eine Abkehr vom Parteiensystem oder Antifeminismus. Dies sind Einstellungen, die nicht direkt dem rechten Spektrum zuzuordnen sind, aber Scharniere zu rechtspopulistischen Positionen darstellen. 20 – 30 Prozent der Befragten zeigten ein deutliches Misstrauen gegenüber den regierenden Parteien, 36,3 Prozent vermuten, dass diese die Wahrheit verschweigen, 21,6 Prozent glauben, diese betrügen sie (Häusler & Küpper 2019, S. 164 f.). Die Aussagen spiegeln keine eindeutige Gegnerschaft, sondern ein prinzipielles Misstrauen gegenüber dem demokratischen System. Küpper, Berghan und Rees (2019, S. 185) finden bei 21,3 Prozent der Befragten deutliche Sympathien für rechtspopulistische Einstellungen, und eine Tendenz dazu sogar bei 42,4 Prozent.

Insgesamt zeigen die Befunde, dass man von einer Verbreitung rechter Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft sprechen kann. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild lässt sich auf der Grundlage der vorliegenden Umfragedaten nur bei einem kleinen Anteil feststellen. Die Ergebnisse auf der Einstellungsebene zeigen jedoch, wie weit politisch rechte Positionen bereits in die gesellschaftliche Mitte vorgedrungen sind. Schaut man über die AfD-Wähler:innen hinaus, zeigt sich ein großer Resonanzraum rechter Einstellungen in der Bevölkerung.

5.3.1 Ost-West-Unterschiede

In der wissenschaftlichen wie auch öffentlichen Diskussion werden die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland kontrovers diskutiert. So äußert sich Marco Wanderwitz, der Ostbeauftragte der Bundesregierung, im Mai 2021 kritisch zur ostdeutschen Wählerschaft der AfD: »Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind«. Wanderwitz geht davon aus, dass ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung »gefestigte nichtdemokratische Ansichten« habe.[41] Diese Aussagen stießen in der politischen Arena auf heftige Kritik. In der Wissenschaft ist zumindest die Einordnung Ostdeutschlands als Region mit deutlich höherer Bereitschaft, die AfD zu wählen, ein gesicherter Fakt. Auch die stärkere Verbreitung geschlossener rechtsextremer Weltbilder ist empirisch belegt (Decker & Brähler 2020). Die Frage der Verursachung wird auch in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Während Küpper, Schröter und Zick (2019) oder Kollmorgen (2010) die Rolle der Umbruchserfahrungen betonen, verweisen Best, Salheiser und Salomon (2014) oder Rippl und Seipel (2021) auf die Relevanz der DDR-Vergangenheit, die nicht getrennt von den Wendeerfahrungen zu behandeln

seien. Die Wirksamkeit der DDR-Sozialisation werde verstärkt durch die teilweise traumatischen Wendeerfahrungen mit der Entwertung ganzer Lebensentwürfe (Best, Salheiser & Salomon 2014). Die empirische Analyse der Ursachen dieser nachgewiesenen Unterschiede ist jedoch schwierig, da sich die verschiedenen Effekte überlagern und zeitlich weit zurückreichen. Zudem ist die Verarbeitung dieser Vergangenheit differenziert zu betrachten, das belegt allein die mehrheitlich demokratische Orientierung der ostdeutschen Bevölkerung. Dennoch lassen sich bis heute Mentalitätsunterschiede empirisch nachweisen, die für eine Langzeitwirkung der DDR-Sozialisation sprechen. So weisen z. B. Ostdeutsche seit der Wende bis heute ein signifikant niedrigeres Institutionenvertrauen auf als es bei Westdeutschen der Fall ist (Rippl 2020). Aber auch die negativen Wendeerfahrungen wirken fort und spiegeln sich heute im weit verbreiteten Gefühl »Ostdeutsche seien Bürger zweiter Klasse« wider. Frei et al. (2019, S. 201 – 206) weisen anhand kurzer Portraits dreier Westdeutscher, die nach Ostdeutschland gingen, auf die Bedeutung westdeutscher Akteure für die politische und strategische Ausrichtung der AfD hin. Alexander Gauland

> »zog 1991 nach Potsdam, um die von der FAZ-Gruppe erworbene frühere SED-Zeitung *Märkische Allgemeine* als Herausgeber zu leiten; Götz Kubitschek bezog 2001 einen Bauernhof im sachsen-anhaltinischen Schnellroda, wo der frühere Redakteur der *Jungen Freiheit* den Antaios-Verlag, die Monatszeitschrift *Sezession* und das sogenannte Institut für Staatspolitik als Leitmedien der neuen Rechten aufbaute; und Björn Höcke zog 2008 aus Hessen ins thüringische Bornhagen, von wo der Gymnasiallehrer bis zu seiner Wahl in den Landtag 2014 ins nahegelegene Bad Sooden-Allendorf pendelte« (Frei et al. 2019, S. 202).

Diese drei Westdeutschen galten als »Ost-West-Versteher«, die die diffuse Gefühlslage der ostdeutschen Bevölkerung für einen »völkischen Schwenk« zu nutzen wussten. Die AfD trifft nach Frei et al. »dort den Nerv eines historisch gewachsenen Politikverständnisses, das zwischen Mitsprachebedürfnis, Ohnmachtsgefühlen, Anspruchsdenken und einer mangelerprobten Zupackmentalität changiert« (Frei et al. 2019, S. 206). Diese Analyse von Frei et al. (2019) ist zwar hilfreich für ein differenziertes Verständnis der zu analysierenden Ausgangslage, aber sie kann nicht als Rechtfertigung für problematische politische Einstellungen und Verhaltensweisen herangezogen werden. Unterschiedliche Rahmenbedingungen schaffen unterschiedliche Opportunitätsstrukturen in Ost und West, in denen aber mündige Akteur:innen handeln, die wissen, wann der Spielraum demokratischen Protestes verlassen wird. Menschenfeindlichkeit und Holocaustrelativierung oder die Verherrlichung der Nazi-Diktatur sind keine Meinungen neben anderen.

5.3.2 Problem des »Othering« und normativer Wertung am Beispiel des Umgangs mit AfD-Wähler*innen

Die Bezeichnung der AfD-Wähler:innen als rechtsextrem, wird teilweise als normative Haltung kritisiert (Koppetsch 2018; die folgenden Überlegungen orientieren sich stark an einem Abschnitt aus Seipel & Rippl 2020). AfD-Sympathisant:innen würden somit als Menschen mit charakterlichen und moralischen Defiziten denunziert, die man letztlich nicht als vernünftige Akteur:innen wahrnimmt. Koppetsch (2018) behauptet, es handele sich im Sinne Edward Saids (2003) um einen Prozess des »Othering«, der zu einer verzerrten Beschreibung der Realität führe. Aber ist jede Kategorisierung tatsächlich ein »Othering«? Es scheint unmöglich, sich ohne bereits vorhandenes Vorwissen dem Anderen, dem Unbekannten zu nähern. Insofern haben jedes (Fremd-)Erklären und jedes Fremdverstehen (hier rechtsextremer Wähler:innen) eine Nostrifizierung als Voraussetzung. Bei der Einordnung von Personen als »rechtsextrem« wird zwangsläufig ein Standard zur Norm (hier die Vorgaben des Grundgesetzes) und im Umkehrschluss eine Abweichung als Andersheit konstruiert (Ogette 2017, S. 59). Zwar ist der:die Wissenschaftler:in in der Analyse dem unmittelbaren Handlungsvollzug enthoben und kann so versuchen, eine kritische Distanz zu erreichen, dennoch bleibt das Problem als zu reflektierender Aspekt bestehen. Zudem befindet sich die Wissenschaftler:in meist in einer privilegierten Position und gehört eher selbst zur Gruppe der Kosmopolit:innen, die im Alltag den politischen Angeboten der Rechtspopulist:innen kritisch gegenüberstehen. Dies birgt die Gefahr, bewusst oder unbewusst den Forschungsgegenstand aus dieser Position heraus verzerrt wahrzunehmen. Dies würde den grundsätzlichen Anforderungen wissenschaftlichen Arbeitens wie Ergebnisoffenheit und Distanz sowie die Kritik und die Falsifikation eigener Annahmen jeder Zeit offenzuhalten widersprechen. Die theoretischen Vorabentscheidungen der Wissenschaftler:innen, wie das Formulieren der Items in standardisierten Befragungen und die Kategorien, die bei einer (teilnehmenden) Beobachtung zugrunde gelegt werden, eröffnen zwar einen bestimmten Wahrnehmungshorizont, präjudizieren aber nicht die Daten. Deshalb sind empirische Analysen zu AfD-Sympathisant:innen nicht zwingend »Othering-Prozesse«[42] oder gar methodische Artefakte. Es sind wissenschaftliche Befunde, deren Zustandekommen entsprechenden wissenschaftlichen Vorgehensweisen und Regeln entspricht. Zudem implizieren empirische Ergebnisse keine Handlungsanweisungen. Die Ergebnisse stehen jedoch nicht im »luftleeren Raum«, sie können nur im Rahmen einer normativen Vorstellung eingeordnet und bewertet werden. Auch normative Vorstellungen und Institutionen wie das Grundgesetz, das hier einen Referenzrahmen darstellt, sind aus gesellschaftlichen Kämpfen hervorgegangen, die wiederum bestimmte Weltsichten und Deutungsmuster hegemonial gemacht haben. Eine Aufhebung dieser Standards und Referenzsysteme würden einen Relativismus begünstigen, der in einen moralischen Nihilismus führt. Zumindest in der politischen Arena, in der sich die AfD-Wähler:innen und die »besorgten Bürger:innen« ganz praktisch bewegen, gelten moralische Spielregeln, an denen sie zu messen sind,

um in ebendieser Arena als politische Akteur:innen wahrgenommen zu werden. Problematisch für die weitere Diskussion – zumindest in der Soziologie – bleibt die Beobachtung, dass durch die doppelte Verortung der Soziologie in einer naturwissenschaftlich-kritisch-rationalen und einer hermeneutisch-geisteswissenschaftlichen Tradition kaum eine gewisse Zerrissenheit darüber geleugnet werden kann, was gute Wissenschaft ist und kann (Mau & Villa 2018, S. 280 f.). Eine andauernde Reflektion dieser Problematik ist daher nötig, sie gehört zum Handwerkszeug guter Wissenschaft, da sie prinzipiell für jede wissenschaftliche Beschäftigung mit dem »Anderen« relevant ist.

5.4 Gewalt und Rechtspopulismus

Gewalttaten und politisch motivierte Kriminalität gehören zum extremen Spektrum rechter Handlungsweisen. Sie stehen in einem Zusammenhang zur Ausbreitung von rechten Einstellungen in der Gesamtgesellschaft. Die Verbreitung rechter Narrative bildet den legitimierenden Hintergrund dieser Handlungen, sie bestärken die Täter:innen, indem sie ein entsprechendes gesellschaftliches Klima schaffen. So sind z. B. politisch motivierte Gewalttaten mit rechtem politischem Hintergrund seit der Zuwanderung von Geflüchteten 2015 deutlich angestiegen. Viele Übergriffe werden nicht von Statistiken erfasst, da sie unter der Schwelle einer Straftat liegen, nicht angezeigt oder nicht als Straftat mit rechtem Hintergrund eingestuft werden. Dennoch lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Aufstieg der neuen rechtspopulistischen Akteur:innen und einer Zunahme solcher Übergriffe erkennen. Obwohl sich die rechtspopulistischen Akteur:innen öffentlich von Gewalt distanzieren, gehört die Zunahme rechts-politisch motivierter Kriminalität in den engeren Kontext des Aufstiegs des Rechtspopulismus.

Die Affinität zu Gewalt ist verbunden mit den Inhalten der rechten Ideologie: mit der Konstruktion des »homogenen Volkskörpers«, der strikten Abgrenzung von »fremdartigen Völkern« und dem Bedrohungsszenario des »Volkstods« durch den »großen Austausch«. Das Narrativ liefert die Legitimation dafür, Andere als minderwertig und als Bedrohung wahrzunehmen. Unterschiedliche Phänomene wie Volksverhetzung, die Schändung von jüdischen Friedhöfen oder der Angriff auf Moscheen, rechts-terroristische Anschläge oder spontane gewalttätige Übergriffe auf Migrant:innen sowie verbale Beleidigungen von Frauen mit Kopftuch lassen sich auf »dieselbe Grundüberzeugung von der Notwendigkeit der Durchsetzung der völkisch-nationalen Ideologie« (Dier 2016, S. 502) zurückführen.

5.4.1 Straftaten und Gewalt mit rechtem Hintergrund

Im Jahr 2020 erreicht die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten mit 23.604

(im Vergleich dazu 10.971 linksextrem motivierte Straftaten) einen Höchststand – seit der Erfassung von politisch motivierter Kriminalität (PMK) in 2001. In den rund 20 Jahren gab es nie eine höhere Zahl solcher Übergriffe.[43] Zu diesen Straftaten zählen neben Gewalt und Sachbeschädigungen auch Delikte wie z. B. Beleidigung, Volksverhetzung, das Verbreiten von Propagandamitteln oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Bei Hasskriminalität handelt es sich um Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorurteile motiviert begangen werden. Der Großteil dieser Taten hat einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Hasskriminalität bewegt sich seit 2015 auf sehr hohem Niveau (▶ Abb. 5).

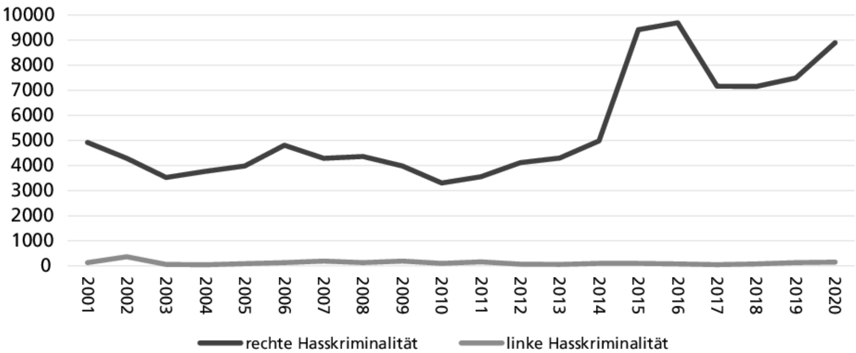


Abb. 5: Linke und rechte Hasskriminalität von 2001 bis 2020 im Vergleich
Daten aus: Bundesministerium des Innern 2021.

Abbildung 6 (▶ Abb. 6) zeigt die amtliche Zahl von Opfern linker und rechter Gewalt. Bei rechten Gewalttaten gibt es einen Höhepunkt in den Jahren 2015 und 2016. Die Zahlen sind seitdem gesunken, verharren aber auf einem deutlich höheren Niveau als vor 2015.

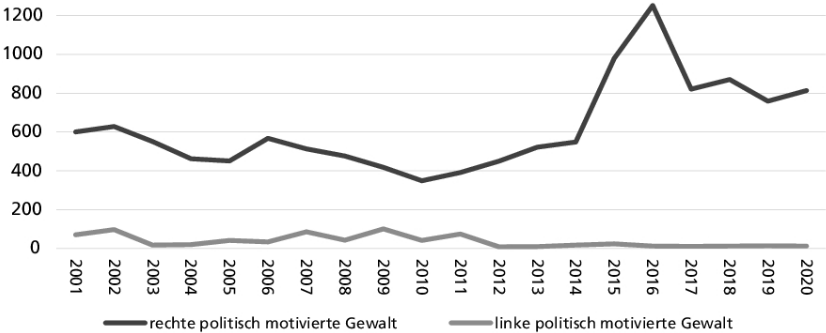


Abb. 6: Linke und rechte politisch motivierte Gewalt
Daten aus: Bundesministerium des Innern 2021.

Erst der Mord an Walter Lübcke und die antisemitischen und rassistischen Anschläge von Halle/S 2019 und Hanau 2020 haben diesen Sachverhalt einer steigenden Bedrohung durch rechte Gewalt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht.[44] Die Amadeu Antonio Stiftung geht von einer Unterschätzung der tatsächlichen Zahlen aus. Bezogen auf Todesopfer zählt die Stiftung seit der Wende 1990 mindestens 214 Todesopfer rechter Gewalt, wovon die Bundesregierung nur 106 entsprechend einordnet.[45] Vor dem Hintergrund der jahrelang ebenfalls nicht richtig zugeordneten NSU-Morde ist eine höhere Dunkelziffer wahrscheinlich. Es herrscht Kritik an dem Erfassungssystem der polizeilichen Kriminalstatistik. Bis 2001 wurden nur Taten zugeordnet, die im Kontext des Kriteriums »Extremismus« erfasst wurden, also einer Straftat, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet (Dier 2016). Dies wurde ab 2001 korrigiert, dennoch gibt es weiterhin Mängel:

> »Zudem erfährt das PMK-Erfassungssystem Kritik dafür, dass nur solche Taten als PMK-Rechts eingestuft werden, bei denen die rechte Motivation tatauslösend und tatbestimmend nachweisbar ist. Taten, in denen ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende Rolle spielen, werden bisher jedoch nicht angemessen in der PMK-Statistik erfasst und damit von staatlicher Seite völlig entpolitisiert. Hier braucht es eine Möglichkeit, auch solche Fälle abzubilden, um die tödlichen Folgen von rassistischer und rechter Gewalt in Deutschland nicht länger zu verharmlosen. Denn solche Taten werden nicht ausschließlich vom rechten Rand mit gefestigter Ideologie begangen. Nein, viele Taten gehen auf das Konto von Alltagsrassisten aus der Mitte der Gesellschaft« (Brausam 2021).

5.4.2 Der strategische Umgang rechtspopulistischer Akteur:innen mit Gewalt

Rechtspopulistische Akteur:innen wie die AfD oder Pegida versuchen aus strategischen Gründen sich selbst als bürgerlich-konservativ darzustellen, um für Menschen aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft wählbar zu erscheinen. Dafür ist es nötig, sich deutlich von Gewalt abzugrenzen. Kubitschek (2017) spricht von einer Strategie der Selbstverharmlosung:

> »Die Methode, mit der diese Aufgabe gelöst werden könnte, ist [...] ein Vorgang, für den der Begriff ›Selbstverharmlosung‹ eingeführt werden könnte: Es ist der Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch die Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren und zu betonen, daß nichts von dem, was man fordere, hinter die zivilgesellschaftlichen Standards zurückfalle« (Kubitschek 2017, S. 28).

Der Konjunktiv der Formulierung und die Zuordnung als »Strategie« verweisen bereits auf die rein strategische Ausrichtung dieser Gewaltdistanzierung. Ähnlich strategisch agiert die AfD. Politisch rechts motivierte Gewalt wird verharmlost oder als Einzelfall uminterpretiert, man selbst inszeniert sich als Opfer, wenn eine Verbindung zwischen Gewalttaten und rechtspopulistischer Hetze gegen Geflüchtete hergestellt wird. So melden sich zum Beispiel nach dem Anschlag in Halle/S 2019 einige AfD-Abgeordnete mit relativierenden Aussagen zu Wort.[46] Der AfD Bundessprecher Tino Chrupalla nennt den rassistisch motivierten Anschlag von Hanau 2020 auf Twitter die »Tat eines Geisteskranken«. Die Anhänger:innen der AfD zeigen sich ebenfalls in Teilen gewaltbereit. In der Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker & Brähler 2020, S. 166) geben 19,3 Prozent der Personen, mit einer Absicht die AfD zu wählen, an, zur Verwirklichung ihrer Ziele notfalls auch Gewalt anzuwenden.

Das Denken in gewaltgeprägten Kategorien wird trotz der verbalen Abgrenzungsversuche bei vielen rechtspopulistischen Akteur:innen deutlich. Gauland selbst spricht davon, seine politischen Gegner zu »jagen«, und erklärte 2017, man solle die SPD-Staatsministerin Aydan Özoğuz »in Anatolien entsorgen«. Beatrix Storch fordert den Schusswaffengebrauch an der Grenze gegen Geflüchtete und auch gegen Kinder.[47] Björn Höcke wird in seinem 2018 erschienen Buch »Nie zweimal in denselben Fluss« sehr konkret. Funke (2019) analysiert die gewalthaltige Sprache und die Stoßrichtung des Buches. Höcke fordert dort eine Säuberung Deutschlands von »kulturfremden« Menschen. Das sogenannte »Remigrationsprojekt« wird man, so Höcke, nur mit Gewalt schaffen. Funke (2019) konstatiert:

> »In seinem Buch stellt Höcke auch fest, dass ›wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind mitzumachen.‹ Er denke an einen ›Aderlass‹. Diejenigen Deutschen, die seinen politischen Zielen nicht zustimmten, würden aus seinem Deutschland ausgeschlossen werden. Er trete für die ›Reinigung Deutschlands‹ ein. Mit ›starkem Besen‹ sollten eine ›feste Hand‹ und ein ›Zuchtmeister‹ den ›Saustall ausmisten‹.«

Expliziter kann man die Offenheit gegenüber einer gewaltsamen Durchsetzung der eigenen Ziele kaum formulieren. Die immer wieder verwendeten Begriffe »Volkstod«, »Ausrottung« und der Aufruf zum »Widerstand« gegen die »Diktatur« stehen im gleichen Zusammenhang. Es wird Angst und ein Bedrohungsszenario erzeugt, das gewaltförmiges Handeln als unumgänglich erscheinen lässt.

Séville (2019) zeichnet eine Veränderung der Gesprächs- und Streitkultur mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus nach. Sie vertritt die These, dass der öffentliche Diskurs sich heute durch sprachliche Verrohung, Brutalisierung, Enthemmung und eine politische Verschiebung nach rechts auszeichne. Vor allem in den sozialen Medien ist diese Entwicklung nachzuzeichnen (▶ Kap. 8). Als Beispiel nennt sie das Urteil des Berliner Landgerichts, dass die Grünen-Politikerin Renate Künast als »Geisteskranke« und zu entsorgender

»Sondermüll« bezeichnet werden dürfe (Séville 2019, S. 33). Auch wenn sich kein direkter Zusammenhang zwischen der gewalthaltigen Sprache und den Verrohungstendenzen im Umgang und im Diskurs ziehen lässt, trägt diese sprachlich vermittelte »Hasskultur« dazu bei, Gewalt als legitimes Mittel wahrzunehmen und Narrative zu verbreiten, die ein solches Denken unterstützen. So haben sich seit 2015 in verschiedenen Bereichen die Rahmenbedingungen verändert, die die Hemmschwelle für die Ausübung von Gewalt gesenkt haben. Das reicht von der Hetze im Netz, die ihren Weg auf die Straße findet, von Beleidigungen und Übergriffen im Alltag bis zu Ausschreitungen wie die in Chemnitz in 2018, denen eine Mobilisierung im Netz vorausging, bis hin zu rechts-terroristischen Täter:innen, die sich von den gewalthaltigen Narrativen und dem veränderten Klima der Auseinandersetzung motiviert fühlen (Allen 2019; vgl. zum Begriff des stochastischen Terrorismus auch ▶ Kap. 8.3).

5.5 Fazit

Die vorgelegten Ausführungen konnten nicht alle Akteur:innen des rechtspopulistischen Spektrums in Deutschland beleuchten. Beispielhaft wurden wichtige Akteur:innen, ihre Strategien und ihre Entwicklung betrachtet. In allen Bereichen finden sich klare Hinweise dafür, dass es sich keineswegs um gemäßigte Akteur:innen des rechten Randes handelt, auch wenn versucht wird, diesen Eindruck zu erwecken. Die AfD, Pegida oder auch die Identitäre Bewegung werden inzwischen als Verdachtsfälle des Verfassungsschutzes eingestuft. Die Zuordnung zum rechtsextremen Spektrum wurde aufgrund der ideologischen Ausrichtung und der Aussagen prominenter Vertreter:innen bereits von vielen Sozialwissenschaftler:innen (▶ Kap. 2) lange vor der Zuordnung durch den Verfassungsschutz getroffen und wird damit nun offiziell und aus verfassungsrechtlicher Perspektive bestätigt. Metapolitische Strategien der rechtspopulistischen Akteur:innen verschleiern in vielen Bereichen diese Realität. Gefährlich erscheint die Brückenfunktion verschiedener Themen dieser Akteur:innen, die strategisch platziert werden und anschlussfähig in weite Teile der Gesellschaft sind. Die Wahlerfolge ermöglichen es der AfD zudem, ihre Narrative in den Medien und Parlamenten einer großen Öffentlichkeit zu präsentieren. Punktuelle Kooperationen auf kommunaler Ebene sind nur ein Vorgeschmack auf weitere Normalisierungsprozesse. Die Verbreitung der Narrative in der Bevölkerung spiegelt den Resonanzboden. Die Folgen der Verbreitung rechter Narrative und rechter Einstellungen sind in der Zunahme rechter Gewalt und in den rechtsterroristischen Anschlägen der letzten Jahre deutlich geworden (Quent 2019; 2021).

Endnoten

15Für (zeit)historisch interessierte Leser:innen sei auf Weiß (2017) und auf Frei et al. (2019) hingewiesen. Weiß (2017) arbeitet die Grundelemente rechter Ideologie sowie u. a. die Verbindungen von Armin Mohler zur französischen Rechten um Alain Benoist heraus. Die Beiträge in Frei et al. (2019) nehmen den Zeitraum von 1945 bis in die Gegenwart in den Blick und stellen die Ideen-, Organisations- und Gewaltgeschichte des Rechtsradikalismus vor.
16https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/cdu-csu-sachsen-leitkultur-patriotismus, Zugriff am 01. 09. 2021.
17Der Wahlforscher Jung (2015) konstatiert, dass sich die Union aufgrund des hohen Durchschnittsalters ihrer Wählerschaft schneller und stärker modernisieren müsse als die anderen Parteien, da ihre Wählerschaft wegstirbt (ca. eine Million Wähler:innen pro Legislaturperiode). Die Modernisierung der CDU erfolgte hinsichtlich des Migrationsverständnisses und des Familienleitbildes. Es wird weitgehend davon ausgegangen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Die Modernisierung des Familienleitbildes wurde von Familienministerin Ursula von der Leyen in den Jahren zwischen 2005 und 2009 vorangetrieben und dabei wurde u. a. das gesetzliche Recht auf einen Krippenplatz eingeführt (vgl. Friedrich & Linke 2018, S. 9).
18Zur weiteren Differenzierung und zur Rolle eines revolutionären Konservatismus im Gegensatz zu einem traditionellen Altkonservatismus im Verhältnis zur identitären Demokratiekonzeption bei der AfD vergleiche Siri und Lewandowsky (2019, S. 289).
19Dieses Thema beschäftigt die politische Debatte auch im Jahr 2021 weiter, denn der Bundestag hat am 25. März 2021 mit mehr als zwei Drittel aller Abgeordneten dem Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz (ERatG) zugestimmt (vgl. dazu und im Folgenden: Göbel 2021; Budras 2021), die Zustimmung des Bundesrates erfolgte am nächsten Tag. Hier wird erstmalig die Chance für die Europäische Kommission eröffnet, Schulden aufzunehmen. Ein Vorgang, den die EU-Verträge nicht vorsehen. Bis zu 390 Milliarden Euro können an Schulden bis Ende 2026 aufgenommen werden und als Kredite an EU-Mitgliedsstaaten vergeben werden, die Tilgung ist bis 2058 vorgesehen. Das Geld ist vorgesehen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bearbeiten. Die Empfängerländer müssen das Geld an die EU-Kommission zurückzahlen. Kann ein Mitgliedsstaat seine Schulden nicht tilgen, dann haften die anderen Mitgliedsstaaten. Einige Kommentator:innen bezeichnen diesen Schritt deshalb als einen Schritt in Richtung einer Fiskalunion. Sowohl Bernd Lucke mit dem »Bündnis Bürgerwille« wie auch die AfD haben angekündigt, mit einer Verfassungsbeschwerde nach Karlsruhe zu ziehen. Die Unterschrift des Bundespräsidenten Steinmeier kann noch nicht erfolgen, da das Bundesverfassungsgericht angeordnet hat, das deutsche Beitrittsgesetz zum Wiederaufbaufonds bis zur Entscheidung über den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung noch nicht zu unterzeichnen (Hängebeschluss).
20In der sogenannten Erfurter Resolution findet sich unter anderem die folgende Formulierung: »Zahllose unserer Mitglieder verstehen die AfD nämlich immer noch und gegen jede Verengungstendenz [...] als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming,

Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)« (Erfurter Resolution 2015).
21Friedrich und Linke (2018) verweisen auf mehrere Beispiele. So brüllte Höcke 2015 in Erfurt: »Thüringer! Deutsche! 3000 Jahre Europa. 1000 Jahre Deutschland, ich gebe euch nicht her«. Dies brachte Höcke den Vorwurf ein, in Nazijargon zu sprechen. Ferner verweisen die Autoren auf ein Interview mit Frauke Petry im Januar 2016, in der sie äußerte, die Grenzpolizei müsse illegale Grenzübertritte verhindern und »notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen«, oder an Gaulands Einlassung über Jerome Boateng: »Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben« (alle Zitate in Friedrich & Linke 2018, S. 20). Weitere Beispiele zur Position und Funktion der Wörter in ihren jeweiligen syntaktischen, metaphorischen und argumentativen Kontexten und den damit verbundenen Narrativen finden sich in Detering (2019; vgl. auch ▶ Kasten 10 und ausführlicher zu den Strategien ▶ Kap. 3).
22Alle folgenden Zitate aus dem Wahlprogramm der AfD 2021 werden nur mit der Seitenangabe versehen.
23Der Antrag, der das Tragen einer Waffe in der Öffentlichkeit erleichtern sollte, wurde mit einer knappen Mehrheit abgelehnt (Tagesschau 2021).
24Insofern scheint der Buchtitel von Amann (2018) »Angst für Deutschland« eine passende Neuinterpretation des Akronyms AfD.
25https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommunalpolitik-in-berlin-hier-regiert-die-afd-17270938.html
26Vgl. Hafeneger et al. (2018), der die Strategien der AfD in kommunalen Parlamenten in Hessen und Niedersachsen sowie im Landtag von Rheinland-Pfalz darstellt.
27»Auf den Rundschildern der 300 Spartaner, die sich einer tausendfach stärkeren Armee der Perser 480 v. Chr. am Thermopylen-Pass entgegenstellten, soll der Winkel geprangt haben. In einem Video erklären die Identitären die Hinwendung zu den Spartanern: ›Verstehst du, was es bedeutet? Wir werden nie zurückweichen, niemals aufgeben!‹ Dieser aufopfernde Heroismus gehört zum elitären Habitus – inklusive einer soldatischen Männlichkeit« (Speit 2020, ohne Seitenzahl).
28Das Plakat lässt sich hier einsehen: https://www.lotta-magazin.de/sites/default/files/imagecache/header-image/header/l50_er_identitaer.jpg und in dem Artikel von Bruns et al. (2017) auf S. 97.
29https://taz.de/Identitaere-heischen-nach-Aufmerksamkeit/!5331372/, Zugriff am 01. 09. 2021.
30Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht für das Jahr 2020 von ca. 575 Mitgliedern aus (Bundesamt für Verfassungsschutz 2021), Zugriff am 01. 09. 2021.
31https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2021.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
32https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/pegida-islam-tillich-steinmeier, Zugriff am 01. 09. 2021.
33https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2021.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
34https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-corona-protest-1.5258941, Zugriff am 01. 09. 2021.
35https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bewegungspartei-erhalten-gauland-greift-meuthen-an-17111393.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
36https://www.ardmediathek.de/video/dokus-im-ersten/masken-mord-an-der-tankstelle-oder-doku/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3JlcG9ydGFnZSBfIGRva3VtZW50YXRpb24gaW0gZXJzdGVuL

37https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/sonderbericht_2022_verschwoerungsmythen_und_corona-protestler.pdf
38https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-verdachtsfall-verfassungsschutz-beobachtet-afd-nun-bundesweit-a-136d80ce-4549-4a23-8174-19ad70f20643, Zugriff am 01. 09. 2021.
39https://de.statista.com/statistik/daten/studie/30321/umfrage/sonntagsfrage-zur-bundestagswahl-nach-einzelnen-instituten/, Zugriff am 01. 09. 2021.
40Vgl. ▶ Kap. 2.2.1 für eine Erläuterung des methodischen Vorgehens bei der LAS und der Operationalisierung eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds.
41Die Zitate von Wanderwitz finden sich im Podcast der FAZ vom 28. 05. 2021 unter: https://www.faz.net/podcasts/f-a-z-podcast-fuer-deutschland/ostbeauftragter-ueber-afd-waehler-nach-30-jahren-nicht-in-der-demokratie-angekommen-17363632.html#void, Zugriff am 01. 09. 2021.
42Kritisch ist zudem die von Koppetsch (2018) eingeführte Verwendung des »Othering-Begriffs« für diesen Sachverhalt zu sehen. Said (2003), auf den sie sich bezieht, verwendet das Othering-Konzept, um rassistische Denk- und Handlungsmuster aufzudecken und zu benennen.
43https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-uebersicht-hasskriminalitaet-entwicklung-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=2, Zugriff am 01. 09. 2021.
44https://www.rnd.de/politik/seehofer-zu-extremistischen-straftaten-es-gibt-klare-verrohungstendenzen-in-unserem-land-CQLMTJ6ISL5LCS7WXUTNL7EH6M.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
45https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/, Zugriff am 01. 09. 2021.
46https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/ulbrich-halle/, Zugriff am 01. 09. 2021.
47https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/beatrix-von-storch-afd-vizechefin-will-polizei-sogar-auf-kinder-schiessen-lassen-14044186.html, Zugriff am 01. 09. 2021.

6 Jugend und Rechtspopulismus

Im Kapitel »Jugend und Rechtspopulismus« werden wir der Frage nachgehen, warum Jugendliche potenziell gefährdete Adressat:innen rechter Ideologien sind und wie biografische Konstellationen Einstiegsprozesse in die rechte Szene begünstigen, um dann verschiedene Teilbereiche zum Thema Jugend, rechte Orientierungen und Rechtsextremismus zu beleuchten. Zum einen geht es dabei um die jugendkulturell bedeutsame rechtsextreme Szene und zum anderen um die Verbreitung rechter Einstellungen in der gesamten jugendlichen Bevölkerung.

Der spezielle Blick auf die Jugendphase soll nicht den Eindruck vermitteln, rechte Orientierungen wären nur in dieser Lebensphase bzw. dieser gesellschaftlichen Gruppe ein Problem (Zick, Berghan & Mokros 2020; Rippl 2005). Gerade die Entwicklungen des Rechtspopulismus der letzten Jahre haben gezeigt, dass rechtsextreme Ideologien bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind (▶ Kap. 5). Die Betrachtung der Jugendphase ist aus mindestens zwei Gründen relevant. Einerseits ermöglicht der Blick auf die Jugend in gewisser Weise einen Blick in die Zukunft, wenn man davon ausgeht, dass Wertewandel durch intergenerationale Prozesse stattfindet und die junge Generation von heute die Eltern von morgen sind. Andererseits gilt die Adoleszenz als prägende Lebensphase – Einstellungen, die in der Kindheit und der Jugend erworben werden, sind über die gesamte Lebensspanne von Bedeutung.

6.1 Jugend als gefährdete Phase

Die Jugend ist eine Lebensphase, die von Umbrüchen, Neuorientierung und Identitätsfindungsprozessen gekennzeichnet ist (Rippl, Seipel & Kindervater 2021). Für die politische Sozialisation wird die Adoleszenz als performative Lebensphase gesehen, in der politisch relevante Prägungen erworben werden – dazu gehören Werthaltungen und politische Grundorientierungen, die zum Teil eine hohe Stabilität im Lebensverlauf zeigen (Meeusen & Dhont 2015; Degner & Dalege 2013). Ein besonderer Orientierungsbedarf besteht, wenn diese Phase des biografischen Umbruchs zugleich von gesellschaftlichen Umbrüchen und Veränderungen begleitet wird. Die These einer »doppelten Orientierungskrise« hat Heitmeyer (1987; Heitmeyer et al. 1992) in seinen einflussreichen Studien zum jugendlichen Rechtsextremismus in Zeiten zunehmender Individualisierung bereits in den 1990er Jahren formuliert. Diese These besitzt heute angesichts beschleunigter gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und veränderter Kommunikationswelten weiterhin eine hohe Aktualität. Aus dieser

Konstellation lässt sich die Jugendphase als Zeitraum einer besonderen Empfänglichkeit für rechtsextreme Einstellungen benennen. Zum einen stellen rechtsextreme Einstellungen eine Provokation für das persönliche und das gesellschaftliche Umfeld der Jugendlichen dar und können damit dem jugendtypischen Wunsch nach Abgrenzung und Identifikation dienen, zum anderen bieten die binären Codes, die in rechten Weltbildern angeboten werden (gut vs. böse, schwarz vs. weiß, oben vs. unten, innen vs. außen), klare Orientierungsrahmen in einer Zeit, in der Orientierung durch steigende Komplexität, Wandel und Offenheit schwierig erscheint. Auch der Wechsel wichtiger Referenzgruppen in der Jugendphase[48] mit einer schwindenden Relevanz der Eltern bedeutet eine Phase der Neuorientierung, in welcher sich mit dem steigenden Einfluss neuer Bezugsgruppen potenzielle Einfallsbereiche für rechte Orientierungen öffnen. Hierbei sind junge Männer in ihrer Suche nach einer männlich-erwachsenen Rollenidentität als Gruppe mit einer besonderen Empfänglichkeit zu benennen. Sie werden in der Phase der Identitätsfindung in besonderem Maße von der Idealisierung der Männlichkeit in rechten Ideologien angesprochen. Familial vorgelebte Dominanzverhältnisse zwischen Männern und Frauen begünstigen die Hinwendung zu Kontexten, die Dominanz und Stärke versprechen. Die Auflösung traditioneller Geschlechterrollen führt gerade in dieser Gruppe zu einer starken Verunsicherung. In rechten, patriarchalisch-geprägten Milieus wird darauf mit einer verstärkten Hinwendung zu Tradition, einer klaren Geschlechterordnung und martialischem und zum Teil gewaltverherrlichendem Auftreten reagiert (▶ Kap. 7 zum Zusammenhang von Geschlechterrollen und Rechtsextremismus).

Konkret werden Jugendliche von rechten Angeboten im Kontext jugendkultureller Alltagspraktiken erreicht – dabei sind identitätsstiftende Freizeitaktivitäten wie Musik oder Sport typische Berührungspunkte. Der Wunsch, sich in einer Phase der Ablösung und Identitätsbildung provokativ zu verhalten und sich von der Kultur des Mainstreams oder der Eltern abzugrenzen, bietet besondere Einstiegsoptionen.

Die Befunde verschiedener Studien (Fahrig 2020; Möller & Schumacher 2007a; 2007b; Hafeneger & Becker 2007; Heitmeyer et al. 1992; Hopf et al. 1995; Sigl 2018) sprechen dafür, dass der Einstieg in rechte Subkulturen meist ohne klaren politischen Hintergrund erfolgt, die Verknüpfung findet im vorpolitischen Raum statt. Hinsichtlich der begünstigenden Faktoren auf individueller Ebene spielen negative Sozialisationserfahrungen in der Familie und der Schule oder der Ausbildung eine bedeutende Rolle. Im familialen Zusammenhang rechtsextremer Jugendlicher finden sich oft dominante, emotionsarme Vaterfiguren oder abwesende Väter, Erfahrungen von Härte oder gar Gewalt in der Erziehung sowie entfremdete Beziehungen zu den Eltern (Fahrig 2020; Hohnstein & Greuel 2015; Rieker 2007; Heitmeyer et al. 1992; Hopf et al. 1995). Fahrig (2020, S. 381 ff.) weist darauf hin, dass die Familie in ihrer sozio-emotionalen Funktion von besonderer Bedeutung ist. Dabei ist ein strenger Erziehungsstil oder die vermittelten politischen Inhalte von geringerer

Bedeutung, relevant ist die Qualität der emotionalen Bindung, die es ermöglicht, jugendspezifische Probleme in der Familie zu verarbeiten bzw. (im negativen Fall) diese in potenziell problematische Bezugsgruppen zu verlagern. In schulischen oder Ausbildungskontexten wiederholen sich oftmals problematische Beziehungsmuster und Anerkennungsdefizite. Cliquen helfen dabei, diese problematischen Alltagserfahrungen in der Schule oder der Familie zu kompensieren – dabei spielen Anerkennung, Zusammenhalt und positive gemeinsame Erlebnisse eine wichtige Rolle. Soziale Aspekte der Gruppenzugehörigkeit sind meist die relevante Einstiegsmotivation, wobei bereits vorhandene fremdenfeindliche Einstellungen und die Konkurrenz zu anderen Gruppen im Umfeld der Jugendlichen eine ergänzende Rolle spielen können (Möller & Schumacher 2007a; 2007b). Der Aufbau manifester und verfestigter Einstellungen erfolgt dann erst später, wobei eine engere ideologische Verankerung nicht zwangsläufig stattfindet (Fahrig 2020; Möller & Schumacher 2007a; 2007b). Ein problematischer familiärer Hintergrund ist nicht immer vorhanden, wenn rechte Bezugsgruppen wichtig werden. Auch bei funktionierenden familialen Kontexten, in denen keine rechten Orientierungen von den Eltern vertreten werden, ergeben sich Konstellationen, in denen die Hinwendung der Jugendlichen zu rechten Orientierungen erfolgen kann – diese fungieren dann eher als Abgrenzung oder Provokation im Prozess jugendlicher Identitätsbildung, die dann oftmals eine zeitlich begrenzte Phase darstellen. Der Ausstieg aus der rechten Szene ist vor dem Hintergrund funktionierender Beziehungen in der Familie entsprechend wahrscheinlicher. Ein weiterer Weg in die Szene führt über familiale Kontexte, die selbst ein entsprechendes Gedankengut kultivieren oder Teil der rechten Szene sind. Hier führen nicht Freundschaften oder Peers in ein entsprechendes Umfeld ein, sondern der funktionierende familiale Kontext ist selbst der Hintergrund der Entwicklung rechter Einstellungen oder gar der Rekrutierung für die Szene – ein extremes Beispiel ist die Szene der völkischen Siedler – das sind völkische Gemeinschaften, die ihre Kinder gezielt im Geiste der rechten Ideologien sozialisieren (Schmidt 2014).

Insgesamt muss man davon ausgehen, dass sich die in der Phase der politischen Identitätsbildung erworbenen politischen Orientierungen in den überwiegenden Fällen nicht einfach wieder verlieren. Die politischen Grundorientierungen bleiben auch im Erwachsenenalter von Bedeutung – auch wenn Veränderungen im Lebensverlauf, wie Partnerschaften und Familiengründungen, die Salienz oder Militanz der politischen Haltungen verändern (Hohenstein & Greuel 2015).

Der Kontext jugendlicher Sozialisation hat sich vor dem Hintergrund der expandierenden Rolle sozialer Medien und des Internets im letzten Jahrzehnt rapide verändert – es ist die Rede von mediatisierten Lebenswelten (Hoffmann 2018) – die digitale Welt verschmilzt mit der »realen« Welt. Damit verbunden ist eine deutliche Veränderung der Sozialisationsbedingungen Jugendlicher. Das Internet und die Interaktionen, die dort stattfinden, nehmen eine bedeutende

Rolle ein für die Selbstpräsentation, die Interaktion oder die Informationsbeschaffung – all diese Aspekte sind relevant für die jugendliche Identitätsentwicklung und die politische Sozialisation. In der Kommunikationslogik des Internets ergeben sich z. B. über Musik- oder Gaming-Plattformen und damit verknüpfte Inhalte – eventuell völlig zufällig – Berührungspunkte, die einen Zugang zu potenziell rechtsextremen Inhalten eröffnen, der in der analogen Welt nicht ohne weiteres möglich war. Die Beschaffung z. B. rechtsextremer Musik war in analogen Zeiten nur über Kontakte in die Szenen erreichbar. Die Möglichkeiten der Verbreitung und Mobilisierung, die der Rechtsextremismus heute über die sozialen Medien nutzen kann (▶ Kap. 8), geht weit über die eingeschränkten Möglichkeiten der Vor-Internet-Zeit hinaus – auch hier sind es besonders Jugendliche mit ihrer hohen Internetaffinität, die potenziell Berührungspunkte haben.

Dementsprechend sind Form und Inhalte sozialer Medien relevante Größen jugendlicher politischer Sozialisation. Rechte Akteur:innen nutzen diese veränderte Konstellation gezielt für ihre Netzstrategien (▶ Kap. 8). Ipsen, Wörner-Schappert und Eisentraut (2017) zeigen beispielhaft anhand der Strategien der Identitären Bewegung (vgl. zur Identitären Bewegung allgemein ▶ Kap. 5) und der rechten Rap-Szene, wie jugendliche Lebenswelten gezielt erreicht werden. Die Identitäre Bewegung knüpft mit ihren Aktionsformen, mit der ausgewählten Musik und der Inszenierung ihrer Netzbeiträge, an die Ästhetik aktueller Jugendkulturen an, inszeniert sich positiv als Retter deutscher Identität, ohne offen an rechtsextreme Diskurse oder Symboliken anzuschließen und erreicht Jugendliche in vorpolitischen Räumen mit einfachen positiven Identitätsangeboten vermittelt durch Botschaften wie: »Wir als Gemeinschaft, als Beschützer deutscher Kultur ...«. Eine andere Zielgruppe hat die rechte Musikszene. Sie setzt mit Tabubrüchen, martialischem Auftreten und der Verherrlichung von Gewalt eher auf Provokationen und Abgrenzungen, was besonders männliche Jugendliche anspricht. Beide Inszenierungen fügen sich in unterschiedlicher Weise in jugendliche Bedürfnisse nach Identität.

> »Ein ›cooles‹, provokantes Musikvideo oder als Abenteuer inszenierte Aktionen, welche an bekannte Bildkompositionen der Protestkultur anknüpfen, haben aufgrund ihrer Anschlussfähigkeit an jugendliche Lebenswelten nicht bloß eine hohe Chance auf viele Likes, Shares und Kommentare, sondern verringern auch die Einstiegsschwelle zur aktiven Beteiligung durch ihr modernes Gewand« (Ipsen et al. 2017, S. 32 f.).

6.2 Wandel des jugendkulturellen Umfeldes

Der Rechtsextremismus hat sich modernisiert und diversifiziert und dies wird auch im jugendkulturellen Umfeld spürbar. In den 1990er Jahren prägten äußerlich gut erkennbare jugendkulturelle Szenen den jugendlichen Rechtsextremismus – die Skinheads mit ihren Bomberjacken, Springerstiefeln und Glatzen waren das prototypische Bild, das bis heute die Wahrnehmung des

Rechtsextremismus prägt, obwohl sich dieses Erscheinungsbild stark gewandelt hat (Schedler 2016; Möller & Schumacher 2007a; Steiner 2017). In Ostdeutschland spricht man von den »Baseballschlägerjahren«[49], wenn die Rede vom Anfang der 1990er Jahre ist, einer Phase nach der Wende, in der die rechtsextreme Szene in vielen Regionen jugendliche Erlebnisräume durch ein dominantes, gewaltsames Auftreten prägte. Das äußere Auftreten der Szene hat sich in den letzten 30 Jahren in Ost und West zwar gewandelt, ideologisch hat sich aber wenig verändert – hier ist die Szene weiterhin fest verankert in völkischen Ideen, häufig mit klaren Referenzen zum Nationalsozialismus. Dies ist äußerlich erkennbar an der Symbolik, die in der Kleidung oder den Tattoos bis heute sichtbar ist, häufig in modisch abgewandelten Formen; so wird das Hakenkreuz »verdeckt« (vor strafrechtlicher Verfolgung) unter der Abkürzung HKN KRZ, nordische Runen (oder modifizierten Formen), die auch in der NS-Zeit Verwendung fanden, wie z. B. die S-Rune, die Wolfsangel oder die schwarze Sonne oder Varianten der Reichsfahne werden weiterhin genutzt. Die Identitäre Bewegung verzichtet auf explizite Bezüge zum Nationalsozialismus in ihrer Symbolik – sie verwendet das gelbe Lambda als Erkennungszeichen (▶ Kap. 5.2.1). Die Kleidung und die Musik sind wichtige Bezugspunkte zur Stärkung der eigenen Identität in der jugendlichen Szene (Steiner 2017). Auch hier lässt sich der Trend zur Modernisierung nachzeichnen. Die Autonomen Nationalisten, eine jugendkulturell geprägte Gruppierung aus dem Feld der rechten Kameradschaften[50], orientiert sich explizit am revolutionären Auftreten der politisch linken Autonomen. Sie kopiert und modifiziert Slogans in jugendaffinem Englisch (z. B. »Fight the system – fuck the law«) – eigentlich verpönt unter traditionellen Nazigruppen. Ebenso kopiert werden Aktionsformen der linken Antifa wie z. B. »Schwarze Blöcke«[51] (Schedler 2016, S. 350). Sehr deutlich wird die Modernisierung an der Symbolfigur des »Nipsters« (Wortschöpfung aus Nazi + Hipster). Hier wird ganz gezielt modisch an die Mainstream-Jugendkultur, den sogenannten »Hipster«, angeknüpft – sichtbar an Accessoires wie dem Hipsterbart, den Turnschuhen und mit ironischen Sprüchen bedruckten T-Shirts oder Jutebeutel wie z. B. »Organic Germanic«. Die Identitäre Bewegung betreibt ein regelrechtes »Merchandising«, so findet sich im Shop »Phalanx Europa« Markenkleidung im »identitären Stil«, die Anleihen bei linken und alternativen Labels nimmt. In identischem Design wird der Slogan »Refugees welcome« zu »Islamists not welcome« auf Hoodies gedruckt. Auch unter der Marke »Thor Steinar« werden Lifestyleprodukte von Schmuck über die Badesandale bis zur Unterhose als Merchandising vertrieben. Damit findet nebenbei auch eine Kommerzialisierung und Normalisierung von rechten Narrativen statt (Miller-Idriss 2018). Die Online-Vermarktung führt zu einer weiteren Öffnung und Verbreitung rechter Narrative. Einige Käufer:innen wissen gar nicht genau, was die Symbole bedeuten, die sie tragen (Miller-Idriss 2018). Selbst im Sortiment großer Vermarkter, wie z. B. von Urban Outfitters, finden sich inzwischen Symbole der Rechten. Die Modekette Mango verzierte eine Bluse mit Runen in Form von Blitzen, die der S-Rune der SS ähnelten

(Miller-Idriss 2018).

Rechte Symbolik diffundiert in den Mainstream, rechte Kleidung ist kaum unterscheidbar von anderen Marken. Bogerts und Fielitz (2019) verweisen auf die Modernisierung der Symbolik der rechten Szene am Beispiel des Internets. So ist die Bildsprache (in Form von Memes) kreativer und ironischer geworden und orientiert sich an der modernen Jugendkultur. Diese Bildsprache kommt harmlos, lustig und ironisch rüber und lehnt sich an die aktuellen visuellen Gewohnheiten an – nebenbei werden menschenfeindliche und völkische Inhalte transportiert. Auch hier setzt die Strategie im vorpolitischen Raum bei alltäglichen Praxen an, scheinbar »lustige« Memes mit scheinbar unpolitischer Botschaft infiltrieren jugendkulturelle Bereiche und tragen zur Normalisierung und Verbreitung rechter Inhalte bei. Ein Beispiel ist ein Foto mit Bananen, wovon eine schwarz ist, mit der Überschrift: »Menschen sind wie Bananen, keiner mag die Schwarzen« oder das Logo von Jurassic Park verändert in »Islamic Park«, mit der Unterschrift: »die Invasion begann 2015«.

Auch in der Musikszene lassen sich diese Modernisierungstrends feststellen. Neben dem bekannten Neonazi-Rechtsrock, der in der rechten Musikszene weiter eine zentrale Rolle einnimmt, gibt es inzwischen auch rechten Hip Hop.[52] Sehr bekannt wurden in diesem Zusammenhang Makss Damage, bürgerlich Julian Fritsch, der als Pionier der Szene gilt oder die identitären Rapper Chris Ares (Christian Zloch) und Komplott (Patrick Bass). Beliebt in der identitären Szene ist der sogenannte »Neofolk«. Hier gibt es kein martialisches »Nazigehabe«, sondern dunkle, nachdenkliche Musik von Bands wie »Jännerwein«.[53] Neben der weiterhin bedeutsamen Szene des Rechtsrocks mit bekannten Bands wie Blitzkrieg oder Stahlgewitter zeigt sich auch hier eine Ausdifferenzierung entsprechend dem jugendkulturellen Mainstream (Raabe 2017). Ähnlich wie in der Jugendkultur allgemein existieren auch hier einschlägige Festivals und Konzerte, wie das »Schild & Schwert-Festival« in Ostritz (Sachsen) oder das Rechtsrockfestival in Themar (Thüringen).[54]

Auch der Sport kann als vorpolitischer Türöffner in die rechte Szene fungieren.

> »Innerhalb dieser Erlebniswelten werden den Anhängern attraktive Identitätsangebote gemacht, die gleichzeitig eine Abgrenzung in Form von Feindbildern ermöglichen. Gerade Mannschaftssportarten mit großer Breitenwirkung wie der Fußball bieten sich an, um die sportlichen Konzepte von Konkurrenz und Teamgeist in nationalistische, ethnopluralistische oder gar rassistische Bahnen zu lenken« (Geisler & Gerster 2016, S. 479).

So ergeben sich vorpolitische Zugänge im Vereinssport, der mit nationalistischen Ideen unterwandert werden kann. Auch die Körperlichkeit und die »Freund-Feind«-Attitüde gegenüber Gegnern bietet Anschlussstellen. Die Fanszenen einiger Fußballclubs zeigen enge Verstrickungen in rechte Hooligan-Szenen (Claus 2017), die Gewaltbereitschaft ist ihr Markenzeichen, der Kampf gegen Hooligans anderer Vereine ein Ritual – diese »Kultur« wird

zunehmend professionalisiert durch eine Verschränkung mit der Kampfsportszene (Claus 2018, ▶ Kasten 13). Diese sind Eintrittsfelder für junge Männer aus der Fußball-Fanszene, die sich von Kampf- und Männlichkeitsritualen angezogen fühlen. Zudem bieten die Fußball-Arenen eine große Öffentlichkeitswirkung, wenn dort homophobe oder rassistische Gesänge oder Nazi-Symbole verbreitet werden, wird bei TV-Übertragungen ein potenziell großes Publikum, eventuell sogar bundesweit, erreicht. Rechte Provokationen verbreiten sich auch auf diesem Weg.

Schedler (2016) konstatiert in der rechten Szene heute einen Mix aus verschiedenen Stilen – von an linkem Auftreten angelehnter Symbolik bis zum traditionellen Neonazi-Outfit. Gerade der am Mainstream angelehnte Kleidungsstil ermöglicht es, sich im Umfeld der rechten Szene zu bewegen, ohne in seinen sonstigen Netzwerken als »Nazi« ausgegrenzt zu werden. Eine ähnliche Diversifizierung zeigt sich in den Organisationsformen: Kundgebungen, Demonstrationen oder Flashmobs gehören heute zum zugkräftigen Inventar, das einfacher als parteiförmige Aktionen mit jugendkulturellen Aktionsformen zu verbinden ist.

Kasten 13:
Der extrem rechte Kampfsportboom

»Neben gewaltaffinen Spektren der Fußballfanszenen und rechter Musikkultur haben sich Teile der Kampfsportwelt zum dritten Standbein einer erlebnisorientierten Rekrutierung der extrem rechten Szene entwickelt. Dabei geht die Kommerzialisierung des Kampfsportes in der extremen Rechten Hand in Hand mit der Professionalisierung des rechten Hooliganismus. Demzufolge beweist auch die extrem rechte Szene wieder einmal, dass sie fähig ist, mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt zu halten, ihre Methoden und Strategien weiter zu entwickeln.

Nicht zuletzt wird durch die geschilderten Entwicklungen und Organisationen auch der Grad an Gewaltkompetenz in der Szene enorm gesteigert. Diese umfasst mehrere Aspekte: Durch Globalisierung und Migration hat sich der Kampfsportmarkt ausdifferenziert, verschiedene Disziplinen zusammengeführt. Die Fähigkeit, unterschiedliche Kampftechniken (semi-)professionell zu trainieren und anzuwenden, steigert auch die Fähigkeiten im politischen Straßenkampf. Dies geht einher mit einer bewussteren Lebensführung und Ernährung in Teilen der Szene. Folgerichtig hat der NS-Straight-Edge-Flügel großen Einfluss im extrem rechten Kampfsport, Selbstdarstellungen und Labelgründungen zeugen davon.

Zu alledem hat sich die Szene – im Zusammenspiel mit dem rechten Teil der Hooliganszene – unterschiedliche Gewaltformate erschlossen. Denn die Gewalt wird nicht nur bei Fußballrandalen angewandt, sondern auch bei Gruppenkämpfen – in der Szene als ›Ackermatches‹ bekannt, im

organisierten Einzelkampfsport sowie in sog. Teamfights, wo mehrere Kämpfer im Ring gegeneinander antreten. Letzten Endes haben sich Teile der Szene aus Neonazis und extrem rechten Hooligans von Straßenschlägern zu semiprofessionellen, international organisierten Kampfsportnetzwerken weiterentwickelt«.

Quelle: Claus 2018, ohne Seitenangabe.

Vorpolitische Räume

Die Strategie der Neuen Rechten metapolitisch zu wirken, kapert gezielt diese vorpolitischen Räume (▶ Kap. 3.2) und trifft besonders bei Jugendlichen auf Personen, die potenziell offen und empfänglich für die gemachten Identitätsangebote sind und sich zudem noch wenig gefestigt und kompetent in den medialen Informationsräumen bewegen. In dieser Konstellation haben rechte Akteur:innen gute Möglichkeiten, Jugendliche in vorpolitischen Räumen zu erreichen und diese subtil mit ihren Inhalten in Kontakt zu bringen – so ist der Ethnopluralismus der Identiären Bewegung verpackt in Musik oder Memes für Jugendliche nicht direkt als rechtsextremer Inhalt erkennbar. Der Kontakt mit rechtsextremen Inhalten findet über die anfänglich mehr oder weniger zufällige Begegnung in Bereichen wie Musik, Sport oder popkulturellen Aktionen statt. Die mediale Infrastruktur wirkt dabei heute als wichtiger Verstärker. Auf YouTube, Spotify oder Deezer finden sich Rechts-Rock-Playlists oder auch rechte Hip Hopper, verknüpft mit ähnlichen Nachrichtenkanälen oder anderen ähnlichen Inhalten. Wer z. B. gerne Musik von Rammstein hört, bekommt eventuell Rechtsrock als nächste Wahl vorgeschlagen. Die Strategie der NPD der 2000er Jahre mit der Verteilung von Musik-CDs auf Schulhöfen, erscheint vor dem Hintergrund der Möglichkeiten und der Reichweite sozialer Medien heute geradezu harmlos. Über (scheinbar) unpolitische Einstiegsthemen wie Musik oder Sport gelingt die Verbreitung von Inhalten in ideologisch offene, unpolitische Jugendszenen. Gruppierungen wie die Identitäre Bewegung inszenieren sich bewusst als eine scheinbar moderate Gruppierung mit coolen Aktionen – eine »hippe Bewegung« mit eigener Biermarke und Kleidung. Über die Ansprache in vorpolitischen Räumen gelingt es, zum einen Jugendliche für die Szene zu rekrutieren und zum anderen rechte Narrative in breiteren Bereichen der Jugendkultur zu verbreiten und zu normalisieren.

6.3 Die Verbreitung rechter Einstellungen in der jugendlichen Bevölkerung

Neben rechtsextremen Aktivitäten in Netzwerken oder Szenen sind rechte

Einstellungen unter Jugendlichen von Interesse. Nicht jede Einstellung fügt sich in ein geschlossenes Weltbild oder führt zu konkretem Handeln oder gar zu einer Vernetzung in der rechten Szene. Wirksam und relevant ist die Verbreitung rechter Narrative unter Jugendlichen dennoch – als ideologische »Unterströmung«, die die öffentlichen Diskurse unmerklich nach rechts verschiebt und normalisiert.

Verschiedene Faktoren wirken auf eine Verbreitung rechter Einstellungen in der jugendlichen Bevölkerung ein. Auf der »Angebotsseite« haben sich in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen deutlich verändert – es hat, wie gerade dargelegt, eine Modernisierung im Bereich der rechten Akteur:innen stattgefunden, maßgeblich verbunden mit dem zunehmenden Einfluss der sozialen Medien. Im Umfeld des Aufstiegs der AfD (▶ Kap. 5) hat zudem die Präsenz verschiedener »neuer« Akteur:innen, wie der Identitären Bewegung, Pegida, rechter Social Media-Kanäle und damit die Verbreitung entsprechender Narrative zugenommen. Dies manifestiert sich in den Wahlerfolgen der AfD. Auf der »Nachfrageseite« spielen veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen eine Rolle, die potenziell Orientierungskrisen und Verunsicherungen auslösen, dazu zählt die Beschleunigung des sozialen Wandels und eine Vervielfältigung von Lebensweisen (ausführlicher hierzu ▶ Kap. 4). Diese Faktoren gelten als Verstärker rechter Orientierungen. Im längerfristigen Zeitverlauf spielen zudem Aspekte einer veränderten Sozialisationspraxis eine Rolle, die die Empfänglichkeit für rechte Einstellungen verstärken oder aber diese behindern. Die veränderten Erziehungspraxen, hin zu einer weniger autoritären und stärker partizipativen Sozialisation innerhalb der Familien, haben langfristig seit 1945 zu einer Abnahme von autoritären Haltungen und Empfänglichkeiten in Deutschland geführt (Lederer & Schmidt 1995). Ebenso hatte die Bildungsexpansion positive Effekte (Rippl 2006). Diese Faktoren bremsen potenziell die Entwicklung rechter Orientierungen. Die genannten Faktoren weisen teilweise in unterschiedliche Wirkrichtungen – so könnten Sozialisations- und Bildungseffekte die Wirkung der Orientierungskrise puffern, neue Akteur:innen wiederum zu einer Zunahme beitragen.

Betrachtet man die Entwicklung empirisch, so belegt eine Vielzahl von Studien einen Rückgang autoritärer und fremdenfeindlicher Einstellungen in den letzten 50 Jahren, wobei die jüngste Kohorte jeweils das geringste Ausmaß rechter Orientierungen zeigt (Zick, Berghan & Mokros 2020; Rippl 2005; Lederer & Schmidt 1995). Auch die Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt für die jüngere Vergangenheit einen Rückgang rechtsextremer Einstellungen (Decker & Brähler 2006; 2020; Decker, Kiess & Brähler 2014) in allen Teildimensionen des Rechtsextremismus. Diese Entwicklungen auf der Einstellungsebene belegen, dass es keine prinzipiell gestiegene Empfänglichkeit der jungen Kohorte für die Übernahme rechtsextremer Einstellungen in den letzten Jahren gegeben hat – trotz der entwicklungsspezifischen »doppelten Orientierungskrise« (Heitmeyer 1987), den veränderten Rahmenbedingungen mit dem Aufstieg der AfD und der Zuwanderung von Geflüchteten von 2015 (▶

Tab. 7).

Tab. 7: Sechs Dimensionen des Rechtsextremismus nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)

	[illegible]
	[illegible]
[illegible]fürwortung Diktatur	[illegible]
[illegible]uvini[illegible]	[illegible]
[illegible]ndenfeindlichkeit	[illegible]
[illegible]semi[illegible]	[illegible]
[illegible]ialdarwinismus	[illegible]
[illegible]rharm[illegible]	[illegible]

Auch die Shell-Jugendstudie 2019 konstatiert bei »nur« neun Prozent der Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren ein »nationalpopulistisches« Weltbild. Damit gemeint ist eine Form von Politikverdrossenheit und der Wahrnehmung, »das Volk« stände einem »Establishment« gegenüber, verbunden mit nationalistischen und ethnozentrischen Einstellungen (Schneekloth & Albert 2019). Einem Anteil von 24 Prozent werden populistische Haltungen attestiert, 39 Prozent hingegen gelten als weltoffen oder kosmopolitisch.

Diese Befunde erscheinen widersprüchlich angesichts der Wahlerfolge der AfD. Aber trotz im langfristigen Verlauf abnehmender bzw. stagnierender rechter Orientierungen haben sich die Rahmenbedingungen verändert, die die Sichtbarkeit und Wirksamkeit rechter Narrative erhöhen. Die Gelegenheitsstrukturen für die öffentliche Äußerung rechter Haltungen haben sich verbessert, auch durch die zunehmende Bedeutung sozialer Medien und deren Potenz, vergleichsweise kleinen Akteur:innen große Wirkung zu verschaffen. Dies wird in der gestiegenen Präsenz rechter Narrative im Netz und deren Einfluss auf die digitale und analoge Öffentlichkeit und Politik deutlich sichtbar.[55] Latent vorhandene Einstellungen, die in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet sind, wie menschenfeindliche Einstellungen, liefern Anschlussstellen und können als Bindeglied für weitere rechte Haltungen fungieren – die damit verbundene Sichtbarkeit und die erzeugte Resonanz hat Folgen auf der Handlungsebene. So erreichten rechtsextreme Gewalttaten 2016 – trotz stagnierender Werte auf den Einstellungsebenen – einen Höhepunkt[56] (▶ Kap. 5.4.1). Ebenso sind die Resonanzräume, in deren Kontext rechtsextreme Terroranschläge von München 2016, Kassel 2019, Halle/S 2019 und Hanau 2020 entstehen, in den weiteren Kontext dieser Entwicklung einzuordnen.

Deutliche Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen

Ein Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen zeigt in fast allen Teilbereichen des Rechtsextremismus deutlich höhere Werte bei ostdeutschen

Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vergleich zu ihren westdeutschen Altersgenoss:innen (▶ Tab. 8). Die heute 14 – 30-jährigen Ostdeutschen sind nach der Wende geboren und im vereinten Deutschland aufgewachsen – dennoch unterscheiden sich die Lebenswelten und Orientierungen der Jugendlichen voneinander. Deutlich häufiger als in Westdeutschland finden sich jugendliche Subkulturen, die von rechtsextremen Akteur:innen dominiert werden.[57] Der Rechtsextremismus hat in Ostdeutschland seit der Wende nicht nur in der Jugendkultur eine dominantere Rolle gespielt, als dies in Westdeutschland der Fall war. Relevant für diese Entwicklung sind verschiedene Faktoren, wie das politische Vakuum, das nach der Wende entstand. Das in der DDR totgeschwiegene Problem Rechtsextremismus kam an die Oberfläche (Poutrus, Behrends & Kuck 2000; Rippl 2019) – die Ereignisse von Rostock Lichtenhagen[58] 1992 oder Hoyerswerda 1991, die von der anwohnenden Bevölkerung beklatschten Übergriffe auf Asylunterkünfte, sind ein bundesweit wahrgenommenes Symptom dieser Lage. Kurz nach der Wende zählte das Innenministerium bereits eine höhere Anzahl an Neonazis im Verhältnis zur Bevölkerung als im Westen (Stöss 1994, S. 123), die Zivilgesellschaft war schwach und entpolitisiert und auch der Staat reagierte kaum repressiv, die Situation wurde eher verharmlost. Dies sind Rahmenbedingungen, die bis heute fortwirken (Rippl 2019). Die Elterngeneration der jugendlichen Ostdeutschen, die heute 40 – 60-Jährigen, sind in der DDR geboren und dort sozialisiert und erlebten in der Umbruchszeit der späten 1980er und 1990er (in den sogenannten Baseballschlägerjahren (Funke 2019) ihre Jugend – sie sind geprägt durch die Normalität einer rechten Jugendkultur. So findet sich bis heute in Ostdeutschland eine andere Situation als in Westdeutschland hinsichtlich der Akzeptanz rechter Haltungen in der breiten Bevölkerung, dies wird auch in den höheren Wahlergebnissen der AfD deutlich. Es gibt viele Regionen, in denen die AfD die stärkste oder die zweitstärkste Partei ist und die ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit quasi eine hegemoniale Sichtweise darstellt – in Sachsen erreichte die AfD 2019 bei der Landtagswahl landesweit fast 30 Prozent der Stimmen – in einigen Wahlkreisen mehr als 50 Prozent.[59] Besonders stark sind die Sympathien in der Gruppe der 40 – 60-Jährigen (Rippl 2020), also in der bereits erwähnten Elterngeneration der heutigen ostdeutschen Jugendlichen. Anders als im Westen stellen solche Haltungen häufiger keine Abweichungen dar, sondern finden eine breite Unterstützung. Fremdenfeindliche Einstellungen und dem »Wunsch nach einer starken Hand« wird in Ostdeutschland zivilgesellschaftlich nicht in allen Teilen der Bevölkerung entschieden entgegengetreten bzw. diese Haltungen werden in bestimmten Milieus zum Teil sogar befördert oder verharmlost. Die deutlichen Einstellungsunterschiede in allen Teildimensionen des Rechtsextremismus zwischen Ost und West in der Gruppe der 14 – 30- und der 31 – 60-Jährigen sind entsprechend deutlich (▶ Tab. 8).

Tab. 8: Rechtsextreme Einstellungen 2020 im Vergleich der Altersgruppen in Ost

und West

	31b-610 Jahre³		
Neo-NS-Ideologie			
Ostfürwortung einer rechtsautoritärer	18,5,7**		
West	2,0		
Ostisemitismus	5,8*		
West	3,9		
Oszialdarwinismus	4,6*		
West	1,8		
Ostharmlosung Nationaldarwinismus	3,8*		
West	2,8		
Ethnozentrismus			
Ohauvinismus	28,65**		
West	17,8		
Ostländerfeindlichkeit	32,3**		
West	15,0		

Auch wenn sich in Ostdeutschland nicht die Mehrheit der Bevölkerung rechten Orientierungen zuwendet, so ist zumindest ein Meinungsklima entstanden, dass solche Einstellungen toleriert und normalisiert.

6.4 Fazit

Die Jugendphase kann aufgrund spezifischer biografischer Faktoren als gefährdete Phase gelten. Verstärkt wird diese Situation durch spezifische gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen. Die veränderten Lebenswelten der Jugendlichen und die zunehmende Bedeutung sozialer Medien hat bessere Rahmenbedingungen für den Kontakt mit rechtsextremen Inhalten geschaffen. Neue Aktionsformen und lockere, informelle Organisationsstrukturen steigern die Mobilisierungskraft der rechten Szene. In den vorpolitischen Überlappungsbereichen von Rechtsextremismus und Jugendkultur können rechte Akteur:innen heute weitgehend ungefiltert ihre Propaganda verbreiten. Rechte Akteur:innen haben ihre Strategien dabei flexibel angepasst. Unkontrollierte Entwicklungen in den sozialen Medien und ein Mangel an politischer Bildung sind Faktoren, die beschleunigend wirken.

Allerdings leben die Jugendlichen in keiner abgeschlossenen Sphäre, vielmehr werden sie von dem allgemeinen gesellschaftlichen Klima beeinflusst. So zeigt sich der stärkere Zuspruch für rechts-autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen in der ostdeutschen Gesellschaft insgesamt deutlich in einer stärkeren Hinwendung der ostdeutschen Jugend zu solchen Weltbildern, als dies im Westen der Fall ist. In der Jugendphase lassen sich gesellschaftliche Entwicklungen in konzentrierter Form beobachten, die Jugendphase kann damit aus generationaler Sicht ein Brennglas zukünftiger Entwicklungen sein.

Endnoten

48Eine präzise Festlegung der Altersspanne wird kritisch hinterfragt – durch die zunehmende Flexibilisierung des Lebenslaufs bezüglich des Berufseinstiegs oder der Familiengründung wird die Jugend als Übergangsphase ins Erwachsenenalter als zeitlich ausgedehnt gesehen – sie erstreckt sich oft bis ins junge Erwachsenenalter hinein. Empirisch wird das deutlich an der Alterspanne, die in Jugendstudien Beachtung findet – so wird in der Shell-Jugendstudie die Spanne von 12 bis 25 Jahren herangezogen (vgl. Albert, Hurrelmann, & Quenzel 2019; vgl. ausführlicher zum Zusammenhang zwischen Lebenslauf und Sozialisation Corsten 2020, S. 3 – 129).
49So benannt nach den Neonazis, die u. a. mit Baseballschlägern in vielen Regionen den öffentlichen Raum dominierten. https://taz.de/Baseballschlaegerjahre-in-Ostdeutschland/!5642847/, Zugriff am 01. 09. 2021.
50Kameradschaften sind lose, informell und oft lokal organisierte Neonazi-Gruppierungen, die sich ab den 1990er Jahren verstärkt als Alternative zu parteiförmigen Organisationen mit formaler Mitgliedschaft entwickelten.
51Eine Aktionsform aus Teilbereichen der Antifa-Bewegung, die auf Demonstrationen durch ihre schwarze Bekleidung und Vermummung auffällt und häufig eine erhöhte Gewaltbereitschaft aufweist.
52Nicht unumstritten in der Szene, da der Hip Hop in seinen Wurzeln schwarze Musik ist (Radke & Staud 2014).
53https://www.deutschlandfunkkultur.de/musikgenre-neofolk-soundtrack-fuer-den-rechten-hipster.2156.de.html?dram:article_id=363130, Zugriff am 01. 09. 2021.
54Allein in Thüringen zählte die Landesregierung im Zeitraum 2018/19 23 Neonazi-Bands und 12 extrem rechte Liedermacher; 78 Neonazi-Konzerte und andere Veranstaltungen/Veranstaltungen mit Musikbeiträgen und rechnet den einzelnen Thüringer Bands und Liedermachern der extrem rechten Szene zwischen 2018 und 2019 mindestens 199 Auftritte in Thüringen und anderen Regionen zu, wie eine Anfrage der Linken im Landtag ergab. https://www.die-linke-thl.de/nc/themen/antifaschismus/detail/news/rechtsrock-floriert-weiter-12-neonazi-liedermacher-und-23-bands-in-thueringen-aktiv/, Zugriff am 01. 09. 2021.
55https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/monitoring-2017.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
56https://www.idz-jena.de/wsddet/wsd4-3/, Zugriff am 01. 09. 2021.
57Ein Beispiel ist das sächsische Grimma. Hier dominieren Neonazis und rechte Kräfte seit Jahren in verschiedenen Kontexten bis in die kommunale Politik. https://taz.de/Interview-Tobias-Burdukat/!164653/ und »Jugendarbeiter über Rechtsextremismus – Wir sind nicht mehr«. Tobias Burdukat, Jugendsozialarbeiter in Sachsen, kritisiert den Hashtag #wirsindmehr. Wer in linken Projekten im ländlichen Raum unterwegs ist, wisse: So ganz die Wahrheit ist das nicht. https://www.youtube.com/watch?v=wAVrEgzXaVM, alle Links: Zugriff am 01. 09. 2021.
58http://www.rostock-lichtenhagen-1992.de/, Zugriff am 01. 09. 2021.
59Vgl. Ergebnisse der Landtagwahlen 2019; https://www.mdr.de/sachsen/politik/wahlen/landtagswahl/landtagswahl-sachsen-wahlkreise100.html, Zugriff am 01. 09. 2021.

7 Frauen, Antifeminismus und Anti-Gender-Diskurse im Rechtspopulismus

Die Rolle der Frau und das patriarchalische Gesellschaftsmodell, Männlichkeitsdiskurse, Antifeminismus und Anti-Gender-Diskurse sind Themenfelder, die in verschiedener Form mit dem Thema Rechtspopulismus verknüpft sind (Hark & Villa 2015). Der Wandel der Geschlechterverhältnisse seit den 1970er Jahren wird als wichtige Ursache für den Rechtsruck thematisiert (Kaiser 2020; Sauer 2018) – die »weißen, alten Männer«, ihr patriarchales Weltbild und dessen Niedergang stehen symbolisch für diese Zuspitzung. Die Genderdebatte ist in diesem Kontext zu einem wichtigen ideologischen Mobilisierungsfeld der Rechtspopulist:innen geworden, die in vielschichtiger Weise aufgegriffen wird. Die Bezüge reichen bis hin zum Feld des Rechtsterrorismus, wo der Hass gegenüber Frauen und der Antifeminismus wichtige Hintergrundmotive darstellen. Der norwegische Rechtsterrorist Breivik macht in seinem Manifest die »Verweiblichung Europas« für den »Niedergang der weißen Rasse« verantwortlich (Kaiser 2020, S. 144) – auch die Attentäter von Halle/S 2019 oder Hanau 2020 zeigen sich frauenfeindlich –, in ihren öffentlichen Äußerungen finden sich explizite Ausführungen zum Feindbild der emanzipierten Frau und deren Rolle beim Niedergang Europas (Kaiser 2020).

Im ersten Teil der folgenden Ausführungen widmen wir uns der Frage, welche Rolle Antifeminismus und Anti-Genderismus in der rechten Ideologie spielen und wie die Thematik zur politischen Mobilisierung genutzt wird (▶ Kasten 14). Im zweiten Teil geht es dann um die Frage, welche Rolle Frauen in der rechten Bewegung spielen und was ihre Motive sind, trotz (oder wegen) der antifeministischen Programmatik, rechten Bewegungen zu folgen.

Kasten 14:
Antifeminismus – Anti-Genderismus

Es existiert keine klare begriffliche Trennung der Konzepte, zum Teil werden sie deckungsgleich verwendet. *Antifeminismus* ist eine »ältere« Begrifflichkeit, er richtet sich gegen die Emanzipation und die Gleichstellung der Frau und verficht ein klares traditionelles Familienbild und eine damit verbundene Rollenaufteilung. Anti-Genderismus beinhaltet eine ähnliche Stoßrichtung mit einer umfassenderen Perspektive. Er richtet sich gegen den konstruktivistischen »Genderbegriff«, der sich seit den 1990er Jahren in der Wissenschaft etabliert hat. *Anti-Genderismus* bekämpft ein Verständnis von Geschlecht, das Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität als »natürliche«, unveränderliche Tatsache infrage stellt. Dagegen werden

Vorstellungen einer »natürlichen« gesellschaftlichen und geschlechtlichen Ordnung vertreten, deren Veränderung (durch Gleichstellungsbemühungen) es zu verhindern gilt. Damit verbunden sind homo- und transfeindliche Diskurse. Während der Feminismus eher mit der Frauenbewegung verknüpft ist, stammt das Konstrukt »Gender« und Gender Studies aus dem Feld der Wissenschaft.

7.1 Der Wandel der Geschlechterverhältnisse – »Männlichkeit« unter Druck

Geschlecht, Sexualität, Männlichkeit und Weiblichkeit, die naturalisierte Aufteilung der gesellschaftlichen Rollen zwischen Männern und Frauen sind zentrale Kategorien im völkischen und rechtsextremen Denken mit weiten Überlappungsbereichen in den Konservativismus (Claus, Lehnert & Müller 2010). Stereotype Vorstellungen der Rolle von Männern und Frauen haben dabei eine lange Tradition. Im Nationalsozialismus spielen völkisch-biologistische Geschlechterkonstruktionen eine wichtige Rolle. Männerbünde, wie die Wandervogelbewegung und der Männlichkeits- und Heldenkult in der SS oder SA – sowie die Verherrlichung der Mutterrolle sind Ausdruck hierfür (Wagner 2008; Virchow 2010; Becker 2020). Ernst Jünger – bis heute eine wichtige Bezugsfigur rechten Denkens – idealisiert in seinen Schriften den Krieg und das männliche Heldentum z. B. in seinem bekannten Werk »In Stahlgewittern« (1920). Frauen werden in ihrer zugeschriebenen Rolle als Mutter im Dienst des Vaterlandes idealisiert (Lang 2015). Im Nationalsozialismus wird die Emanzipationsbewegung der Frauen zurückgedrängt. Die NSDAP legt in ihrer Programmatik fest, dass Frauen nicht in Führungspositionen der Partei gelangen können, diese Politik des Zurückdrängens der Frauen aus dem öffentlichen Leben in die Rolle als Hausfrau und Mutter wird nach der Machtergreifung forciert. Die Frauenbewegung gilt den Nationalsozialisten als eine Erfindung des »jüdischen« oder »marxistischen« Geistes. Becker (2020) zeigt, wie bei einer Vielzahl von Denkern, die in der neurechten Szene heute rezipiert werden, ein traditionelles, teils archaisches, heroisches Männlichkeitsbild stilisiert und als »natürlich« und frei von der Verweichlichung der modernen Welt verehrt wird. Das Pendant ist ein ebenso als »natürlich« gezeichnetes Frauenbild, mit Attributen wie Reinheit, Treue, Selbstlosigkeit und Mütterlichkeit. Bis heute spielt in vielen Teilbereichen der rechten Szene das Ideal »soldatischer Männlichkeit« eine Rolle. Virchow (2010) verweist auf die Selbstdarstellung rechtsextremer Männer als martialisch, kämpferisch, völkisch sowie die deutsche Familie schützend, wie sie in der rechtsextremen Skinheadszene oder der Rechtsrockszene sehr deutlich sichtbar wird. Höcke spricht 2015 in Erfurt davon, wieder »mannhaft« und »wehrhaft« zu werden.[60]

Ausgehend von der Frauenbewegung der 1970er Jahre hat sich das Gefüge und Rollenarrangement zwischen Männern und Frauen deutlich immer weiter gewandelt. Die Emanzipation der Frau wird in weiten Bereichen der Gesellschaft als Teil der Modernisierung akzeptiert. Dies ist konkret in Bildungserfolgen, einer steigenden Erwerbstätigkeit und Sichtbarkeit von Frauen und ihren Ansprüchen auf Gleichberechtigung in vielen Bereichen der Gesellschaft nachzuvollziehen. Parallel dazu haben Prozesse der Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt zu einer weiteren Verunsicherung männlicher Selbstbilder geführt, die Männer mit niedrigen Qualifikationen in den sich wandelnden und schrumpfenden Branchen des industriellen Sektors trifft. Im Zuge zunehmender Prekarisierung verlieren Männer der Unterschicht und der unteren Mittelschicht, ihre für sie selbstverständliche dominante Rolle als Familienernährer, zuständig für Einkommen, Schutz und Sicherheit von Frau und Kindern. Kimmel (2013) nutzt zur Beschreibung dieser Männer im amerikanischen Kontext das Bild des »angry white man«. Hiermit gemeint sind die Verlierer der Deindustrialisierungsprozesse, die besonders anfällig für die Re-Traditionalisierungsangebote des Rechtspopulismus sind und eine deutliche Affinität zum heroischen Männerbild der rechten Szene zeigen. Bezeichnend für den Backlash ist, so Kimmel (2013), dass Aggressionen sich nicht gegen den Vorgesetzten oder Chef oder das kapitalistische System richten. Der autoritäre Backlash zielt darauf, die traditionellen Verhältnisse und Hierarchien wiederherzustellen. »Die Demütigung durch den Chef ist erträglich und wird sogar erwartet, denn sie ist sein gutes Recht, weil er in der sozialen Hierarchie höher steht. Die Demütigung durch die eigene Frau wird als kränkend und ehrverletzend empfunden ...« (Kaiser 2020, S. 107), weil sie dem Mann hierarchisch untergeordnet ist. Aus der Sicht der zornigen weißen Männer besteht ein naturgegebener männlicher Anspruch auf Macht und Kontrolle. Kimmel (2013) spricht in diesem Zusammenhang von gekränkten Ansprüchen (aggrieved entitlement). Dieses hierarchische Arrangement einer »hegemonialen Männlichkeit«, in der Männer eine »patriarchale Dividende« erzielen, wie Connell (2005) es bezeichnet, steht durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und Bewegungen wie #MeToo massiv unter Druck (vgl. auch Gesterkamp 2018). Die gekränkten und daher »zornigen weißen Männer« richten ihre Aggressionen auf Frauen, Migrant:innen, Feminist:innen oder das sogenannte politische Establishment, das diese Entwicklungen verursacht hat. Klare Feindbilder sind erfolgreiche Frauen, Greta Thunberg ist hier ein Beispiel. Alte zornige Männer müssen sich von einer aus ihrer Sicht »kranken« und »altklugen« jungen Frau die Welt erklären lassen.

Im Zeitalter des progressiven Neoliberalismus, wie Nancy Fraser (2017a) es nennt (▶ Kap. 4), werden Diversität, Frauen- und Minderheitenrechte explizit gefördert, der Aufstieg von Frauen oder Angehörigen marginalisierter sozialer Gruppen wird sichtbar – sie werden von Männern, die einem hegemonialen Männlichkeitskonzept folgen, als illegitime Konkurrentinnen um Positionen wahrgenommen. Das meritokratische Leistungsideal neutralisiert die

traditionell männliche Selbstwahrnehmung als »stärkeres Geschlecht« und stellt das Weltbild traditionell denkender Männer und damit verbundene sexistische Rollenzuschreibungen in Frage. Rechtspopulistische Ideologieelemente bieten hier Anschlusspunkte, da dort essentialistische Konzepte von Geschlecht und naturgegebener Rollenverteilung vertreten werden. Ein klares Angebot, das gekränkte Selbstbewusstsein wiederherzustellen.

7.2 Gender als Feindbild und symbolischer Kitt rechter Bewegungen

Seit den 1990er Jahren ist im wissenschaftlichen Diskurs eine weitere Transformation von Geschlechterbildern im sogenannten Postfeminismus festzustellen. Sowohl das biologische als auch das soziale Geschlecht werden jetzt als soziale Konstruktionen verstanden, die Annahme der Zweigeschlechtlichkeit wird aufgelöst und durch das Konzept der Vielgeschlechtlichkeit ersetzt – öffentlich diskutiert und sichtbar gemacht in der LGBTIQ-Bewegung (Degele 2020). Im Fokus der rechtspopulistischen Angriffe, die unter den Labels »Genderismus« oder »Genderwahn« geführt werden, stehen diese neueren de-konstruktivistischen Genderdebatten (Maihofer & Schutzbach 2015) – diese werden als ein Angriff auf grundlegende traditionell binäre Konzepte einer »natürlichen Ungleichheit« gesehen. Dem Konzept der Vielgeschlechtlichkeit wird das biologisch begründete Konzept der Zweigeschlechtlichkeit entgegengesetzt. Der moderne Anti-Genderismus »propagiert eine scheinbar klare, stabile und unveränderbare Ordnung, deren Grundpfeiler voneinander unterscheidbare geschlechtliche Identitäten sowie die heterosexuelle Kleinfamilie sein sollen« (Schmincke 2018, S. 33). Es geht nicht mehr nur um die Vormachtstellung des Mannes, sondern grundlegender um ein Verständnis dessen, was als »normal« gilt. Im Zuge dieser Entwicklungen wurde der Genderbegriff immer stärker zum Feindbild rechtspopulistischer Bewegungen. Grzebalska, Kovats und Pető (2017) vertreten die These, dass der Genderdiskurs zu einem symbolischen Kitt (symbolic glue) der vielfältigen rechten Bewegungen wurde: »›gender‹ became an umbrella term for the rejection of the (neo)liberal order«. Kovats und Poim (2015) oder auch Kaiser (2020) weisen darauf hin, dass die Anti-Gender-Bewegung ein weltweites Phänomen ist, dabei geht es vordergründig, um die Zurückdrängung von Emanzipation und Frauenrechten. In einem weiteren Kontext ist der Kampf um die Genderthematik aber zu einem Überbegriff für verschiedene Entwicklungen geworden, in denen es darum geht, die liberale Gesellschaftsordnung zurückzudrängen. Die Dämonisierung des Begriffs, so Grzebalska, Kovats und Pető (2017), ist ein rhetorisches Schlüsselelement, um an eine breitere Zuhörerschaft anzuschließen und eine Art »common sense« über das herzustellen, was als »normal« gilt. Im Tieferen geht es nicht einfach

um das Gendersternchen – feministische Sprachkritik ist Gesellschaftskritik (Degele 2020, S. 94), verbunden mit dem Infragestellen scheinbar selbstverständlicher Hierarchien und Privilegien – es geht um die Delegitimierung der freiheitlichen, diversen Gesellschaft. Die Genderthematik erlaubt es, weltweite Allianzen zwischen christlichen Kirchen, orthodox jüdischen Gruppierungen, fundamentalistisch ausgerichteten Moslems, Konservativen und extrem rechten Gruppierungen bis hin zu Hooligans zu schmieden. Schmincke (2018) benennt verschiedene Gründe für die Rolle, die der Anti-Genderismus in rechtspopulistischen Diskursen spielt. Zum einen ist mit dem Festhalten an traditionellen Geschlechterbildern ein konservatives Weltbild verknüpft, das Männern Privilegien sichert, die zunehmend in Frage stehen. So bündelt sich die Abwehr allgemeiner Ängste vor sozialem Wandel und Veränderungen im Antifeminismus. Zum anderen eignet sich die Gender-Thematik als »Scharnier« oder symbolic glue (Kovats & Poim 2015; Schmincke 2018), der es ermöglicht über verschiedene Themen (Abtreibung, Pädagogik und Sexualität, Familie etc.) die rechte Agenda in Alltagsdiskurse einzubringen (Lang 2015). Baader (2020) zeigt die Verbindung zwischen (rechts)konservativen und fundamentalistisch orientierten kirchlichen Kreisen mit neurechten Diskursen anhand der rechten Kampfbegriffe »Umerziehung«, »Genderideologie« und »Frühsexualisierung« auf (▶ Kasten 15)[61]. Sauer (2018) und Mayer, Ajanovic & Sauer (2018) sprechen in diesem Zusammenhang von dem Genderbegriff als »leerem Signifikanten«, der mit verschiedensten Bereichen verknüpfbar ist[62]. Sauer (2018) sieht im Kampf um »kulturelle Hegemonie« (▶ Kap. 3.2) die Geschlechtsdebatte in einer prominenten Rolle. Binäre Denkmuster in zwei Geschlechtern, ebenso wie die Verächtlichmachung eines elitären Diskurses über Geschlechter und damit auch der Wissenschaft, gehören zu gängigen Elementen rechter Rhetorik.[63] So schließt die Gender-Debatte an rechte Diskurse an. Das Bild eines biologischen, »natürlichen Geschlechts« passt zum Konzept des »natürlichen Volkskörpers« und zum völkischen Denken. Die Reinheit des Volkes und der Nation war schon im Nationalsozialismus mit traditionellen Frauen- und Familienbildern, mit heroischer Männlichkeit und mit der Ausgrenzung »Fremder« verknüpft. So wird die niedrige Geburtenrate in Deutschland mit dem veränderten Frauenbild in Verbindung zum Thema der »Umvolkung« und dem »Ende des Abendlandes« gebracht, womit zum einen auf die traditionelle »natürliche Rolle« der Frau als »Reproduktionsmaschine« verwiesen wird und zum anderen eine Verbindung zu einem weiteren rechten Themenfeld, nämlich der Anti-Islam-Debatte, hergestellt wird.

Kasten 15:
»Frühsexualisierung« als Kampfbegriff für rechte Mobilisierung gegen sexuelle Vielfalt

»Während es in den 1970er Jahren in der öffentlichen Diskussion vor

allem um die grundsätzliche Frage nach der Sexualaufklärung in der Schule, um koedukativen Sexualkundeunterricht und um die entsprechenden Materialien ging, drehen sich heute die Auseinandersetzungen um die Thematisierung von sexueller Vielfalt, die den Stein des Anstoßes darstellt und zum Gegenstand von Mobilisierung gemacht wird. Außerdem konzentrieren sich die aktuellen Kontroversen eher auf den vorschulischen Bereich. Um die Kinder geht es dabei weniger, sondern um Mobilisierungsgelegenheiten gegen sexuelle Vielfalt, für Homophobie und einen neuen antifeministischen Familialismus. Verteidigt wird dabei eine bestimmte Vorstellung vom Kind als rein, unschuldig und heilig, die in vielen Milieus verbreitet ist und die Funktion eines Mythos und damit der Rückbindung an eine Sphäre des Heiligen hat. Vieles steht derzeit zur Disposition, aber an der Idee und Vorstellung des unschuldigen Kindes soll nicht gerüttelt werden, denn es stellt einen Fixpunkt und Orientierung in einer Welt dar, in der sich alte Ordnungsvorstellungen von Familie und Geschlecht auflösen. Dass es nicht um die Kinder geht, sondern um Gelegenheiten zur Mobilisierung macht auch die aktuelle Kampagne des Vereins familien-schutz.de deutlich, die sich gegen die Einführung von Grundrechten für Kinder ins Grundgesetz positioniert. Dieses Ansinnen, – das schon lange von Expertinnen und Experten für Kinderrechte, insbesondere auch von solchen für die UN-Kinderrechtskonvention, erörtert wird –, wird genutzt um mit der Rede von einer ›Erziehungsdiktatur‹ (12. 12. 2019) und einer ›sozialistischen Familienpolitik‹ (16. 07. 2019), die mit einer Flagge in Regenbogenfarben mit Hammer und Sichel symbolisiert wird, gegen die aktuelle Familienpolitik der Regierung zu Felde zu ziehen (www.familien-schutz.de). […]

Die neurechten Positionen beziehen sich insgesamt auf ein bestimmtes Arsenal an Kampfbegriffen, zu denen ›Umerziehung‹, ›Genderideologie‹ bzw. ›Genderdiktatur‹, ›Frühsexualisierung‹, ›Schuldkult‹ und ›Schamkult‹ mit Referenz auf die NS-bezogene Erinnerungskultur gehören. Diese sind im Internet sehr präsent. Die Story-Line und das Narrativ, das mithilfe und entlang dieser Kampfbegriffe hergestellt wird, sind schnell erzählt: 68, Migration, der Islam und die von der EU vertretene ›Genderideologie‹ sowie eine ›sozialistische Familienpolitik‹ bedrohen die heilige und heterosexuelle Familie, mit ihrer Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, die der christlichen Kultur zugrunde liegt und damit bedrohen sie auch das weiße, deutsche, christliche Kind.«

Quelle: Baader 2020, S. 144 f.

»Feminismus« von rechts – Femonationalismus

Der Umgang mit dem Feminismus in der rechten Bewegung ist nicht einheitlich

– neben einer traditionalistisch antifeministischen Haltung, die traditionelle Rollenbilder favorisiert, finden sich auf den ersten Blick auch moderner gestaltete Varianten, die bei Frauen vermeintlich anschlussfähiger sind. Feminismus wird hier mit einer nationalistisch-völkischen Zielsetzung verbunden. Dabei richtet sich der Kampf um Frauenrechte und Respekt gegen männliche Migranten und gegen die muslimische Zuwanderung. Migrantische Männer werden als gewalttätig und frauenfeindlich dargestellt. Die Gewalt weißer Männer gegen Frauen wird hingegen nicht thematisiert. In dieser Konstruktion soll der Kampf gegen die Zuwanderung scheinbar der Gleichberechtigung und Durchsetzung von Frauenrechten dienen. Farris (2011) hat diese Instrumentalisierung als »Femonationalismus« bezeichnet. Diese thematische Verquickung ist bis weit in die konservative Mitte der Bevölkerung anschlussfähig geworden. Die Konstruktion ermöglicht es, sich selbst als modern und liberal im Kontrast zur »Frauenverachtung einer vormodernen muslimischen Kultur« darzustellen (Sauer 2018, S. 315). In dieser Logik behauptet die AfD, sie sei die einzige Partei, die Frauenrechte verteidigt, weil sie die Einwanderung aus der frauenverachtenden islamischen Kultur bekämpfe. Weiße Männer beschützen aus dieser Sicht weiße Frauen vor dem Zugriff der »Barbarei« und stärken damit ihr Selbstbild.

Die Geschlechterthematik ist zu einer wichtigen Arena rechtspopulistischer Politik geworden. Der Kampf um die Geschlechterthematik knüpft bei den von Hegemonieverlusten bedrängten sozialstrukturellen Gruppen an das tradierte Alltagsverständnis von Geschlechterrollen als biologische Tatsache an und bietet so ein ideales Einfallstor für die rechtspopulistische Strategie, Debatten im vorpolitischen Raum zu infiltrieren. Mit scheinbar unpolitischen Themen können Menschen erreicht werden, die eigentlich eher außerhalb des politischen Einflussbereichs rechtspopulistischer Akteur:innen stehen, da Debatten um die Stellung der Familie, um Sexualkundeunterricht in den Schulen, um den sogenannten »Lebensschutz« (bzw. der Kampf gegen selbstbestimmte Abtreibung) oder um Gendersternchen und Gendertoiletten unpolitisch erscheinen und als Trigger-Themen in den verschiedensten Milieus aufgegriffen werden. Höcker, Pickel und Decker (2020, S. 262) beziffern den Anteil von Personen, die eine traditionelle Geschlechterordnung favorisieren, auf 25,3 Prozent der deutschen Bevölkerung. Durch den Zugriff auf die Alltagskultur gelingt es, über Verkettungen mit weiteren Themen rechte Ideologieelemente in gesamtgesellschaftliche Diskurse einzubringen mit dem Ziel, Diskursmacht zu erreichen und sich selbst als legitime Vertreter:innen von »Normalität« und der »Sicht des kleinen Mannes« zu präsentieren (Lang 2020). Mayer, Ajanovic & Sauer (2018, S. 48) sehen hier einen klaren Bezug zur Metapolitik der neuen Rechten, die darauf zielt, kulturelle Hegemonie in vorpolitischen Räumen zu erlangen.

7.3 Frauen als Akteur:innen

Betrachtet man die rückwärtsgewandte Ideologie der rechten Bewegung, stellt sich die Frage, aus welchen Motiven heraus Personen sich dieser zuwenden. In diesem Abschnitt werden im Unterschied zum vierten Kapitel geschlechtsspezifische Motive im Fokus stehen (▶ Kap. 4). Die Motivation, die speziell Männer bewegt, sich rechten Bewegungen zuzuwenden, ist evident, die Ideologie bestärkt männlich hegemoniale Ansprüche und Privilegien und verspricht Sicherheit und eine Stärkung männlicher Dominanz, wie in Kapitel 4.2.3 ausgeführt (▶ Kap. 4.2.3). Dieser Hintergrund kann ein Erklärungsansatz für die höhere Präsenz von Männern in verschiedenen Handlungsbereichen darstellen, z. B. dem Wahlverhalten, der Parteimitgliedschaften und insbesondere in dem Bereich rechter Gewalt. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem Gender Gap in der rechten Bewegung (vgl. Immerzeel, Coffé & van der Lippe 2015). Allerdings finden sich im internationalen Vergleich durchaus Unterschiede (Köttig, Bitzan & Pető 2017; Immerzeel, Coffé & van der Lippe 2015). So erreicht Marine Le Pen in Frankreich inzwischen mehrheitlich junge weibliche Wählerinnen, mit einer Strategie, die man dem sogenannten Femonationalismus zuordnen kann. Le Pen gewinnt Wählerinnen mit einem Bild von selbstbewussten Frauen, die keinen Feminismus brauchen, ergänzt durch Themen wie Familienfreundlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Die polnische PIS-Partei gewinnt weibliche Wählerinnen durch einen extrem familienfreundlichen Kurs (Kaiser 2020). Auch in der rechtsextremen Szene spielen Frauen eine wichtige Rolle, auch wenn sie weniger sichtbar sind. Exemplarisch dafür steht der Fall Beate Zschäpe – ihre Aktivitäten spielen sich in den weniger sichtbaren Bereichen des terroristischen Netzwerkes ab, dennoch gingen von ihr wichtige Unterstützungs- und Vernetzungsaktivitäten aus und sie sorgte zudem für den Anschein der Bürgerlichkeit und Normalität. Frauen sind für die rechte Bewegung aus strategischen Gründen bedeutsam, so vermittelt Alice Weidel, eine lesbische Frau an der Spitze der AfD, der Partei den Anschein von Offenheit und Modernität. Trültzsch (2019) geht von einer steigenden Anzahl von Frauen in der rechtsextremen Szene aus, insbesondere im Bereich von Aktivitäten innerhalb der sozialen Medien und des sozialen Engagements sieht sie ein aktuell wachsendes Betätigungsfeld.

> »Die Strategie der Rechten: Frauen sollen in den Mainstream gehen, als Kommunalpolitikerin oder Kindergärtnerin, bürgerlich, vertrauensvoll, spießig, ›volksnah‹. Sie treten in der Öffentlichkeit teilweise elegant, kultiviert, freundlich und zurückhaltend auf. Sie melden Demos für rechte Akteure und Gruppierungen an, betreuen familienfreundliche Stände auf Stadtfesten und engagieren sich in Kitas und in der Kommunalpolitik für deutsche Kinder und Mütter« (Rahner 2018, ohne Seitenzahl).
>
> »Männer dominieren deutlich. Bei rechtsextremen Gewalttaten sind die Angreifer zu mehr als 90 Prozent männlich. Auch in der Funktionärsebene sind es oft 80 bis 90 Prozent Männer. In Kameradschaften und Cliquenstrukturen sind es 70 bis 90 Prozent. Abseits der Handlungsebene und abseits des individuellen Kontakts zur Bewegung, liegt die Verteilung anders. Extrem rechte Orientierungsmuster sind in der

Gesamtbevölkerung bei Frauen und Männern eher gleich stark zu finden« (Schulze 2017, ohne Seitenzahl).

Bitzan (2017) geht hinsichtlich der unterschiedlichen zahlenmäßigen Verbreitung von Rechtsextremismus bei Frauen je nach Art der Aktivität von einer pyramidenförmigen Verteilung aus, wobei sie im Bereich der Einstellungen von einer Gleichverteilung innerhalb der Geschlechter ausgeht (▶ Abb. 7).

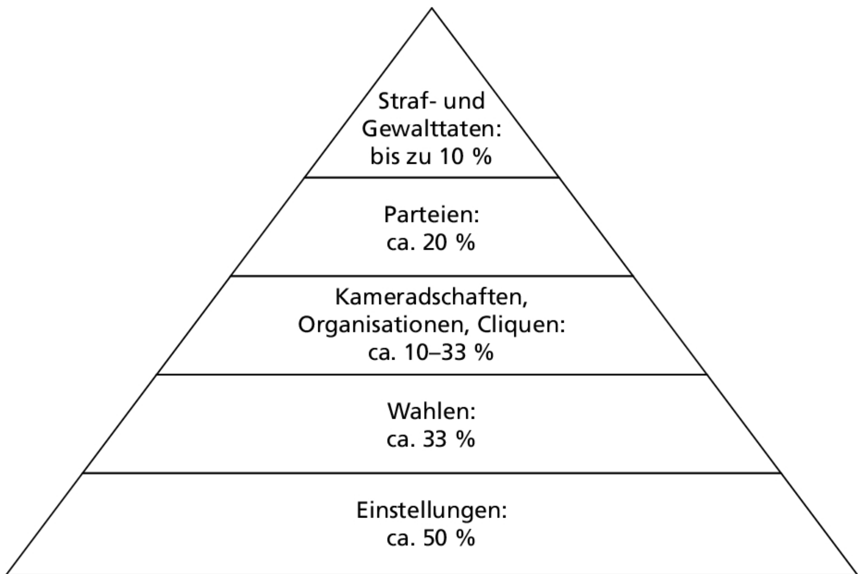


Abb. 7: Die quantitative Bedeutung von Frauen in verschiedenen Bereichen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus
Daten aus: Bitzan 2017, S. 340.

Aktuelle Zahlen belegen die Notwendigkeit zwischen der Einstellungs- und der Handlungsebene zu differenzieren. Verhaltensweisen wie Wahlhandeln oder gar das Engagement bei einer Kundgebung oder in einer Partei erreichen deutlich niedrigere Anteilswerte. Hinsichtlich der Parteimitgliedschaft erreicht die AfD 2019 den niedrigsten Wert aller Parteien, mit einem Frauenanteil von 17,8 Prozent.[64] Auch im Wahlverhalten für die AfD zeigen sich deutliche Geschlechtsunterschiede. Bei der Bundestagswahl 2017 (Zweitstimmen) wählten 9,2 Prozent Frauen und 16,3 Prozent Männer die AfD.[65] Oftmals hat die Kategorie »Geschlecht« für die Frauen selbst eine weniger relevante Rolle für ihr Engagement. Lang (2020) weist darauf hin, dass Wähler:innen der AfD in Wahlnachbefragungen angaben, dass die Geschlechterthematik für sie nicht wahlrelevant war – ein wichtiger Referenzpunkt ist die völkische Orientierung der Partei. Für die Einstellungsebene finden sich in der Leipziger Autoritarismus-Studie für das Jahr 2020 (Decker et al. 2020) in allen erfassten

Subdimensionen des Rechtsextremismus geringere Werte für Frauen als für Männer (▶ Tab. 9), die Unterschiede fallen geringer aus als auf der Verhaltensebene.

Tab. 9: Rechtsextreme Einstellungen bei Männern und Frauen

	Männer / Frauen (overprinted) (*N* = 1.312 / 1.329)
Neo-NS-Ideologie	
Befürwortung einer rechtsauto	3,2 / 3,1
Antisemitismus*	4,6 / 2,8
Sozialdarwinismus	1,8 / 2,5
Verharmlosung Nationalsozialis	2,0 / 2,7
Ethnozentrismus	
Chauvinismus	12,8 / 15,8
Ausländerfeindlichkeit**	19,0 / 14,0

Auch wenn Frauen in vielen Bereichen des Rechtsextremismus nicht so stark vertreten sind wie Männer, nehmen sie dennoch zum Teil wichtige Funktionen in der rechten Szene wahr (vgl. Röpke, Speit & Baumgärtner 2011; Lehnert & Radvan 2016; Trültzsch 2019; Haas 2020), diese sind häufig im Bereich der Unterstützung oder in spezifisch »weiblichen Feldern« (z. B. in der schulischen Elternarbeit oder sozialen Bereichen der Vereinsarbeit etc.) zu finden, zum Teil nehmen sie auch Führungsaufgaben wahr (Bitzan 2017).

Die rechte Szene nimmt eine zum Teil ambivalente oder auch strategische Haltung zur Rolle der Frau ein – ebenso vielfältig sind weibliche Lebensentwürfe in der Szene (Trültzsch 2019). Frauen werden unter anderem gerade dann tätig, wenn gegen Feminismus oder Frauengleichstellungspolitik argumentiert wird, um z. B. die Unsinnigkeit der Forderungen nach gendergerechter Sprache oder Frauenquoten Nachdruck dadurch zu verleihen, dass die Kritik von Frauen selbst vorgetragen wird. Frauen wie Beatrix von Storch oder Alice Weidel wurden zu Führungskräften in der AfD gewählt, womit scheinbar ein klarer Vertretungs- und Repräsentationsanspruch von Frauen zum Ausdruck gebracht wurde, um weibliche Wählerinnen zu gewinnen. Dabei greifen diese Frauen, wie auch Sarah Palin oder Marine Le Pen, oft auf einen maskulinen Stil politischer Führung zurück und verändern die Debattenkultur und die politische Zielrichtung nicht durch die genuine Vertretung feministischer Interessen. Oft wird Feminismus eher als überflüssig gesehen oder sogar angegriffen. Auffällig ist, dass die AfD, die traditionelle Geschlechterbilder favorisiert, eine bekennende Homosexuelle als Co-Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Bundesvorstandes wählte. Dies ist jedoch kein Ausdruck einer liberalen Gesinnung. Alice Weidel ist nach Selbstauskunft nicht in die AfD eingetreten, obwohl sie homosexuell ist, sondern weil sie homosexuell ist, da die AfD die einzige Partei sei, die sich gegen die muslimische Kritik und Hetze gegen Homosexuelle wendet (vgl. Sauer 2018, S. 314 f.) – eine femonationalistische Haltung, die auf die Instrumentalisierung

des Feminismus für eine migrationsfeindliche Politik verweist. Kaiser (2020) sieht in der prominenten Stellung weiblicher Akteurinnen auch ein strategisches und instrumentelles Moment. Diese dienen dazu, die Partei harmlos und modern erscheinen zu lassen. Gleichzeitig ist im Programm zur Bundestagswahl 2017 der AfD weiterhin von »naturgegebenen Unterschieden« die Rede, traditionelle Geschlechterbilder und das klassische Familienmodell werden gefördert mit einer Familienpolitik, die Frauen als Mütter in ihrer Aufgabe für die Reproduktion des deutschen Volkes sieht (Siri 2016). Gleichstellungsmaßnahmen hingegen sind nicht vorgesehen. Ein ähnlich instrumentelles Vorgehen konstatiert Kaiser (2020) für die neurechte Identitäre Bewegung. Frauen werden hier als Frontfrauen ihrer Aktionen genutzt, während sie in den Führungskreisen kaum eine Rolle spielen. Frauen in der Identitären Bewegung bezeichnen sich selbst als »modern und zugleich konservativ«, dies schließe eine Selbstverwirklichung nicht aus – so versuchen sie traditionelle Rollenbilder für junge Frauen attraktiv zu machen (Lang 2020).

Dieser neue Antifeminismus innerhalb der rechten Szene hat sich zum Teil modernisiert und geht nicht mehr pauschal von einer Minderwertigkeit von Frauen aus, es bleibt jedoch bei einer binären Sicht auf Geschlecht und einer völkischen Ausrichtung als Klammer des ambivalenten Umgangs mit der Thematik in der Szene.

7.4 Was macht rechte Ideologien für Frauen attraktiv

Hinsichtlich der Frage, was rechte Ideologien für Frauen attraktiv macht, gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze (Köttig 2005). Neben den Erklärungen, die bereits in Kapitel 4 vorgestellt wurden (▶ Kap. 4), wird hierbei eine Perspektive gewählt, die frauenspezifische Bedingungen in den Vordergrund stellen. Drei Perspektiven sind in der Diskussion relevant:

- Die Dominanzkulturthese
- Zumutungen und Verunsicherung durch die »doppelte Vergesellschaftung»
- Alltägliche Gewalterfahrungen und die Ethnisierung von Gewalt

7.4.1 Die Dominanzkulturthese

Rommelspacher (1992) hat bereits in den 1990er Jahren darauf verwiesen, dass die sozialisationsbedingte Geschlechterdifferenz ein Leitthema der gesellschaftlichen »Dominanzkultur« sei. Sie verortet die Disposition zu einer autoritären Regression in der Dominanzkultur westlicher Gesellschaften: Rechtsextremismus, Rassismus und Sexismus, so ihre These, seien Ausdruck dieser Dominanzkultur. Defizite – wie wirtschaftliche Deprivation- und Desintegration, die in vielen Rechtsextremismustheorien eine wichtige Rolle spielen – sind nach Rommelspacher zwar notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für eine Erklärung. Sie bezieht sich in ihrer Argumentation auf die Geschlechterdifferenz als »erste Begegnung mit einer prinzipiellen Andersartigkeit von Menschen« (Rommelspacher 1992, ohne Seitenzahl). Im Weiteren führt sie aus:

> »Die Sozialisation lehrt die Jungen mithilfe aggressiver Selbstbehauptung und Abwertung des Weiblichen ihre Männlichkeit zu beweisen. Mädchen hingegen müssen ihre Weiblichkeit in Form von Friedlichkeit, Fürsorgeverhalten und Selbstentwertung entwickeln. Beide lernen so mit einem Unterschied qua Hierarchisierung umzugehen, qua Dominanz resp. Unterwerfung. Die Hierarchisierung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen bestätigt diese Grundmuster immer wieder aufs Neue« (Rommelspacher 1992, ohne Seitenzahl).

Somit internalisieren Männer und Frauen in der frühen Sozialisation eine Dominanzkultur, die die Hierarchisierung als Form der Konfliktlösung beinhaltet. Allerdings sind Frauen nicht in allen Kontexten unterwürfig – Rommelspachers These lautet: »Wer sich unterwirft, der ist auch dominant. Und wer herrscht, ist auch den Herrschenden gegenüber unterwürfig« (Rommelspacher 1992, ohne Seitenzahl). Frauen kompensieren eigene Unterwerfungserfahrungen durch Dominanz gegenüber »Schwächeren« z. B. Kindern oder ethnischen Minderheiten. Die empirisch dennoch häufig nachgewiesene niedrigere Aggressionsneigung von Frauen erklärt Rommelspacher durch ein höheres Niveau an Empathiefähigkeit von Frauen, die im Rahmen ihres Rollenklischees eher erlernt wird als von Männern. Diese Verwobenheit von grundlegenden Unterdrückungsverhältnissen von Rassismus und Sexismus wird in der neueren Forschung unter dem Begriff der Intersektionalität diskutiert.

7.4.2 Zumutungen und Verunsicherung durch die »doppelte Vergesellschaftung«

Ein weiterer Erklärungsstrang, der die Affinität von Frauen für rechte Ideologien beleuchtet, ist die These der Verunsicherung weiblicher Sozialisation (Birsl 1996; 2011; Siller 1994) durch die »doppelte Vergesellschaftung« (Becker-Schmidt 2010). Die Grundannahme hier ist, dass sich Frauen in der modernen Berufswelt der Anforderung gegenübersehen, erwerbstätig sein zu

müssen und zugleich aber weiterhin verantwortlich für Familie und Care-Arbeit zu bleiben. Frauen geraten durch diese doppelte Vergesellschaftung in Beruf und Familie und die damit verbundenen Anforderungen unter Druck und werden in ihrem Selbstbild verunsichert. Zugleich erhalten Frauen wenig Anerkennung für diese Doppelbelastung, sie gelten als eine schlechte Mutter und bekommen gleichzeitig auch beruflich weniger Anerkennung als Männer. Ein berufliches Scheitern wird als persönliche Niederlage gesehen. In dieser Situation kann die Entscheidung für die Rolle der fürsorgenden Mutter Entlastung schaffen. Lang (2020) zeigt, wie die AfD gezielt diese doppelte Belastung von Frauen thematisiert und eine »echte Wahlfreiheit« propagiert, in der die Wahl der traditionellen Rolle als Mutter und Hausfrau als moderne Antwort auf die Zumutungen der Moderne verkauft wird. Lang (2020) verweist darauf, dass die AfD faktische Probleme von Frauen anspricht und traditionelle Antworten gibt, die (kognitive) Entlastung schaffen und für Frauen attraktiv sein können, ohne tatsächlich für die Frage der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit eine Lösung vorzulegen. Eher werden Frauen sogar aus ihren erkämpften Positionen wieder zurückgedrängt.

7.4.3 Alltägliche Gewalterfahrungen und die Ethnisierung von Gewalt

Eine weitere Erklärung bezieht sich auf den im Nahraum erlebten Sexismus und die Demütigung von Frauen sowie auf die selbsterlebte Gewalt. Wie im Ansatz der Dominanzkultur dargelegt, werden diese Erfahrungen nicht gegenüber dem eigentlichen Verursacher im alltäglichen Umgang geäußert, sondern die entstandene Angst und Aggression wird externalisiert auf den imaginiert gewalttätigen, sexualisierten migrantisch gelesenen Täter (Birsl 1996; Siller 1994; Hirner 2020). Hirner (2020, S. 312) stellt bei einer Analyse der Weblogs rechter Frauen auf Twitter fest, dass diese Frauenrechte und den Schutz von Frauen nur dann zum Thema machten, wenn es sich um ein sexualisiertes Verbrechen handelt, bei dem der Täter als Mann und »Ausländer« markiert wird. Gewalttaten und Mord durch »weiße Männer« werden hingegen als Beziehungstat oder Einzelfall dargestellt. Die AfD hat in ihren Medienkampagnen, beispielsweise nach der Silvesternacht 2015/16 oder Kandel 2018, ganz gezielt immer wieder einen Zusammenhang zwischen sexualisierter Gewalt und Migration hergestellt und sich als »Beschützerin« der weißen Frau stilisiert. Das Konzept des Feminismus wird dabei in rassistischer und kulturalisierender Weise uminterpretiert (Berg 2019). Doerr (2021) zeigt, wie eine Plakatkampagne der AfD professionell versucht durch ambivalente Botschaften scheinbar liberal-demokratisch für Frauenrechte einzustehen, aber zugleich ihr völkisches Weltbild verbreitet. In der Plakatkampagne werden Slogans wie »Frauenrechte schützen. Islamfreie Schulen« verwendet, unterlegt mit einer jungen Frau, die »frech« ihre Haare schwenkt. Auf einem anderen

Plakat lautet der Slogan »Burkas? Wir stehen auf Bikinis«, verbunden mit dem Bild zweier junger mit einem Bikini bekleideter Frauen.[66] Dabei werden homogene Gruppen konstruiert und gegenübergestellt. Migrantisch gelesene, muslimische Männer werden als potenzielle Gefährder beschrieben, denen gegenüber weiße Frauen als schutzbedürftige und gefährdete Personengruppe dargestellt werden. Damit werden weiße Frauen als »Opfer« der Zuwanderung inszeniert. Diese Konstruktionen werden dauerhaft in emotionaler Form als Bedrohungsszenario wiederholt und über die sozialen Medien oder Talkshows verbreitet und werden zu einem gesamtgesellschaftlichen Narrativ.

7.5 Fazit

Der Anti-Gender-Diskurs wird in vielfältiger Weise im Kontext rechter Bewegungen genutzt, um zu mobilisieren. Äußerlich erscheinende Modernisierungen der Geschlechterverhältnisse führen letztlich aber weiterhin auf völkisches Denken und traditionelle Geschlechterkonzeptionen zurück und basieren weiterhin auf diesen rückwärtsgewandten Idealen. Die Nutzung der Thematik erweist sich in vielen Bereichen als hochgradig anschlussfähig – zum einen in die Mitte der Bevölkerung hinein, zum anderen zur Vernetzung rechter und konservativer Gruppierungen. Zudem zeigt sich, dass die Hinwendung von Frauen zum rechten Spektrum häufig auch über Themen verläuft, die außerhalb der Geschlechterthematik angesiedelt sind, wobei die Themen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wichtige Ankerpunkte darstellen. Aber auch die familiale Sozialisation oder der Wunsch nach Gemeinschaft spielen eine Rolle. Aus dieser Perspektive müssen Frauen nicht unbedingt ein traditionelles Frauenbild mitbringen, um sich rechten Strömungen zuzuwenden.

Endnoten

60https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/bjoern-hoecke-und-die-maennlichkeit-mann-mann-mann-kolumne-a-1068258.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
61Mayer, Ajanovic & Sauer (2018) weisen für den österreichischen Kontext auf den Weihbischof Andreas Laun hin: »Laun gehört zu den prononciertesten Anti-Gender Stimmen innerhalb der österreichischen katholischen Amtskirche, die weit über Österreich hinausreicht. Zuletzt sorgte Laun im Frühling 2017 für Aufsehen, als er in einem auf dem privaten fundamentalistisch-katholischen Internetportal kath.net veröffentlichen Hirtenbrief an seine ›Diözese Libertina‹ (eine im 7. Jahrhundert untergegangene Diözese in Nordafrika, für die Laun mit einem Titularbistum der katholischen Kirche betraut wurde) die ›Gender- Ideologie‹ zum wiederholten Mal als ›Lüge des Teufels‹ bezeichnete und mit dem nationalsozialistischen Rassenwahn gleichsetzte (Laun 2017)« (Mayer, Ajanovic & Sauer (2018, S. 54).
62»Die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2001) entwickelte Konzeption populistischer Diskurse dient uns als wesentliche theoretische Brille. Durch die permanente Herstellung von Äquivalenzketten, also die Herstellung scheinbar selbstverständlicher Verbindungen zwischen partikularen politischen Anliegen, werden populistische Diskurse stabilisiert (ebd., 129), sie bleiben jedoch stets für Erweiterungen offen. Populismus basiert also auf einem ›equivalential moment‹, der zur Herausbildung eines Antagonismus mittels eines ›signifier representing the chain as a totality‹ führt (ebd., 39). Dieser Prozess der Repräsentation einer Totalität durch den Verweis auf ein partikulares Element zielt auf Hegemonie, eine Situation, in der die Partikularität als universale Repräsentation erscheint (Laclau 2005, 39 f.). Bedeutungen, die das populistische ›Wir‹ oder die ›Anderen‹ ausmachen, werden als ›leerer Signifikant‹ bezeichnet, weil sie die Verbindung zur partikularen Forderung verlieren (ebd.: 40). [...] Im Fall der Anti-Gender-Diskurse ist es der Begriff Gender, indem die unterschiedlichen Anliegen – von der Beibehaltung des generischen Maskulinums in der Sprache, über die Privilegierung traditioneller Familien mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, bis zum Verbot der Abtreibung, aber auch der Hass auf Migrant_innen oder auf politische Eliten – zusammenlaufen« (Mayer, Ajanovic & Sauer 2018, S. 49). Die Autor:innen stellen in dem Text dann fünf zentrale Frames dar, die den leeren Signifikanten Gender konstituieren: Guter Feminismus – gefährlicher »Genderismus«, Alles ganz natürlich ..., Alles Gender!, Hidden Kommunismus und Abendland am Ende.
63Der Angriff auf die Gender Studies ist auch ein Angriff auf die Wissenschaft (vgl. Degele 2020, S. 105).
64Anteil der Frauen an den Mitgliedern der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2019, Quelle: Statista, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/, Zugriff am 01. 09. 2021.
65https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/390abd1b-20da-4317-b321-195b332c884b/btw17_wista_03-2018.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021. Es gibt deutliche Ost-/West-Unterschiede, die aber hinsichtlich des gender gaps ähnlich ausfallen: 7,6/13,9 (West) und 16,5/27,6 (Ost).
66https://www.afdbayern.de/wahlen-2018/themenplakate/, Zugriff am 01. 09. 2021.

8 Soziale Medien – wichtige Aktionsarenen des Rechtspopulismus

Dass die Nutzung des Internets die politische Offline-Welt verändern kann, hat spätestens der Einsatz der sozialen Medien im Wahlkampf durch Barack Obama gezeigt. Unter dem »Twitter-Präsidenten«[67] Donald Trump wurde die Wucht des Einflusses sozialer Medien überdeutlich. Die rassistischen Aufmärsche in Chemnitz 2018, der Sturm auf das Kapitol in Washington 2021 oder die rassistisch und antisemitisch motivierten Terroranschläge von Christchurch 2019, Halle/S 2019 oder Hanau 2020 zeigen, wie eine digitale Hasskultur zu realen Taten führen kann. Die digitale Welt ist zu einem wichtigen Faktor für den Aufschwung und die Mobilisierung von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bis hin zum Rechtsterrorismus weltweit geworden. Der Erfolg des Rechtspopulismus, der sich in Wahlergebnissen manifestiert, hat dazu beigetragen, dass rechte Akteur:innen die Möglichkeiten des Internets immer flexibler und offener nutzen (Albrecht, Fielitz & Thurston 2019). Nach dem anfänglichen Nischendasein im Deep Web und bei verschlüsselten Messenger-Diensten sind rechte Akteure heute in allen Bereichen des Netzes aktiv, in ihren Äußerungen und deren Inhalten strategisch angepasst an die Zielgruppen und Plattformen. Die Verherrlichung von Gewalt findet weiter in den wenig sichtbaren Kanälen des Internets statt, wohingegen hate speech harmlos verpackt in ironische Memes auf den Mainstreamplattformen ihren festen Platz gefunden haben (Bogerts & Fielitz 2019). Es findet sich eine gut vernetzte Community mit internationalen Bezügen.

8.1 Fake News und Shitstorms – die Infrastruktur des Internets

Das Internet und die sozialen Medien sind ein integraler Teil unserer Lebenswelt geworden. Die modernen Informationstechnologien durchdringen heute unsere gesamte Lebensweise, sie sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Kommunikation geworden, sie nehmen Einfluss auf unsere Informationsaufnahme und Wissensweitergabe und damit auch auf die Entwicklung unserer Gesellschaft (Zuboff 2018). Die Möglichkeit der Verbreitung von Informationen oder Wissen beinhaltet wichtige Herrschafts- und Machtoptionen – wer Informationsflüsse in größerem Maße steuern kann, kann Einfluss auf die Gesellschaft nehmen. In der traditionellen, analogen Medienwelt war diese Möglichkeit wenigen Akteur:innen vorbehalten, da der Zugang zur Verteilung von Informationen begrenzt und an bestimmte Positionen gekoppelt war. Das Internet im Zeitalter des Web 2.0 ermöglicht es

nun potenziell jedem, der vorher nur Konsument war, zu interagieren oder gar zum Produzenten von Medieninhalten zu werden. Diese Veränderung hat einschneidende Konsequenzen für den Informationsmarkt. Gab es früher »Gatekeeper«, die die Informationen vor der Veröffentlichung filterten und z. B. die Qualität und Richtigkeit prüften, ist heute potenziell »alles durch jeden« mit einem Klick (fast) kostenfrei zu veröffentlichen. Das verändert die Angebot- und Nachfrageseite des Netzes. Es gibt sehr viele Inhalte, aus denen zu wählen ist. Was anfänglich als Demokratisierungsoption gesehen wurde, offenbarte immer mehr auch Schattenseiten – unter dem Schutz der Meinungsfreiheit wird heute im Netz die offene Gesellschaft zunehmend von Feinden der Demokratie angegriffen. In Demokratien in der analogen Welt übernahmen z. B. öffentlich-rechtliche Medien eine Filterfunktion. Das berufliche Ethos des Journalismus umfasste Prinzipien wie die Wahrhaftigkeit in der journalistischen Darstellung, die Objektivität und Neutralität, die Sorgfalt bei der Recherche, die Achtung der Menschenwürde und des Persönlichkeitsrechts, die Trennung von Redaktion und Werbung, die Kenntlichmachung von Werbung, die Richtigstellung von Falschmeldungen oder unwahren Behauptungen[68]. All diese Qualitätskriterien verlieren an Einfluss, wenn potenziell jede:r Inhalte veröffentlichen kann und User:innen schwer erkennen können, welche Qualität der Input hat. Rechte Akteur:innen haben im Netz die Möglichkeit, direkt mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Früher erreichten Berichte über ihre Aktionen die Öffentlichkeit primär gefiltert und kommentiert, wenn öffentlich-rechtliche Nachrichten über Aktionen von rechten Akteur:innen berichteten und diese entsprechend einordneten. Heute können diese Akteur:innen auf ihren Internetkanälen selbst ihr Erscheinungsbild inszenieren und direkt mit den User:innen kommunizieren (Albrecht, Fielitz & Thurston 2019; Winter et al. 2020).

Neben der Vervielfältigung des Angebots, ist jede:r User:in heute selbst mit der Aufgabe konfrontiert, die Informationen nach ihrer Qualität oder Relevanz zu filtern. Die Zahl möglicher Quellen hat sich unendlich vervielfacht und globalisiert, es existieren viele private Kanäle, es erfolgt ein Input durch ausländische Anbieter:innen, deren Herkunft zum Teil nicht nachvollziehbar ist. Es finden gezielte Desinformationskampagnen statt. Beispiele sind deutschsprachige ausländische Medien wie Epoch Times (USA) oder »Russia Today RT«, die versuchen, den deutschen Informationsmarkt mit ultra-rechter bzw. russischer Propaganda zu infiltrieren[69] und Verschwörungstheorien zu verbreiten (Yablokov 2015). Der Begriff der sogenannten alternativen Fakten markiert eine qualitative Veränderung des Informationsmarktes durch die neuen Anbieter:innen[70].

8.2 Echokammern, Filterblasen und virale Effekte

So wie sich Angebot- und Nachfrageseite durch neue »Plattformen« und Arenen

der Kommunikation mit der Digitalisierung gewandelt haben, so hat sich auch die Kommunikation selbst und deren Inhalt verändert. Auf den Internet-Plattformen existieren – im Unterschied zu analogen Medien – Möglichkeiten, mit den Inhalten z. B. durch Likes, Kommentare, Sharing, Emojis oder der Verwendung von Hashtags zu interagieren und potenziell Schwarmeffekte zu erzeugen. Es kann zur viralen Verbreitung von Informationen kommen. Zum einen können sich Informationen, aber auch hate speech etc. im Netz sehr schnell verbreiten, zum anderen können durch die verschiedenen Interaktions-Funktionen und die technischen Verstärkungseffekte durch Algorithmen Filterblasen und Echokammern entstehen.

8.2.1 Echokammern und Filterblasen – digitaler Tribalismus?

Das Verhalten der User:innen verbunden mit der technischen Infrastruktur, sprich den Algorithmen, die im Hintergrund vieler Plattformen wie Facebook, Instagram oder YouTube für die Auswahl von Inhalten für die User:innen »verantwortlich« sind, fördert das Entstehen von Filterblasen und Echokammern[71]. User:innen produzieren selbst durch das »Abonnieren« bestimmter Seiten und Kanäle, durch Likes etc. und umgekehrt durch das De-Abonnieren, Entfreunden, Blocken etc. unerfreulicher Kanäle, eine Homogenisierung ihrer Inhalte. Zum anderen führt die Logik der Algorithmen dazu, dass den User:innen immer wieder ähnliche Inhalte vorgeschlagen werden. Hintergrund ist die Absicht der Plattformbetreiber:innen, die User:innen lange auf der Plattform zu halten, um möglichst viel Werbung zu platzieren. So entstehen Filterblasen und Echokammern mit homogenen Informationen und Weltbildern, die mangels Widerspruchs als weit geteilte Realität erscheinen. Die Diversität der Informationen sinkt im Vergleich zu den Informationen, die uns über unser analoges Beziehungsnetzwerk erreichen. In der Familie, Verwandtschaft und unter Kolleg:innen ist es weniger leicht auszuwählen bzw. diese »abzubestellen«. Psychologische Mechanismen, wie das Bedürfnis nach Dissonanzreduktion, verstärken die Tendenz, widersprüchliche Informationen nicht wahrzunehmen und auch nicht weiterzuteilen (Seemann 2017). So entstehen virtuelle Communities, die Identität stiften, die eigene Sicht der Dinge bestärken und von den User:innen als positive Gemeinschaft wahrgenommen werden. Seemann (2017) spricht in diesem Zusammenhang von einem »digitalem Tribalismus«. Ähnlich wie bei Stammesgemeinschaften wird die »Verwandtschaft« (hier erzeugt durch die Ähnlichkeit geteilter Themen) zum stärksten Orientierungspunkt, dieser Zugehörigkeit wird eine höhere Bedeutung eingeräumt als z. B. gesellschaftlich verbindlichen Normen oder Wissensbeständen. Dementsprechend bewegt man sich in einem Kosmos aus gemeinsamen Themen, mit der Tendenz, widersprüchliche Informationen durch alternative Fakten oder Fake News zu ersetzen. Einander

widersprechende Informationen z. B. aus den »Mainstream-Medien« werden eliminiert, indem man sie als »Lügenpresse« bezeichnet.

> »Digitale Stämme haben den verwandtschaftlichen mit einem umso stärkeren thematischen Fokus ausgetauscht. Das Thema ist Dreh- und Angelpunkt des Stammes und gleichzeitig das wesentlichste Abgrenzungsmerkmal zum ›Mainstream‹, demgegenüber er sich häretisch verhält. Dadurch wird eine starke Kohäsion und Homogenisierung nach innen erwirkt, aber vor allem eine starke Abgrenzung nach außen. All das triggert die tribalistischen Grundlagen unseres Moralgefüges – es geht nur noch um ›Die‹ gegen ›Uns‹« (Seemann 2017, S. 16).

Fake News sind der »Nährstoff«, das Schmiermittel dieser »Stämme«, da sie ein Abgrenzungsmittel darstellen. Bright (2017) verweist auf eine Vielzahl von Studien, die eine Fragmentierung des Netzes zeigen. In seinen differenzierten Analysen der Twitter-Kommunikation von 90 politischen Parteien in 23 europäischen Ländern, kommt er wie Seemann (2017) zu dem Schluss, dass im politisch extremen Spektrum Echokammer-Effekte zu finden sind. Einschränkend ist festzustellen, dass im deutschen Kontext die Echokammer-These noch keine hinreichende empirische Bestätigung findet. Schünemann und Marg (2019) können keine klaren Effekte feststellen – bei einer Analyse von Facebook-Seiten der deutschen Parteien konnte anhand der Verlinkungen keine eingeschränkte Nutzung nur bestimmter Medien festgestellt werden. Auch Rau und Stier (2019) kommen in einem Überblick zu diesem Befund, die Datenlage im deutschen Kontext ist bisher noch zu begrenzt, um dies abschließend zu beurteilen.[72] Schünemann und Marg (2019) verweisen auf die im Unterschied zur USA noch geringere Internetnutzung in Deutschland und die geringere Polarisierung der Medienlandschaft. Es ist davon auszugehen, dass solche Effekte speziell in extremen Bereichen politischer Orientierungen verstärkt stattfinden, die eventuell nicht durch die Analyse sehr offener Kommunikationsplattformen (wie Facebook) abgedeckt werden.

8.2.2 Enthemmung, Beschleunigung und virale Effekte

Die technischen Grundlagen digitaler Kommunikation begünstigen die potenziell virale Ausbreitung von Informationen im Unterschied zu realer Face-to-face-Interaktion (Sponholz 2019).

> »Um soziale Netzwerke auf Online-Plattformen zu pflegen und zu erhalten, werden die User:innen ständig dazu aufgerufen, auf Inhalte bzw. Repräsentationen zu reagieren, in dem sie sich positionieren bzw. Farbe bekennen, sei es durch posten, liken, teilen oder kommentieren. Grund hierfür ist, dass Online-Netzwerkplattformen nicht von Inhalten (wie Massenmedien), sondern von Interaktionen leben. Der Inhalt dient nur als Anlass. In diesem Zusammenhang ist hate speech bzw. Gruppendiffamierung und Anstiftung zur Diskriminierung daher nicht nur bzw. nicht unbedingt ein Inhalt, sondern ein Anlass zur Interaktion« (Sponholz 2021, S. 24).

Die Logik dieser Kommunikation trägt zu einer potenziellen Enthemmung emotionalisierter Inhalte durch User:innen bei. Verschiedene Faktoren begünstigen diese Tendenz der digitalen Kommunikation (Sponholz 2019; ▶ Tab. 10). So besteht eine Vielzahl von nur losen oder auch indirekten Beziehungen in einem Netzwerk wie Twitter oder Facebook, die die potenzielle Reichweite von Informationen, über ein engeres Netzwerk persönlicher Beziehungen hinaus, enorm vergrößert. Die Teilnahme ist, im Unterschied zur Face-to-Face-Kommunikation, für viele möglich, da keine raum-zeitliche Bindung besteht. Durch die Möglichkeit des Teilens von Inhalten durch entsprechende Operatoren (wie Hashtags oder Share-button), können Informationen auch in weitere Bereiche des Netzes gestreut werden. Inhalte, die die User:innen emotional ansprechen, werden besonders häufig geteilt – solche die als bedrohlich empfunden werden, die Empörung auslösen oder auch Belustigung. Emotional negativ aufgeladene Informationen erzeugen dabei besonders hohe Aufmerksamkeit, diese werden durch die Algorithmen, die im Hintergrund vieler Plattformen stehen, verstärkt – es entstehen Crowd-Effekte. Pörksen und Detel (2012, S. 24) sprechen von »Erregungsgemeinschaften«. Auch Bucher und Barth (2019) verweisen auf die Bedeutung emotionalisierter Kommunikation und Eskalationsspiralen im Internet – sie zeigen wie die AfD gezielt Themen emotionalisiert z. B. durch ein spezifisches Framing ihrer Posts auf Facebook, wobei Ironie und Anspielungen eine besondere Rolle spielen. Durch andeutende und ironische Formulierungen entstehen Anschlussstellen, die von den User:innen durch emotional aufgeladene Kommentare verstärkt werden. Bucher und Barth (2019, S. 74 f.) nennen diese »affekt-basierte Kommunikationsbeiträge«, gemeint sind Beiträge, die durch die Intensivierung der emotionalen Aufladung zu einer Eskalationsspirale beitragen. Dabei haben negative Gefühle eine stark mobilisierende Wirkung, geteilte Betroffenheit und Wut haben zudem eine gemeinschaftsstiftende Wirkung.[73] Bogerts und Fielitz (2019) zeigen, wie harmlos und lustig erscheinende, ironische Memes für eine hohe Reichweite sorgen. Die Möglichkeit erdachte Identitäten anzunehmen (Nutzung von Fake-Profilen) oder falsche User-Namen zu verwenden und damit für die anderen Kommunikationsteilnehmer:innen anonym zu bleiben, trägt zu einer weiteren Enthemmung von Kommunikation bei, was in den weniger sichtbaren Kommentarspalten nachzuverfolgen ist.

Tab. 10: Beschleunigende Merkmale digitaler Verbreitung von Informationen

Begünstigende Faktoren digitaler Kommunikation / Merkmale digitaler Verbreitung
• dezentral vernetzt / potenziell anonym
• direkte und indirekte Vernetzung (über starke und schwache Beziehungsnetze) / asynchron
•

- geringe Kosten / dezentralisiert
- wenig Zeitaufwand / keine Face-to-Face-Kontakte
- Möglichkeiten des Teilens (Hashtags, Share-Button) / Gleichwertigkeit starker und schwacher Beziehungen
- einzelthemenbezogene Vernetzung
- Algorithmen, unsichtbare Mechanismen digitaler Datenverarbeitung

8.3 Rechte Strategien im Netz

Rechte Akteur:innen nutzen diese veränderten Kommunikationsstrukturen und -kulturen auf unterschiedliche Weise, zum einen, um gezielt Informationen und Diskurse zu beeinflussen, und zum anderen auch, um verdeckt zu kommunizieren und sich untereinander zu vernetzten.

Für rechte Bewegungen und Gruppierungen hat die Entwicklung zum Web 2.0 neue Möglichkeiten der Mobilisierung eröffnet. Fielitz und Marcks (2019; 2020) sprechen gar von der Option eines »neuen digitalen Faschismus«[74]. Dabei unterscheiden sie zwei Phänomenbereiche, die auch interagierende Effekte erzeugen:

- *Top-down-Strategien:* der organisierte Zweig rechter Bewegungen, der das Netz strategisch nutzt.
- *Bottom-up-Strategien:* emergente Phänomene, die sich aus der Struktur und der Dynamik des Netzes ergeben, die nicht direkt gesteuert sind, aber dennoch mit den Aktivitäten rechter Akteur:innen im Netz in Zusammenhang stehen.

Sponholz (2019; 2021) weist darauf hin, dass Organisationen und organisierte Aktionen, also Top-down-Strategien, durch rechte Akteur:innen wie z. B. die Identitäre Bewegung im Netz an Relevanz verlieren bzw. sich daneben in hohem Maße andere Phänomene entwickeln, die nicht der Logik traditioneller Organisationen folgen. Neben kollektiven Aktionen, die Mitgliedschaften, Organisation und geteilte Weltanschauungen voraussetzen, gewinnt »connective action« (Bennett & Segerberg 2012) an Bedeutung. Diese Mobilisierungsform beruht auf Interaktionen allein anhand einzelner

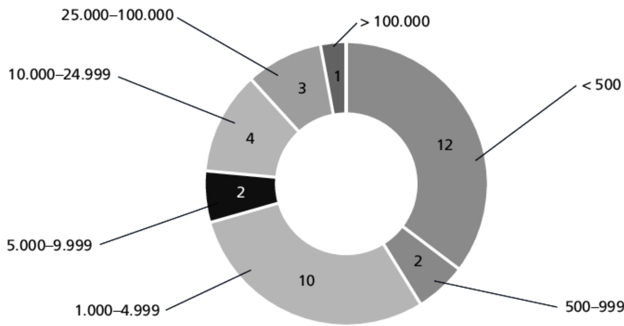
Streitfragen, einzelner Inhalte im Netz. Zur Mobilisierung bedarf es keiner geteilten Weltanschauung oder Mitgliedschaften, es genügt eine geteilte Betroffenheit bezogen auf ein Thema. Die Vernetzung geschieht auf Basis dieser einzelnen Inhalte. Die Voraussetzungen dafür sind gering, ebenso die Kosten der digitalen Weitergabe der eigenen »Aufregung«. So entstehen Netze, die über den engeren Raum der Gleichgesinnten hinausgehen (Sponholz 2019). Es können emergente Phänomene wie Shitstorms oder Hashtag-Kampagnen mit Massenwirkung entstehen, ohne eine straffe Organisation (z. B. über Parteistrukturen) zu benötigen. Die Dynamik des Netzes erzeugt diese emergenten Phänomene. So entstehen digitale »hate cultures«, wobei der:die Einzelne sich nicht explizit bewusst sein muss, dass er:sie Teil dieses emergenten Phänomens ist. Ein Beispiel hierfür ist die Verbreitung des Narrativs des migrantischen, kriminellen Mannes, der deutsche Frauen vergewaltigt – ein immer wiederkehrendes Bild in den Medienstrategien der AfD (Berg 2019). Als Top-Down-Strategie eingeführt durch Akteur:innen wie die AfD oder die Identitäre Bewegung, verselbständigt sich die Verbreitung und wird zum Bottom-Up-Phänomen. Es entstehen neue Formen der schleichenden Durchdringung der gesellschaftlichen Diskurse durch rechte Narrative.

Diese horizontale Form der Vernetzung, die solche emergenten Phänomene ermöglicht, unterscheidet sich von früheren Formen des rechten Aktivismus und erreicht ein größeres Publikum. Digitale Kulturen und nicht Parteien sind – so Fielitz und Marcks – die zentralen Antreiber der neuen Entwicklungen. Auch May und Feldman argumentieren im Zusammenhang mit der us-amerikanischen Alt-Right[75]-Bewegung: »Alt-Right, (is) a digitally born movement that is marked by a lack of ideological cohesion, leadership and organization« (May & Feldman 2019, S. 25).

Darüber hinaus vorhandene Top-down-Strategien verfolgen Ziele, die die emergenten Wirkungen des Netzes nutzen und die durch die Funktionsmechanismen der sozialen Medien eine optimale Wirkung entfalten (Fielitz & Marcks 2020). Ein Beispiel ist Pegida, eine Bewegung, die im Rahmen einer Facebook-Gruppe im Internet entstand und die mit Ängsten vor Fremden und dem »Untergang des Abendlandes« besorgte Bürger:innen bis in die Mitte der Gesellschaft erreicht. Mobilisiert wurde und wird über negative Gefühle wie Wut oder Ängste, unterlegt mit der Angst vor Zuwanderung und dem Verlust der »weißen Vorherrschaft«. Negative Gefühle und Ängste mit Trigger-Themen (wie Übergriffe auf Frauen, Kriminalität oder Kinder) erreichen schnell ein breites Publikum über den engeren Kreis Gleichgesinnter hinaus. Solche emotionalisierten Triggerthemen werden im Netz überdurchschnittlich häufig geteilt (Fielitz & Marcks 2020). Einzelne Ereignisse, über die in der prädigitalen Kommunikationswelt in der Regionalpresse berichtet wurde, werden im Netz gesammelt und aufgebläht zur gefühlten Wirklichkeit steigender Kriminalität, die sich empirisch so nicht nachweisen lässt. Durch die fehlenden »gate-keeping«-Prozesse werden Fake-News oder verzerrte Meldungen verbreitet, die in den Echo-Kammern keinen Widerspruch erfahren. Zudem sorgen Internet-

Trolle und Bots[76] dafür, dass die Narrative als scheinbar weitverbreitete Sichtweise im Netz multipliziert werden. Bekannt wurde in Deutschland das rechtsextreme Troll-Netzwerk »Reconquista Germanica« (Bogerts & Fielitz 2019; Fuchs & Middelhoff 2019) – eine Sammlung rechter Aktivist:innen, die sich innerhalb einer verschlüsselten Plattform (Discord) sammelten und gemeinsam im Netz Stimmung machten, rechte Narrative verstärkten, über »lustige« Memes menschenfeindliche Haltungen verbreiteten und Online-Angriffe z. B. auf die Twitter-Profile missliebiger Akteur:innen organisierten. Deren Profile wurden dann z. B. mit privaten Informationen oder beleidigenden Aussagen überflutet. Diese Akteur:innen betreiben den Kampf um »kulturelle Hegemonie« in der Anonymität des Internets. Hier wird permanent mit großer potenzieller Reichweite an der Diskursverschiebung gearbeitet.

Die Aktivitäten und Strategien rechter Akteur:innen sind flexibel angepasst an die spezifische Infrastruktur des Internets – verschiedene Plattformen werden je nach Funktion genutzt. Diesen Funktionen lassen sich spezifische Plattformen oder Zonen des Internets zuordnen, die sich in ihrer öffentlichen Sichtbarkeit und Exklusivität unterscheiden. Zum einen geht es um die Stärkung der rechten Community nach innen. Hier spielt der Aspekt der Organisation und Vernetzung eine wichtige Rolle, z. B. die Rekrutierung neuer Mitglieder für reale Organisationen wie Parteien oder Kameradschaften, die weitere Vernetzung unterschiedlicher Akteur:innen und Gruppen und die Selbststärkung und Selbstvergewisserung sowie die Weitergabe von Informationen und Wissen. Zum anderen gibt es Aktivitäten, die über diesen »inner circle« hinausgehen, in den Bereich der emergenten Effekte zielen, und in der breiten Öffentlichkeit wirksam werden sollen. Hier spielen die Strategien der sogenannten Metapolitik der Rechten (▶ Kap. 3) eine größere Rolle. Es geht darum, Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren, sie »mehrheitsfähig« zu machen (kulturelle Hegemonie) und das eigene Image in der Bevölkerung zu verbessern und zu legitimieren. Die Identitäre Bewegung (IB), deren Mitgliederzahl in Deutschland auf nur 500 Personen geschätzt wird, betreibt im Internet reichweitenstarke Kanäle. Allein auf YouTube, einer bei jugendlichen Nutzer:innen beliebten Plattform, findet sich eine Vielzahl von der Identitären Bewegung betriebener Kanäle. Dittrich et al. (2020) zeigen im Rahmen ihres Monitoringberichtes anhand der Abonnentenzahlen und Views, wie groß die Reichweite dieser Kanäle ist (▶ Abb. 8).



Top 5 der ausgewerteten YouTube-Kanäle der IB (Stand: September 2019)

Nr.	Kanalname	Abonnent*innen	Views	Erstellt am
1	Martin Sellner	108.000	19.054.294	21.09.2013
2	Laut Gedacht	47.900	5.050.203	05.09.2016
3	Martin Sellner Live	34.100	1.607.853	29.12.2017
4	Martin Sellner GI	25.900	24.909	16.05.2013
5	Identitäre Bewegung Deutschland	21.700	1.796.847	20.01.2015

Abb. 8: Kanäle der Identitären Bewegung (IB) auf YouTube (gesamt: 34) und ihre Reichweite
Quelle: Dittrich, M., Jäger, L., Meyer, C.-F. & Rafael, S. (2020): Alternative Wirklichkeiten, S. 15. Online verfügbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.

Je nach Ziel und Absichten werden unterschiedliche Bereiche bzw. Plattformen des Internets genutzt. Im Rahmen einer australischen Studie des Macquarie University Department of Security Studies (Ballsun-Stanton et al. 2020) wurden verschiedene Plattformen hinsichtlich des Ausmaßes der Verteilung und der Ausprägung rechtsextremer und menschenverachtender Inhalte im Kontext des Christchurch-Attentats sortiert. Kriterien der Aufteilung der Plattformen waren die Stärke des »Echokammer-Effektes« und das Ausmaß, in dem innerhalb der Plattformen moderiert wird, z. B. durch Löschen gewalthaltiger Inhalte (▶ Abb. 9).

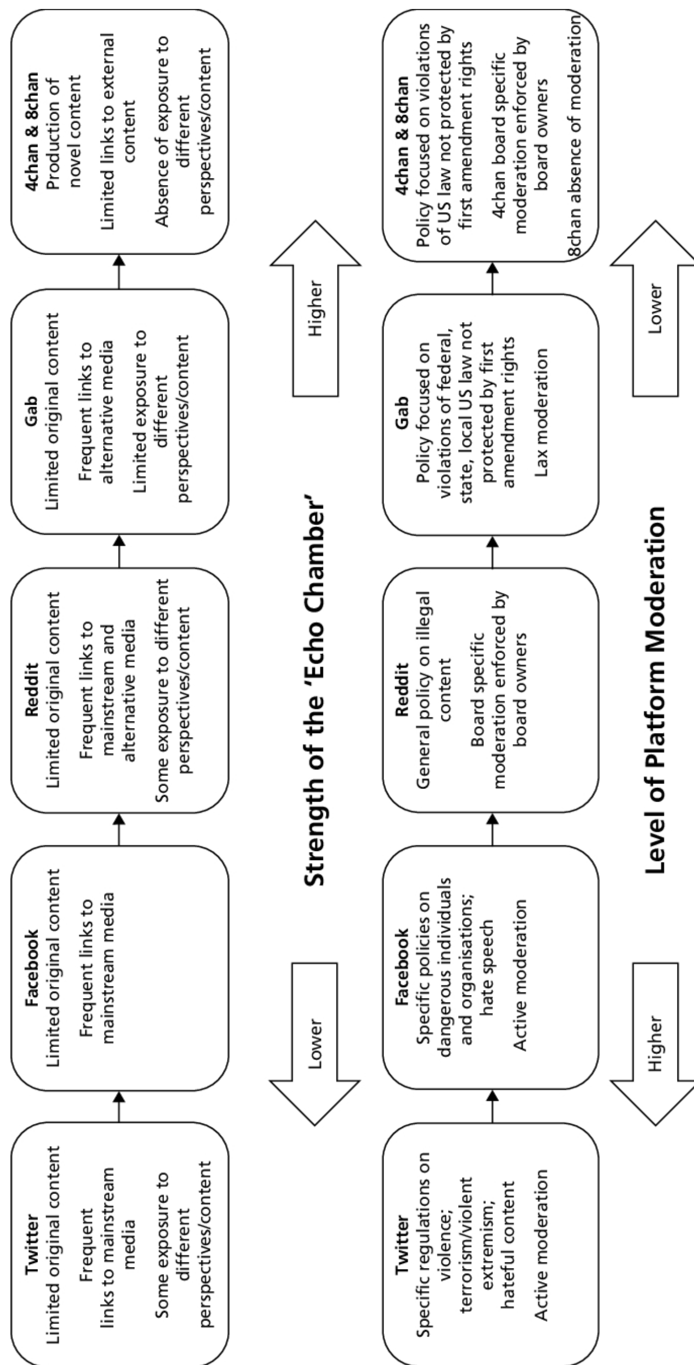


Abb. 9: Internetplattformen nach Stärke von Echokammer-Effekten und Moderation
Quelle: Ballsun-Stanton, B., Waldek, L., Droogan, J., Smith, D., & Iqbal, M. (2020). Mapping Networks and Narratives of Online Right-Wing Extremists in New South Wales (1.0.1, p. 72). Macquarie University, S. 31, https://doi.org/10.5281/zenodo.4071472

In der australischen Studie werden zwei zentrale Funktionen des Netzes für rechte Akteur:innen identifiziert:

- die Verbreitung demokratie- und menschenfeindlicher Diskurse,
- die Radikalisierung von Personen bis hin zu gewalttätigen Aktivitäten.

Pfeiffer (2016) kommt zu einem ähnlichen Befund: »Die kommunikativen Stränge erfolgreicher Bewegungen verlaufen gleichermaßen nach innen (Gegenöffentlichkeit) und nach außen (Breitenwirkung)« (Pfeiffer 2016, S. 264). Entsprechende Aktivitäten rechter Akteur:innen im Netz können je nach Zielsetzung entsprechenden Plattformen zugeordnet werden. Zu ähnlichen Befunden hinsichtlich der Art der Aktivitäten im Netz kommen auch Guhl, Ebner und Rau (2020) sowie Davey und Ebner (2019) in ihren Studien in Bezug auf den europäischen Kontext.

Plattformen wie Twitter, Facebook oder YouTube haben eine sehr große Reichweite, weit über die User:innen rechter Netzwerke hinaus – durch die Heterogenität der Netzwerke der User:innen von Plattformen wie Facebook können Informationen weit in Bereiche außerhalb der rechten Szene verteilt werden. Diese öffentlich leicht zugänglichen Plattformen eignen sich, um rechte Narrative gesellschaftsfähig zu machen. Dabei sind emotionale Trigger-Themen Türöffner, wie beispielsweise die Kritik an der gendergerechten Sprache, die über lustige Memes, die weit im Netz geteilt werden und über Verknüpfungen wie Hashtags oder Verlinkungen oder vorgeschlagene Seiten, weitere rechte Inhalte transportieren. Dittrich et al. (2020, S. 32 ff.) benennen auf der Grundlage ihrer qualitativen Analyse von Online-Beiträgen wichtiger rechter Akteur:innen vier Strategien, wie im Netz die »Grenzen des Sagbaren« verschoben werden: die Provokation, die Andeutung (dog whistling), abwertender Humor und die Umwertung von Begriffen (▶ Tab. 11). Provokation erzeugt Empörung und damit Reichweite und Sichtbarkeit im Netz. Exemplarisch dafür steht der Vergleich Gaulands des Nationalsozialismus mit einem »Vogelschiss«. Davey und Ebner (2019) zeigen in einer Analyse verschiedener Social Media Kanäle, wie das Narrativ der »Umvolkung« (great replacement) und der Remigration, ausgehend von der französischen Identitären Bewegung von 2012 bis 2019, Verbreitung bis in die Mainstreammedien fand, in Deutschland befördert durch die Identitäre Bewegung, die AfD und Pegida. Ein Narrativ, das zentrale Bedeutung im Manifest des Christchurch-Attentäters hatte und sich ebenso bei den Attentätern von Halle/S 2019 und Hanau 2020 fand. Neben der Diskursverschiebung ist die »Aushöhlung« der Realitätswahrnehmung eine zweite Säule der Strategie (Dittrich et al. 2020, S. 48 ff.): die Desinformation, die

Verbreitung von Verschwörungserzählungen und die Delegitimierung der etablierten Medien gehören hier zu den Methoden (▶ Tab. 11).

Tab. 11: Rechte Strategien im Netz

Strategien der Diskursverschiebung	
Provokationen mit nachträglicher Verharmlosung	z. B. »Vogelschiss-Vergleich« von Gauland, später nannte er sie »missdeutbar«, »Denkmal der Schande« von Höcke, »Mahnmal der Schande« von Höcke, später spricht er von einer bösartigen Fehlinterpretation durch die Presse, Schuldkult, Begriffe wie »Fachkräfte für Messerattacken« (Curio) oder »Messermänner und Kopftuchmädchen« (Weidel)
Verdeckte Zeichen/Codierung	Worte/Zeichen, die nur von Insidern erkannt werden: z. B. die Zahl 88 für HH, »Heil Hitler« – oder die antisemitische Kennzeichnung von jüdischen Namen durch jeweils drei Klammern: (((Name))) – diese sogenannten »Echos«, werden besonders von Neonazis im Internet benutzt. »Amerikanische Ostküste« – für eine jüdische Verschwörung Verdeckte Gewaltaufrufe wie z. B. »da müsste man mal einen Hausbesuch machen« oder »wir wissen, wo du wohnst«; »entsorgen« oder »Spaziergang« für unerlaubte Demonstrationen
Abwertender Humor/Ironie	»Kameltreiber«, »Kümmelhändler«, »Zwiebelmett statt Mohamed« (Spruch der Identitären Bewegung), Greta Thunberg-Memes, Auto-Aufkleber: »Problem gelöst« mit Thunbergs Zöpfen aus dem Kofferraum hängend …
Umdeutung	Begriffe wie »Volksverräter«, »Umvolkung«, »Überfremdung«, »Volksaustauch« werden aus der Nazisprache entnommen und »neu« verwendet, ohne den Bezug zur Vergangenheit offenzulegen, Ursprünglich »linke« Kampfbegriffe werden umgedeutet und neubesetzt – z. B. political correctness oder die sogenannte »Deutschenfeindlichkeit« (als vermeintlicher Rassismus gegen Deutsche) – damit werden die, die vor Rassismus und antidemokratischen Konnotationen warnen, selbst als autoritär und undemokratisch dargestellt.
Strategien der Desinformation	
Desinformation	Verbreitung falscher oder teilweise falscher Informationen über die Reichweiteneffekte der sozialen Medien/durch Wiederholung, emotionale Eskalationsspiralen/Echokammer-Effekte
Verbreitung von Verschwörungserzählungen	Nicht widerlegbare Aussagen, da die »Widerlegung« als Desinformation der Verschwörer:innen gedeutet wird, geheime Absichten vom »Finanzkapital«, der »Wallstreet« werden unterstellt – häufig mit antisemitischem Hintergrund. Immunisierung gegen Widersprüche
Diskreditierung seriöser Medien	»Lügenpresse«, gesteuert vom Establishment, »Meinungsdiktatur«, »Systempresse der Merkel-Diktatur«

Auf der anderen Seite stehen sogenannte Dark Social Plattformen, die nicht- oder nur teil-öffentliche Kommunikation ermöglichen und wenig bekannt sind, 4chan und 8chan sind Beispiele solcher nicht moderierten Plattformen (Dittrich et al. 2020, S. 22). Rassismus und Gewaltphantasien können dort anonym ungestört geteilt werden, die Narrative verstärken und normalisieren sich aufgrund der Homogenität der User:innen. Von diesen homogenen Gruppen geht eine starke identitätsstiftende Funktion für die User:innen aus. Die australische Studie der Macquarie Universität sieht in den unmoderierten Plattformen eine große Gefahr der Normalisierung von Gewalt, gerade bei Personen, die zwar rechte Gesinnungen teilen, aber bisher wenig gewaltaffin

sind. Der Christchurch Attentäter nutzte 8chan, um seinen Angriff zu streamen. Rechte Terrorattacken der letzten Jahre in Christchurch, El Paso, Halle/S 2019 oder Hanau 2020 zeigen gehäuft »Einzeltäter« (lone wolves), also Personen, die nicht im engeren Sinne einer Terrororganisation angehören, sondern sich im Netz in digitalen Räumen radikalisierten. Hamm und Spaaij (2017) bezeichnen diese Form des Terrorismus auch als stochastischen Terrorismus, dieser zeichnet sich dadurch aus, dass in digitalen Räumen eine Vielzahl von Menschen potenziell radikalisiert werden können. Aufgrund der Vielzahl der User:innen und einem virtuellen Umfeld vieler Gleichgesinnter steigt die statistische Wahrscheinlichkeit der Radikalisierung bis hin zu einer Tat deutlich an. Ribeiro et al. (2020) zeigen am Beispiel von YouTube, wie die Algorithmen der Plattform zur Radikalisierung der User:innen beitragen. Die Vorschläge, die YouTube unterbreitet, führen sukzessive zu radikaleren Inhalten. In diesen Echokammern etabliert sich eine Kultur des Hasses, in der Gewaltverherrlichung und Menschenfeindlichkeit unwidersprochen bleibt. Personengruppen, die bereits Affinitäten ins rechte Feld haben, treffen sich bevorzugt auf Plattformen und Unterforen, die für normale User:innen wenig zugänglich sind oder sich in Passwort-geschützen Bereichen des Netzes befinden, die wenig bis gar keine Moderation und wenig Druck hinsichtlich einer Löschung einzelner Inhalte durch Administratoren aufweisen. Es existiert heute ein rechtes Parallel-Internet mit eigenen Nachrichtenkanälen, eigenen Plattformen und einem eigenen »Wikipedia«, genannt Metapedia (Fuchs & Middelhoff 2019, S. 166), das sich flexibel den Gegebenheiten anpasst. Es kommt permanent zu Veränderungen dieser Infrastruktur des Netzes, wenn der Beobachtungs- oder Löschungsdruck größer wird, wird auf andere Plattformen migriert, die häufig durch Backups schon vorbereitet werden (Donovan, Lewis & Friedberg 2019). Beispiele sind der Messenger-Dienst Telegram, der z. B. geheime Chats ohne Cloud-Speicherung ermöglicht und im Unterschied zu WhatsApp eine große Zahl von Abonnent:innen zulässt.

Als nach der Stürmung des US-Kapitols am 06. Januar 2021 auch Telegram begann, rechtsextreme Kanäle zu sperren und Nachrichten zu löschen, fand sogleich eine Abwanderung zu anderen Diensten wie Threema oder Signal statt. Auch die nicht-moderierte Plattform Parler wurde durch Amazon gesperrt und wanderte zu einem russischen Provider ab. Auf der Plattform 8chan radikalisierte sich der Attentäter von Christchurch und veröffentlichte dort sein »Manifest«. Auch der Attentäter von Halle/S 2019 war auf diesen Kanälen aktiv und postete dort einen Livestream seiner Tat. 8chan wurde abgeschaltet, es gibt jedoch Versuche die Plattform bei neuen Providern unter einem anderen Namen wieder zu etablieren. Den Strategien des sogenannten »deplatforming«, des Löschens oder Sperrens von Inhalten oder Plattformen, steht die Flexibilität der rechten Akteur:innen gegenüber, immer wieder neue Alternativen zu finden (Donovan, Lewis & Friedberg 2019).

8.4 »Burkas? Wir stehen auf Bikinis« – Die AfD und die neuen sozialen Medien

Die AfD gilt als sehr erfolgreich mit ihren Werbestrategien in den neuen sozialen Medien, die sie von Beginn an bespielt hat. Sie nutzt die Plattformen trotz ihrer geringen Mitgliederzahl deutlich effektiver als andere Parteien. Davis, Livingston und Hindman (2019) kommen anhand einer Analyse der Facebook-Aktivitäten der politischen Parteien in Deutschland zu dem Ergebnis, dass die AfD mehr Profile auf Facebook unterhält als alle anderen Parteien zusammen. Die mittlere Follower-Anzahl (Median) der AfD-Seiten lag mit 1296 deutlich höher als bei allen anderen (Die Linke: 647, SPD: 459, FDP: 428, CDU/CSU: 390, Grüne 356). Analysen von Gäbler (2017) zeigen dementsprechend, dass durch die AfD gesetzte Begriffe und Themen sich im Vergleich mit konkurrierenden Parteien stärker durchsetzen. Das Netz eröffnet der AfD Möglichkeiten, die sie in öffentlich rechtlichen Medien nicht hat, sie kann direkt und ungefiltert mit ihren Anhänger:innen in Kontakt treten. Zudem ist die AfD eng vernetzt mit anderen rechten Akteur:innen im Netz (Fuchs & Middelhoff 2019; Gäbler 2017) wie z. B. der Identitären Bewegung, der NPD, dem III. Weg oder auch alternativen Medienkanälen wie Journalistenwatch, Politically Incorrect oder ähnlichen Kanälen. Diese Akteur:innen unterstützen und verstärken die Resonanz der Aktionen. Auch Troll-Armeen wie z. B. die Nutzer:innen des Servers »Reconquista Germanica« unterstützen ihre Agenda. Diese riefen 2017 im Wahlkampf aktiv dazu auf, die AfD zu wählen, parallel wurden die Profile anderer Parteien mit Attacken überrollt. Hier wirkt eine besonders aktive Minderheit, der es gelingt als dominante Meinungsbildner aufzutreten (Gäbler 2017). »Durch ständige wechselseitige Bestätigung können sich auch hochgradig mobilisierte, aber relativ kleine Gruppen zu einer großen Zahl von Interaktionen aufschaukeln« (Gäbler 2017, S. 21). So ergibt sich eine effiziente Mischung aus Top-down- und Bottom-up-Effekten. Dadurch verstärkt sich auf Seiten der Nutzer:innen der Eindruck, es werden auf diesen Seiten vernünftige politische Überzeugungen und Konzepte vorgetragen, so beispielsweise der Versuch von Alice Weidel nachzuweisen, dass es angeblich keinen Unterschied zwischen Islam und Islamismus gäbe. Gäbler bezeichnet diese Erscheinung als »sich selbst aufpumpende Scheinriesen« (Gäbler 2017, S. 21), die aber in ihrer emotionalen und politischen Wirkung auf die Anhängerschaft nicht unterschätzt werden dürfen. Pörksen spricht in diesem Zusammenhang von einer Empörungskybernetik (Pörksen 2018a, S. 7). Am Beispiel des Falls der russlanddeutschen Lisa, die angeblich von drei Geflüchteten entführt und vergewaltigt wurde, zeigt Pörksen (2018a, S. 9 – 12; vgl. auch Schaubert 2018), wie trotz schneller Aufklärung des Falls – das Mädchen hatte Probleme in der Schule und hat die Geschichte erfunden – durch die große Verbreitung dieser Geschichte in den sozialen Medien eine gefühlte Wahrheit entstand, die eine eigene Dynamik entwickelte und die russlanddeutsche Community mobilisierte. Verstärkt wurde diese Dynamik

durch Berichte des russischen Senders Russia Today und der Äußerung des russischen Außenministers Sergej Lawrow, dass dem Verbrechen nicht nachgegangen werde. Auch Seemann (2017) weist auf diese Mobilisierungsstrategie mittels gezielter Fake-News durch die AfD anhand von Twitter-Analysen hin (am Beispiel einer Schweden-Reisewarnung und einem Sexmob in der Freßgass in Frankfurt am Main). Er zeigt auf, wie die Verbreitung von Fake News stattfindet, wie die Richtigstellungen dieser Falschinformationen die AfD-Nutzer:innen zwar erreicht, wie diese dann aber nicht von ihnen weiterverbreitet werden. Seemann geht davon aus »dass die Gruppe die Fake News verbreitet, völlig unabhängig davon, ob die Informationen wahr sind oder nicht – einfach weil sie es so will« (Seemann 2017, S. 10). Die Mechanismen zeigen, wie Fake News dazu dienen, innere Homogenität und eine Abgrenzung nach außen herzustellen.

Bucher und Barth (2019) demonstrieren, wie die AfD durch gezielte Emotionalisierung von Themen auf Facebook Anschlussstellen für eine virale Verbreitung von Themen und Hass im Internet schafft. Meldungen der Mainstreammedien zu Triggerthemen wie Migration werden mit Vorwürfen und ironischen Übertreibungen gerahmt, aus den enthaltenen Andeutungen wird Empörung und Aggression – es ergibt sich eine Emotionsspirale. Die Eskalation findet in der Anschlusskommunikation in den Kommentaren statt. Dort werden emotionalisierende und abwertende Ausdrücke wie »Merkels Sommermärchen«, »Flüchtlinge durchfüttern«, oder »Madam Raute« gehäuft verwendet, bis hin zu Morddrohungen: »Die gesamte Verbrecherregierung gehört hinter Gitter. Und das Gesindel zum Teufel gejagt. Kann die Frau nicht bitte endlich mal wer ... von nem Hochhaus schubbsen ... (hab noch andere Ideen aber das ist dann ja n Aufruf zu Mord)« (vgl. Bucher und Barth 2019, S. 74). Ähnlich wie Pörksen (2018a) schlussfolgern Bucher und Barth (2019), dass sich: »die kommunikativen Möglichkeiten ›affektive Öffentlichkeiten‹ zu generieren mit den sozialen Medien erheblich ausgeweitet haben« (Bucher & Barth 2019, S. 76). Auch die Analysen von Schmitz und Messinger-Zimmer (2020) von Facebook-Postings der AfD aus dem Bundestagswahlkampf 2017 zeigen mit der Auswertungsmethode der dokumentarischen Bildanalyse, wie über Bilder transportierte Inhalte über den mitkommunizierten Hintersinn Anknüpfungspotenziale für rechtsradikale Anschlusskommunikationen bieten (Folgendes war zu lesen: »Familiennachzug. Weitere 2 Mio. Migranten 2018. Jetzt gibt uns Merkel den Rest!«). Auf dieses Posting gab es zahlreiche ehrverletzende, rassistische und antisemitische Äußerungen der Kommentator:innen, die die AfD als nicht vereinbar mit der Parteilinie abweist. Die Autoren zeigen jedoch, wie die Vermittlung der im Bild transportierten Inhalte einen Referenzrahmen für diese Kommentare bietet, die sie mit dem Mechanismus der rhetorischen Autovervollständigung bezeichnen.

> »Diesen Prozess der Explikation lediglich subtiler Bildinhalte durch einen Kommentar wollen wir zusammenfassend als inhaltliche Anlagerung bezeichnen: Damit meinen wir einen Prozess, bei dem intersubjektiv geteilte Deutungsrahmen –

hier zwischen den Bild-Produzent*innen und den Bild-Rezipient*innen – auf der Ebene eines einzelnen Kommunikationsereignisses die Basis für eine Interaktionsbeziehung sind, bei der schließlich Inhalte und Positionen einseitig zur Geltung gebracht werden. Nur eine der beiden Interaktionsparteien schreibt die Inhalte und Interpretationen, die das Posting bietet, aus. Die Formulierung des diffusen Inhaltes wird gewissermaßen delegiert: Es kommt durch eine rhetorische Autovervollständigung zum outsourcing des Klartextes und der Invektiven« (Schmitz & Messinger-Zimmer 2020, S. 20).

Eine ähnliche Strategie belegt Doerr (2021) anhand einer Analyse von Wahlkampfplakaten der AfD, die zum Teil sehr professionell von einem US-amerikanischen Werbeunternehmen gestaltet wurden (Doerr 2021) und auch im Netz verbreitet werden. Durch ambivalente Aussagen, die offen sind für Anschluss -kommunikation und Emotionalisierung, werden zugkräftige Themen instrumentalisiert. Mit dem Slogan »Burkas? Wir stehen auf Bikinis« wird eine Verbindung zwischen der Verteidigung von Frauenrechten und dem Kampf gegen Migration hergestellt, die Anknüpfungspunkte in weite öffentliche Diskurse schafft. Es verschmelzen scheinbar liberale Forderungen mit völkischem Denken, unterlegt mit einem fröhlichen Bild junger Frauen im Bikini, werden rechte Narrative in einer breiten Öffentlichkeit platziert. In einer Plakataktion der AfD Berlin im Jahr 2019 werden gezielt junge, trendige Lebensstile kopiert, so positionieren sich u. a. ein schwules Paar und eine junge blonde Frau mit Tattoo gegen sexualisierte Gewalt von Migranten.[77]

Soziale Medien dienen der AfD, so Siri und Lewandowsky (2019), als ideales »Testgelände« für Kampagnenmaterial einerseits und andererseits als semi-geschlossene Diskursarenen, in denen die Widersprüche nicht thematisiert werden müssen, emotionale Reaktionen sich aber gegenseitig bestätigen. Das Netz bietet einen Möglichkeitsspielraum, in dem demokratiefeindliche Äußerungen weitgehend sanktionsfrei geäußert werden können. Zudem transportiere die AfD durch ihre Social-Media-Aktivitäten ihre identitäre Demokratievorstellung in öffentliche Diskurse, dabei spielen populistische Trigger-Themen eine wichtige Rolle: die Forderung nach Ausführung des Volkswillens, das Misstrauen gegenüber der repräsentativen Demokratie und ihren Vertreter:innen und die Bedrohung durch Geflüchtete und den Islam. Der Erfolg der AfD, so Siri und Lewandowsky (2019, S. 289), erkläre sich letztlich auch aus der erfolgreichen Beherrschung der Sozialen Medien.

8.5 Fazit

In der Welt des Internets ergeben sich viele Möglichkeiten der Mobilisierung für rechte Akteur:innen, die in der Offline-Welt so nicht gegeben sind. In der Offline-Welt gibt es klare Grenzziehungen zu rechten Akteur:innen, es fällt ihnen schwerer anonym oder verdeckt zu handeln. Es bestehen geringere Möglichkeiten, eine breite Aufmerksamkeit zu erhalten. Das Internet und die

Digitalisierung sind somit ein zentraler Baustein für die Erklärung des Erfolges rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen. Es entstanden ganz neue Wege, rechte Narrative in großen Bereichen der (Internet-)Öffentlichkeit zu verbreiten, um Themen zu besetzen, Agenda-Setting zu betreiben und rechte Diskurse zu normalisieren. Für Personen, die sich bereits im engeren Bereich rechten Denkens befinden, entstehen im Internet Echokammern, die ihre Sicht der Welt bestätigen und Gegenstimmen unsichtbar machen. Es formieren sich teilweise globale virtuelle Gemeinschaften, deren Bestehen in der Offline-Welt schwerer zu organisieren wären.

Gesamtgesellschaftlich gesehen, entsteht eine potenziell fragmentierte Öffentlichkeit, die in bestimmten Bereichen so wenig Überschneidungsflächen hat, dass die gemeinsame Basis für Kommunikationsprozesse in der Gesellschaft verloren zu gehen droht (etwa der Glaube an wissenschaftliche Fakten oder an geteilte Werte wie die des Grundgesetzes). In den USA sind solche Entwicklungen schon deutlich zu erkennen. Zudem gelingt es Feinden der Demokratie unter dem Schild der Meinungsfreiheit, demokratiefeindliche Diskurse zu etablieren. Die staatlichen Maßnahmen dagegen sind eingeschränkt – zum einen muss die Löschung von Inhalten durch die Konzerne geschehen, die die Plattformen betreiben, zum anderen darf die Grenze zur Zensur anderer Meinungen nicht überschritten werden. Die rechten Akteur:innen sind flexibel und es gelingt ihnen immer wieder, neue Plattformen oder Provider zu finden, in denen sie geschützt ihre demokratiefeindlichen und zum Teil gewaltaffinen Inhalte verbreiten.

Endnoten

67https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/donald-trump-hat-via-twitter-regiert-neuer-herrscher-typus-social-media-leader-a-464ed40e-4b8e-4b19-96cd-4a3e61c32648, Zugriff am 01. 09. 2021.
68https://www.deutschejournalistenakademie.de/journalismus-lexikon/journalistische-ethik/, Zugriff am 01. 09. 2021.
69https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/auslandsmedien-im-informationskrieg-russia-today-will-nicht-informieren-sondern-verunsichern/22599796.html, Zugriff am 01. 09. 2021. https://www.zeit.de/2017/38/epoch-times-afd-alternativmedium, Zugriff am 01. 09. 2021.
70Auf die Debatte, ob der Relativismus und Konstruktivismus der postmodernen Theorie (als Vertreter:innen werden im gleich erwähnten Text von Pörksen Jean Baudrillard, Jean-François Lyotard, Richard Rorty, Paul Feyerabend, Judith Butler und Heinz von Foerster genannt) verantwortlich ist für die Krise der Wahrheitsfindung, kann hier aus Platzgründen nicht genauer eingegangen werden. Die:der geneigte Leser:in sei dazu an den interessanten Aufsatz von Pörksen (2018a) verwiesen, der eine solche Zuschreibung zurückweist und die neue Qualität rechter und autoritärer politischer Führung und Kommunikationsstrategien, die mit »Lügen, Beliebigkeit, Nonsens- und Brutalo-Narrativen« agieren, als eine Form postmodernen Fundamentalismus ausweist. In dieser Form wird eben nicht, wie von von Foerster formuliert, die eigene Denkhaltung flexibel und kritisierbar gehalten, sondern die »Pseudoskepsis« nur gegen die Fakten gezeigt, die den »Machthabern« missliebig sind. Pörksen weist darauf hin, dass für die Strategien des postmodernen Fundamentalismus die »Kampagnenmethoden der amerikanischen Tabakindustrie« und die »Verwirrungstechniken« der Klimawandelleugner:innen Pate gestanden haben (vgl. auch Pörksen 2018b).
71Oft werden beide Begriffe synonym verwendet, sie betonen aber jeweils einen anderen Aspekt. Die Echokammer ist die Folge einer Filterblase. Eine Filterblase zeichnet sich durch die Ähnlichkeit der selektierten Inhalte aus. Diese Homogenisierung führt zu Verstärkungseffekten, da keine abweichenden oder widersprüchlichen Informationen mehr wahrgenommen werden – Echokammern entstehen, die eigene Meinungen permanent bestätigen (vgl. Seemann 2017; Rau & Stier 2019; zur Rolle von Gefühlen vgl. Wollebæk et al. 2019).
72An dieser Stelle verweisen wir auf die methodischen Probleme von Big-Data-Studien. Bisherige Analysen von Big-Data zur Wirkung und Erscheinungsformen sozialer Medien in Bezug auf die Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Inhalte stehen aus einer explanativen Sicht vor dem Problem, dass die Datensätze keine Kovariaten enthalten. Ohne Kovariaten lassen sich aber die Ziele einer explanativen Sozialwissenschaft nicht einlösen. Um Ursache-Wirkungsbeziehungen oder soziale Mechanismen zu entdecken und zu überprüfen, sind Informationen über die Nutzer:innen zwingend erforderlich (Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen und weitere interessierende sozialwissenschaftliche Konzepte wie demokratische Einstellung, Wertüberzeugungen, politische Machtlosigkeit etc.). Diese Variablen liegen in Big-Data-Datensätzen nicht vor, deshalb benötigt man eine Strategie, damit man die Big-Data-Datensätze um diese Informationen ergänzen kann. Ein Verfahren, um dies zu erreichen, wird als record linkage bezeichnet (vgl. Schnell

2019). Zur Diskussion, ob Kausalanalysen durch die Datenschwemme, die sich durch den computational turn ergeben, überflüssig werden, da man mit induktiven Datenanalyseverfahren auch jenseits von a priori formulierten Hypothesen zu neuen Erkenntnissen kommen kann (vgl. Häußling 2019, der diese Position zurückweist).

73Organisationssoziologisch beobachtet ist diese gemeinschaftsstiftende Wirkung innerhalb rechter Kommunikationsforen wichtig, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl und ein Commitment ihrer zum großen Teil untereinander unbekannten Anhänger:innen zu erzeugen. Anders als Organisationen verfügen diese Foren (zumeist) nicht über die Entscheidung über eine Mitgliedschaft, über die Organisationen ihre Mitglieder verpflichten können (vgl. Kühl 2020).

74Dabei verstehen sie unter dem Phänomen des digitalen Faschismus: »a highly fluid and ambivalent variant of fascism that lacks a clear organizational center as the digitally networked masses are the engine of their own manipulation« (Fielitz & Marcks 2019, S. 1).

75Der englische Begriff »alternative right« bezeichnet extrem rechte Gruppierungen in der USA, deren Ziel es ist, die »Weiße Vorherrschaft« (»White Supremacy«) zu sichern. Gemeint sind neuere Entwicklungen und Gruppierungen, die keineswegs eine andere Ideologie verfolgen, aber ihre Strategien modernisiert haben.

76Bot ist die Kurzform für »robot«, darunter versteht man Computerprogramme, die in den sozialen Medien vorgeben, eine menschliche Identität zu besitzen und die automatisiert Interkationen vortäuschen.

77https://twitter.com/AfDBerlin/status/1098196193258209280?s=20, Zugriff am 01. 09. 2021.

9 Rechtspopulismus als Gefahr für die Demokratie

Die Bezeichnung Rechtspopulismus hat lange dafür gesorgt, dass die neuen rechten Akteur:innen von vielen Beobachter:innen in der politischen Landschaft als scheinbar legitime »Opposition« wahrgenommen wurden. Die zunehmende Radikalisierung der AfD verändert diese Sichtweise. In diesem Buch wurde herausgearbeitet, dass der Begriff Rechtspopulismus wenig über die ideologische Ausrichtung der Akteur:innen aussagt oder deren Extremismus. Die Bezeichnung Rechtspopulismus umschreibt primär einen Politikstil, der darauf abzielt, sich selbst als legitime Repräsentant:innen des Volkswillens, des »kleinen Mannes« darzustellen, der gegen »korrupte Eliten« und ein selbstbezogenes »politisches Establishment« arbeitet. Wobei der Volksbegriff in diesem Kontext in einem essentialistischen, exklusiven Sinne Verwendung findet. Trotz aller Versuche, diese Grundposition rechtspopulistischer Akteur:innen zu verschleiern, lässt sich die völkische Gesinnung und die damit verbundene Ideologie bis zu ihren Wurzeln zum antidemokratischen Denken der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus zurückverfolgen. Götz Kubitschek, einer der Protagonisten der Neuen Rechten, bezieht sich ganz offen auf diese ideologischen Wurzeln und verbindet damit sogar Umsturzphantasien:

> »Die sogenannte Konservative Revolution von 1918 bis 1932 hat bis heute ihre Strahlkraft auch deshalb nicht verloren, weil sie in ihren Hauptvertretern radikal und kompromisslos war, so ganz und gar bereit für etwas Neues, einen Dritten Weg, einen Umsturz, eine Reconquista, einen revolutionären, deutschen Gang in die Moderne.«[78]

Die Stoßrichtung des »neuen« Rechtsextremismus, der sich unter dem Kleid des Populismus versteckt, zielt wie der »alte« Rechtsextremismus auf die liberale staatliche Ordnung der Bundesrepublik. Völkische Prinzipien, Antipluralismus und die Verachtung der parlamentarischen Demokratie lassen sich den rechtspopulistischen Akteur:innen in Deutschland an vielen Stellen zuordnen. Führende Vertreter wie Gauland, Höcke oder Kubitschek sprechen ganz offen immer wieder vom »Wechsel«, von »Überwindung«, von einem »Dritten Weg« oder von der »Revolution«, von der sie träumen. Sie positionieren sich immer wieder offen gegen den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus und Liberalismus sowie das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes. So spricht Höcke zum 200. Pegida-Aufmarsch in Dresden im Februar 2020 wenig verklausuliert über sein Weltbild und seine Ziele: Die Politiker:innen der »verbrauchten Parteien« litten an einer »geistigen Störung«, sagte Höcke, und die heutige Demokratie sei in Wirklichkeit eine »Herrschaft des Schlechten«, die man ablösen werde. Die »verbrauchten Parteien« würden »unser Deutschland wie

ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl« auflösen. So strebe die Kanzlerin in Wirklichkeit eine »Überwindung der Völker und die Überwindung der Kulturen« an, auch ihre möglichen Nachfolger:innen seien keine Alternative.[79] Die Strategien, die verfolgt werden, um diese Ziele zu erreichen, haben sich im Vergleich zum alten Rechtsextremismus deutlich verändert. Die Neue Rechte hat zu einer Intellektualisierung der Strategien beigetragen. Es hat zudem eine Modernisierung des Rechtsextremismus stattgefunden, der sich auch an ihrem äußerlichen Auftreten ablesen lässt. Man ist bemüht, bürgerlich-konservativ zu erscheinen, und versucht, sich äußerlich klar vom Erscheinungsbild des alten Rechtsextremismus mit seinem eher brachialen Auftreten abzugrenzen. In der Jugendkultur geschieht dies über das Anknüpfen an den jugendlichen Mainstream z. B. hinsichtlich der Kleidungsstile. In den sozialen Medien hat man sich sehr effizient an den herrschenden Kommunikationsstil angepasst, zudem nutzt man die Dynamiken des Internets sehr geschickt, um große Reichweiten zu erzielen. Hinsichtlich der Mobilisierungsstrategie erweisen sich rechte Akteur:innen in vielen Bereichen als effizienter als die Akteur:innen anderer politischer Richtungen. Das Netz hat sich zu einer zentralen Mobilisierungsmaschine der Rechten entwickelt. In diesem Kontext verfolgt man konsequent und erfolgreich metapolitische Strategien, um die eigenen Narrative in Alltagsdiskursen zu verankern. Dabei spielen Themenfelder, die an vorhandene Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft anschließen eine große Rolle. Die emotionalen Diskurse um Zuwanderung haben eine starke mobilisierende Wirkung, sie werden geschickt instrumentalisiert, um Diskurse z. B. über Falschmeldungen zu verschieben. Die Leipziger Autoritarismus-Studie hat gezeigt, dass gerade in diesem Einstellungskomplex eine Ausbreitung rechter Narrative stattfinden kann, da fremdenfeindliche Anschlussstellen bis weit in der Mitte der Gesellschaft vorliegen. Ein weiteres Beispiel der Infiltration öffentlicher Diskurse durch rechte Narrative ist die Genderdebatte, hier kann nachvollzogen werden, wie eine Thematik als Kitt für ganz unterschiedliche Milieus (z. B. religiöse, konservative, rechtsextreme und auch völlig unpolitische Milieus) dienen kann. So ergeben sich immer wieder Brückenschläge in die Mitte der Gesellschaft, die hilfreich sind, das zu erreichen, was als »kulturelle Hegemonie« bezeichnet wird, das Übergehen rechter Narrative in alltägliches Denken und Sprache und die damit verbundene Normalisierung rechter Themen mit dem Ziel, irgendwann hegemoniale Bedeutung zu erlangen. Besonders gefährlich ist es in diesem Zusammenhang, wenn anerkannte Persönlichkeiten dieser »bürgerlichen Mitte« (z. B. ein prämierter Schriftsteller Tellkamp, ein Ex-Verfassungsschutzpräsident Maaßen oder ein Universitätsprofessor Patzelt) die Thesen der Rechten normalisieren und legitimieren. Oder wenn namhafte Künstler wie Jan Josef Liefers und mit ihm weitere sehr namhafte Künstler:innen Querdenker-Narrative verbreiten.[80] Auch die Querdenker-Bewegung mit ihrer sehr heterogenen Teilnehmerschaft von Menschen mit zumindest einer Distanz zum Staat, zu den Medien und zum Rechtsstaat, mit

geringer Berührungsangst gegenüber rechtsextremen Akteur:innen stellt ein weiteres Mobilisierungsfeld für rechte Akteur:innen dar, das es ermöglicht, sehr unterschiedliche gesellschaftliche Schichten zu erreichen. Diese Situation wurde von der AfD und anderen Akteur:innen der Szene umgehend genutzt, um die Kritik an staatlichen Maßnahmen aufzunehmen und mit ihren demokratiefeindlichen Narrativen zu verbinden.

Das Warten auf das Momentum für die Bewegung wurde bei den Aufmärschen in der Folge der rassistischen Ausschreitungen von Chemnitz 2018 deutlich. Hier schien solch ein Momentum gekommen: Die sich sonst harmlos gebenden Akteur:innen des Rechtspopulismus demonstrierten hier offen gemeinsam mit Rechtsextremen: AfD, Pegida, Identitären, NPD, rechtsextremen Hooligans, besorgten Wutbürger:innen und der intellektuellen Szene der neuen Rechten. Kubitschek (2018) hatte im August bereits in seinem Blog die Ereignisse von Chemnitz als einen »elementaren Vorgang« bezeichnet bei dem es darum gehe, »den eigenen Raum ab(zu)sichern«. Dieser Zusammenschluss von konservativen Rechtspopulist:innen mit CDU-Vergangenheit aus der bürgerlichen Mitte mit dem offenen Rechtsextremismus macht diese Bewegung weitaus gefährlicher als den alten Rechtsextremismus. Die Zunahme rechts-motivierter Gewalt und rechtsextremer Terroranschläge im Fahrwasser des Rechtspopulismus lässt sich schon heute beobachten.

Ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen ist nicht selbstverständlich, es muss vielmehr täglich mit Leben gefüllt und gegen Anfeindungen verteidigt werden. Dazu ist nicht nur ein unmissverständliches staatliches Handeln erforderlich, sondern auch der Einsatz für Pluralität, Diversität und Konsensfindung jede:r einzelnen Bürger:in. Welche Maßnahmen erforderlich sind, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stiften und ob und wie man rechtspopulistische Sympathisant:innen wieder für die demokratische Orientierung gewinnen kann, sollte neben der weiteren Dauerbeobachtung des Rechtpopulismus und der sozialwissenschaftlichen Ursachenanalyse im Mittelpunkt künftiger gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Debatten stehen.

Endnoten

78https://sezession.de/35015/die-stahlkraft-der-konservativen-revolution, Zugriff am 01. 09. 2021.
79https://idas.noblogs.org/?p=505, Zugriff am 01. 09. 2021.
80https://www.sueddeutsche.de/panorama/allesdichtmachen-prominente-corona-videos-1.5273716, Zugriff am 01. 09. 2021.

Anhang

Anhang A: Items der Bielefelder und der Leipziger Studie zur Messung rechtsextremer Einstellungen

In der Bielefelder und der Leipziger Studie werden die gleichen Items erhoben.

Dimension »Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur«

- Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
- Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
- Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

Dimension »Chauvinismus«

- Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
- Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
- Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.

Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus«

- Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.

- Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.

- Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Dimension »Fremdenfeindlichkeit/Ausländerfeindlichkeit«

- Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

- Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Dimension »Antisemitismus«

- Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.

- Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.

- Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Dimension »Sozialdarwinismus«

·

Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

·

Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.

·

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Die Antwortvorgaben lauten: lehne völlig ab, lehne überwiegend ab, teils/teils, stimme überwiegend zu, stimme voll und ganz zu

Quelle: Küpper, Kraus & Zick 2019, S. 124, und Decker & Brähler 2020, S. 35 ff.

Anhang B: Items der Bielefelder Studie zur Messung neurechter Mentalitäten

Dimension Anti-Establishment

·

Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit.

·

Die regierenden Parteien betrügen das Volk.

Dimension Aufruf zum Widerstand

·

Man muss sich gegen die aktuelle Politik wehren.

·

Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.

Dimension Unterstellung eines Meinungsdiktates

·

In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.

.

In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.

Dimension Islamverschwörung

.

Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.

Dimension Nationale Rückbesinnung gegen die EU

.

Deutschland wäre ohne die EU besser dran.

.

Der Zusammenhalt in der EU muss gestärkt werden.

Dimension Ethnopluralismus

.

Jedes Volk besitzt eine unveränderliche Identität.

.

Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen.

Dimension Antifeminismus

.

Es gibt heutzutage einen Krieg gegen die traditionelle Ehe und Familie.

.

Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.

Die Antwortvorgaben lauten: trifft überhaupt nicht zu, trifft eher nicht zu, teils/teils, trifft eher zu, trifft voll und ganz zu

Quelle: Häusler & Küpper 2019, S. 164.

Abbildungsverzeichnis

Tabellenverzeichnis

Kastenverzeichnis

Literatur

Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford R. N. (1950): The Authoritarian Personality. New York: Harper and Brothers.

AfD (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag. Berlin.

AfD (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Berlin.

Albert, M., Hurrelmann, K. & Quenzel, G. (Hrsg.) (2019): 18. Shell Jugendstudie – Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Albrecht S., Fielitz, M. & Thurston, N. (2019): Introduction. In: M. Fielitz & N. Thurston (Hrsg), Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US (S. 7 – 24). Bielefeld: transcript.

Allen, C. (2019): »Nur einsame Wölfe?« Rechtsterrorismus transnational. Aus Politik und Zeitgeschichte 69 (49 – 50), 20 – 26.

Altemeyer, B. (1988): Enemies of freedom: Understanding right-wing authoritarianism. San Francisco: Jossey-Bass.

Amann, M. (2018): Angst für Deutschland: Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. München: Droemer.

Anhut, R. & Heitmeyer, W. (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: R. Anhut & W. Heitmeyer (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen (S. 17 – 75). Weinheim, München: Juventa.

Baader, M. S. (2020): Neue Rechte – »Umerziehung»- »Genderideologie« und »Frühsexualisierung« – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In: U. Binder & J. Oelkers (Hrsg.), Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts (S. 129 – 154). Wiesbaden: Springer-VS.

Baldauf, J., Dittrich, M., Hermann, M., Kollberg, B., Lüdecke, R. & Rathje, R. (2017): Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure. Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung.

Ballsun-Stanton, B., Waldek, L., Droogan, J., Smith, D., & Iqbal, M. (2020). Mapping Networks and Narratives of Online Right-Wing Extremists in New South Wales (1.0.1, p. 72). Macquarie University. https://doi.org/10.5281/zenodo.4071472

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Becker, C. (2020): Gewalt, Schmerz und Heroismus. Gegneranalyse. Online verfügbar unter: https://gegneranalyse.de/gewalt-schmerz-und-heroismus/, Zugriff am 01. 09. 2021.

Becker-Schmidt, R. (2010): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen. In: R. Becker & B. Kortendiek (Hrsg.), Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung (S. 65 – 74). Wiesbaden: Springer VS.

Bennett, W. L. & Segerberg, A. (2012): The logic of connective action. Digital media and the personalization of contentious politics. Information, Communication & Society, 15 (5), 739 – 768.

Benoist, A. de (1985): Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Krefeld: Sinus.

Berg, L. (2019): Between anti-feminism and ethnicized sexism. Far-right gender politics in

Germany. In: M. Fielitz & N. Thurston (Hrsg.), Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US (S. 79 – 91). Bielefeld: transcript.
Best, H., Salheiser, A. & Salomon, K. (2014): Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit. Gießen: Psychosozial-Verlag.
Birsl, U. (1996): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Reagieren Frauen anders? Zur theoretischen Verortung der Kategorie Geschlecht in der feministischen Rechtsextremismus-Forschung. In: J. W. Falter, H. G. Jaschke & J. R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus (S. 49 – 65). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Birsl, U. (Hrsg.) (2011): Rechtsextremismus und Gender. Opladen, Farmington Hills MI: Verlag Barbara Budrich.
Bitzan, R. (2017): Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In: F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus (S. 325 – 373). Wiesbaden: Springer VS.
Blumer, H. (1958): Race Prejudice as a Sense of Group Position. The Pacific Sociological Review, 1 (1), 3 – 7.
Bogerts, L. & Fielitz, M. (2019): »Do You Want Meme War?« Understanding the Visual Memes of the German Far Right. In: M. Fielitz & N. Thurston (Hrsg.), Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US (S. 137 – 153). Bielefeld: transcript.
Brausam, A. (2021): Todesopfer rechter Gewalt seit 1990. Online verfügbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Brenke, K. & Kritikos, A. S. (2017): Wählerstruktur im Wandel. DIW Wochenbericht, 84 (29), 595 – 606.
Breuer, S. (1993): Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
Bright, J. (2017): Explaining the Emergence of Echo Chambers on Social Media: The Role of Ideology and Extremism. SSRN Electronic Journal. Advance online publication. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.2139/ssrn.2839728, Zugriff am 01. 09. 2021.
Bruns, J., Glösel, K. & Strobl, N. (2017): Die Identitären. Rechtsextreme Ideologie der Neuen Rechten und modernisierter Rassismus einer Jugendbewegung. Jahrbuch für Pädagogik (1), 81 – 102.
Bruns, J., Glösel, K. & Strobl, N. (2018): Die Identitären. Zur Ideologie der Neuen Rechten und dem modernisierten Rassismus einer Jugendbewegung. In: F. Burschel (Hrsg.), Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror. Manuskripte – Neue Folge (S. 37 – 52). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Bucher, H. J. & Barth, C. (2019): Zwischen Hatespeech und Deliberation: affektive Öffentlichkeiten und politische Kommunikation in den sozialen Medien. In: S. Hauser, M. Luginbühl & S. Tienken (Hrsg.), Mediale Emotionskulturen (S. 57 – 81). Bern, Berlin, Bruxelles, New York, Oxford: Peter Lang.
Buckow, S. (2017): Bundestagswahl 2017 Ergebnisse und Analysen. böll.brief, DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #5. Online verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/boell-brief_bundestagswahl_2017.pdf?dimension1=division_demo, Zugriff am 01. 09. 2021.
Budras, C. (2021): Rettungspaket beschlossen. Der Bundestag winkt den EU-Aufbaufonds durch – trotz Kritik. Frankfurter Allgemeine Zeitung 26. 03. 2021, S. 17.
Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019. Online verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2019-gesamt.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
Bundesamt für Verfassungsschutz (2021): Verfassungsschutzbericht 2020. Online

verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
Bundesministerium des Innern (2021): Übersicht »Hasskriminalität«: Entwicklung der Fallzahlen 2001 – 2020. Online verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-uebersicht-hasskriminalitaet-entwicklung-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=2, Zugriff am 01. 09. 2021.
Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020): Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 (S. 149 – 176). Gießen: Psychosozial-Verlag.
Claus, R. (2017): Hooligans. Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik. Göttingen: Die Werkstatt.
Claus, R. (2018): Der extrem rechte Kampfsportboom. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/279552/der-extrem-rechte-kampfsportboom, Zugriff am 01. 09. 2021.
Claus, R., Lehnert, E. & Müller, Y. (Hrsg.) (2010): »Was ein rechter Mann ist ...«. Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Texte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 68. Berlin: Karl Dietz Verlag.
Connell, R. W. (2005): Masculinities. 2. Auflage. Cambridge: Polity Press.
Corsten, M. (2020): Lebenslauf und Sozialisation. Wiesbaden: Springer VS.
Cremer, H. (2021). Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Warum die AfD als rassistische und rechtsextreme Partei einzuordnen ist. Deutsches Institut für Menschenrechte. Online verfügbar unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Nicht_auf_dem_Boden_des_Grundgesetzes.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Crouch, C. (2008). Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Crouch, C. (2011). Über das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Datenreport 2018 – Sozialbericht für Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
Davey, J. & Ebner, J. (2019): The Great Replacement: The Violent Consequences of Mainstreamed Extremism. Institute for Strategic Dialogue (ISD). ISD Report. Online verfügbar unter: https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2019/07/The-Great-Replacement-The-Violent-Consequences-of-Mainstreamed-Extremism-by-ISD.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Davis, T., Livingston, S. & Hindman, M. (2019): Suspicious Election Campaign Activity on Facebook. How a Large Network of Suspicious Accounts Promoted Alternative für Deutschland in the 2019 EU Parliamentary Elections. Online verfügbar unter: https://iddp.gwu.edu/sites/g/files/zaxdzs3576/f/downloads/Suspicious%20Election%20Campaign%20Activity%3B%20Livingston%2C%20Davis%2C%20Hindman.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Decker, F. (2015): Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik. In: F. Decker, B. Hennigsen & K. Jakobsen (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa (S. 75 – 90). Baden-Baden: Nomos.
Decker, F. (2020a): Kurz und bündig: Die AfD. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/211108/kurz-und-buendig, Zugriff am 01. 09. 2021.
Decker, F. (2020b). Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Online verfügbar unter:

https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/
Decker, F. & Lewandowsky, M. (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. Zeitschrift für Politik, 64 (1), 21 – 38.
Decker, O. (2018): Flucht ins Autoritäre. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft (S. 15 – 64). Gießen: Psychosozial-Verlag.
Decker, O. (2019): Prothetische Ergänzungen und narzisstische Plomben – Zur Psychoanalyse der autoritären Dynamik. Swiss Archives of Neurology, Psychiatry and Psychotherapy. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.4414/sanp.2019.03046, Zugriff am 01. 09. 2021.
Decker, O. & Brähler, E. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: FES.
Decker, O. & Brähler, E. (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag.
Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.) (2020). Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger-Autoritarismus-Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag.
Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014). Die stabilisierte Mitte: Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Gießen: Psychosozial-Verlag.
Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020): 2. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken (S. 27 – 88). Gießen: Psychosozial-Verlag.
Decker, O., Yendell, A. & Brähler, E. (2018): Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Flucht ins Autoritäre (S. 157 – 178). Gießen: Psychosozial-Verlag.
Degele, N. (2020). Political correctness. Warum nicht alle alles sagen dürfen. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
Degner, J. & Dalege, J. (2013): The apple does not fall far from the tree, or does it? A meta-analysis of parent–child similarity in intergroup attitudes. Psychological Bulletin, 139 (6), S. 1270 – 1304. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1037/a0031436, Zugriff am 01. 09. 2021.
Della Porta, D. (2017). Progressive und regressive Politik im späten Neoliberalismus. In: H. Geiselberger (Hrsg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit (S. 57 – 76). Berlin: Suhrkamp.
Detering, H. (2018): Impulsvortrag Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – Wer ist wir? Online verfügbar unter: https://www.zdk.de/veroeffentlichungen/reden-und-beitraege/detail/Impulsvortrag-Zur-Rhetorik-der-parlamentarischen-Rechten-Wer-ist-wir-Prof-Dr-Heinrich-Detering--413s/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Detering, H. (2019): Was heißt hier »wir«. Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. Stuttgart: Reclam.
Dier, S. (2016): Befunde und aktuelle Kontroversen im Problembereich der Kriminalität und Gewalt von rechts. In: F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus (S. 471 – 510). Wiesbaden: Springer.
Dittrich, M., Jäger, L., Meyer, C.-F. & Rafael, S. (2020): Alternative Wirklichkeiten. Online verfügbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Dollard, J., Doob, L. W., Miller, N., Mowrer, O. H. & Sears, R. R. (1939): Frustration and aggression. New Haven: Yale University Press.
Donovan, J., Lewis, B. & Friedberg, B. (2019): Parallel ports. Sociotechnical change from

the alt-right to alt-tech. In: M. Fielitz & N. Thurston (Hrsg.), Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US (S. 49 – 65). Bielefeld: transcript.
Doerr, N. (2021): The Visual Politics of the Alternative for Germany (AfD): Anti-Islam, Ethno-Nationalism, and Gendered Images. Social Sciences, 10(1), S. 20. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.3390/socsci10010020, Zugriff am 01. 09. 2021
Dörre, K. (2018): In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage. In: K. Becker, K. Dörre & P. Reif-Spirek (Hrsg.), Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – Populistische Revolte (S. 49 – 80). Frankfurt a. M.: Campus.
Dörre, K., Bose, S., Lütten, J. & Köster, J. (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. Berliner Journal für Soziologie, 28 (1), 55 – 89.
Dowling, E., van Dyk, S. & Graefe, S. (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der »Identitätspolitik«. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 47 (188), 411 – 420.
Duckitt, J. (2015): Authoritarian personality. In: D. James (Hrsg.), International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, 2 (2), 255 – 261.
Duckitt, J. & Sibley, C. G. (2010): Personality, ideology, prejudice, and politics: A dual-process motivational model. Journal of personality, 78 (6), 1861 – 1894.
Duckitt, J. & Sibley, C. G. (2017): The dual process motivational model of ideology and prejudice. In: C. G. Sibley & F. K. Barlow (Hrsg.), The Cambridge Handbook of the Psychology of Prejudice (S. 188 – 221). Cambridge: Cambridge University Press.
Erfurter Resolution (2015): Erfurter Resolution. Online verfügbar unter: https://gei-ge.de/node/157127040041474/erfurterresolution.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Esser, H. (1999): Einleitung: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit und das Modell der soziologischen Erklärung. In: H. Esser, Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln (S. 1 – 28). Frankfurt a. M., New York: Campus.
Fahrig, K. (2020): Rechte Jugendliche und ihre Familien. Eine Perspektiven triangulierende Rekonstruktion biografischer Hintergründe. Wiesbaden: Springer VS.
Farris, S. (2011): Die politische Ökonomie des Femonationalismus. Feministische Studien, 29 (2), S. 321 – 334. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1515/fs-2011-0214, Zugriff am 01. 09. 2021.
Fedders, J. (2019): Identitäre in Halle: Die hippen Erben der »Konservativen Revolution«. Online verfügbar unter: https://gegneranalyse.de/identitaere-in-halle-die-hippen-erben-der-konservativen-revolution/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Fielitz, M. & Marcks, H. (2019): Digital Fascism: Challenges for the Open Society in Times of Social Media. Berkeley Center for Right-Wing Studies Working Paper Series. Berkeley, CA: UC Berkeley: Center for Right-Wing Studies. Online verfügbar unter: https://escholarship.org/uc/item/87w5c5gp, Zugriff am 01. 09. 2021.
Fielitz, M. & Marcks, H. (2020). Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Dudenverlag.
Fraser, N. (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. Blätter für deutsche und internationale Politik, 8, 43 – 57.
Fraser, N. (2017a): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, 71 – 76.
Fraser, N. (2017b): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: H. Geiselberger (Hrsg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit (S. 77 – 91). Berlin: Suhrkamp.

Frei, N. & Nachtwey, O. (2021): Quellen des »Querdenkertums«. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Böll-Stiftung Baden-Württemberg. Online verfügbar unter: https://www.boell-bw.de/sites/default/files/2021-11/Studie_Quellen%20des%20Querdenkertums.pdf

Frei, N., Maubach, F., Morina, C. & Tändler, M. (2019): Zur rechten Zeit: Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin: Ullstein.

Friedrich, S. & Linke, B. (2018): Reaktionär, Rassistisch, Rechts. Die Entwicklung der Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen-Anhalt und Stendal. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.

Fuchs, C. & Middelhoff, P. (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten: wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Hamburg: Rowohlt Verlag.

Fücks, R. (2019): Neue Rechte, altes Denken – Die liberale Demokratie und ihre Gegner. In: R. Fücks & C. Becker (Hrsg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte (S. 5 – 9). Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.

Funke, H. (2019): Höcke will den Bürgerkrieg. Ein »Zuchtmeister, der den Stall ausmistet« mit »wohltemperierter Grausamkeit«. Die Sprache des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke offenbart seine Gefährlichkeit. Online verfügbar unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus, Zugriff am 01. 09. 2021.

Gäbler, B. (2017): AfD und Medien. Analyse und Handreichungen. OBS-Arbeitsheft 92. Online verfügbar unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH92_AfD_Medien_Gaebler_2017_07_17.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.

Geiges, L., Marg, S. & Walter, F. (2015). Pegida. Bielefeld: transcript.

Geisler, A. & Gerster, M. (2016): Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als Strategieelement der extremen Rechten. In: S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten (S. 469 – 494). Wiesbaden: Springer VS.

Gessenharter, W. (2017): Strategien und Einflusssphären der Neuen Rechten. In: M. Gomolla, M. Menk & E. Kollender (Hrsg.), Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen (S. 44 – 60). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Gessenharter, W. & Pfeiffer, T. (2004): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gesterkamp, T. (2018): Männerpolitik und (Anti-)Feminismus. (Anti-)Feminismus. Aus Politik und Zeitgeschichte, 68 (17), 34 – 39.

Göbel, H. (2021): Deutschland haftet. Frankfurter Allgemeine Zeitung 26. 03. 2021, S. 15.

Grzebalska, W., Kováts, E. & Pető, A. (2017): Gender as symbolic glue: how ›gender‹ became an umbrella term for the rejection of the (neo)liberal order. Online verfügbar unter: http://politicalcritique.org/long-read/2017/gender-as-symbolic-glue-how-gender-became-an-umbrella-term-for-the-rejection-of-the-neoliberal-order/, Zugriff am 01. 09. 2021.

Guhl, J., Ebner, J. & Rau, J. (2020): Das Online-Ökosystem rechtsextremer Akteure. London, Washington, Beirut, Toronto: IDS/Robert Bosch Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2020-02/ISD_Studie_Online-%C3%96kosystem%20Rechtsextremer%20Akteure.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.

Gürgen, M., Hecht, P., Horaczek, N., Jakob, C. & am Orde, S. (2019): Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus. Berlin: Ch. Links Verlag.

Haas, J. (2020): »Anständige Mädchen« und »selbstbewusste Rebellinnen«. Aktuelle

Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta Press.
Hacke, J. (2019): Carl Schmitt. Antiliberalismus, identitäre Demokratie und Weimarer Schwäche. In: R. Fücks & C. Becker (Hrsg.), Das alte Denken der Neuen Rechten: Die langen Linien der antiliberalen Revolte (S. 19 – 30). Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.
Hafeneger, B. & Becker, R. (2007): Rechte Jugendcliquen. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag.
Hafeneger, B., Jestädt, H., Klose, L.-M. & Lewek, P. (2018): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt a. M.: Wochenschau.
Hambauer, V. & Mays, A. (2018): Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft, 12 (1), 133 – 154.
Hamm, M. S. & Spaaij, R. (2017): The age of lone wolf terrorism. New York: Columbia University Press.
Hark, S. & Villa, P.-I. (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung. Bielefeld: transcript.
Haug, S., Schnell, R. & Weber, K. (2021): Impfbereitschaft mit einem COVID-19-Vakzin und Einflussfaktoren. Ergebnisse einer telefonischen Bevölkerungsbefragung. Online verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/348593189_Impfbereitschaft_mit_einem_COVID-19-Vakzin_und_Einflussfaktoren_Ergebnisse_einer_telefonischen_Bevolkerungsbefragung, Zugriff am 01. 09. 2021.
Häusler, A. (2018): Völkisch-autoritärer Populismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem neuen regressiven Aufbegehren gegen die parlamentarische Demokratie. In: A. Häusler & H. Kellershohn (Hrsg.), Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung (S. 78 – 96). Münster: Unrast.
Häusler, A. (2021): Erweiterung extrem rechten Resonanzraums oder neue Form der »Delegitimierung des Staates«? Die Bewegung der Pandemie-Leugner*innen. DISS-Journal 41, S. 15 – 17. Online verfügbar unter: http://www.diss-duisburg.de/2021/06/diss-journal-41/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Häusler, A. & Küpper, B. (2019): Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, (S. 147 – 172). Bonn: Dietz.
Häußling, H. (2019): Zur Erklärungsarmut von Big Social Data. Von den Schwierigkeiten, auf Basis von Big Social Data eine Erklärende Soziologie betreiben zu wollen. In: D. Baron, O. A. Becker & D. Lois (Hrsg.), Erklärende Soziologie und soziale Praxis. Wiesbaden: Springer VS.
Heim, T. (2017): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Springer VS.
Heinrich, M. (2004). Agenda 2010 und Hartz IV: Vom rot-grünen Neoliberalismus zum Protest. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 34 (136), 477 – 483.
Heitmeyer, W. (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim, München: Juventa.
Heitmeyer, W. (2002): Deutsche Zustände (Vol. 1). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Heitmeyer, W. (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, W. (2020). Rechte Bedrohungsallianzen: Signaturen der Bedrohung II. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Heitmeyer, W. et al. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur Poltischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim, München: Juventa.
Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020): Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In: A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland (S. 151 – 172). Gießen: Psychosozial-Verlag.
Henkelmann, K., Jäckel, C., Stahl, A., Wünsch, N. & Zopes, B. (Hrsg.) (2020): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters. Berlin: Verbrecher Verlag.
Hirner, C. (2020): Repräsentationsstrategien von Frauen in der rechten Szene. Eine qualitative Analyse von Weblogs. Masterarbeit, Universität Innsbruck. Online verfügbar unter: http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-211780, Zugriff am 01. 09. 2021.
Hochschild, A. R. (2017): Fremd in ihrem Land: eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt a. M.: Campus.
Höcker, C., Pickel, G. & Decker, O. (2020). Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken (S. 249 – 282). Gießen: Psychosozial-Verlag.
Hoffmann, D. (2018): Kinder, Jugend und Medien. In: A. Lange, H. Reiter, S. Schutter & C. Steiner (Hrsg.), Handbuch Kindheits- und Jugendsoziologie (S. 681 – 692). Wiesbaden: Springer VS.
Hohnstein, S. & Greuel, F. (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus. Halle/S: Deutsches Jugendinstitut e. V.
Honneth, A. (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Hopf, C., Rieker, P., Sanden-Marcus, M. & Schmidt, C. (1995): Familie und Rechtsextremismus. Familiale Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim, München: Juventa.
Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (1936): Studien über Autorität und Familie. Springe: zu Klampen Verlag (Reprint der Ausgabe Paris 1936, 2. Neuauflage 2005).
Hufer, K.-P. (2018): Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
Huinink, J. & Schröder, T. (2014): Sozialstruktur und Individuum. In: J. Huinink & T. Schröder, Sozialstruktur Deutschlands. 2., komplett überarbeitete Auflage, (S. 31 – 48). Konstanz: UVK.
Huntington, S. (1996): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. New York: Simon and Schuster.
Immerzeel, T., Coffé, H. & Van der Lippe, T. (2015): Explaining the gender gap in radical right voting: A cross-national investigation in 12 Western European countries. Comparative European Politics, 13 (2), 263 – 286.
Inglehart, R. F. & Norris, P. (2016): Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. HKS Working Paper RWP16 – 026.
Intelmann, D. (2019): Sieben Thesen zur urbanen Krise von Chemnitz: Bemerkungen zu den Ereignissen seit dem 26. August 2018. suburban. Zeitschrift für kritische

Stadtforschung, 7 (1/2), S. 189 – 202.
Ipsen, F., Wörner-Schappert, M. & Eisentraut, S. (2017): Rechtsextreme Medienstrategien. Inszenierung von Radikalität im Social Web und ihre Attraktivität für Jugendliche. In: S. Hohnstein & M. Herding (Hrsg.), Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis (S. 17 – 38). Halle/S: Deutsches Jugendinstitut e. V.
Jaschke, H.-G. (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Jung, M. (2015): Notwendige Modernisierung. Warum Parteien sich damit so schwertun. Die politische Meinung, 60 (530), 12 – 16.
Kaiser, S. (2020): Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Kastner, J. & Susemichel, L. (2020). Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. Münster: Unrast
Kellershohn, H. (2016): Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In: S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten (S. 439 – 467). Wiesbaden: Springer VS.
Kellershohn, H. (2018): »Deutschland des Deutschen«. Ideologiegeschichtliche Anmerkungen zur Renaissance völkischer Ideologie. In: A. Häusler & H. Kellershohn (Hrsg.), Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung (S. 57 – 77). Münster: Unrast.
Kimmel, M. (2013): Angry White Men. American masculinity at the end of an era. New York: Nation Books.
Kollmorgen, R. (2010): Diskursive Subalternität. Empirie und diskursive Konstruktion der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung. In: M. Brunn, F. Ettrich, J. H. Fahlbusch, R. Kollmorgen, T. Spreckelsen & A. Thumfart (Hrsg.), Transformation und Europäisierung (S. 173 – 204). Münster, Berlin: LIT.
Koppetsch, C. (2018): Rechtspopulismus als Klassenkampf? Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung. WSI-Mitteilungen, 71 (5), 382 – 391.
Korsch, F. (2018): Pegida und Gewalt: Das Beispiel der »Freien Kameradschaft Dresden«. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft (S. 267 – 286). Gießen: Psychosozial.
Köttig, M. (2005): Mädchen und Frauen in der extremen Rechten. Ein Diskussionsbeitrag zu Erklärungskonzepten und Forschungsansätzen. In: Antifaschistisches Frauennetzwerk & Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.), Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, (S. 57 – 75). Münster: Unrast.
Köttig, M., Bitzan, R. & Pető, A. (Hrsg.) (2017): Gender and far right politics in Europe. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
Kovats, E. & Poim, M. (Hrsg.) (2015): Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). FEPS – Foundation for European Progressive Studies. Online verfügbar unter: https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Kronauer, M. (2018): Warum und wie die Linke heute für soziale Gerechtigkeit kämpfen muss. In: K. Becker, K. Dörre & P. Reif-Spirek (Hrsg.), Arbeitsbewegung von rechts (S. 81 – 100). Frankfurt a. M.: Campus.
Kronauer, M. (2019). Rechtstendenzen in der Arbeiterschaft und die Notwendigkeit der sozialen Transformation. WSI-Mitteilungen, 72 (3), 193 – 201.
Kubitschek, G. (2017): Selbstverharmlosung. Sezession, 76, 26 – 28.

Kubitschek, G. (2018): Chemnitz – zehn Punkte für die nächsten Tage. Sezession. Online verfügbar unter https://sezession.de/59342/chemnitz-zehn-punkte-fuer-die-naechsten-tage, Zugriff am 01. 09. 2021.
Kuckartz, U., Rädiker, S., Ebert, T. & Schehl, J. (2013): Skalenbildung. In dies.: Statistik: eine verständliche Einführung. 2. Auflage (S. 239 – 257). Wiesbaden: Springer VS.
Kühl, S. (2020): Organisationen. Eine sehr kurze Einführung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
Küpper, B., Berghan, W. & Rees, J. H. (2019): Aufputschen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan, (Hrsg.), Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, (S. 173 – 202). Bonn: Dietz.
Küpper, B., Krause, D. & Zick, A. (2019): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2002 – 2018/19. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (S. 117 – 142). Bonn: Dietz.
Küpper, B., Schröter, F. & Zick, A. (2019): Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass? Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, (S. 243 – 282). Bonn: Dietz.
Laclau, E. (2005): Populism: What's in a Name? In: F. Panizza (Hrsg.): Populism and the Mirror of Democracy (S. 32 – 49). London, New York: Verso. Zitiert nach Mayer et al. 2018.
Laclau, E. & Mouffe, C. (2001): Hegemony and Socialist Struggle. Towards a Radical Democratic Politics. London, New York: Verso. Zitiert nach Mayer et al. 2018.
Lang, J. (2015): Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In: S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung (S. 167 – 182). Bielefeld: transcript.
Lang, J. (2020): Zwischen Tradition und Moderne: Frauen in neuen rechten Gruppierungen. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken (S. 341 – 352). Psychosozial-Verlag.
Laun, A. (2017): Hinter der Gender-Ideologie steht die Lüge des Teufels! In: kath.net., 25. 03. 2017. Online verfügbar unter: http://kath.net/news/58970, Zugriff am 01. 09. 2021. Zitiert nach Mayer et al. 2018.
Laubenstein, S. (2018): »Deutschenfeindlichkeit« – zwischen rechtem Kampfbegriff & gesellschaftlicher Herausforderung. Dossier Rechtsextremismus. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/266333/zwischen-kampfbegriff-herausforderung, Zugriff am 01. 09. 2021.
Lederer, G. & Schmidt, P. (Hrsg.) (1995): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen von 1945 – 1993. Opladen: Leske & Budrich.
Lehnert, E. & Radvan, H. (2016): Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Berlin, Toronto: Babara Budrich Verlag.
Lengfeld, H. (2017): Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69, 209 – 232.
Lengfeld, H. (2019): Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand. In: C. Lübke & J. Delhey (Hrsg.), Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage

der Menschen wissen (S. 59 – 76). Bielefeld: transcript.
Lengfeld, H. & Dilger, C. (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. Zeitschrift für Soziologie, 47 (3), 181 – 199.
Lessenich, S. (2021): Außer Kontrolle. Rezension zu »Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus« von Wolfgang Streeck. In Soziopolis 24. 08. 2021. Online verfügbar unter: https://www.soziopolis.de/ausser-kontrolle/buchforum-zwischen-globalismus-und-demokratie.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
Lewandowsky, M. (2017): Was ist und wie wirkt Rechtspopulismus? Bürger & Staat, 67 (1), 4 – 11.
Lilla, M. (2017): Das Scheitern der Identitätspolitik. Blätter für deutsche und internationale Politik, 62 (1), 48 – 51.
Lübke, C. & Delhey, J. (Hrsg.) (2019): Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen. Bielefeld: transcript.
Lux, T. (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70 (2), 255 – 273.
Maihofer, A. & Schutzbach, F. (2015): Vom Antifeminismus zum »Anti-Genderismus« – Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In: S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung (S. 201 – 217). Bielefeld: transcript.
Manow, P. (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Mau, S., Lux, T. & Gülzau, F. (2020): Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. Berliner Journal für Soziologie, 30, 317 – 346.
Mau, S. & Villa, P.-I. (2018): Von angeblich alternativlosen und alternativen Fakten. Soziologie, 47 (3), 273 – 283.
May, R. & Feldman, M. (2019): Understanding the Alt-Right. Ideologues, ›Lulz‹ and Hiding in Plain Sight. In: M. Fielitz & N. Thurston (Hrsg), Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US (S. 25 – 36). Bielefeld: transcript.
Mayer, S., Ajanovic, E. & Sauer, B. (2018): Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte. Femina Politica, Nr. 1, 47 – 61.
Meeusen, C. & Dhont, K. (2015): Parent–Child Similarity in Common and Specific Components of Prejudice: The Role of Ideological Attitudes and Political Discussion. European Journal of Personality, 29 (6), S. 585 – 598. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1002%2Fper.2011, Zugriff am 01. 09. 2021.
Merkel, W. (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: P. Harfst, I. Knubbe, & T. Poduntke (Hrsg.), Parties, governments and elites. The Comparative Study of Democracy (S. 9 – 23). Wiesbaden: Springer VS.
Miller-Idriss, C. (2018): The Extreme Gone Mainstream. Commercialization and Far Right Youth Culture in Germany. Princeton: Princeton University Press.
Minkenberg, M. (2018): Was ist Rechtspopulismus? Politische Vierteljahresschrift, 59 (2), 337 – 352.
Möller, K. & Schuhmacher, N. (2007a): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: VS-Verlag.

Möller, K. & Schuhmacher, N. (2007b): Ein- und Ausstiegsprozesse rechtsextremer Skinheads. Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, 17 – 23.
Mouffe, C. (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.
Mouffe, C. & Laclau, E. (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen.
Mudde, C. & Rovira Kaltwasser, C. (2018): Studying populism in comparative perspective: Reflections on the contemporary and future research agenda. Comparative Political Studies, 51 (13), 1667 – 1693.
Mudde, C. (2007): Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus? ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie, 7 (2), 187 – 201.
Nachtwey, O. (2017): Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften. In: H. Geiselberger (Hrsg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit (S. 215 – 231). Berlin: Suhrkamp.
Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Universität Basel. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f, Zugriff am: 01. 09. 2021.
Niedermayer, O. & Hofrichter, J. (2016): Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47 (2), 267 – 285.
Norris, P. & Inglehart, R. (2019): Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. Cambridge: Cambridge University Press.
Oesterreich, D. (2005): Flight into security: A new approach and measure of the authoritarian personality. Political Psychology, 26 (2), 275 – 298.
Ogette, T. (2017): Exit Racism: Rassismuskritisch denken lernen. 2. Auflage. Münster: Unrast.
Pantenburg, J., Reichardt, S. & Sepp, B. (2021): Corona-Proteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen. Aus Politik und Zeitgeschichte, 71 (3 – 4), 22 – 27.
Patzelt, W. J. (2015): »Repräsentationslücken« im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA. ZSE Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 13 (1), 99 – 126.
Patzelt, W. J. (2018): Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49 (4), 885 – 895.
Pfahl-Traughber, A. (2019a): Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Springer VS.
Pfahl-Traughber, A. (2019b): Was die »Neue Rechte« ist – und was nicht. Dossier Rechtsextremismus. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht, Zugriff am 01. 09. 2021.
Pfeiffer, T. (2016): Gegenöffentlichkeit und Aufbruch im Netz. In: S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten (S. 257 – 286). Wiesbaden: Springer VS.
Pfeiffer, T. (2019): Dem Mainstream auf der Spur. Ideologische Muster, strategische Ziele und Aktionsformen der Identitären Bewegung. In: H. Friese, M. Nolden & M. Schreiter (Hrsg.), Rassismus im Alltag: Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz (S. 119 – 138). Bielefeld: transcript.
Pickel, S. (2019): Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: J. Schoofs & K. R. Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Partei-, Kommunikations- und Regierungsforschung (S. 145 – 175). Wiesbaden: Springer VS.

Polanyi, K. (1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 3. Auflage, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Pörksen, B. (2018a): Die neuen Wahrheitskriege. Zeitschrift für Medienwissenschaft, 10 (19), 69 – 76. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.25969/mediarep/1439. Zugriff am 01. 09. 2021.
Pörksen, B. (2018b): Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung. München: Carl Hanser Verlag.
Pörksen, B. & Detel, H. (2012): Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter. Köln: Halem.
Poutrus, P. G., Behrends, J. C. & Kuck, D. (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. Aus Politik und Zeitgeschichte, 39, 15 – 21.
Quent, M. (2019): (Nicht mehr) warten auf den »Tag X«: Ziele und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 49 – 50, 27 – 32.
Quent, M. (2021): Blinde Flecken öffentlichen und staatlichen Umgangs. Über die Rechtfertigung von Rechtsradikalismus und -terrorismus. In: T. Schultz (Hrsg.), Auf dem rechten Auge blind? Rechtsextremismus in Deutschland (S. 53 – 74). Stuttgart: Kohlhammer.
Raabe, J. (2017): Die neonazistische Musik-Szene: Transnational wie nie. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/253972/die-neonazistische-musik-szene-transnational-wie-nie, Zugriff am 01. 09. 2021.
Radke, J. & Staud T. (2014): Neue Töne von Rechtsaußen. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/185067/neue-toene-von-rechtsaussen, Zugriff am 01. 09. 2021.
Rahner, J. (2018): Weiblich, bewegt und »knallrechts«. Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 5. Online verfügbar unter: https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/weiblich-bewegt-und-knallrechts-2075/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Rau, J. P. & Stier, S. (2019): Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien? Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 13 (3), 399 – 417.
Reckwitz, A. (2018): Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus. Die Spätmoderne im Widerstreit zweier Kulturalisierungsregime. Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18, 16, 81 – 90.
Ribeiro, M. H., Ottoni, R., West, R., Almeida, V. A. & Meira, Jr, W. (2020, January): Auditing radicalization pathways on YouTube. In: Proceedings of the 2020 conference on fairness, accountability, and transparency (S. 131 – 141). Online verfügbar unter: https://arxiv.org/pdf/1908.08313.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Rieker, P. (2007): Fremdenfeindlichkeit und Sozialisation in Kindheit und Jugend. Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, 31 – 38.
Rippl, S. (2005): Fremdenfeindlichkeit – ein Problem der Jugend? Eine vergleichende Untersuchung fremdenfeindlicher Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen. ZSE: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 25 (4), 362 – 380.
Rippl, S. (2006): Die Abnahme von Fremdenfeindlichkeit – ein Effekt der Bildungsexpansion? In: A. Hadjar & R. Becker (Hrsg.), Die Bildungsexpansion (S. 231 – 249). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Rippl, S. (2019): Rechte Radikalisierung. Besorgte Bürger*innen, rechte Subkultur und gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Hintergründe der Ereignisse von Chemnitz. In: H. Friese, M. Nolden & M. Schreiter (Hrsg.), Alltagsrassismus. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz (S. 99 – 117). Bielefeld: transcript.

Rippl, S. (2020): Politische Einstellungen in Ostdeutschland im Wandel: die Generation »Mauerkinder«. GWP–Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 69 (3), 23 – 24.
Rippl, S. & Baier, D. (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57 (4), 644 – 666.
Rippl, S., Klein, M., Wittenburg, F., Kolb, J., Otto, A., Gärtner, R. & Hinze, S. (2016): Pegida und Co. – Erste Ergebnisse einer Telefonumfrage in Chemnitz. Erklärungsansätze und erste Befunde. Chemnitz: Technische Universität Chemnitz. Online verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/303944340_Pegida_und_Co_-_Erste_Ergebnisse_einer_Telefonumfrage_in_Chemnitz_Erklarungsansatze_und_erste_Befunde Zugriff am 01. 09. 2021.
Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70 (2), 237 – 254.
Rippl, S. & Seipel, C. (2021): Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen: das Beispiel Sachsen. ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 1 (1), 1 – 17.
Rippl, S., Seipel, C. & Kindervater, A. (2000): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen: Leske und Budrich.
Rippl, S., Seipel, C. & Kindervater, A. (2022). Politische Sozialisation. Politische Psychologie. In: S. Zmerli & O. Feldman (Hrsg.), Politische Psychologie. Handbuch für Studium und Wissenschaft (S. 69 – 84). Baden-Baden: Nomos.
Rommelspacher, B. (1992): Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: A. Foitzik, R. Leiprecht, A. Marvakis & U. Seid (Hrsg.), »Ein Herrenvolk von Untertanen«: Rassismus–Nationalismus–Sexismus (S. 81 – 94). Duisburg: DISS. Online verfügbar unter: https://members.tripod.com/antifa_punk/STUFF/Ein_Herrenvolk_von_Untertanen.pdf#page=57, Zugriff am 01. 09. 2021.
Röpke, A., Speit, A. & Baumgärtner, M. (2011): Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Berlin: Ch. Links Verlag.
Ruhose, F. (2020): Die AfD vor der Bundestagswahl 2021. Wirkung – Perspektiven – Strategien. Essentials. Wiesbaden: Springer.
Runciman, W. G. (1966): Relative Deprivation and Social Justice. Berkeley: University of California Press.
Said, E. W. (2003): Orientalism. New York: Penguin.
Salzborn, S. (2017): Angriff der Antidemokraten. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
Salzborn, S. (2018). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage. Baden-Baden: Nomos.
Sandel, M. (2020): Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt. Berlin: Fischer.
Santana, A., Zagorski, P. & Rama, J. (2020): At Odds with Europe: Explaining Populist Radical Right Voting in Central and Eastern Europe. East European Politics, 36 (2), 288 – 309.
Sauer, B. (2018): Radikaler Rechtspopulismus als männliche Identitätspolitik. In: K. Becker, K. Dörre & P. Reif-Spirek (Hrsg.), Arbeitsbewegung von rechts (S. 313 – 324). Frankfurt a. M.: Campus.
Schäfer, A. & Zürn, M. (2021). Die demokratische Regression. Berlin: Suhrkamp.
Schaubert, M. (2018): »Der Fall Lisa« – Entwicklungen in Berlin Hellersdorf Marzahn. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/271945/der-fall-lisa-entwicklungen-in-berlin-hellersdorf-marzahn, Zugriff am 01. 09. 2021.
Schedler, J. (2016): Stilbruch: (Jugend)kultureller Lifestyle, Symbolik und Aktionsformen des Neonazismus im Wandel. In: S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), Strategien der

extremen Rechten (S. 345 – 364). Wiesbaden: Springer VS.
Scheuch, E. K. & Klingemann, H. D. (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 12, 11 – 29.
Schmidt, A. (2014): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische_siedler_web.pdf, Zugriff am 01. 09. 2021.
Schmidt, M. (2021): »Wer geht, verliert«. Online verfügbar unter: https://www.tagesschau.de/inland/afdlandtagswahlen-101.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
Schmincke, I. (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeminististisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. (Anti-)Feminismus. Aus Politik und Zeitgeschichte, 68 (17), 28 – 33.
Schmitz, C. & Messinger-Zimmer, S. (2020): Rhetorische Autovervollständigung. Inhaltliche Anlagerung als Kommunikationsphänomen in Produktions- und Rezeptionsbeziehungen in sozialen Netzwerken am Beispiel eines Facebook-Postings. Demokratie-Dialog, 6, 12 – 21.
Schneekloth, U. & Albert, M. (2019): Jugend 2019: Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: M. Albert, K. Hurrelmann & G. Quenzel (Hrsg.), 18. Shell Jugendstudie – Eine Generation meldet sich zu Wort (S. 47 – 103). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
Schnell, R. (2019): »Big Data« aus wissenschaftssoziologischer Sicht. Warum es kaum sozialwissenschaftliche Studien ohne Befragungen gibt. In: D. Baron, O. A. Becker & D. Lois (Hrsg.), Erklärende Soziologie und soziale Praxis. Wiesbaden: Springer VS.
Schroeder, W. & Weßels, B. (2019): Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament. Bonn: Dietz.
Schulze, C. (2017): Was macht rechtsextreme Jugendkulturen für junge Leute attraktiv? Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256077/interview-mit-christoph-schulze, Zugriff am 01. 09. 2021.
Schünemann, W. J. & Marg, S. (2019): Der Einfluss sozialer Medien auf die Qualität demokratischer Diskurse im Bundestagswahlkampf – ein Werkstattbericht. In: W. J. Schünemann & M. Kneuer (Hrsg.), E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich (S. 381 – 402). Baden-Baden: Nomos.
Seemann, M. (2017): Digitaler Tribalismus und Fake News. Online verfügbar unter: https://www.ctrl-verlust.net/digitaler-tribalismus-und-fake-news/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Seipel, C. & Rippl, S. (2020): Müssen wir zuhören? Besorgte Bürger*innen – Resonanzräume zwischen legitimem Protest und Demokratiefeindlichkeit. Eine Forschungsnotiz. MIKOWA Arbeitspapiere Nr. 2. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.26127/BTUOpen-5276, Zugriff am 01. 09. 2021.
Seipel, C., Rippl, S. & Kindervater, A. (2022). Autoritarismus. Politische Psychologie. In: S. Zmerli & O. Feldman (Hrsg.), Politische Psychologie. Handbuch für Studium und Wissenschaft (S. 144 – 162). Baden-Baden: Nomos.
Séville, A. (2019): Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt. Aus Politik und Zeitgeschehen, 69 (49 – 50), 33 – 38.
Sidanius, J. & Pratto, F. (1999): Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression. Cambridge: Cambridge University Press.
Sigl, J. (2018): Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer. Eine biografieanalytische und geschlechterreflektierende Untersuchung. Wiesbaden: Springer VS.

Siller, G. (1994): Frauen und Rechtsextremismus. In: W. Kowalsky & W. Schröder (Hrsg.), Rechtsextremismus (S. 143 – 159). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Siri, J. (2016): Geschlechterpolitische Positionen der Partei Alternative für Deutschland. In: A. Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und Politische Verortung (S. 69 – 80). Wiesbaden: Springer VS.
Siri, J. & Lewandowsky, M. (2019): Wir sind das Volk. In: W. Bergem, P. Diehl & H. J. Lietzmann (Hrsg.), Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse (S. 273 – 294). Bielefeld: transcript.
Skrobisz, N. (2020): Kulturelle Hegemonie. Online verfügbar unter: https://freiheitslexikon.de/kulturelle-hegemonie/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Speit, A. (2016): Bürgerliche Scharfmacher: Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida. Zürich: Füssli.
Speit, A. (2020): Ist die Identitäre Bewegung am Ende? Online verfügbar unter: https://gegneranalyse.de/andreas-speit-ist-die-identitaere-bewegung-am-ende/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Spier, T. (2014): Was versteht man unter »Populismus«. Dossier Rechtsextremismus. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/192118/was-versteht-man-unter-populismus/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Sponholz, L. (2019): Hate Speech in Sozialen Medien: Motor der Eskalation? In: H. Friese, M. Nolden & M. Schreiter (Hrsg.), Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz (S. 158 – 178). Bielefeld: transcript.
Sponholz, L. (2021): Hass mit Likes: Hate Speech als Kommunikationsform in den Social Media. In: S. Wachs, B. Koch-Priewe & A. Zick (Hrsg.), Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen (S. 15 – 37). Wiesbaden: Springer VS.
Steiner, F. M. (2017): Vom Nazi-Skinhead zum Nipster – rechtsextreme Jugendkulturen im Wandel. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/255988/jugendkulturen-im-wandel, Zugriff am 01. 09. 2021.
Steinke, B. (2019): Deutschenfeindlichkeit. In: B. Gießelmann, R. Heun, B. Kerst, L. Suermann & F. Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe (2., überarbeitete und erweiterte Auflage). Frankfurt a. M.: Wochenschau-Verlag.
Stöss, R. (1994): Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur. In: O. Niedermayer & K. von Beyme (Hrsg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland (S. 105 – 140). Berlin: Springer.
Stöss, R. (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn: FES Publikation.
Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
Streeck, W. (2015): Wie wird der Kapitalismus enden? Blätter für deutsche und internationale Politik, 60 (3), 99 – 111.
Streeck, W. (2017): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: H. Geiselberger (Hrsg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit (S. 253 – 274). Berlin: Suhrkamp.
Streeck, W. (2021): Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.
Sundermeyer, A. (2021): Kristin Brinker zur neuen AfD-Chefin gewählt. Online verfügbar unter: https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/03/berlin-afd-landesparteitag-vorstandswahl-paaren-glien.html, Zugriff am 01. 09. 2021.
Trültzsch, L. (2019): Frauen in der rechtsextremen Szene – Strategien geschlechtsspezifischer Selbstermächtigung und politische Instrumentalisierung von

Frauen im Rechtsextremismus. In: K. Ketelhut & D. Lau (Hrsg.), Gender–Wissen–Vermittlung (S. 133 – 147). Wiesbaden: Springer VS.
Tutić, A. & von Hermanni, H. (2018): Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70 (2), 275 – 294.
Vanneman, R. D. & Pettigrew, T. (1972): Race and relative deprivation in the urban United States. Race, 13, 461 – 486.
Virchow, F. & Häusler, A. (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. Bonn: CoRE-NRW. Online verfügbar unter: https://www.bicc.de/publications/publicationpage/publication/pandemie-leugnung-und-extreme-rechte-in-nordrhein-westfalen-1019/, Zugriff am 01. 09. 2021.
Virchow, F. (2010): Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis »idealer Männlichkeit« In: R. Claus, E. Lehnert & Y. Müller (Hrsg.), »Was ein rechter Mann ist ...«. Männlichkeiten im Rechtsextremismus (S. 39 – 52). Texte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 68. Berlin: Karl Dietz Verlag.
Virchow, F. (2016): Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In: F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus (S. 5 – 42). Wiesbaden: Springer VS.
Virchow, F. (2020): Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten? Notes du Cerfa, 152, Ifri.
Vorländer, H., Herold, M. & Schäller, S. (2015): PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS.
Wagner, L. (2008): Ein Ende mit Schrecken. Die Frauenbewegung wird »gleichgeschaltet«. Dossier Frauenbewegung. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35269/frauen-im-nationalsozialismus?p=all, Zugriff am 01. 09. 2021.
Walker, I. & Smith, H. J. (Hrsg.), 2002: Relative Deprivation. Specification, Development, and Integration. Cambridge: Cambridge University Press.
Weiß, V. (2015): Sind sie das Volk? Pegida – die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Dossier Rechtsextremismus. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/199153/sind-sie-das-volk-pegida-die-patriotischen-europaeer-gegen-die-islamisierung-des-abendlandes, Zugriff am 01. 09. 2021.
Weiß, V. (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
Weißmann, K. (2001): Kriminelle Akte. Interview: Karlheinz Weißmann über die Angriffe gegen das Institut für Staatspolitik, Junge Freiheit, 36 (01), 31. 08. 2001.
Weißmann, K. (2013): Politik und Metapolitik. Sezession, 57, 38 – 41.
Wiegel, G. (2018): Die modernisierte radikale Rechte in Europa. Ausprägungen und Varianten. In: M. Candeias (Hrsg.), Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien (S. 5 – 15). Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
Winter, C., Neumann, P., Meleagrou-Hitchens, A., Ranstorp, M., Vidino, L. & Fürst, J. (2020): Online extremism: Research Trends in Internet Activism, Radicalization, and Counter-Strategies. International Journal of Conflict and Violence, 14 (2), 1 – 20.
Wollebæk, D., Karlsen, R., Steen-Johnsen, K. & Enjolras, B. (2019): Anger, Fear, and Echo Chambers: The Emotional Basis for Online Behavior. Social Media + Society, 5 (2). Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1177/2056305119829859, Zugriff am 01. 09. 2021.
Yablokov, I. (2015): Conspiracy theories as a Russian public diplomacy tool: The case of Russia Today (RT). Politics, 35 (3 – 4), 301 – 315.

Zeit Online (2021): AfD Sachsen ist Verdachtsfall für Verfassungsschutz. Online verfügbar unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-02/adf-sachsen-verfassungsschutz-verdachtsfall-rechtsextremismus, Zugriff am 01. 09. 2021.

Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002 – 2018/19. Mit einem Exkurs zum Neuen Antisemitismus von Beate Küpper und Andreas Zick. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Berlin: Dietz.

Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2020): Jung, feindselig, rechts!? Menschenfeindliche, rechtspopulistische und -extreme Orientierungen im intergenerativen Vergleich. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 23 (6), 1149 – 1178.

Zick, A. & Klein, A. (Hrsg.) (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Berlin: Dietz.

Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Berlin: Dietz.

Zuboff, S. (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.